


2001

**AUSSENPOLITISCHE
DOKUMENTATION**

SONDERDRUCK

**ÖSTERREICHISCHE MASSNAHMEN
ZUR RESTITUTION UND
ENTSCHÄDIGUNG VON OPFERN
DES NATIONALSOZIALISMUS**

Bundesministerium

 für auswärtige Angelegenheiten

**Österreichische
außenpolitische
Dokumentation**

Sonderdruck

**Österreichische Maßnahmen
zur Restitution und Entschädigung
von Opfern des Nationalsozialismus**

„Außenpolitische Dokumentation“

Österreichische Maßnahmen zur Restitution und Entschädigung
von Opfern des Nationalsozialismus

ISSN 1561-1507

Medieninhaber und Herausgeber:
Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten,
1014 Wien, Ballhausplatz 2

Für den Inhalt verantwortlich:
Legationsrat Dr. Alexander Benedict,
Stv. Leiter der Abteilung „Presse und Information“

Wissenschaftliche Betreuung:
Univ.-Prof. Dr. Gerhard Hafner

Datenkonvertierung und Druck: Manz Crossmedia GmbH & Co KG,
Stolberggasse 26, 1051 Wien

Inhaltsverzeichnis

Dokument 1

Deklaration von Moskau betreffend Österreich, 30. Oktober 1943 .. 7

Dokument 2

Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Wien, am 15. Mai 1955 (Auszug) .. 8

Dokument 3

Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America and Austria Relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of 15 May 1955, Vienna, 8, 15 and 22 May 1959 16

Dokument 4

Erklärung von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel vor dem Ministerrat zum 55. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik, Wien, am 28. April 2000 43

A. Restitutionsfragen

Dokument 5

Office of the Special Envoy for Restitution Issues, Ambassador Dr. Ernst Sucharipa: Austria's International Legal Status between 1938 and 1945 and Austrian Restitution Efforts, August 2000 48

Dokument 6

Office of the Special Envoy for Restitution Issues, Ambassador Dr. Ernst Sucharipa: Survey of Past Austrian Measures of Restitution, Compensation and Social Welfare for Victims of National Socialism (not exhaustive), December 2000 64

Dokument 7

Historikerkommission der Republik Österreich – Historical Commission of the Republic of Austria: Österreichische Rückstellungsgesetze (1945–1998) – Austrian Restitution Legislation (1945–1998) 73

Dokument 8

Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen 80

Dokument 9

Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Property / Aryanization Issues (Rahmenvereinbarung), Wien, am 5. Oktober 2000 83

Dokument 10

Joint Statement and Annexes, Washington, am 17. Jänner 2001 86

Dokument 11

Erklärung des Sonderbotschafters für Restitutionsfragen Dr. Ernst Sucharipa und des Sonderdelegierten des Secretary of State der Vereinigten Staaten von Amerika für Holocaust Angelegenheiten, Deputy Secretary Stuart Eizenstat, anlässlich der Unterzeichnung des Joint Statement, Washington, am 17. Jänner 2001 104

Dokument 12

Notenwechsel zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Wien, am 23. Jänner 2001 111

Dokument 13

Vortrag des Bundeskanzlers Dr. Wolfgang Schüssel an die Bundesregierung, Wien, am 23. Jänner 2001 115

Dokument 14

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird 122

Dokument 15

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (350/A) der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Ing. Peter Westenthaler, Dr. Andreas Khol, Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird 125

Dokument 16

Kundmachung der Bundesregierung über das Inkrafttreten des § 2b des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus 131

Dokument 17

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes 132

Dokument 18

Bericht und Antrag des Verfassungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes 150

Dokument 19

Rede des Bundeskanzlers Dr. Wolfgang Schüssel vor dem Nationalrat, Wien, am 31. Jänner 2001 157

B. Entschädigung von Zwangsarbeitern

Dokument 20

Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz) [mit englischer Übersetzung] 164

Dokument 21

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 180/A der Abgeordneten Dr. Josef Cap, Dr. Andreas Khol, Ing. Peter Westenthaler, Mag. Terezija Stoitsits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz) [mit englischer Übersetzung] 181

Dokument 22

Kundmachung der Bundesregierung über das Inkrafttreten des
Versöhnungsfonds-Gesetzes, Wien, am 27. November 2000 220

Dokument 23

Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der
Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den
Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit
(Versöhnungsfonds)“, Wien, am 24. Oktober 2000 221

Dokument 24

Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der
Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den
freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige
Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes,
Wien, am 24. Oktober 2000 242

Dokument 25

Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the
Bilateral Agreements Relating to the Austrian Reconciliation Fund,
Wien, am 24. Oktober 2000 247

Dokument 1

Deklaration von Moskau betreffend Österreich, 30. Oktober 1943

Declaration on Austria

The Governments of the United Kingdom, the Soviet Union and the United States of America are agreed that Austria, the first free country to fall a victim to Hitlerite aggression, shall be liberated from German domination.

They regard the annexation imposed upon Austria by Germany on March 15 [sic!], 1938, as null and void. They consider themselves as in no way bound by any changes effected in Austria since that date. They declare that they wish to see reestablished a free and independent Austria, and thereby to open the way for the Austrian people themselves, as well as those neighboring states which will be faced with similar problems, to find that political and economic security which is the only basis for lasting peace.

Austria is reminded, however, that she has a responsibility which she cannot evade for participation in the war on the side of Hitlerite Germany and that in the final settlement account will inevitably be taken of her own contribution to her liberation.

(Diese Erklärung wurde von Roosevelt, Churchill und Stalin unterzeichnet)

Dokument 2

Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, Wien, am 15. Mai 1955 (Auszug)

Präambel

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich, in der Folge die Alliierten und Assoziierten Mächte genannt, einerseits und Österreich anderseits;

Im Hinblick darauf, daß Hitler-Deutschland am 13. März 1938 Österreich mit Gewalt annektierte und sein Gebiet dem Deutschen Reich einverleibte;

Im Hinblick darauf, daß in der Moskauer Erklärung, verlautbart am 1. November 1943, die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika erklärten, daß sie die Annexion Österreichs durch Deutschland am 13. März 1938 als null und nichtig betrachten, und ihrem Wunsche Ausdruck gaben, Österreich als einen freien und unabhängigen Staat wiederhergestellt zu sehen und daß das Französische Komitee der Nationalen Befreiung am 16. November 1943 eine ähnliche Erklärung abgab;

Im Hinblick darauf, daß als ein Ergebnis des alliierten Sieges Österreich von der Gewaltherrschaft Hitler-Deutschlands befreit wurde;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich unter Berücksichtigung der Bedeutung der Anstrengungen, die das österreichische Volk zur Wiederherstellung und zum demokratischen Wiederaufbau seines Landes selbst machte und weiter zu machen haben wird, den Wunsch hegen, einen Vertrag abzuschließen, der Österreich als einen freien, unabhängigen und demokratischen Staat wiederherstellt, wodurch sie zur Wiederaufrichtung des Friedens in Europa beitragen;

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte den Wunsch haben, durch den vorliegenden Vertrag in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Gerechtigkeit alle Fragen zu regeln, die im Zusammenhange mit den oberwähnten Ereignissen einschließlich der Annexion Österreichs durch Hitler-Deutschland und seiner Teilnahme am Kriege als integrierender Teil Deutschlands noch offenstehen; und

Im Hinblick darauf, daß die Alliierten und Assoziierten Mächte und Österreich zu diesem Zwecke den Wunsch hegen, den vorliegenden Vertrag abzuschließen, um als Grundlage freundschaftlicher Beziehungen zwischen ihnen zu dienen und um damit die Alliierten und Assoziierten Mächte in die Lage zu versetzen, die Bewerbung Österreichs um Zulassung zur Organisation der Vereinten Nationen zu unterstützen;

Haben daher die unterfertigten Bevollmächtigten ernannt, welche nach Vorweisung ihrer Vollmachten, die in guter und gehöriger Form befunden wurden, über die nachstehenden Bestimmungen übereingekommen sind:

Teil IV Aus dem Krieg herrührende Ansprüche

Artikel 21 Reparationen

Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben.

Artikel 23 Österreichisches Vermögen in Deutschland und Verzicht Österreichs auf Forderungen gegenüber Deutschland

1. Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages ist das in Deutschland befindliche Vermögen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger einschließlich von Vermögen, das nach dem 12. März 1938 gewaltsam aus dem österreichischen Staatsgebiet nach Deutschland verbracht worden ist, seinen Eigentümern wieder zurückzugeben. Diese Bestimmung bezieht sich nicht auf das Eigentum von Kriegsverbrechern oder Personen, die den Strafbestimmungen der Entnazifizierungsmaßnahmen unterliegen; solches Vermögen wird der österreichischen Regierung zur Verfügung gestellt, sofern es nicht gemäß den in Deutschland nach dem 8. Mai 1945 in Kraft stehenden Gesetzen oder Verordnungen blockiert oder konfisziert wurde.

2. Die Wiederherstellung österreichischer Vermögensrechte in Deutschland ist im Einklang mit Maßnahmen durchzuführen, die durch die Besatzungsmächte in Deutschland in ihren Besatzungszonen festgelegt werden.

3. Unbeschadet dieser und aller anderen zugunsten Österreichs und österreichischer Staatsangehöriger getroffenen Verfügungen der Besatzungsmächte in Deutschland verzichtet Österreich, unbeschadet der Gültigkeit (Anm.: richtig: Gültigkeit) bereits getroffener Regelungen, im eigenen Namen und im Namen der österreichischen Staatsangehörigen auf alle am 8. Mai 1945 noch offenen Forderungen gegen Deutschland und deutsche Staatsangehörige, mit Ausnahme jener, die aus Verträgen und anderen Verpflichtungen stammen, die vor dem 13. März 1938 eingegangen wurden sowie der vor dem 13. März 1938 erworbenen Rechte. Dieser Verzicht umfaßt alle Forderungen hinsichtlich der während der Zeit der Annexion Österreichs durch Deutschland durchgeführten Transaktionen und alle Forderungen hinsichtlich der während dieses Zeitraumes erlittenen Verluste oder Schäden, insbesondere hinsichtlich der im Besitz der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger befindlichen öf-

fentlichen deutschen Schulden und der Zahlungsmittel, die zur Zeit der Geldkonversion eingezogen wurden. Solche Zahlungsmittel sind bei Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages zu vernichten.

Artikel 24 **Verzicht Österreichs auf Ansprüche gegen die Alliierten**

1. Österreich verzichtet im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger auf alle Ansprüche irgendwelcher Art gegen die Alliierten und Assoziierten Mächte, soweit sich solche Ansprüche unmittelbar aus dem Krieg in Europa nach dem 1. September 1939 oder aus Maßnahmen, die infolge des Kriegszustandes in Europa nach diesem Datum ergriffen wurden, ergeben, gleichgültig, ob sich die Alliierte oder Assoziierte Macht zu jenem Zeitpunkt mit Deutschland im Krieg befand oder nicht.

Dieser Verzicht umfaßt folgende Ansprüche:

- a) Ansprüche für Verluste oder Schäden, die infolge von Handlungen der Streitkräfte oder Behörden Alliiertes oder Assoziertes Mächte erlitten wurden;
- b) Ansprüche, die sich aus der Anwesenheit, aus Operationen oder Handlungen von Streitkräften oder Behörden Alliiertes oder Assoziertes Mächte auf österreichischem Staatsgebiet ergeben;
- c) Ansprüche hinsichtlich der Entscheidungen oder Anordnungen von Prisengerichten der Alliierten oder Assoziierten Mächte, wobei Österreich damit einverstanden ist, alle Entscheidungen und Anordnungen solcher Prisengerichte, die vom 1. September 1939 an ergangen sind und sich auf österreichischen Staatsbürgern gehörige Schiffe oder Güter oder auf die Bezahlung von Kosten beziehen, als gültig und bindend anzuerkennen;
- d) Ansprüche, die sich aus der Ausübung oder vermeintlichen Ausübung von Rechten der Kriegsführenden ergeben.

2. Die Bestimmungen dieses Artikels schließen vollständig und endgültig alle Ansprüche der hierin angeführten Natur aus, die von nun an erloschen sein sollen, welche Vertragsteile auch immer ein Interesse daran haben mögen. Die österreichische Regierung stimmt zu, eine billige Entschädigung in Schillingen den Personen zu leisten, die den Streitkräften der Alliierten oder Assoziierten Mächte im österreichischen Staatsgebiet auf Grund von Requisition Güter geliefert oder Dienste geleistet haben und ebenso eine Entschädigung zur Befriedigung von Ansprüchen aus Nichtkampfschäden gegen die Streitkräfte der Alliierten oder Assoziierten Mächte, die auf österreichischem Staatsgebiet entstanden sind.

3. Desgleichen verzichtet Österreich im Namen der österreichischen Regierung oder österreichischer Staatsangehöriger auf alle Ansprüche der in

Paragraph 1 dieses Artikels bezeichneten Art gegen jede Vereinte Nation, deren diplomatische Beziehungen mit Deutschland zwischen dem 1. September 1939 und dem 1. Jänner 1945 abgebrochen waren und die mit den Alliierten oder Assoziierten Mächten aktiv zusammengearbeitet hat.

4. Die österreichische Regierung wird für alliiertes Militärgeld im Nennwert von fünf Schilling und darunter, das in Österreich von alliierten Militärbehörden ausgegeben wurde, einschließlich jenes Geldes, das sich beim Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages im Umlauf befindet, die volle Einlösepflicht übernehmen. Von den alliierten Militärbehörden ausgegebene Noten im Nennwert von mehr als fünf Schilling werden vernichtet und Ansprüche in diesem Zusammenhang können gegen keine der Alliierten und Assoziierten Mächte erhoben werden.

5. Der Verzicht auf Ansprüche durch Österreich nach Paragraph 1 dieses Artikels umfaßt alle Ansprüche, die sich aus Maßnahmen ergeben, die von irgendeiner Alliierten oder Assoziierten Macht hinsichtlich solcher Schiffe ergriffen wurden, die österreichischen Staatsangehörigen im Zeitraum zwischen dem 1. September 1939 und dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages gehörten, und ebenso alle Ansprüche und Schulden, die sich aus jetzt in Kraft befindlichen Abkommen über Kriegsgefangene ergeben.

Teil V

Eigentum, Rechte und Interessen

Artikel 25

Vermögen der Vereinten Nationen in Österreich

1. Soweit Österreich dies nicht schon durchgeführt hat, wird es alle den Vereinten Nationen und ihren Staatsangehörigen gehörenden gesetzlichen Rechte und Interessen in Österreich wiederherstellen, wie sie an dem Tag bestanden, an dem die Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation begannen, und wird alles Vermögen der Vereinten Nationen und ihrer Staatsangehörigen in Österreich zurückgeben, wie es jetzt vorhanden ist.

2. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, alle unter diesen Artikel fallenden Vermögensschaften, Rechte und Interessen frei von allen Belastungen und Kosten jeder Art wiederherzustellen, denen sie als Folge des Krieges mit Deutschland unterworfen sein mögen, und ohne Auferlegung irgendwelcher Kosten durch die österreichische Regierung aus Anlaß ihrer Rückgabe. Die österreichische Regierung wird alle Maßnahmen der Beschlagnahme, Sequestrierung oder Kontrolle für nichtig erklären, die gegen Vermögen von Vereinten Nationen in Österreich in der Zeit zwischen dem Tag des Beginns der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation und dem Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages ergriffen wurden. In Fällen, in denen das Eigentum nicht innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages zurück-

gegeben worden ist, ist die Anmeldung zwecks Rückgabe des Eigentums bei den österreichischen Behörden spätestens innerhalb von zwölf Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages vorzunehmen, ausgenommen in Fällen, in denen der Anspruchstellende beweisen kann, daß er innerhalb dieser Zeit seine Anmeldung nicht vornehmen konnte.

3. Die österreichische Regierung wird Übertragungen in bezug auf Staatsangehörigen der Vereinten Nationen gehörende Vermögensschaften, Rechte und Interessen jeder Art, für ungültig erklären, sofern solche Übertragungen durch von Regierungen der Achsenmächte oder deren Dienststellen in der Zeit zwischen dem Beginn der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und der betreffenden Vereinten Nation und dem 8. Mai 1945 ausgeübten Zwang zustande gekommen sind.

4 a) In Fällen, in denen die österreichische Regierung eine Entschädigung für Verluste leistet, die auf Grund einer während der deutschen Besetzung Österreichs oder während des Krieges erlittenen Verletzung oder einer Schädigung an Vermögen in Österreich entstanden sind, soll den Staatsangehörigen der Vereinten Nationen keine weniger vorteilhafte Behandlung eingeräumt werden, als österreichischen Staatsangehörigen gewährt wird; und in solchen Fällen sollen Staatsangehörige der Vereinten Nationen, die unmittelbar oder mittelbar Eigentumsinteressen an Gesellschaften oder Vereinigungen besitzen, die nicht Staatsangehörige der Vereinten Nationen im Sinne des Paragraphen 8a dieses Artikels sind, eine Entschädigung erhalten, die unter Zugrundelegung des gesamten Verlustes oder Schadens, den diese Gesellschaften oder Vereinigungen erlitten haben, berechnet ist, und in jenem Verhältnis zu diesem Verlust oder Schaden steht, das der kapitalsmäßigen Beteiligung eines solchen Staatsangehörigen an der Gesellschaft oder Vereinigung entspricht.

b) Die österreichische Regierung wird den Vereinten Nationen und deren Staatsangehörigen in der Zuteilung von Material für die Reparatur oder den Wiederaufbau ihres Eigentums in Österreich und in der Zuteilung von Devisen für die Einfuhr von solchem Material die gleiche Behandlung wie den österreichischen Staatsangehörigen gewähren.

5. Alle angemessenen Ausgaben, die in Österreich im Zusammenhang mit der Geltendmachung von Ansprüchen, einschließlich der Kosten für die Festsetzung des Verlustes oder Schadens, erwachsen, werden von der österreichischen Regierung getragen.

6. Staatsangehörige der Vereinten Nationen und deren Vermögen sind von allen außerordentlichen Steuern, Abgaben und Auflagen befreit, mit denen ihre Kapitalswerte in Österreich durch die österreichische Regierung oder irgendeine österreichische Behörde zwischen dem Zeitpunkt der Übergabe der deutschen Streitkräfte und dem Inkrafttreten dieses Vertrages zu dem besonderen Zwecke belastet worden sind, Ausgaben, die sich aus dem Kriege ergeben, oder die Kosten der Besatzungstruppen damit zu

decken. Beträge, die aus diesem Titel bezahlt wurden, sind zurückzuerstatten.

7. An Stelle der Bestimmungen dieses Artikels können der Eigentümer des betreffenden Vermögens und die österreichische Regierung eine Vereinbarung treffen.

8. Die in diesem Artikel gebrauchten Ausdrücke:

a) „Staatsangehörige der Vereinten Nationen“ bedeuten physische Personen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages Staatsangehörige irgendeiner der Vereinten Nationen sind, oder Gesellschaften oder Vereinigungen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Vertrages gemäß dem Recht irgendeiner der Vereinten Nationen errichtet worden sind, vorausgesetzt, daß diese physischen Personen, Gesellschaften oder Vereinigungen diesen Status auch am 8. Mai 1945 besessen haben. Der Ausdruck „Staatsangehörige der Vereinten Nationen“ schließt auch alle physischen Personen, Gesellschaften und Vereinigungen ein, die gemäß den während des Krieges in Österreich geltenden Gesetzen als Feinde behandelt worden sind.

b) „Eigentümer“ bedeutet eine der Vereinten Nationen oder einen Staatsangehörigen einer der Vereinten Nationen im Sinne der Definition des oben angeführten Absatzes a), der einen Rechtsanspruch auf das in Frage stehende Vermögen hat, und umfaßt auch den Rechtsnachfolger des Eigentümers, vorausgesetzt, daß der Rechtsnachfolger gleichfalls eine Vereinte Nation oder ein Staatsangehöriger einer Vereinten Nation im Sinne der Definition des Absatzes a) ist. Wenn der Rechtsnachfolger das Vermögen in einem beschädigten Zustand erworben hat, behält der Übertragende seine Rechte auf Entschädigung gemäß diesem Artikel; Verpflichtungen nach Landesrecht zwischen dem Übertragenden und dem Erwerber werden hiedurch nicht berührt.

c) „Vermögen“ bedeutet alles bewegliche oder unbewegliche, materielle oder immaterielle Vermögen einschließlich gewerblichen, literarischen und künstlerischen Eigentums sowie alle Eigentumsrechte und -interessen jeder Art. 9. Die Bestimmungen dieses Artikels finden keine Anwendung auf die Übertragung von Vermögen, Rechten oder Interessen von Vereinten Nationen oder von Staatsangehörigen Vereinter Nationen in Österreich, die in Übereinstimmung mit Gesetzen und Verordnungen erfolgte, die als österreichisches Recht am 28. Juni 1946 in Kraft waren.

10. Die österreichische Regierung anerkennt, daß das Abkommen von Brioni vom 10. August 1942 null und nichtig ist. Sie verpflichtet sich, mit den anderen Signataren des Abkommens von Rom vom 21. März 1923 an Verhandlungen teilzunehmen, die den Zweck verfolgen, in die Bestimmungen des Abkommens die nötigen Modifikationen einzufügen, um eine billige Regelung der darin vorgesehenen Annuitäten sicherzustellen.

Artikel 26

Vermögenschaften, Rechte und Interessen von Minderheitsgruppen in Österreich

1. Soweit solche Maßnahmen noch nicht getroffen worden sind, verpflichtet sich Österreich in allen Fällen, in denen Vermögenschaften, gesetzliche Rechte oder Interessen in Österreich seit dem 13. März 1938 wegen der rassistischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers Gegenstand gewaltsamer Übertragung oder von Maßnahmen der Sequestrierung, Konfiskation oder Kontrolle gewesen sind, das angeführte Vermögen zurückzugeben und diese gesetzlichen Rechte und Interessen mit allem Zubehör wiederherzustellen. Wo eine Rückgabe oder Wiederherstellung nicht möglich ist, wird für auf Grund solcher Maßnahmen erlittene Verluste eine Entschädigung in einem Ausmaß gewährt, wie sie bei Kriegsschäden österreichischen Staatsangehörigen jetzt oder späterhin generell gegeben wird.

2. Österreich stimmt zu, alle Vermögenschaften, gesetzlichen Rechte und Interessen in Österreich, die Personen, Organisationen oder Gemeinschaften gehören, die einzeln oder als Mitglieder von Gruppen rassistischen, religiösen oder anderen Naziverfolgungsmaßnahmen unterworfen worden sind, unter seine Kontrolle zu nehmen, wenn, falls es sich um Personen handelt, diese Vermögenschaften, Rechte und Interessen ohne Erben bleiben oder durch sechs Monate nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages nicht beansprucht werden oder wenn, falls es sich um Organisationen und Gemeinschaften handelt, diese Organisationen und Gemeinschaften aufgehört haben zu bestehen. Österreich soll diese Vermögenschaften, Rechte und Interessen geeigneten, von den vier Missionschefs in Wien im Wege von Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung zu bestimmenden Dienststellen oder Organisationen übertragen, damit sie für Hilfe und Unterstützung von Opfern der Verfolgung durch die Achsenmächte und für Wiedergutmachung an solche verwendet werden; diese Bestimmungen sind dahin zu verstehen, daß sie von Österreich keine Zahlungen in fremder Währung oder andere Überweisungen an fremde Länder erfordern, die eine Belastung der österreichischen Wirtschaft darstellen würden. Diese Übertragung wird innerhalb von achtzehn Monaten nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages durchgeführt werden und Vermögenschaften, Rechte und Interessen, deren Wiederherstellung in Paragraph 1 dieses Artikels verlangt wird, einschließen.

Artikel 27

Österreichisches Vermögen im Gebiete der Alliierten und Assoziierten Mächte

1. Die Alliierten und Assoziierten Mächte erklären ihre Absicht, österreichische Vermögenschaften, Rechte und Interessen, so wie sie sich derzeit in ihren Gebieten vorfinden, zurückzustellen oder, soweit solche Vermögenschaften, Rechte und Interessen einer Liquidierungs-, Verwendungs-

oder sonstigen Verwertungsmaßnahme unterzogen worden sind, den Erlös, der sich aus der Liquidierung, Verwendung oder Verwertung solcher Vermögensschaften, Rechte und Interessen ergeben hat, abzüglich der aufgelaufenen Gebühren, Verwaltungsausgaben, Gläubigerforderungen und anderen ähnlichen Lasten auszufolgen. Die Alliierten und Assoziierten Mächte sind bereit, zu diesem Behufe Vereinbarungen mit der österreichischen Regierung abzuschließen.

2. Unbeschadet der vorstehenden Bestimmungen wird der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien das Recht eingeräumt, österreichische Vermögensschaften, Rechte und Interessen, die sich im Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Vertrages auf jugoslawischem Gebiet befinden, zu beschlagnahmen, zurückzubehalten oder zu liquidieren. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, österreichische Staatsangehörige, deren Vermögen auf Grund dieses Paragraphen herangezogen wird, zu entschädigen.“

Dokument 3

Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America and Austria Relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of 15 May 1955, Vienna, 8, 15 and 22 May 1959

I

The Austrian Minister of Foreign Affairs to the American Ambassador DER BUNDESMINISTER FÜR DIE AUSWÄRTIGEN ANGELE- GENHEITEN

Zl. 258.436-VR/59

1 Beilage

Wien, am 8. Mai 1959

Exzellenz!

Ich erlaube mir, mich auf die Besprechungen zu beziehen, die zwischen Vertretern der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über gewisse Typen und Kategorien von Forderungen stattfanden, die von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unter Berufung auf Artikel 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vom 15. Mai 1955, im nachfolgenden als Staatsvertrag bezeichnet, vorgebracht wurden.

A

Diese Besprechungen bezogen sich zunächst auf ein Aide Memoire der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika vom 18. Juni 1956, in dem die nachstehend angeführten Forderungstypen und Forderungskategorien behandelt sind:

- 1) Versorgungsansprüche
- 2) Versicherungspolizzen
- 3) Bankkonten
- 4) Diskriminierende Abgaben
- 5) Geldverluste
- 6) Hypotheken
- 7) Wertpapiere
- 8) Bestandrechte

347 UNTS 3 (1959)

Ferner wurden noch folgende in der Zwischenzeit aufgetauchte Forderungstypen und Forderungskategorien erörtert:

- 9) Forderungen auf Entschädigung aus Rückstellungsanträgen auf Siedlungseigenschaften gemäss Paragraph 23 Absatz 4 des Dritten Rückstellungsgesetzes (BG Bl. Nr. 54/1947).
- 10) Forderungen, die im Zusammenhang mit dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz (BG Bl. Nr. 127/1958) aus Artikel 26 Staatsvertrag abgeleitet werden.

Die österreichische Bundesregierung hat diesen Besprechungen zugrunde gelegt, dass diese Punkte alle noch unbereinigten Typen und Kategorien von Forderungen gegen die Republik Österreich umfassen, die von Verfolgten, auf die sich Artikel 26 (1) Staatsvertrag bezieht (im nachfolgenden als „Verfolgte“ bezeichnet), aus den einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages abgeleitet und auf Grund ihrer Behauptung durch Verfolgte von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber der Republik Österreich vertreten werden könnten.

Forderungen der Kategorien 1) und 2) wurden bereits behandelt, wie aus den Verbalnoten der österreichischen Bundesregierung Zl. 537.991-VR/58 vom 15. April 1958 und Zl. 540.712-VR/58 vom 15. September 1958 hervorgeht.

Zusätzlich zu den in diesen Noten abgegebenen Zusicherungen ist die österreichische Bundesregierung bereit, zur Regelung der restlichen oben angeführten Typen und Kategorien von Forderungen nachstehende Massnahmen zu treffen, ohne dass hiedurch präjudizielle Folgerungen für den Rechtsstandpunkt der österreichischen Bundesregierung über die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages abgeleitet werden können.

I. Pauschalsummen – Regelung

Errichtung eines Fonds mit einem Kapital im Gegenwert von sechs Millionen Dollar und zusätzlich einem Betrag von 10 v.H. hievon für Verwaltungskosten, aus dem, gemäss dem angeschlossenen Statutenentwurf, der auf Grund eines Vorschlages der Vertreter der Regierungen der Republik Frankreich, des Vereinigten Königreiches und der Vereinigten Staaten von Amerika einvernehmlich ausgearbeitet wurde, Zahlungen an physische Personen geleistet werden sollen. Zahlungen aus diesem Fonds sollen nicht auf Entschädigungen, auf die Verfolgte nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz Anspruch haben, angerechnet werden.

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dass alle zur Errichtung des Fonds erforderlichen Gesetzesentwürfe den österreichischen gesetzgebenden Organen innerhalb von drei Monaten nach Empfang der in Abschnitt B dieser Note erwähnten Zusicherung vorgelegt werden.

Nach Massgabe des Bedarfes werden dem Fonds die oben erwähnten Beträge in folgender Weise zur Verfügung gestellt:

ab 1. Juli 1959	10 Millionen Schilling
ab 1. März 1960	20 Millionen Schilling
ab 1. Juni 1960	20 Millionen Schilling
ab 1. September 1960	20 Millionen Schilling
ab 1. Dezember 1960	20 Millionen Schilling
ab 1. März 1961	20 Millionen Schilling
ab 1. Juni 1961	20 Millionen Schilling
ab 1. September 1961	20 Millionen Schilling
ab 1. Dezember 1961	den noch verbleibenden Rest.

Die obenerwähnten Gesetzesentwürfe werden auch Nachstehendes vorsehen:

(a) Der zu errichtende Fonds wird von allen bundesrechtlich geregelten Abgaben befreit werden. Die Abgabebefreiung wird sich jedoch nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb des Fonds erstrecken, der über den Rahmen einer Vermögensverwaltung hinausgeht. Aus dem Fonds geleistete Zahlungen werden bei den Empfängern nicht der Steuerpflicht unterliegen.

(b) Durch die Errichtung des Fonds unmittelbar veranlasste Schriften werden von Stempel- und Rechtsgebühren sowie Bundesverwaltungsabgaben befreit werden. Der Fonds wird von der Entrichtung von Stempelgebühren hinsichtlich eines Schriftverkehrs mit den öffentlichen Behörden und Ämtern befreit werden.

(c) Die österreichischen Behörden, bei denen sich Akten über die behauptete Schädigung befinden, werden zur Erteilung derjenigen Auskünfte an den Fonds verpflichtet werden, deren dieser zur Beurteilung der Frage bedarf, ob der Zuwendungswerber einen Schaden im Sinne der Fondsstatuten erlitten hat; die Behörden werden dieser Verpflichtung durch Einsichtgewährung in ihre Akten, Register und sonstigen Geschäftsbehelfe, insbesondere in die Akten der ehemaligen Vermögensverkehrsstelle, entsprechen können.

II. Landwirtschaftliche Liegenschaften

Für den Fall, dass die über die Einzelfälle laufenden Vergleichsverhandlungen nicht zu befriedigenden Regelungen führen, wird die österreichische Bundesregierung den österreichischen gesetzgebenden Organen die Erlassung gesetzlicher Vorschriften vorschlagen, die im Sinne des Paragraph 23, Absatz 3 des Dritten Rückstellungsgesetzes eine angemessene Entschädigung jener Rückstellungswerber vorsehen, auf deren Ansprüche Paragraph 23, Absatz 4 des genannten Gesetzes Anwendung findet.

III. *Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz*

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dafür Sorge tragen zu wollen, dass sobald als möglich, gesetzliche Vorschriften erlassen werden, denen zufolge Zahlungen des „Hilfsfonds für politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben (Hilfsfonds)“, nur mit 10 v.H. auf eine Entschädigung für Hausratschäden und mit 25 v.H. auf eine Entschädigung für Schäden an zur Berufsausübung erforderlichen Gegenständen angerechnet werden. Zahlungen unter Gruppe A oder B des „Hilfsfonds“ werden auf Entschädigungen nach dem Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz nicht angerechnet werden.

IV. *Bestandrechte*

In Einzelfällen, in denen ehemalige Inhaber von Bestandrechten, die sie auf Grund von Verfolgungsmassnahmen verloren haben, nach Österreich zurückgekehrt sind und sich darum bemühen, in Österreich wieder einen ständigen Wohnsitz zu begründen oder sich in Österreich wieder geschäftlich oder beruflich niederzulassen, werden die österreichischen Behörden im Rahmen der ihnen zustehenden Möglichkeiten solche Bemühungen um die Erlangung von Bestandrechten für diese Zwecke unterstützen.

V. *Rückstellung erbloser oder nicht fristgerecht beanspruchter entzogener Vermögensschaften*

Die österreichische Bundesregierung erklärt, dafür Sorge tragen zu wollen, dass in absehbarer Zeit gesetzliche Vorschriften über erblose oder nicht beanspruchte Vermögensschaften, gesetzliche Rechte und Interessen [Artikel 26 (2) Staatsvertrag] erlassen werden, worin vorgesehen wird, dass in Fällen, in denen ein Verfolgter es unterlassen hat, innerhalb der durch die österreichische Rückstellungsgesetzgebung vorgesehenen Fristen einen Rückstellungsanspruch auf Rückstellung von Vermögensschaften, gesetzlichen Rechten oder Interessen geltend zu machen, diesem Verfolgten oder seinem Rechtsnachfolger die Möglichkeit gegeben wird, im Sinne der österreichischen Rückstellungsgesetzgebung Befriedigung für seinen Anspruch zu erhalten, vorausgesetzt dass ein solcher Anspruch innerhalb von drei Monaten nach Empfang einer Aufforderung durch den Anspruchswerber, einen Anspruch geltend zu machen, oder in anderen Fällen innerhalb eines Jahres nach der Erlassung dieser gesetzlichen Vorschriften, geltend gemacht worden ist.

B

Die österreichische Bundesregierung erklärt sich bereit, die vorangeführten Massnahmen zu treffen, wenn sie von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die Zusicherung erhält,

a) dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika nach Errichtung des unter Punkt I vorgesehenen Fonds mit den im Entwurf angeschlossenen Statuten und nach Inkrafttreten der oben unter Punkt II – insoweit befriedigende Regelungen nicht erzielt werden – und unter den Punkten III und V angeführten gesetzlichen Massnahmen, weitere auf Artikel 26 des Staatsvertrages gestützte Forderungen von Verfolgten aus einer in der Zeit nach dem 13. März 1939 erfolgten Beschlagnahme, Sequestrierung, Konfiskation, Kontrolle oder zwangsweisen Übertragung von Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen in Österreich, die unter die im ersten und zweiten Absatz von Abschnitt A dieser Note angeführten Typen und Kategorien fallen, im diplomatischen Wege der österreichischen Bundesregierung gegenüber weder vorbringen noch unterstützen wird,

b) dass nach Wissen der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika die im ersten und zweiten Absatz von Abschnitt A dieser Noten angeführten Forderungskategorien alle noch unbereinigten Kategorien von Forderungen auf Rückgabe oder Wiederherstellung von Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen von Verfolgten in Österreich umfassen, die in der Zeit nach dem 13. März 1938 beschlagnahmt, konfisziert, sequestriert, unter Kontrolle genommen oder zwangsweise übertragen wurden.

C

Nichts in dieser Note soll Ansprüche auf Grund des Abkommens vom 21. November 1956 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich betreffend bestimmte auf Dollar lautende Obligationen (BG Bl. Nr. 215/1957), auf Grund des Wiener Memorandums vom 10. Mai 1955 oder auf Grund der österreichischen Zivilgesetzgebung und darauf beruhende diplomatische Vorstellungen berühren.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung

Leopold FIGL

Seiner Exzellenz Herrn H. Freeman Matthews
ausserordentlicher und bevollmächtigter Botschafter
der Vereinigten Staaten von Amerika
Wien

D
STATUTEN DES FONDS
ZUR ABGELTUNG
GEWISSER
VERMÖGENSVERLUSTE
POLITISCH VERFOLGTER

Artikel I

ENTSTEHUNG DES FONDS

(1) Mit Bundesgesetz vom ... BGBl. Nr. ..., betreffend die Bereitstellung von Bundesmitteln für den Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter, wurde dem Fonds zwecks Erfüllung seiner Aufgaben ein Betrag von ... Schilling gewidmet.

(2) Das Bundesministerium für Inneres als oberste Fondsbehörde hat die Errichtung dieses Fonds auf Grund der vorliegenden Statuten unter gleichzeitiger Verleihung der Rechtspersönlichkeit genehmigt.

Artikel II

NAME, JURISTISCHE
PERSÖNLICHKEIT UND
SITZ DES FONDS

(1) Der Fonds erhält den Namen: 'Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter'.

(2) Der Fonds besitzt Rechtspersönlichkeit und hat seinen Sitz und ordentlichen Gerichtsstand in Wien.

D
[DRAFT] BY-LAWS OF THE
FUND FOR THE SETTLEMENT
OF CERTAIN PROPERTY
LOSSES OF POLITICAL
PERSECUTEES

Article I

ORIGIN OF THE FUND

(1) Under the Federal Law of ..., Federal Law Gazette No. ... concerning the allocation of federal funds to the Fund for the Settlement of Certain Property Losses of Political Persecutees an amount of ... schillings was allocated to the Fund for the fulfillment of its tasks.

(2) The Federal Ministry of the Interior as supreme fund authority approved the establishment of this Fund on the basis of these By-laws, granting it at the same time the status of a juridical person.

Article II

NAME, JURIDICAL
PERSONALITY AND
SEAT OF THE FUND

(1) The Fund shall be given the following name: 'Fund for the Settlement of Certain Property Losses of Political Persecutees'.

(2) The Fund is a juridical person and has its seat and venue in Vienna.

¹⁾ Translation by the Government of the United States of America.

²⁾ Traduction du Gouvernement des Etats-Unis d'Amérique.

Artikel III

ZWECK DES FONDS

(1) Der Fonds hat den Zweck, unter Aufzehrung seiner Mittel (Artikel I) nach Massgabe der Bestimmungen dieser Statuten einmalige Zuwendungen an physische Personen zu gewähren, die Eigentümer von Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten oder Interessen in Österreich waren, die unter die in Absatz 2 dieses Artikels angeführten Kategorien fallen und zwischen dem 13. März 1938 und dem 8. Mai 1945 wegen der rassischen Abstammung oder der Religion des Eigentümers oder im Zuge anderer nationalsozialistischer Verfolgungsmassnahmen gegen den Eigentümer Gegenstand gewaltsamer Übertragung oder von Massnahmen der Konfiskation gewesen sind, vorausgesetzt, dass solche Vermögenschaften, gesetzliche Rechte und Interessen nicht schon zurückgegeben oder wiederhergestellt worden sind. Derartige Vermögenschaften, gesetzliche Rechte und Interessen werden im Nachfolgenden als ‚konfisziert‘ bezeichnet.

(2) Zuwendungen werden für die folgenden Kategorien von konfiszierten Vermögenschaften, gesetzlichen Rechten und Interessen gewährt:

- a) Bankkonten,
- b) Wertpapiere,
- c) Bargeld,
- d) Hypotheken,
- e) Entrichtung von diskriminierenden Abgaben.

(3) Für alle Kategorien kann der ehemalige Eigentümer (Absatz 1)

Article III

PURPOSE OF THE FUND

(1) It is the purpose of the Fund to use its moneys (Article I), in accordance with the provisions of these By-laws, for making lumpsum awards to natural persons who were the owners of properties, legal rights or interests in Austria which fall within the categories enumerated in paragraph 2 of this Article and which, between March 13, 1938 and May 8, 1945, were the subject of forced transfer or measures of confiscation on account of the racial origin or religion of the owner or in the course of other National Socialist persecution of the owner, providing such properties, legal rights and interests have not already been returned or restored. Such properties, legal rights and interests will hereinafter be referred to as 'confiscated'.

(2) Awards shall be made for the following categories of confiscated properties, legal rights and interests:

- a) bank accounts
- b) securities
- c) money
- d) mortgages
- e) payment of discriminatory taxes

(3) For all categories a former owner (paragraph 1) can obtain

nur eine Zuwendung erhalten, die im Folgenden als ‚ursprüngliche Zuwendung‘ bezeichnet wird.

(4) Jeder Rechtsweg, betreffend Zuwendungen aus dem Fonds, ist ausgeschlossen.

Artikel IV

ABGRENZUNG DES BEGÜNSTIGTEN PERSONENKREISES

(1) Zuwendungen durch den Fonds dürfen nur folgenden physischen Personen, die zur Zeit der Veröffentlichung dieser Statuten im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ am Leben sind, in der nachstehenden Reihenfolge gewährt werden:

- a) dem ehemaligen Eigentümer;
- b) dem (der) Ehegatten (Ehegattin) eines solchen ehemaligen Eigentümers;
- c) den Kindern des ersten Grades eines solchen ehemaligen Eigentümers, zu gleichen Teilen;
- d) wenn ein Kind, das sonst nach (c) für eine Zuwendung in Frage käme, gestorben ist, ist der Anteil eines solchen Kindes an seine überlebenden Kinder zu gleichen Teilen zu verteilen;
- e) den Eltern oder dem überlebenden Elternteil eines solchen ehemaligen Eigentümers.

(2) Wenn eine Person oder Personen, der bzw. denen eine Zuwendung zuerkannt wurde, zum Zeitpunkt der tatsächlichen Auszahlung der Zuwendung nicht mehr am Leben ist, hat die Auszahlung derselben in der in Absatz 1 vorgesehenen Reihenfolge an jene Perso-

only one award, which will hereinafter be referred to as ‘original award’.

(4) All suits at law with regard to awards from the Fund are barred.

Article IV

PERSONS WHO QUALIFY FOR AWARDS

(1) Awards by the Fund shall be made only to the following natural persons living at the time of the promulgation of these By-laws in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung*, in the following order:

- a) the former owner
- b) the spouse of the former owner
- c) the children of the first degree of the former owner, in equal parts
- d) if a child otherwise eligible for an award under (c) is deceased, the share of such child shall be distributed to his surviving children in equal parts
- e) the parents or surviving parent of the former owner.

(2) If a person, or persons, to whom an award has been made is or are no longer living at the time of actual payment of the award, payment thereof shall be made in the order provided for in paragraph (1) to those persons who are still living. If none of the persons specified in

nen, die noch am Leben sind, zu erfolgen. Im Falle keine dieser in Absatz 1 angeführten Personen zum Zeitpunkte der Auszahlung einer Zuwendung am Leben ist, verfällt die Zuwendung.

(3) Juristische Personen sind von Zuwendungen ausgeschlossen.

(4) Personen, die Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen sind oder dem nationalsozialistischen Regime Vorschub geleistet haben, sind von Zuwendungen ausgeschlossen.

Artikel V

BANKKONTEN

(1) Als Bankkonto im Sinne dieser Statuten gilt jede Geldeinlage bei einer Bank oder einem anderen Geld- oder Kreditinstitut in Österreich.

(2) Ursprüngliche Zuwendungen für Bankkonten sind gleich dem Kontostand zur Zeit der Konfiskation. Zinsen für die Folgezeit bleiben unberücksichtigt.

Artikel VI

WERTPAPIERE

(1) Als Wertpapiere im Sinne dieser Statuten gelten Aktien und Obligationen.

(2) Aktien im Sinne dieser Statuten sind die von einer in- oder ausländischen Aktiengesellschaft ausgegebenen auf Namen oder Inhaber lautenden Bestätigungen über Anteilsrechte, die in Österreich konfisziert wurden.

paragraph (1) are living at the time of payment of an award, the award shall lapse.

(3) Juridical persons are excluded from awards.

(4) Persons who were members of the NSDAP or one of its affiliated organizations or who aided and abetted the National Socialist regime are excluded from awards.

Article V

BANK ACCOUNTS

(1) Any deposit of money in a bank or any other financial or credit institution in Austria shall be considered a bank account within the meaning of these By-laws.

(2) Original awards for bank accounts shall be equal to the balance in the account at the time of confiscation. No consideration shall be given to interest after the confiscation.

Article VI

SECURITIES

(1) Securities within the meaning of these By-laws are stocks and bonds.

(2) Within the meaning of these By-laws stocks are registered or bearer stock certificates issued by a domestic or foreign corporation, which were confiscated in Austria.

(3) Obligationen im Sinne dieser Statuten sind Schuldverschreibungen von Gesellschaften, Regierungen und öffentlich-rechtlichen Körperschaften, die durch ein Inhaberpapier nachgewiesen sind, das zum Zeitpunkt der Konfiskation oder einer anderen gewaltsamen Verfügung in Österreich war.

(4) Der Wert konfiszierter Wertpapiere zwecks Bestimmung einer Zuwendung ist der vom Fonds festgestellte Marktwert der Wertpapiere am 27. Juli 1955. Wenn der Fonds jedoch feststellt, dass das Wertpapier am 27. Juli 1955 keinen oder nur einen Evidenzwert hatte, dann hat der Fonds den Wert auf Grund des Marktwertes zur Zeit der Konfiskation festzusetzen.

Artikel VII

BARGELD

(1) Bargeld im Sinne dieser Statuten ist jegliches Papier- oder Hartgeld, das von einer Regierung oder mit Ermächtigung einer Regierung ausgegeben worden ist und von der ausgebenden Stelle zur Zeit der Konfiskation in Österreich als gesetzliches Zahlungsmittel anerkannt war.

(2) Zuwendungen für konfisziertes Bargeld dürfen nur zuerkannt werden, wenn der Antragsteller schriftliches Beweismaterial, wie amtliche Schriftstücke, Empfangsbescheinigungen oder andere schriftliche Unterlagen aus der Zeit der Konfiskation vorlegt, wonach Bargeld im Sinne des Artikels III konfisziert worden ist.

(3) Within the meaning of these By-laws bonds are obligations of companies, governments and public bodies evidenced by a bearer certificate located in Austria at the time of confiscation or other forced disposition.

(4) For the purpose of fixing the amount of an award the value of confiscated securities shall be the market value of the securities on July 27, 1955, as determined by the Fund. However, if the Fund determines that the securities had no value, or merely a nominal value, on July 27, 1955, the Fund shall fix the value on the basis of the market value at the time of the confiscation.

Article VII

MONEY

(1) Within the meaning of these By-laws money is any paper or metallic currency issued by, or under the authority of, a government and recognized by the issuing authority as legal tender at the time of its confiscation in Austria.

(2) Awards for confiscated money shall be made only if the applicant presents documentary evidence, such as official records, receipts or other documents dating from the time of the confiscation, showing that money was confiscated within the meaning of Article III.

(3) Für die Festsetzung einer Zuwendung ist als Wert von anderen Währungen als der Schilling- oder Reichsmarkwährung der offizielle Schillingwechselkurs am 12. März 1938 massgebend.

Artikel VIII

HYPOTHEKEN

(1) Hypothek im Sinne dieser Statuten ist jegliche Art von Schuld, die durch einen schriftlichen Vertrag zwischen dem Schuldner und dem Gläubiger vereinbart wurde und im Grundbuch in Österreich als Pfandrecht an einer Liegenschaft eingetragen ist.

(2) Für unbezahlte Restbeträge konfiszierter Hypotheken werden Zuwendungen zuerkannt. Für Zinsen, die nach dem Zeitpunkt der Konfiskation gezahlt worden wären, wird keine Zuwendung zuerkannt.

Artikel IX

DISKRIMINIERENDE ABGABEN

(1) Diskriminierende Abgaben im Sinne dieser Statuten sind die Reichsfluchtsteuer und die Sühneleistung der Juden (JUVA), die vom Deutschen Reich in Österreich zwischen dem 13. März 1938 und dem 8. Mai 1945 vorgeschrieben wurden.

(2) Zuwendungen für geleistete diskriminierende Abgaben werden in der Höhe des Betrages zuerkannt, der von physischen Personen, die in die in Artikel III Absatz 1 angeführten Gruppen fallen, an solchen Abgaben bezahlt worden ist.

(3) The value of currencies other than the schilling or reichsmark currencies for the purpose of fixing an award shall be the official schilling rate of exchange on March 12, 1938.

Article VIII

MORTGAGES

(1) Within the meaning of these By-laws a mortgage is any indebtedness based on a written contract between the debtor and the creditor and recorded in the Land Register in Austria as a lien against real estate.

(2) Awards shall be made for unpaid balances on confiscated mortgages. No award shall be made for interest which would have been paid after the date of confiscation.

Article IX

DISCRIMINATORY TAXES

(1) Within the meaning of these By-laws discriminatory taxes are the *Reichsfluchtsteuer* (National Emigration Tax) and *Sühneleistung der Juden* (JUVA) (Jewish Expiatory Fine) imposed by the German Reich in Austria between March 13, 1938 and May 8, 1945.

(2) Awards for any discriminatory taxes paid shall be made in the amount of such taxes paid by natural persons falling within the groups mentioned in Article III, paragraph 1.

Artikel X

ZAHLUNGEN

(1) In Anbetracht der seit 13. März 1938 in Österreich stattgefundenen Währungsänderungen und Währungsschutzmassnahmen wird aus Billigkeitsgründen jede ursprüngliche Zuwendung (Artikel III Absatz 3) auf 35 v.H. des ursprünglichen Zuwendungsbetrages herabgesetzt. Solche herabgesetzte Zuwendungen werden im Nachfolgenden als ‚berichtigte Zuwendung‘ bezeichnet.

(2) Die berichtigte Zuwendung ist zunächst im Betrage der berichtigten Zuwendung, höchstens aber mit 20.000 Schilling auszuführen.

(3) Im Falle dem Fonds nach Auszahlung der in Absatz 2 vorgesehenen Beträge ein Restbetrag verbleibt, soll dieser Restbetrag so verwendet werden, dass Zahlungen auf die ursprünglichen Zuwendungen bis zur Höhe der ursprünglichen Zuwendung, höchstens aber, unter Einrechnung der Zahlungen nach Absatz 2, bis zu 10.000 Schilling erfolgen.

(4) Im Falle dem Fonds nach Auszahlung der in den Absätzen 2 und 3 vorgesehenen Beträge ein Restbetrag dazu verwendet werden, den Rest einer berichtigten Zuwendung, höchstens aber den Betrag von 20.000 Schilling auszuführen.

(5) Im Falle dem Fonds nach den Absätzen 2, 3 und 4 vorgesehenen Zahlungen ein Restbetrag verbleibt, ist ein derartiger Restbetrag so zu verwenden, dass verhältnis-

Article X

PAYMENTS

(1) In view of the currency changes and currency reforms instituted in Austria since March 13, 1938, each original award (Article III, paragraph 3) shall for reasons of equity be reduced to 35 percent of its original amount. Such reduced award will hereinafter be referred to as 'adjusted award'.

(2) Payment of the adjusted award shall initially be made in the amount of the adjusted award, but not to exceed 20.000 schillings.

(3) If there is a balance remaining in the Fund after the amounts provided for under paragraph (2) have been paid, such balance shall be used for payments on the original awards up to the amount of the original award, but not to exceed an amount of 10.000 schillings after including payments under paragraph (2).

(4) If there is a balance remaining in the Fund after the amounts provided for under paragraphs (2) and (3) have been paid, such balance shall be used to pay the remainder of an adjusted award, but not in an amount exceeding 20.000 schillings.

(5) If there is a balance remaining in the Fund after the payments provided for under paragraphs (2), (3), and (4) have been made, such balance shall be used to make

mässige Zahlungen auf noch offene Beträge jener berechtigten Zuwendungen, welche 40.000 Schilling übersteigen bis zur Gesamthöhe solcher berechtigter Zuwendungen erfolgen.

(6) Im Falle dem Fonds nach den in den Absätzen 2, 3, 4 und 5 vorgesehenen Zahlungen ein Restbetrag verbleibt, ist ein derartiger Restbetrag so zu verwenden, dass verhältnismässige Zahlungen auf den noch offenen Teil der ursprünglichen Zuwendungen erfolgen.

(7) Im Falle der dem Fonds zur Verfügung stehende Betrag nicht hinreicht, um Zahlungen auf alle Zuwendungen in der in Absatz 2, 3 und 4 vorgesehenen Reihenfolge und Weise durchzuführen, sind verhältnismässige Zahlungen des verfügbaren Betrages auf die ursprünglichen oder berechtigten Zuwendungen auf Grund des in den einschlägigen Absätzen festgehaltenen Zahlungsplanes durchzuführen.

(8) Um die Verwaltungskosten des Fonds auf ein Minimum zu beschränken, unterbleibt die Zahlung einer Zuwendung, wenn die ursprüngliche Zuwendung weniger als 500 Schilling beträgt.

(9) Zahlungen, die nach in- oder ausländischen gesetzlichen Vorschriften ausdrücklich für denselben Verlust oder Schaden für die in Artikel III Absatz 2 angeführten Kategorien geleistet wurden oder zustehen, sind auf den Betrag, der sonst auf Grund einer Zuwendung nach diesen Statuten gegebenenfalls zahlbar wäre, anzurechnen.

pro-rata payments on the unpaid amounts of those adjusted awards which exceed 40.000 schillings up to the total amounts of such adjusted awards.

(6) If there is a balance remaining in the Fund after the payments provided for under paragraphs (2), (3), (4), and (5) have been made, such balance shall be used to make pro-rata payments on the unpaid portion of the original awards.

(7) If the amount available to the Fund is not sufficient to make payments on all awards in the order and manner provided for in paragraphs (2), (3), (4), pro-rata payments of the available amount shall be made on the original or adjusted awards on the basis of the payment plan set forth in the pertinent paragraphs.

(8) In order to keep the administrative expenses of the Fund to a minimum, no payment of an award shall be made if the original award is less than 500 schillings.

(9) Payments made or due under domestic or foreign legislation explicitly for the same loss or damage in the categories set forth in Article III, paragraph 2, shall be set off against the amount which might otherwise be payable on the basis of an award under these By-laws.

Artikel XI

VORAUSZAHLUNGEN

(1) Der Fonds kann an Personen, die am 1. Januar 1959 siebzig Jahre alt waren oder nach diesem Zeitpunkt, jedoch nicht später als am Tage des Ablaufes der Anmeldefrist (Art. XVII), das 70. Lebensjahr erreicht haben, Vorauszahlungen auf bereits zuerkannte berechtigte Zuwendungen leisten. Derartige Vorauszahlungen dürfen jedoch den Betrag von 10.000 Schilling nicht übersteigen. Wenn der nach den Bestimmungen dieses Artikels ausbezahlte Betrag den Betrag, welcher nach Artikel X zahlbar würde, übersteigt, wird Rückzahlung des zu viel bezahlten Betrages nicht verlangt.

(2) Sonstige Zahlungen dürfen erst dann geleistet werden, wenn nach Ablauf der Anmeldefrist (Artikel XVII) eine Übersicht über die zu leistenden Zahlungen gegeben ist.

Artikel XII

ORGANE DES FONDS

Organe des Fonds sind:

1. der Geschäftsführer;
2. die Zuerkennungskommissionen;
3. das Kuratorium.

Artikel XIII

DAS KURATORIUM

(1) Dem Kuratorium obliegen die allgemeine Aufsicht und Geschäfts-

Article XI

ADVANCE PAYMENTS

(1) The Fund may make advance payments on adjusted awards already granted to persons who were 70 years old on January 1, 1959 or who reached the age of 70 after that date, but not later than the date of the expiration of the time limit for filing applications (Article XVII). Such advance payments shall not, however, exceed the sum of 10.000 schillings. If the amount paid under the provisions of this Article exceeds the amount which would become payable under Article X, refund of the excess amount shall not be required.

(2) Other payments may be made only when, after the expiration of the time limit for filing applications (Article XVII), an estimate of the payments to be made is possible.

Article XII

EXECUTIVE AGENTS OF THE FUND

The executive agents of the Fund shall be:

1. the Manager
2. the Awards Committees
3. the Board of Trustees

Article XIII

THE BOARD OF TRUSTEES

(1) The Board of Trustees shall exercise general supervision and

führung des Fonds und die Entscheidung über die Einsprüche gegen Beschlüsse der Zuerkennungskommissionen.

(2) Das Kuratorium besteht aus einem Vorsitzenden, acht Mitgliedern und acht Ersatzmitgliedern. Wenigstens die Hälfte der Mitglieder (Ersatzmitglieder) müssen österreichische Staatsbürger sein.

(3) Die Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Kuratoriums und der Vorsitzende werden von der Bundesregierung auf Grund von Vorschlägen der österreichischen Israelitischen Kultusgemeinden, der römisch-katholischen Kirche und des Evangelischen Oberkirchenrates bestellt und abberufen. Ihre Namen werden im Amtsblatt zur „Wiener Zeitung“ veröffentlicht. Die Mitglieder des Kuratoriums haben ihre Funktion bis zu ihrer Abberufung oder freiwilligen Niederlegung ihres Amtes als Kuratoriumsmitglieder fortzuführen.

(4) Das Kuratorium wählt aus seiner Mitte zwei Stellvertreter des Vorsitzenden.

(5) Die Mitglieder des Kuratoriums versehen ihre Funktion ehrenamtlich. Sie sind verpflichtet, ihre Tätigkeit mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmannes auszuüben.

(6) Das Mandat eines Kuratoriumsmitgliedes erlischt:

a) im Falle einer freiwilligen Niederlegung des Amtes acht Wochen, nachdem die Niederlegung der Bundesregierung bekanntgegeben worden ist,

management of the Fund and adjudicate appeals from the decisions of the Awards Committees.

(2) The Board of Trustees shall consist of a Chairman, eight members, and eight alternate members. At least one half of the members (alternate members) must be Austrian citizens.

(3) The members (alternate members) of the Board of Trustees and the Chairman shall be appointed and relieved by the Federal Government upon recommendations by the Austrian Jewish Communities, the Roman Catholic Church and the Evangelical High Consistory. Their names shall be published in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung*. The members of the Board of Trustees shall continue in office until they are relieved or have voluntarily resigned their positions as members of the Board.

(4) The Board of Trustees shall elect two Deputy Chairmen from its members.

(5) The members of the Board of Trustees shall serve without remuneration. They are bound to perform their duties with the care exercised by an ordinarily prudent businessman.

(6) The commission of a member of the Board of Trustees expires:

a) in the event of a voluntary resignation, eight weeks after the Federal Government has been notified of the resignation;

b) im Falle der Abberufung durch die Bundesregierung.

(7) Im Falle des Ausscheidens eines Mitgliedes aus dem Kuratorium wird die Bundesregierung innerhalb von vier Wochen nach seinem Ausscheiden ein neues Mitglied bestellen.

Artikel XIV

WIRKUNGSKREIS DES KURATORIUMS

(1) Das Kuratorium hat die gesamte Geschäftsführung des Fonds zu besorgen und die Gebahrung zu überwachen. Hiezu hat das Kuratorium mindestens einen geeigneten Geschäftsführer (Stellvertreter) zu bestellen, der mit der Geschäftsführung des Fonds betraut ist.

(2) Das Kuratorium genehmigt die Rechnungslegung und entscheidet über Einsprüche gegen Beschlüsse der Zuerkennungskommissionen.

(3) Der Vorsitzende des Kuratoriums hat dafür Sorge zu tragen, dass notwendige Verwaltungsmassnahmen rechtzeitig der Beschlussfassung des Kuratoriums unterzogen werden und dass die rechtsgültig gefassten Beschlüsse des Kuratoriums ordnungsgemäss durchgeführt werden.

Artikel XV

BESCHLUSSFASSUNG DES KURATORIUMS

(1) Den Vorsitz führt der Vorsitzende, in dessen Verhinderung ei-

b) when relieved by the Federal Government.

(7) If a member leaves the Board of Trustees, the Federal Government shall appoint a new member within four weeks thereafter.

Article XIV

FUNCTIONS OF THE BOARD OF TRUSTEES

(1) The Board of Trustees shall be responsible for the overall management of the Fund and shall supervise the conduct of business. For this purpose the Board of Trustees shall appoint at least one suitable manager (deputy), who shall be entrusted with the management of the Fund.

(2) The Board of Trustees shall approve the accounts rendered and adjudicate appeals from the decisions of the Awards Committees.

(3) The Chairman of the Board of Trustees shall ensure that necessary administrative measures are submitted in proper time to the Board of Trustees for decision and that the legally adopted resolutions of the Board of Trustees are duly carried out.

Article XV

ADOPTION OF RESOLUTIONS BY THE BOARD OF TRUSTEES

(1) The Chairman shall preside, or, if he is unable to attend, one of the

ner der Stellvertreter. Die Sitzungen des Kuratoriums werden vom Vorsitzenden einberufen. Auf Wunsch von drei Mitgliedern des Kuratoriums oder auf Wunsch der Bundesregierung hat der Vorsitzende jederzeit binnen einer Woche eine Sitzung einzuberufen.

(2) Zu einer Beschlussfassung des Kuratoriums ist die Anwesenheit des Vorsitzenden (Stellvertreters) und weiterer vier Kuratoriumsmitglieder erforderlich.

(3) Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Anwesenden. Im Falle der Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des auch sonst mitstimmenden Vorsitzenden (Stellvertreters).

(4) Über die Sitzungen des Kuratoriums ist durch einen vom Vorsitzenden zu bestellenden Schriftführer eine Niederschrift zu verfassen, die von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterfertigen und dann am Sitze des Kuratoriums zu hinterlegen ist.

Artikel XVI

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG

(1) Die Führung der laufenden Geschäfte obliegt dem Geschäftsführer, im Falle seiner Verhinderung dem vom Kuratorium ernannten Stellvertreter.

(2) Der Geschäftsführer übt seine Geschäftsführung durch ein Bureau aus. Das Nähere regelt die Geschäftsordnung (Artikel XX Absatz 2).

deputies. Meetings of the Board of Trustees shall be convened by the Chairman. Upon request of three members of the Board of Trustees or upon request of the Federal Government the Chairman must convene a meeting within one week.

(2) In order that a resolution may be adopted by the Board of Trustees it is required that the Chairman (Deputy) and four other members of the Board be present.

(3) The Board of Trustees shall adopt its resolutions by a simple majority of those present. In case of a tie, the vote of the Chairman (Deputy), who participates in the voting in other cases also, shall decide.

(4) Minutes shall be kept of the meetings of the Board of Trustees by a secretary appointed by the Chairman; the minutes shall be signed by the Chairman and the secretary and then deposited at the seat of the Board.

Article XVI

THE MANAGEMENT

(1) The management of current business shall be the responsibility of the manager or, in his absence, a deputy appointed by the Board of Trustees.

(2) The manager shall exercise his function through a business office. Further details shall be regulated by the rules (Article XX, paragraph 2).

Artikel XVII

ANTRÄGE AN DEN FONDS

(1) Das Kuratorium hat innerhalb von zwei Monaten nach Verlautbarung der Namen seiner Mitglieder im Amtsblatt ‚Wiener Zeitung‘ einen Aufruf zu erlassen, dass Anträge für Zuwendungen aus Fondsmitteln innerhalb eines Jahres – bei sonstigem Ausschluss von der Berücksichtigung – einzubringen sind. Dieser Aufruf hat auch Richtlinien über die Form dieser Anträge und die allgemeinen Voraussetzungen für die Gewährung einer Zuwendung enthalten.

(2) Diese Anträge sind schriftlich bei der Geschäftsführung einzubringen. Der Antragsteller muss glaubwürdiges Beweismaterial für das Zutreffen der für die Gewährung einer Zuwendung nach den Statuten erforderlichen Voraussetzungen erbringen.

(3) Die Geschäftsführung hat die eingelangten Anträge ehestens zu überprüfen.

Artikel XVIII

ENTSCHEIDUNG ÜBER ANTRÄGE

(1) Über alle Anträge entscheidet in erster Instanz der Geschäftsführer.

(2) Einsprüche gegen die Beschlüsse des Geschäftsführers sind innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Beschlusses des Geschäftsführers zulässig. Einsprüche werden von Zuerkennungskommissionen behandelt. Jede Zuerkennungskommission besteht aus drei

Article XVII

APPLICATIONS TO THE FUND

(1) Within two months after the publication of the names of its members in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung* the Board of Trustees shall publish an announcement to the effect that applications for awards from the Fund are to be filed within one year, falling which they shall be excluded from consideration. This announcement shall also contain instructions on the form of these applications and the general requirements for granting an award.

(2) These applications are to be submitted in writing to the management. An applicant must present credible evidence showing that he meets the requirements for the granting of an award under these By-laws.

(3) The management shall review the applications submitted as soon as possible.

Article XVIII

ADJUDICATION OF APPLICATIONS

(1) All applications shall first be decided upon by the manager.

(2) Appeals from the decisions of the manager may be filed within three months after service of such decisions. Appeals shall be heard by the Awards Committees. Each Awards Committee shall consist of three members appointed by the Board of Trustees. Members of

vom Kuratorium bestellten Mitgliedern. Auch die Mitglieder der Zuerkennungskommission, die nicht Mitglieder des Kuratoriums sind, üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

(3) Wenn ein Beschluss einer Zuerkennungskommission von den durch das Kuratorium im Sinne von Artikel XX erlassenen Regelungen abweicht, ist ein weiterer Einspruch durch den Geschäftsführer oder den Antragsteller an das Kuratorium innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Beschlusses der Zuerkennungskommission zulässig.

Artikel XIX

VERTRETUNG DES FONDS

(1) Der Fonds wird nach aussen durch den Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

(2) Für den Fonds wird in der Weise rechtsgültig gezeichnet, dass entweder der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter gemeinsam mit einem anderen Mitglied des Kuratoriums der Bezeichnung ‚Fonds zur Abgeltung gewisser Vermögensverluste politisch Verfolgter‘ ihre Unterschrift beisetzen.

Artikel XX

DURCHFÜHRUNGS- VORSCHRIFTEN

(1) Das Kuratorium kann Grundsätze für die Behandlung der Anträge erlassen.

Awards Committees who are not members of the Board of Trustees shall also serve without remuneration.

(3) If a decision of an Awards Committee is not in line with the regulations issued by the Board of Trustees under Article XX, further appeal may be filed by the manager or the applicant with the Board of Trustees within three months after service of the decision of the Awards Committee.

Article XIX

REPRESENTATION OF THE FUND

(1) In dealings with other agencies the Fund shall be represented by the Chairman of the Board of Trustees.

(2) Legally binding documents shall be signed on behalf of the Fund either by the Chairman or one of his deputies jointly with another member of the Board of Trustees, whose signatures shall be affixed to the designation ‘Fund for the Settlement of Certain Property Losses of Political Persecutees’.

Article XX

REGULATIONS

(1) The Board of Trustees may issue guiding principles for the processing of applications.

(2) Das Kuratorium hat für sich, sowie für die Tätigkeit der Zuerkennungskommissionen und der Geschäftsführung je eine Geschäftsordnung aufzustellen, die der Genehmigung durch die Bundesregierung bedürfen.

Artikel XXI

AUFLÖSUNG DES FONDS

(1) Der Fonds ist nach vorheriger Zustimmung der Bundesregierung vom Bundesministerium für Finanzen aufzulösen, sobald seine Mittel aufgezehrt sind.

(2) Die Auflösung des Fonds ist im Amtsblatt zur ‚Wiener Zeitung‘ zu verlautbaren.

(3) Das gesamte Aktenmaterial des Fonds ist vom Staatsarchiv zu verwahren.

(2) The Board of Trustees shall draw up separate rules for itself and for the work of the Awards committees and the management, which require approval by the Federal Government.

Article XXI

DISSOLUTION OF THE FUND

(1) The Fund shall be dissolved by the Federal Ministry of Finance with the prior approval of the Federal Government, as soon as its funds have been used up.

(2) The dissolution of the Fund shall be announced in the Official Gazette of the *Wiener Zeitung*.

(3) All records of the Fund shall be kept in custody by the State Archives.

II

The American Ambassador to the Austrian Minister of Foreign Affairs EMBASSY OF THE UNITED STATES OF AMERICA

No. 1439

Vienna, May 15, 1959

Excellency:

I have the honor to refer to your note No. 258.436-VR/59 of May 8, 1959 regarding the satisfaction of certain classes and categories of claims in connection with Article 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria of May 15, 1955 which reads as follows:

I take the liberty to make reference to the discussions which took place between representatives of the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning certain classes and categories of claims which were advanced by the Government of the United States of America with reference to Article 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria of May 15, 1955, hereinafter called the State Treaty.

A

These discussions related in the beginning to an Aide-Mémoire of the Government of the United States of America dated June 18, 1956, which was concerned with the classes and categories of claims enumerated below:

- 1) pensions;
- 2) insurance policies;
- 3) bank accounts,
- 4) discriminatory taxes and charges;
- 5) losses of money;
- 6) mortgages;
- 7) securities;
- 8) tenancy rights.

In addition, the following classes and categories of claims, which have come up in the meantime, were also discussed:

- 9) claims for compensation in connection with restitution claims for agricultural lands in accordance with Section 23, paragraph 4 of the Third Restitution Law (Federal Law Gazette No. 54/1947);
- 10) claims derived from Article 26 of the State Treaty in connection with the War and Persecution Property Damage Law (Federal Law Gazette No. 127/1958).

The Austrian Federal Government based these discussions on the premise that these points comprise all outstanding classes and categories of claims against the Republic of Austria which may be derived by the persecutees referred to in Article 26 (1) of the State Treaty (hereinafter referred to as 'persecutees') from the pertinent provisions of the State Treaty and may be made the subject of representations by the Government of the United States of America against the Republic of Austria on the basis of the allegation of such claims by persecutees.

Claims of categories 1) and 2) have already been dealt with, as appears from the *notes verbales* of the Austrian Federal Government No. 537.991-VR/58 of April 15, 1958 and No. 540.712-VR/58 of September 15, 1958.

In addition to the assurances given in these notes the Austrian Federal Government is prepared to take the following measures in settlement of the remaining classes and categories of claims enumerated above, without prejudice to the legal position of the Austrian Federal Government regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

I. Lump Sum Settlement

Establishment of a Fund with a capital in the equivalent amount of six million U. S. dollars, and in addition an amount equal to ten percent thereof for costs of administration, out of which payments are to be made to physical persons in accordance with the enclosed draft by-laws, which were jointly prepared on the basis of a proposal of the representatives of the Governments of the Republic of France, the United Kingdom and the United States of America. Payments from this Fund will not be set off against compensation to which persecutees are entitled under the War and Persecution Property Damage Law.

The Austrian Federal Government declares that any legislation required for the establishment of the Fund will be presented to the Austrian legislative bodies not later than three months after the receipt of the assurance mentioned in section B of this note.

According to the requirements, the above mentioned amounts will be made available to the Fund in the following manner:

as of July 1, 1959	10 million schillings
as of March 1, 1960	20 million schillings
as of June 1, 1960	20 million schillings
as of September 1, 1960	20 million schillings
as of December 1, 1960	20 million schillings
as of March 1, 1961	20 million schillings
as of June 1, 1961	20 million schillings
as of September 1, 1961	20 million schillings
as of December 1, 1961	the balance.

The aforesaid legislation will also contain the following provisions:

(a) The Fund to be established shall be exempt from all taxes and charges regulated by Federal laws. However, such exemption from taxes and charges shall not extend to business operations of the Fund which exceed the scope of an administration of property. Payments made out of the Fund shall not constitute income on which the recipients are liable to pay taxes.

(b) Documents caused directly by the establishment of the Fund shall be exempt from revenue stamp and legal fees and from federal administrative charges. The Fund shall be exempt from the payment of revenue stamp fees with respect to its correspondence with the public authorities and agencies.

(c) The Austrian authorities which are in possession of files on the alleged loss shall be obliged to furnish to the Fund such information as the Fund needs to judge the question as to whether the applicant has suffered a loss within the meaning of the by-laws of the Fund; the authorities may fulfill this obligation by granting access to their files, registers and other records, in particular to the files of the former Vermoegensverkehrsstelle.

II. *Agricultural Real Properties*

In the event that the current negotiations on the settlement of individual cases do not result in satisfactory settlements, the Austrian Federal Government will propose to the Austrian legislative bodies that they issue legal provisions providing for adequate compensation within the meaning of Section 23, paragraph 3 of the Third Restitution Law to those restitution claimants to whose claims Section 23, paragraph 4 of the said law is applicable.

III. *War and Persecution Property Damage Law*

The Austrian Federal Government declares that it will see to it that as soon as possible legal provisions are enacted under which payments of the "Aid Fund for Political Persecutees Who Have Their Domicile and Permanent Residence Abroad" (Aid Fund) shall be set off against compensation for damage to household goods only to an extent of 10 percent of such payments, and against compensation for damage to equipment for the following of a trade or profession to an extent of 25 percent of such payments. Payments under Groups A or B of the "Aid Fund" shall not be set off against compensation under the War and Persecution Property Damage Law.

IV. *Tenancy Rights*

In individual cases where former holders of tenancy rights, which they lost as a result of persecution measures, have returned to Austria and are

making efforts to reestablish their permanent residence in Austria or to reestablish a business or profession in Austria, the Austrian authorities, within the possibilities at their disposal, will support such efforts to obtain tenancy rights for such purposes.

V. Restitution of Heirless or Unclaimed Expropriated Properties for which Claims were not filed within Time Limits

The Austrian Federal Government declares that it will see to it that legislation concerning heirless or unclaimed properties, legal rights and interests (Article 26 (2) of the State Treaty) will be enacted within a reasonable time which will contain provisions to the effect that, in cases where a persecutee failed to file a restitution claim for the restitution of property, legal rights or interests within the time limits provided in the Austrian restitution legislation, such persecutee or his legal successor will be enabled to obtain satisfaction of his claim within the meaning of the Austrian restitution legislation providing such claim is filed within 3 months after receipt by the claimant of a request to file a claim or in other cases within one year after the enactment of such legislation.

B

The Austrian Federal Government declares its willingness to take the above measures, if it is given the assurance by the Government of the United States of America

a) that the Government of the United States of America after establishment of the Fund provided for under Point I with by-laws as set forth in the attached draft, and after the coming into force of the legislative measures designated above under Point II – in so far as satisfactory settlements are not reached – and under Points III and V will neither advance nor support through diplomatic channels against the Austrian Federal Government, any further claims of persecutees based on Article 26 of the State Treaty originating from the seizure, sequestration, confiscation, control or forced transfer of properties, legal rights and interests in Austria during the time after March 13, 1938 which come within the classes and categories enumerated in paragraphs 1 and 2 of section A of this note,

b) that to the best of the knowledge of the Government of the United States of America the categories of claims enumerated in paragraphs 1 and 2 of section A of this note comprise all outstanding categories of claims for the restitution or restoration of properties, legal rights and interests of persecutees in Austria which were seized, confiscated, sequestered, taken under control or forcibly transferred during the time after March 13, 1938.

C

Nothing in this note shall affect claims under the agreement of November 21, 1956 between the United States of America and Austria concerning certain bonds denominated in dollars (Federal Law Gazette 215/1957), under the Vienna Memorandum of May 10, 1955, or under Austrian civil legislation, and diplomatic representations based thereon.

In reply to your note I have the honor to inform you as follows:

1. My Government gives to the Austrian Federal Government the assurance requested in Section B of your note.

2. My Government has taken note that the Austrian Federal Government considers that the action which it has taken is without prejudice to its legal position regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

For its part, my Government has requested me to confirm that the assurance which it is giving is likewise without prejudice to its position regarding the interpretation of the pertinent provisions of the State Treaty.

3. My Government also wishes to make clear that nothing in your note affects the provisions of the second sentence of paragraph 1, Article 26 of the State Treaty, in respect of any future measures.

4. My Government has instructed me to inform you in connection with your note on the settlement of the classes and categories of persecutee claims that the individual claims set forth on the list attached hereto, which were asserted under Article 26 of the State Treaty, may be the subject of further communications of the Government of the United States of America to the Austrian Federal Government.

5. My Government has instructed me to advise you that it may approach the Austrian Federal Government in the future in connection with the settlement of individual claims asserted under Article 26 of the State Treaty which are not presently known to my Government and do not fall within the classes and categories of claims enumerated in paragraphs 1 and 2 of Section A of your note.

Accept, Excellency, the assurances of my highest consideration.

H. FREEMAN MATTHEWS

Enclosure:

1. List of claims.

His Excellency Dr. Leopold Figl
Minister of Foreign Affairs
Vienna

LIST OF CLAIMS

1. Ulrich Strauss Claims involving Raky Danubia and its assets
2. Oscar Strauss Claim for possession of real property
3. Sara Pitzele Claim for property and business
4. Bauer and Schwarz . . . Claim for building and real property
5. Alfred Berger Claim for real property
6. Hedy Lamarr and
Gertrude Kiesler Claim for interest in oil rights and Steinberg
Naphta, Erdöl-Bohr und Verwertungsgesell-
schaft and Gewerkschaft "Pionier"
7. Elizabeth Crowe Claim for cancellation of leases and restoration
of possession of real estate
8. Dora Larish Claim for house and real estate in Vienna
9. Leopold Haas *et al* . . . Wiener Linoleum und Wachstuch und Kunst-
lederfabriken A. G. (claim by Austrian Govern-
ment and Kontrollbank)
10. Ernest C. Weiss Steinwerke Tribuswinkel – Zeidler und
Wimmel K. G. (claim by Austrian Government
and Kontrollbank)
11. Jacob Berger Claim for oil royalty – Erdölproduktionsgesell-
schaft
12. Francis H. Kraus Claim for painting
13. Isabella Ludwig Claim for interest in real property
14. Hilde Fischl Claim for bonds
15. Edmund Stinnes Claim with regard to property of Montan
Union A. G.
16. F. F. Fraenkel Donauländischer Papiergrosshandel (claim by
Austrian Government and Kontrollbank)

III

The Austrian Minister of Foreign Affairs to the American Ambassador

[GERMAN TEXT]

DER BUNDESMINISTER FÜR DIE AUSWÄRTIGEN ANGELEGENHEITEN

Zl. 258.715-VR/59

Wien, am 22. Mai 1959

Exzellenz!

Ich beehre mich, auf Ihre Note vom 15. Mai 1959, Nr. 1439 in Beantwortung meiner Note vom 8. Mai 1959, Zl. 258.436-VR/59 Bezug zu nehmen.

Ich gestatte mir, im Namen der österreichischen Bundesregierung zu bestätigen, dass Ihre Note vom 15. Mai 1959 den Erfordernissen der in meiner Note vom 8. Mai 1959 verlangten Zusicherung entspricht.

Genehmigen Sie, Herr Botschafter, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung

Ihr

Leopold FIGL

Seiner Exzellenz
M. H. Freeman Matthews
ausserordentlicher und
bevollmächtigter Botschafter
der Vereinigten Staaten
von Amerika
Wien

[TRANSLATION¹⁾]

THE FEDERAL MINISTER OF FOREIGN AFFAIRS

Zl. 258.715-VR/59

Vienna, May 22, 1959

Excellency:

I have the honor to refer to your note of May 15, 1959, No. 1439, in reply to my note of May 8, 1959, Zl. 258.436-VR/59.

I wish to confirm in the name of the Austrian Federal Government that your note of May 15, 1959, meets the requirements of the assurance requested in my note of May 8, 1959.

Accept, Mr. Ambassador, the assurances of my highest consideration.

Yours,

Leopold FIGL

His Excellency
H. Freeman Matthews
Ambassador Extraordinary
and Plenipotentiary
of the United States
of America
Vienna.

¹⁾ Translation by the Government of the United States of America.

Dokument 4

Erklärung von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel vor dem Ministerrat zum 55. Jahrestag der Wiedererrichtung der Republik, Wien, am 28. April 2000

„In diesen Tagen gedenken wir der Ereignisse vor 55 Jahren: der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945, die zur Grundlage unserer Zweiten Republik wurde; der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen am 5. Mai 1945 und schließlich des endgültigen Endes der Kampfhandlungen mit der Kapitulation von Hitlerdeutschland nur drei Tage später, am 8. Mai.

Die Mehrheit von uns hat diese Ereignisse nicht mehr bewußt miterlebt. Mehrere neue Generationen sind seither hinzugekommen. Mehr als zwei Drittel unserer Bevölkerung waren damals Kleinkinder oder sind erst in den Jahrzehnten danach geboren.

Mit dem Eintritt in ein neues Jahrhundert müssen wir besonders darauf achten, daß Inhalt und Auftrag, die in diesen historischen Daten liegen, nicht in ein Meer der Geschichte eingehen. Die Erinnerung muß vielmehr lebendig in unser Bewußtsein heraufreichen. Auch für kommende Generationen haben wir die Verpflichtung, sie als Teil unseres österreichischen Selbstverständnisses wachzuhalten.

Mir ist deshalb ein gemeinsames Gedenken, ein ungeteiltes, weil unteilbares Gedenken ein tiefes Anliegen. Unteilbar ist auch der Leitgedanke, den ich diesem Gedenken voranstellen möchte – dieser Leitgedanke ist die **Verantwortung**.

Für die Gemeinschaft, besonders aber für die Politiker, heißt das: Verantwortung für das Erbe unserer Vergangenheit übernehmen. Verantwortung aber auch dafür, daß in unserer Gegenwart bei jeder Handlung die Zukunft mitbedacht wird – unsere gemeinsame und die der Generationen, die nach uns kommen.

Es heißt, die Verantwortung für die Folgen anzunehmen, welche die Gemeinschaft in den Jahren der dunklen Vergangenheit verursacht hat. Aber auch die Verantwortung dafür, Gleichgültigkeit und Lauheit zu überwinden, wenn Schwache, Benachteiligte oder Hilfsbedürftige unsere Solidarität, unsere Mitmenschlichkeit brauchen; und es heißt, Verantwortung für unseren gemeinsamen Staat zu tragen, aber auch für das gemeinsame Europa des Friedens, dem wir uns als souveränes Mitglied der Europäischen Union verpflichtet fühlen. Für jeden einzelnen Österreicher heißt dieses Gedenken aber auch Verantwortung zu übernehmen für sich selbst – gegenüber der Gemeinschaft und dem Mitmenschen, soweit es in den Kräften des einzelnen liegt.

Als vor 55 Jahren, am 27. April, Karl Renner, Adolf Schärf, Leopold Kunschak und Johann Koplenig, als Vertreter der wiedererstandenen Parteien, die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet haben und damit dieses unser Österreich wiedererstehen ließen, war es nichts anderes: Sie haben die Verantwortung für dieses Land in die eigenen Hände genommen so wie die Männer und Frauen des Widerstandes, die unter Einsatz ihres Lebens gegen ein mörderisches Regime für dieses selbstverantwortliche Österreich gekämpft haben.

Die Frauen und Männer, die unser Österreich haben wiedererstehen lassen, handelten mit unermesslichem Mut und unerschütterlicher Zuversicht. Wir erinnern uns ihrer in großer Dankbarkeit und appellieren an alle, dieses Gedenken nicht durch unüberlegte und oberflächliche Vereinnahmung ihrer Taten und Symbole zu schmälern. Ihnen und allen, die in den darauffolgenden zehn langen Jahren der Besatzung für unsere Freiheit eingestanden sind, die in den schwierigen Zeiten aus den Ruinen des Krieges mit unermüdlichem Einsatz einen erfolgreichen wirtschaftlichen Neuanfang geschaffen haben, gebührt nicht nur unser Dank. Ihrem Erbe verpflichtet bekennen wir uns zu unserer Verantwortung für Österreich und seine Zukunft.

Wir dürfen stolz auf die Entwicklung sein, die unser Land genommen hat, aber wir müssen uns bei jeder heute anstehenden Entscheidung fragen, ob wir damit nicht unerlaubte Vorgriffe auf die Zukunft machen. Wir haben die Verpflichtung, die Zukunft künftiger Generationen in unserem freien, unabhängigen und starken Land zu sichern und nicht einzuengen. Nur ein verantwortungsvoller Umgang mit der Gegenwart kann das ermöglichen. Das ist die Verantwortung, die uns aus dem Geist derer erwächst, die die Unabhängigkeit unseres Landes wiederherstellten.

Österreich, wie es 1945 seinen Neuanfang wagen konnte, war aber nicht nur durch den millionenfachen Mord in den Konzentrationslagern und auf den Schlachtfeldern ein ganz anderes als vor dem Anschluß. Was Walter Jens für Deutschland gesagt hat, gilt auch und ganz besonders für Österreich: Die österreichische Identität lebte auch nach dem ‚Anschluss‘ an Hitler-Deutschland weiter: zuhause, in der Emigration und in der Diaspora. Österreicher und Österreicherinnen trugen sie in den Konzentrationslagern und in den Kriegsgefangenenlagern, aber auch – und das mit zunehmender Dauer der NS-Herrschaft – verstärkt in der Erinnerung.

Gedenken wir deshalb heute auch all jener, die Opfer gebracht haben für das Wiedererstehen Österreichs. Denken wir daran, wieviel unsere Heimat durch ihren Verlust unwiederbringlich verloren hat.

Die Jüngeren und Jungen in unserem Land, die in Freiheit und Wohlstand aufwachsen dürfen und durften, können wohl gar nicht ermessen, wieviel Mut, wieviel Verantwortungsbewußtsein, wieviel Glaube an die Zukunft

die Frauen und Männer der ersten Stunde aufbringen mußten und konnten. Die Freude, die wir bei der Erinnerung an den Neubeginn empfinden, dem wir unsere Gegenwart verdanken, darf deshalb um der jungen Menschen und um unserer eigenen Wahrheit willen nicht ohne ein Gedenken an die Opfer sein.

Darum gedenken wir heute der Toten des Krieges und des Nazi-Terrors.

Wir gedenken der 580.000 Österreicher, die ihr Leben verloren haben: der 65.000 ermordeten Juden, der 35.000 zivilen, politischen Opfer. Sie wurden hingerichtet, starben in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Wir gedenken aber auch der 380.000 Gefallenen und in Kriegsgefangenschaft Verstorbenen sowie der 100.000 Toten, die in Kriegshandlungen oder im Luftkrieg ihr Leben lassen mußten.

Unser besonderes Gedenken gilt den sechs Millionen Juden, die in Konzentrationslagern ermordet wurden;

den Sinti und Roma, die denselben Leidensweg gingen;

den Homosexuellen, die ums Leben gebracht wurden;

den Geisteskranken, die ermordet wurden;

den Menschen, die ihre politische oder religiöse Überzeugung in die Todesmaschinerie des Nazistaates brachte.

Das ist eine Wunde der Erinnerung, die nie heilt. Und auch nicht heilen darf. Heute, 55 Jahre nach dem Ende dieser Katastrophe, können und müssen wir uns verpflichten, die Verantwortung anzunehmen, die uns diese Wunde des Erinnerens auferlegt.

Deshalb soll sich kein Österreicher und keine Österreicherin ausschließen oder ausgeschlossen werden bei diesem Gedenken heute und am 5. Mai, wenn sich die Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen zum 55. Mal jährt. Nur dann können alle Bürger und Bürgerinnen dieser Republik dieses ‚Nie wieder‘ auch leben.

Wir müssen uns der Verantwortung und Mitverantwortung bewußt bleiben, die viele Österreicher an der Tragödie des Holocausts getragen haben, auch wenn sie unsere Eltern, unsere Großeltern, Freunde oder Bekannte waren.

Ebenso wenig möchte ich aber im Raum stehen lassen, Österreich habe sich immer aus der Geschichte davongestohlen.

Es gab 136.829 Voruntersuchungen, mehr als 28.000 Anklagen mit 13.667 Verurteilungen. Von 43 gefällten Todesurteilen wurden 30 vollstreckt. Ein Viertel aller Staatsbeamten verlor wegen seiner NS-Nähe die Stellung. An die 100.000 Unternehmer wurden nach dem Wirtschaftssäuberungsgesetz gemäßregelt.

Es gab eine Reihe von Rückgabe-, Opferfürsorge- und Wiedergutmachungsgesetzen mit den daraus folgenden Maßnahmen und Zahlungen. Insgesamt hat Österreich seit 1945 mehrere Milliarden Schilling an Wiedergutmachungs- und Entschädigungszahlungen geleistet. Es wurde ein Nationalfonds eingerichtet und die ‚Mauerbach Aktion‘ durchgeführt.

Dennoch bleibt noch einiges zu tun: Es geht darum, vorbehaltlos aufzuklären, die Strukturen des Unrechts freizulegen und dieses Wissen an die nachkommenden Generationen als Mahnung für die Zukunft weiterzugeben. Die Bundesregierung hat mit der Bestellung von Dr. Maria Schaubmayr zur Regierungsbeauftragten für die Verhandlungen über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern einen wichtigen Schritt zur Fortsetzung der kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit gesetzt. Wir wollen den Zwangsarbeitern des Dritten Reiches, jener Gruppe von Menschen, denen gegenüber bisher noch keine Geste der ererbten Verantwortung gesetzt wurde, eine Entschädigung für verlorene Lebenszeit und Lebenskraft geben. Wir wissen, daß es genauso wie bei allen anderen Opfern keine Möglichkeit gibt, erlittenes Leid und Unrecht abzugelten.

Aber wir wollen für uns und unsere Kinder ein Zeichen setzen, daß wir auch zu dem schweren Erbe unseres Staates stehen. Wir müssen dabei eingestehen, daß unsere Zweite Republik in den Fragen der Rückgabe, der Entschädigung und der zumindest materiellen Wiedergutmachung oft zu zögerlich gehandelt hat. Die Zahl derer, die unsere Initiative nun noch annehmen können, ist deshalb leider sehr gering.

Historiker haben beim Aufarbeiten dieser dunkelsten Periode der österreichischen Geschichte sicher zu Recht festgestellt, daß es in den Jahren der rassistischen Gewaltherrschaft zu wenig Gerechte in unserem Land gegeben hat. Zu wenige Menschen, die unter Einsatz ihrer eigenen Sicherheit Verfolgten geholfen haben. Die – dem allgemeinen Wahnsinn zum Trotz – der Menschlichkeit lebten.

55 Jahre danach, aus der Perspektive jahrzehntelanger Sicherheit, Freiheit und Wohlstandes haben wir aber auch die Verantwortung zur Demut. Wir müssen von uns wissen, daß wir unser selbst und unserer Reaktionen unter extremen Verhältnissen nicht sicher sein können. Nur wer sich selbst in Zweifel stellen kann, wer sich bewußt ist, daß er über seine Stärke oder Schwäche nicht mit Sicherheit Bescheid weiß, bevor er in der schwierigen Situation ist, sich beweisen zu müssen, kann den Auftrag des Erinnerns annehmen. Wir müssen uns bewußt sein, daß die Greuelthaten nicht von fremden Ungeheuern begangen wurden, sondern von Menschen.

Deshalb haben wir die Pflicht, den Haß nicht mit Parolen des Hasses zu bekämpfen, sondern seinem Ungeist mit Überzeugung zu begegnen. Deshalb tragen wir die Verantwortung, nicht wegzuschauen, wenn Unrecht geschieht, sondern es verhindern zu helfen. Deshalb sind wir täglich gefor-

dert, das Miteinander zu leben, damit nicht neuer Haß zwischen uns gesät werden kann.

Simon Wiesenthal, der große Gerechte und Aufklärer gegen den Haß, hat geschrieben: ‚Es gibt keine größere Sünde als das Vergessen.‘

Erinnern aber heißt: Verantwortung übernehmen.

Als Mensch.

Als Gemeinschaft.

Jeder für sich und wir alle gemeinsam.“

A. Restitutionsfragen

Dokument 5

Office of the Special Envoy for Restitution Issues, Ambassador Dr. Ernst Sucharipa: Austria's International Legal Status between 1938 and 1945 and Austrian Restitution Efforts¹⁾, August 2000:

A. Austria's international legal status between 1938 and 1945

1. The "Anschluss" in 1938 from a legal and historical perspective

On March 12, 1938, Austria was occupied by troops of the German Reich. Hitler had ordered the occupation to prevent a referendum on Austria's independence, which the Austrian government had scheduled for March 13.

On April 10, 1938, the National Socialists – under totalitarian circumstances that did not safeguard free and secret voting – organized another referendum, which resulted in a majority of 99.7 per cent in favor of Austria's annexation ("Anschluss") to the German Reich. Between March 12, 1938 (the date of occupation) and April 10, 1938 (the date of Hitler's referendum) the Gestapo had already made some 50.000 to 76.000 arrests. Among the victims of these arrests were the political leaders of the late First Republic, Communists, Social Democrats and Christian Democrats, some of whom survived captivity and reassumed important political functions after 1945. On April 1, ten days prior to the referendum, the first political prisoners were sent to Dachau.²⁾

It is a matter of fact, however, that many Austrians pleaded for the "Anschluss" and some even enthusiastically welcomed Hitler. One reason for this reaction – among others – was the fact that many German speaking Austrians at that time regarded themselves as part of a German nation. Therefore, since the collapse of the Hapsburg Monarchy in 1918, a major part of the population strove for a unification with Germany. Many Austrians did not consider the small Austrian Republic economically viable – especially after the Great Depression.

The occupation undoubtedly constituted a breach of international law, in particular Article 80 of the Treaty of Versailles. However, Mexico was the

¹⁾ Acknowledgments: The following outline is largely based on the Declarations of Professor Dr. Theo Öhlinger of December 7, 1999 (Steyr-Daimler-Puch AG/VOEST Alpine Stahl AG Class Action) and Dr. Paul Oberhammer of October 23, 1999 (In Re: Austrian and German Bank Holocaust Litigation), respectively.

²⁾ W. Neugebauer, *Das NS-Terrorssystem*, in: *Wien 1938*, 110. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien, Wien, Österreichischer Bundesverlag u. a., 1988.

only country which raised a protest. Austria was immediately subjected to a vigorous policy of economic and political integration aimed at destroying everything that reflected Austrian identity. The very name of Austria was eliminated.

2. Austria as an occupied country between 1938 and 1945:

International lawyers and historians have debated whether – from a legal perspective – Austria’s “Anschluss” to the German Reich should be considered an annexation or rather an occupation.³⁾ If regarded as a case of annexation, Austria ceased to exist in 1938 and was re-established in 1945. If regarded as a case of occupation, Austria continued to exist as a subject of international law between 1938 and 1945, but was incapable of acting as a sovereign State.

Some authors, such as e.g. Hans Kelsen,⁴⁾ adhered to the theory of annexation. According to this theory, Austria ceased to exist as a subject of international law as of the date of the “Anschluss”, when it was incorporated into the German Reich.

Today the theory of occupation is the prevailing view and generally accepted⁵⁾. In particular, the occupation theory is supported by the wording of the Moscow Declaration of November 1, 1943. In this Declaration the Allied Powers referred to Austria as the first free country that fell victim to Hitler’s aggression. They declared Austria’s “Anschluss” to the German Reich to be null and void and expressed their intention to see a free and independent Austria re-established.⁶⁾

What both theories have in common is the fact that during the period of occupation/annexation by Germany between 1938 and 1945 Austria had no capacity to act on the international plane. Lacking such capacity, however, Austria also lacked capacity to incur any legal responsibility. In other

³⁾ For an extensive discussion see e.g. K. Marek, *Identity and Continuity of States in Public International Law*, 1954, pp. 338–368.

⁴⁾ H. Kelsen, *Principles of International Law*, 1952, p. 262.

⁵⁾ See Department of State, *The Austrian State Treaty, An Account of the Postwar Negotiations together with the Text of the Treaty and Related Documents*, p. 4: “The necessity for an Austrian treaty lay in the *Anschluss*. This act of annexation, by which Hitler had reduced Austria to a province of Greater Germany, had never been condoned by the United States or accepted by it as having legally extinguished the Austrian State. Because the United States, therefore, was not at war with Austria, the postwar problem was to conclude, not a treaty of peace, but rather a treaty which would regularize the status of the country and settle other problems arising from the Anschluss or the war – what came to be referred to as the Austrian State Treaty.”

⁶⁾ Text in U. S. Senate Foreign Relations Committee, *A Decade of American Foreign Policy: Basic Documents, 1941–1949*, p. 11.

words, since Austria was incapable of acting as a sovereign State under international law, it cannot be held legally responsible for the wrongful acts such as war crimes and violations of human rights which had been organized and carried out by the Nazi Regime of the German Reich. Under the laws of State responsibility it is firmly established that a State to which a violation of international law is to be attributed

“... must always – in addition to the legal capacity, which it has by definition – also possess the capacity to act under international law. A wrongful conduct of a subject of international law not only presupposes that the latter is subject to the obligation that was violated – and thus has legal capacity under international law – but also that the subject of international law is legally capable of acting according to the obligation.”⁷⁾

At this point it should, however, be noted that the above *legal* considerations may neither be taken to absolve *individual* Austrians of their responsibility for the atrocities of the Nazi Regime nor to deny the *moral* responsibility incumbent upon Austria. It cannot be denied that Austrians were among the perpetrators of the most heinous Nazi crimes and many others supported, or at least acquiesced in, the measures of persecution. Hence the acknowledgment of Austria's moral responsibility by the Austrian Governments of today.

In this context reference must also be made to the following clause (“responsibility clause”), which was incorporated into the Moscow Declaration:

“Austria is reminded, however, that she has a responsibility which she cannot evade for participating in the war on the side of Hitlerite Germany, and that in the final settlement account will inevitably be taken of her own contribution to her liberation.”

This clause reflects a compromise between the Soviet Union, on the one hand, and the United States and Great Britain, on the other. The Soviet Union pushed to incorporate an even more incriminating formula in order to – among other reasons – demand reparations from Austria. The background of this compromise therefore solely concerns the issue of Austria's war reparations.

3. The re-establishment of Austria in 1945

On March 28, 1945, troops of the Soviet Union were the first of the Allied Powers to cross the Austrian borders. US troops followed on April 28, 1945. Already on April 5, 1945, a provisional government had been formed in Vienna. On April 27, 1945 that government had proclaimed the “Declaration of Independence”, which is referred to as the “birth

⁷⁾ K. Ipsen, *Völkerrecht*, 4th ed. 1999, p. 541.

certificate” of the Second Republic (“Zweite Republik”).⁸⁾ Initially, the Provisional Federal Government (“Provisorische Bundesregierung”), which had been constituted by the Declaration of Independence, was only recognized in those parts of Austria that were occupied by the Soviet Union. On October 20, 1945, the Allied Council recognized the Government’s sphere of activity to cover all of Austria.

Austria remained occupied until 1955. The four Allied Powers exerted control over the Austrian government (legislative and executive branch). Yet unlike Germany, Austria remained undivided.

The position of the United States vis-à-vis the German occupation of Austria and her legal status after the liberation by the Allied Powers is clearly illustrated by the following Press release of the Department of State of November 10, 1946:⁹⁾

“During the period following the first World War, the United States Government steadily encouraged the development of a free and independent Austrian state based on democratic principles, and viewed with strong disapproval all Nazi attempts to force Austria into the German Reich. The attitude of the United States toward the military occupation of Austria by Germany and its formal incorporation in the German Reich in 1938 was guided by this consideration and by the well established policy of the United States toward the acquisition of territory by force. While, as a practical matter, the United States was obliged in its effort to protect American interests to take certain administrative measures based upon the situation created by the *Anschluss*, this Government consistently avoided any step which might be considered to constitute *de jure* recognition of the annexation of Austria by Germany.

In his radio address on May 27, 1941 President Roosevelt referred repeatedly to the seizure of Austria, and described the Austrians as the first of a series of peoples enslaved by Hitler in his march of conquest. Secretary Hull stated at a press conference on July 27, 1942 that ‘this Government has never taken the position that Austria was legally absorbed into the German Reich’. [. . .].

The United States has accordingly regarded Austria as a country liberated from forcible domination by Nazi Germany, and not as an ex-enemy state or as state at war with the United States during the second World War. The Department of State believes that this view has received diplomatic recognition through the Moscow Declaration on Austria and the Declaration issued at Algiers on November 16, 1943

⁸⁾ Published in State Law Gazette/StGBI No. 1/1945.

⁹⁾ Press release of the Department of State, Bulletin, November 10, 1946, on the occasion of the visit of the Austrian Foreign Minister to the United States in October 1946; see also, the Declaration of the U. S. Secretary of State on Austria’s International Status of October 28, 1946, Department of State Bulletin XV. No. 384, p. 846; cf. Memorandum by the Counselor of the Department of State (Cohen) to the Secretary of State, in: Foreign Relations of the United States, 1947, vol. II, p. 159: “Mr. Byrnes was eager to secure the prompt consideration and settlement of the Austrian Treaty for two important reasons: (a) We are committed to treating Austria as a liberated and not an enemy country . . .”.

by the French Committee of National Liberation concerning the independence of Austria. [. . .].

In its meeting of April 25, 1946 the Allied Council, moreover, considered a statement of the United States Government's policy in Austria made by General Mark Clark, and expressed its general agreement with section I, 'Status of Austria', in which the United States maintained that since Austria had been liberated from Nazi domination it should be treated as a liberated area.

In the opinion of the Department of State, the judgment of the International Military Tribunal rendered at Nürnberg on September 30 – October-1, 1946 gave further international confirmation to this view of Austria's status by defining the invasion of that country as an aggressive act – “a premeditated aggressive step in furthering the plan to wage aggressive wars against other countries”. The Nürnberg judgment also states that “Austria was in fact seized by Germany in the month of March 1938”. In order to clarify the attitude of the United States Government in this matter, the United States Government recognizes Austria for all purposes, including legal and administrative, as a liberated country comparable in status to other liberated areas and entitled to the same treatment, subject only to the controls reserved to the occupying powers in the new agreement on control machinery in Austria of June 28, 1946. The United States Government believes that the international acts mentioned above are adequate reason for all members of the United Nations to regard Austria as a liberated country.”

4. The Austrian State Treaty of 1955

Since Austria was not regarded as a defeated but as a liberated country, in January 1947 negotiations were commenced for a “State Treaty” and not a peace treaty. Finally, after several years of negotiations, on May 15, 1955, the foreign ministers of the four Allied Powers and Austria signed the *State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria*.¹⁰⁾

It is important to note that the term “State Treaty” was deliberately chosen, as may be seen from the following passage in the report of the Senate Committee on Foreign Relations on the Austrian State Treaty:

“The committee stresses the fact that the treaty before the Senate is not a peace treaty. This nation was never in war with Austria. This treaty is, rather, the Austrian State Treaty which restores Austria to the status of independence it occupied before the Anschluss”.¹¹⁾

That Austria was not regarded as a belligerent country also finds expression in the fact that the State Treaty was solely concluded between Austria and the four Allied Powers (Soviet Union, Great Britain, France, USA) and not – as the peace treaties of 1947 – with all States which had been allied against Hitlerite Germany. Members of the United Nations which had been

¹⁰⁾ 217 UNTS 223 (1955), No. 2949.

¹¹⁾ Report of the Senate Committee on Foreign Relations on the Austrian State Treaty, 84th Congress, 1st Session, p. 14.

at war with Germany on May 8, 1945, however, had the option to accede to the Treaty (Article 37). The following States made use of that option: Czechoslovakia (1955), Yugoslavia (1955), Poland (1956), Mexico (1957), Brazil (1958), New Zealand (1960), Canada (1960) and Australia (1961).

In the Preamble of the Austrian State Treaty, the Signatory Nations stated that the purpose of the Treaty was

“... to settle in accordance with the principles of justice all questions which are still outstanding in connection with the events referred to above, including the annexation of Austria by Hitlerite Germany and participation of Austria in the war as an integral part of Germany”.

The common view of the Parties to the State Treaty that Austria was not to be considered a belligerent country is also reflected by the wording of Article 21, which excludes all claims of reparation against Austria:

“No reparation shall be exacted from Austria arising out of the existence of a state of war in Europe after 1st September, 1939.”

With respect to the question of restitution and compensation for the victims of Nazi persecution Article 26, para. 1, of the State Treaty provides the following:

“In so far as such action has not already been taken, Austria undertakes that, in all cases where property, legal rights or interests in Austria have since 13th March, 1938, been subject of forced transfer or measures of sequestration, confiscation or control on account of the racial origin or religion of the owner, the said property shall be returned and the said legal rights and interests shall be restored together with their accessories. Where return or restoration is impossible, compensation shall be granted for losses incurred by reason of such measures to the same extent as is, or may be, given to Austrian nationals generally in respect of war damage.”

According to Article 26, para. 2, Austria was vested with the responsibility of taking

“... under its control all property, legal rights and interests of persons, organizations or communities which ... were the object of racial, religious or other Nazi measures of persecution where, in the case of persons, such property, rights and interests remain heirless or unclaimed for six months after the coming into force of the Present Treaty, or where ... such organizations or communities have ceased to exist.”

Upon taking control of unclaimed property, the Austrian Government was charged with the responsibility of transferring such property, rights and interests to

“... appropriate agencies or organizations ... for the relief and rehabilitation of victims of persecution of the Axis Powers,^[12] it being understood that these provisions do not require Austria to make payments in foreign exchange or other transfers to foreign countries which would constitute a burden on the Austrian economy.”

¹²⁾ See also point B.2. below (referring to the Collection Agencies Act).

Parts IV (“Claims Arising out of the War”: Articles 21–24) and V (“Property, Rights and Interests”: Articles 25–28) of the Austrian State Treaty provide for a detailed and comprehensive settlement of all property claims on a State-to-State level.

As the introductory clause to Article 26 indicates, at the time of the conclusion of the State Treaty it was understood by all Parties to the Treaty that the return of property to persecuted persons had already been made or would be made pursuant to the restitution laws passed since 1946. A 1959 Exchange of Notes between the Western Allies and the Republic of Austria further supports the conclusion that the Parties to the State Treaty understood that the latter provided the exclusive means of resolving all claims subject to Article 26 of the State Treaty.¹³⁾

B. Austrian legislation for restitution of property and payment of compensation to Holocaust victims – selected issues

1. The Austrian restitution legislation

Notwithstanding the above legal consideration on the international legal status of Austria between 1938 and 1945, immediately after World War II, Austria enacted a series of laws for the return of property divested during the Nazi Regime.

On May 10, 1945, the “Registration Act” (“Anmeldegesetz”)¹⁴⁾ was passed, which required holders of property to register such property with a government office in Vienna if the property had been taken from the previous owners after March 13, 1938, whether without authorization or on the basis of laws or other orders, on racial, national or other grounds in connection with the assumption of power by the National Socialists. The law further required such property to be preserved pending final determination of its proper ownership. (Note: maximum penalty for failure to register: 10 years of imprisonment).

The “Annulment Act” (“Nichtigkeitsgesetz”)¹⁵⁾ of May 15, 1946, declared “null and void” all legal transactions and other legal acts during the German occupation – irrespective of any payment – if carried out in the

¹³⁾ Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America and Austria relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of 15 May 1955, Vienna May 8, 15 and 22, 1959, 347 UNTS 3 (1959).

¹⁴⁾ Law on the registration of Aryanised and other assets seized in connection with the assumption of power by the National Socialists, May 10, 1945; State Law Gazette/StGBI No. 10/1945.

¹⁵⁾ Federal Law of May 15, 1946, concerning the annulment of legal transactions and other legal acts during the German occupation of Austria; Federal Law Gazette/BGBI No. 106/1946.

course of the financial or political penetration of Austria by the German Reich in order to seize property or property rights. The “Annulment Law”, however, was only of a declaratory nature. The way of enforcement and extent of claims for restitution of the previous owners was expressly reserved for future legislation. Thus, between 1946 and 1949 Austria enacted seven “Restitution Acts” (“Rückstellungsgesetze”), which laid down explicit procedures for the return of various types of property that had been wrongfully taken from its previous owners during the Nazi Regime. The Restitution Acts may be summarized as follows:

The “First Restitution Act” (1. Rückstellungsgesetz)¹⁶⁾ concerned the restitution of property seized by the German Reich (not private individuals or companies), which was administered after the war by the Republic of Austria or one of its federal states.

The “Second Restitution Act” (2. Rückstellungsgesetz)¹⁷⁾ supplemented the First Restitution Act. It dealt with property seized during the Nazi-Regime which after the war had become the property of the Republic of Austria on the basis of forfeiture of property (e.g. if the holder was a war criminal or a National Socialist Organization).

The “Third Restitution Act” (3. Rückstellungsgesetz)¹⁸⁾ was the general restitution law for the return of property wrongfully taken from its owners which had been transferred to private individuals or businesses.

The Third Restitution Act covers cases of taking of property in its widest sense (including forced sales or “Aryanizations”), even if carried out on the basis of then applicable laws or orders. Under the Act it is presumed that property acquired from persons persecuted by the Nazi Regime was wrongfully taken. Thus, the burden of proof is placed upon the present holder of property to show that the property had been acquired independently of the take-over of power by the Nazi Regime.

The Act further provides that: “Unless this Federal Law specifies otherwise, the provisions of civil law, in particular with regard to the invalidity of contracts for unfair and unjustified fear are to be applied.” The effect of these provisions is that the unlawful holder no longer has a title to possession of such property, and the property, under general principles of civil law, is to be restored to the previous owner.

¹⁶⁾ First Restitution Act: Federal Law of July 26, 1946, concerning the restitution of seized property at present administered by the Federal Government or the Provincial Governments; Federal Law Gazette/BGBl No. 156/1946.

¹⁷⁾ Second Restitution Act: Federal Law of February 6, 1947, concerning the restitution of seized property at present held by the Republic of Austria; Federal Law Gazette/BGBl No. 53/1947.

¹⁸⁾ Third Restitution Act: Federal Law of February 6, 1947, concerning the annulment of property seizure; Federal Law Gazette/BGBl No. 54/1947.

According to the Third Restitution Act any owner of property, irrespective of his/her nationality or place of residence, who had suffered a loss in the context of the take-over of power by the Nazi Regime, as well as certain classes of legal heirs (including the owner's spouse, children and siblings), was entitled to bring a claim for restitution.

Finally, it is to be noted that former owners of taken property had to bring their claims within a specified time-limit. The initial deadline was one year as from the entry into force of the Act on March 27, 1947 (§ 14), but has been extended numerous times by ministerial orders. The last of these general orders was made in 1953¹⁹⁾, extending the deadline for claims under the Third Restitution Law until June 30, 1954. In special cases there even was an extension beyond that date until July 31, 1956.²⁰⁾

In this context it must be added that – taking into account all extensions of the deadline – potential claimants under the Third Restitution Act did have more than seven years (in some cases even nine years) to bring their claims for restitution.

The “Fourth Restitution Act” (4. Rückstellungsgesetz)²¹⁾ provides for the reinstatement of company names altered or deleted due to National Socialist coercion.

The “Fifth Restitution Act” (5. Rückstellungsgesetz)²²⁾ provides for the restitution of confiscated rights and interests of shareholders in joint stock companies, partners in partnerships, members of trading associations and cooperatives and other entities if the entity concerned had lost its legal personality due to National Socialist coercion.

The “Sixth Restitution Act” (6. Rückstellungsgesetz)²³⁾ concerns the restitution of confiscated rights to patents, trade marks and industrial designs.

¹⁹⁾ Federal Law Gazette/BGBl No. 167/1953.

²⁰⁾ Federal Law Gazette/BGBl No. 201/1955. Note that the Supreme Restitution Commission at the Austrian Supreme Court has recently confirmed that restitution claims under the Third Restitution Law could not be made after July 31, 1956, and that the deadline for making such claims was not extended by the State Treaty of May 15, 1955. (See Supreme Restitution Commission, April 1, 1997, Rkv 1/97, unpublished).

²¹⁾ Fourth Restitution Act: Federal Law of May 21, 1947, concerning company names altered or deleted under National Socialist coercion; Federal Law Gazette/BGBl No. 143/1947.

²²⁾ Fifth Restitution Act: Federal Law of June 22, 1949, concerning the restitution of property seized from legal persons in business which lost their legal personality under National Socialist coercion; Federal Law Gazette/BGBl No. 164/1949.

²³⁾ Sixth Restitution Act: Federal Law of June 30, 1949, concerning the restitution of industrial property rights; Federal Law Gazette/BGBl No. 199/1949.

The “Seventh Restitution Act” (7. Rückstellungsgesetz²⁴⁾) provides for restitution of certain employment rights, such as claims for wages, severance payments and pensions.

2. The Collection Agencies (“Sammelstellen” or “Auffangorganisationen”)

In accordance with her obligations pursuant to Article 26, para. 2, of the State Treaty of 1955 Austria enacted legal provisions for the restitution with respect to heirless or “dormant” property.

Under the so-called “Collection Agencies Act” (“Sammelstellengesetz” or “Auffangorganisationengesetz”) of 1957²⁵⁾ two “Collection Points” were created, to which all property and rights divested by the Nazi Regime in Austria that had not been returned to their former owners or their heirs were transferred.

By an amendment to the Collection Agencies Act in 1958²⁶⁾ the Collection Agencies were granted the right to assert claims on the basis of the First, Second and Third Restitution Acts in cases where an application had not been made by the owner within the respective time-limits or where for other reasons claims could not have been made. This subsidiary right of the Collection Agencies was later extended by the Fourth Restitution Claims Act²⁷⁾ also to claims under the Fifth and Seventh Restitution Act. The right to assert such claims was subject to certain time limits, which ended on June 30, 1962, at the latest.

It was the task of the Collection Points to collect and realize assets taken during the Nazi Regime which had not been claimed after the war in accordance with the provisions of the Restitution Laws. Collection Point “A” was responsible for claims to property and rights of victims of Nazi persecution who were members of the Jewish Community (“Israelitische Kultusgemeinde”), Collection Point “B” for other victims. Collection Point “A” received 80 per cent, Collection Point “B” 20 per cent of the proceeds from the sale of dormant or heirless property. The proceeds were used to provide compensation to Jewish victims of National Socialism or to Jewish

²⁴⁾ Seventh Restitution Act: Federal Law of July 14, 1949, concerning the assertion of claims arising from service contracts with private employers; Federal Law Gazette/BGBl No. 207/1949.

²⁵⁾ Receiving Organisations Act: Federal Law of March 13, 1957, on the creation of receiving organisations pursuant to Article 26, para. 2, of the State Treaty, Federal Law Gazette/BGBl No. 152/1955/, 73/1957 (last amended by Federal Law Gazette/BGBl No. 149/1966).

²⁶⁾ Federal Law Gazette/BGBl No. 285/1958.

²⁷⁾ Fourth Restitution Claims Act: Federal Law of May 17, 1961, concerning the registration of claims by receiving organisations for the restitution of property under the Restitution Acts; Federal Law Gazette/BGBl No. 1947/13 (last amended by Federal Law Gazette/BGBl No. 199/1952).

charity organizations. (Sum total of proceeds as of December 31, 1967: ATS 319 million).

3. The Compensation Fund (“Abgeltungsfonds”)

The Restitution Acts were further supplemented by the “Compensation Fund Act” (“Abgeltungsfondsgesetz”)²⁸⁾ of March 22, 1961, which empowered the Federal Minister of Finance to endow the Fund with the Schilling equivalent of US \$ 6 million (plus an additional 10 per cent for administrative expenses).

The purpose of the Fund was to provide compensation to owners (natural persons) of property, rights and interests who – on grounds of racial origin or religion of the owner or in the course of other measures of National Socialist persecution – had been subject of forcible transfer or confiscation measures between March 13, 1938 and May 8, 1945. No compensation was due in cases where such property, rights and interests had been restituted or re-established. It is to be noted that there was no legal entitlement to the payments; rather, the award of compensation was at the Fund’s discretion (§ 1(4)).

Compensation was awarded in cases of loss of property in one of the following categories: bank accounts, securities, cash, mortgage claims and payment of discriminatory taxes (e.g. “Reichsfluchtsteuer”, “Judenvermögensabgabe/JUVA”).

The Compensation Fund was managed by a “Kuratorium” which also included Jewish representatives such as Mr. Simon Wiesenthal. The Fund conducted an extensive advertising campaign throughout the world to inform people who had suffered losses in Austria during the Nazi era of this opportunity to apply for compensation. Between September 1, 1961 and August 31, 1962, a total of 10,666 applications for compensation were received and examined by the Fund. The Fund carried out extensive investigations of these claims, in particular by examining the archives of the Collection Agencies which had been put at the Fund’s disposal.

4. Works of art and cultural treasures

Works of art and cultural treasures, if not returned under the first and second restitution acts, were dealt with by two laws, enacted in 1969 and 1985 (“Erstes und Zweites Kunst- und Kulturgüterbereinigungsgesetz”)²⁹⁾.

²⁸⁾ Compensation Fund Act, Federal Law of March 22, 1961, providing federal funds for the establishment of a fund to compensate property losses of victims of political persecution; Federal Law Gazette/BGBl No. 100/1961.

²⁹⁾ First Artistic and Cultural Assets Settlement Act: Federal Law of June 27, 1969, concerning the settlement of ownership of works of art in the custody of the Federal Monuments and Fine Arts Service, Federal Law Gazette/BGBl No. 294/1969;

The remaining items, approximately 8000, of which the original owners or their legal heirs could not be located, were auctioned off (“Mauerbach Auction”) in October 1996. The proceeds of ATS 155 million (USD 10.6 million) were transferred to the Jewish Community in Austria (“Israelitische Kultusgemeinde Österreichs”).

Recent research in archives has shown that some works of art, the provenience of which was doubtful and which previously had belonged to Nazi victims, are still in the possession of the Republic of Austria. Thus, in 1998 the Austrian parliament passed a law for the return of works of art from Austrian federal museums and collections (“Kunstrückgabegesetz”)³⁰⁾, setting up a commission (“Beirat”) with the Federal Ministry for Education and providing for a specific procedure for the return of such works of art to their lawful owners. If the former owners or their heirs cannot be identified, the works of art shall be auctioned off and the proceeds disbursed among needy Nazi victims by the National Fund of the Republic of Austria for the Victims of National Socialism. As a first result of this law a number of valuable paintings and other works of art have already been returned to the original owners or their heirs.

Local museums and collections are following this practice. Some of them have found works of art which had belonged to Nazi victims (Neue Galerie der Stadt Linz, Steiermärkisches Landesmuseum Joanneum; Historisches Museum der Stadt Wien).

5. Insurance companies

In 1958, the Insurance Indemnification Act (“Versicherungsentschädigungsgesetz”)³¹⁾ was enacted to compensate for life insurance policies confiscated by the German Reich. Compensation under this law followed legal guidelines established after 1945 and in 1955, respectively. The guidelines provided that all payments for insurance policies – irrespective of the holder – were to be reduced in view of the collapse of Austria’s financial system after the end of the war. The reduction was approximately 60 per cent of the surrender value.

Within the one-year period for presenting claims 456 policies were compensated. The rather short period as well as lack of publicity could

Second Artistic and Cultural Assets Settlement Act: Federal Law of December 13, 1985, concerning the release and disposal of formerly unclaimed works of art held by the Federal Government, Federal Law Gazette/BGBl No. 2/1986.

³⁰⁾ Federal Law of December 4, 1998, concerning the return of works of art from Austrian federal museums and collections; Federal Law Gazette/BGBl I No. 181/1998.

³¹⁾ Insurance Indemnification Act: Federal Law of June 26, 1958, concerning the settlement of life insurance claims confiscated by the German Reich; Federal Law Gazette/BGBl No. 130/1958.

possibly explain the relatively modest number of claims. Whenever new claims were brought in the following years, insurance companies, conscious of the difficult legal, political but also moral background, made every effort to process them in an amicable way.

In line with the handling of insurance claims in the past, those companies which did business during the times of the Third Reich will continue to consider every claim individually and will try to settle it within the legal framework for restitution and compensation. Being part of international insurance groups, leading Austrian insurance companies take part in the activities of the International Commission on Holocaust Era Insurance Claims (ICHEIC) via their parent companies and in this way support the tasks of that commission.

Furthermore the insurance companies, conscious of their own responsibility in this context, have asked a reputed Austrian historian to investigate the role of insurance business from 1938 up to the 1960's.

6. The “Victims Welfare Act” and further Austrian compensation measures for Holocaust victims (selection):

In addition to the laws described above, Austria implemented many other measures which, in various ways, were concerned with reparations to the victims of National Socialism. These measures, however, were not so much concerned with direct compensation for losses of property during the Nazi Regime, but more with payments of compensation to various groups of Holocaust victims based on ethical, social and humanitarian grounds.

One of the most important measures is the “Victims Welfare Act” (“Opferfürsorgegesetz”)³²⁾ of 1947, which, being amended 63 times through 1995, remains in force today. The Victims Welfare Act provides benefits to many classes of people who were citizens or residents of Austria at the time of National Socialism, including people who resisted National Socialism by fighting for a free and democratic Austria, and persons who suffered “considerable loss” on political grounds, by reason of origin, religion or nationality, as a result of unjust actions by the courts, police or other authorities, or by action of the NSDAP. These benefits include compensation for periods of time in custody as well as pension rights, the latter, however, only for Austrian citizens.

“Considerable loss” within the meaning of this Act includes, among others,

- loss of life;
- loss of liberty for at least three months;

³²⁾ Victims Welfare Act: Federal Law of July 4, 1947, concerning the provision of welfare assistance to victims of the struggle for a free and democratic Austria and victims of political persecution; Federal Law Gazette/BGBl No. 1947/183 (last amended by Federal Law Gazette/BGBl No. 830/1995).

- injury to health reducing earning ability by at least 50 per cent;
- loss of at least 50 per cent of prior income over a period of 3½ years;
- forced emigration after the age of six that lasted at least 3½ years;
- termination or interruption for 3½ years of study or professional training; and
- forced wearing of the “Jewish star” for at least six months.

Three basic types of compensation were granted by the Victims Welfare Act:

- privileges: accident and pension insurance, health care, concessions under state monopolies (tobacco shops), awarding of homes and land, tax benefits, and rebates or reductions on study and examination fees.
- social assistance measures: payments for pensions, convalescence and child assistance.
- indemnity measures: payments for imprisonment on political grounds or on grounds of origin, religion or nationality, as well as payments for other deprivations of liberty, including compulsory residence in a ghetto or other specified locality.

Pensions: Since 1956 the Austrian Social Security System has provided special benefits, which have been developed further over the following years, to victims of persecution for reasons of race, religion or political actions (especially privileged options to obtain additional pension rights). Overall pension payments to victims amount to ATS 2 billion annually; however, this figure also includes pension rights acquired before 1938. Eligibility does not depend on citizenship. (80% of pensions receivers live outside of Austria).

The “Assistance Fund Act” (“Hilfsfondsgesetz”)³³⁾ of January 18, 1956 set up a fund of ATS 550 million to provide assistance to victims of political persecution who have their domicile and permanent place of residence abroad. The purpose of this fund was to provide benefits to victims of National Socialism who had not otherwise received benefits under the Victims Welfare Act. Applications for payments under this fund were solicited through numerous advertising campaigns abroad.

In 1962 an additional amount of ATS 600 million³⁴⁾ was endowed to the fund (“New Assistance Fund I”)³⁵⁾ to provide for compensation for cases

³³⁾ Assistance Fund Act: Federal Law of January 18, 1956, providing federal funds to assist victims of political persecution not residing in Austria; Federal Law Gazette/BGBl No. 25/1956.

³⁴⁾ Note that an amount of ATS 300 million was paid by the Federal Republic of Germany according to the so-called Bad Kreuznach Treaty (Treaty between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany of November 27, 1961,

of occupational damage or termination or interruption for more than 3½ years of study or professional training.

In 1976, a further amount of ATS 440 million was added by the Austrian government (“New Assistance Fund II”)³⁶).

The so-called “Law on Material Damage Resulting from War and Persecution” (“Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz – KVSG”)³⁷) of June 25, 1958 provided for compensation for damage to or loss of household equipment or occupational utensils incurred as a result of the war or political persecution. Compensation was calculated according to a point system and was not limited to Austrian citizens.

In commemoration of the 50th anniversary of the occupation of Austria, on March 23, 1988 the “Honorary Grants and Assistance Fund Act” (“Ehrengaben und Hilfsfondsgesetz”)³⁸) was passed, which provided for honorary grants and gifts to resistance fighters and victims of political persecution in Austria. In addition to the honorary gifts as a symbolic gesture to certain victims of the Nazi Regime under Section I of the Act, Section II established a new Assistance Fund, the recipients of which included those who fought for an independent and democratic Austria, people who were persecuted on political grounds or on grounds of origin, religion or nationality, and those who emigrated to escape persecution on these grounds. The Austrian State undertook to make a one-time allocation of ATS 255 million to the Fund, in addition to the amount of ATS 50 million designated for honorary grants and gifts.

In 1995, on the occasion of the 50th anniversary of her liberation, Austria enacted the “Federal Law to Establish the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism” (“Nationalfondsgesetz”).³⁹

Federal Law Gazette/BGBl No. 283/1962). Under the Kreuznach Treaty, Germany bore a share of the benefits to be paid under the 12th Amendment to the Victims Welfare Act (Federal Law Gazette/BGBl No. 101/1961), the Compensation Fund Act, and the Assistance Fund Act (Federal Law Gazette/BGBl No. 25/1956) of a total amount of DM 95 million.

³⁵) Federal Law Gazette/BGBl No. 178/1962.

³⁶) Federal Law Gazette/BGBl No. 714/1976.

³⁷) War- and Persecution-Related Material Damage Act: Federal Law of June 25, 1958, concerning the award of compensation for damage to household equipment or occupational utensils incurred as a result of war or political persecution; Federal Law Gazette/BGBl No. 127/1958.

³⁸) Honorary Grants and Assistance Fund Act: Federal Law of March 23, 1988, concerning non-recurring honorary grants and gifts to resistance fighters and victims of political persecution on the occasion of the 50th anniversary of Austria’s occupation, including amendments to the Federal Finance Act 1988 and the Victims Welfare Act; Federal Law Gazette/BGBl No. 197/1988.

³⁹) Federal Law of June 30, 1995, to Establish the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism; Federal Law Gazette/BGBl No. 432/1995.

The National Fund provides benefits to people who were persecuted by the National Socialist regime on political grounds, on grounds of origin, religion, nationality or sexual orientation, of physical or mental handicap, or of the accusation of so-called asociality, or who in other ways became victims of National Socialist wrongdoing or who left the country to avoid such persecution. The fund makes lump sum payments to the victims ranging from ATS 70,000 to ATS 210,000. The sum total of all payments made by the National Fund between its creation in 1995 and May 2000 amounts to ATS 2,1 billion.

Dokument 6

Office of the Special Envoy for Restitution Issues, Ambassador Dr. Ernst Sucharipa: Survey of Past Austrian Measures of Restitution, Compensation and Social Welfare for Victims of National Socialism (not exhaustive), December 2000

I. Introduction:

The Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Property / Aryanization Issues agreed between Federal Chancellor Dr. Wolfgang Schüssel and Deputy Secretary Stuart Eizenstat on 5 October 2000 stipulates that all restitution and compensation measures that have already been carried out by Austria in the past will be fully taken into account. The following short survey of past Austrian measures for victims of National Socialism¹⁾ (Parts II, III and IV) should be seen in the light of the following facts and considerations. (For further details see also the paper on “Austria’s International Legal Status between 1938 and 1945 and Austrian Restitution Efforts”):

Austria acknowledges her moral responsibility arising out of the tragic history of the 20th century and the horrendous crimes of the National Socialist regime, and reaffirms her commitment to a self-critical scrutiny of the National Socialist past.

Austria acknowledges the fact that, on the one hand, Austrians were among the perpetrators of the most heinous Nazi crimes and many others supported and participated, or at least acquiesced in, the measures of persecution and deprivation of wealth of Nazi victims, and, on the other hand, Austrians were among the victims of National Socialism.

During the period of occupation by Nazi-Germany in 1938 and liberation by the Allied Powers in 1945, Austria, as a State, lacked capacity to act and incur any legal responsibility on the international plane.

The Austrian restitution and compensation legislation between 1945 and 1955 was adopted with the explicit knowledge and approval of the four Allied Powers, including the United States of America, pursuant to the 1946 Agreement on the Machinery of Control in Austria. Such legislation

¹⁾ Note that due to the lack of available data the following survey is only exemplary and not exhaustive. The assessment of the manifold Austrian restitution and compensation measures is subject of various research projects by the Historical Commission of the Republic of Austria. The calculation of the present-day value (Oct. 2000) of all prior compensatory payments is based on the Austrian *Kleinhandelspreisindex* (KHPI, Retail Price Index), which is the only index that allows a direct comparison with the value of the assets and properties taken in 1938 (see Annex).

followed the same standards as the restitution laws enacted by the Allied Powers in Germany (cf. e.g. US-Military Law No. 59). Thus, at the time, the Allied Powers must be held to have considered the Austrian measures suitable remedies for claims of restitution or compensation.

In the 1955 State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria the Signatories agreed to settle all outstanding questions in connection with the annexation of Austria by Hitlerite Germany and participation of Austria in the war as an integral part of Germany (Preamble). The fact that – in contrast to Germany – the Allied Powers did not regard Austria as a defeated, but as a liberated country, is reflected in numerous provisions. In particular, under Article 26 Para. 1 of the State Treaty Austria primarily had to undertake – in so far as such action had not already been taken – to return or restore the property, legal rights and interests taken. However, where return or restoration was impossible, Austria was only obligated to grant compensation for losses incurred to the same extent as is, or may be, given to Austrian nationals generally in respect of war damage.

In a 1959 Exchange of Notes the United States of America gave the assurance that it “will neither advance nor support through diplomatic channels against the Austrian Federal Government, any further claims of persecutees based on Article 26 of the State Treaty” which come within the following classes and categories: pensions, insurance policies, bank accounts, discriminatory taxes and charges (JUVA, Reichsfluchtsteuer), losses of money, mortgages, securities and tenancy rights.

On 19 December 1961, in view of the substantial improvements by the 12th Amendment of the Victims Welfare Act and the envisaged endowment of an additional amount of ATS 600 million to the Assistance Fund, the Chairman of the Committee for Jewish Claims on Austria (consisting of 25 Jewish organizations), Dr. Nahum Goldmann, declared that “the Committee will not request any further legislative measures from the Austrian Government in favor of Jewish victims persecuted in Austria by the Nazi regime”.

II. Restitution *in rem*:

1. The Restitution Acts:

Following the adoption of the **Annulment Act in 1946 (BGBl. No. 106/1946)**, declaring “null and void” all legal transactions and other legal acts during the German occupation if carried out in the course of the financial or political penetration of Austria by the German Reich in order to seize property or property rights, between 1946 and 1949 Austria enacted **seven Restitution Acts** which constituted the principal legal basis for restitution *in rem* of Aryanized property. These laws, the provisions of which closely resembled the legislation enacted by the Allied Powers in Germany at the

time, laid down explicit procedures for the return of property that had been wrongfully taken from its previous owners during the Nazi Regime.

First and Second Restitution Acts of 1946 and 1947 (BGBl. No. 156/1946 and No. 53/1947): restitution of property seized by the German Reich which after the war was administered by, or had become the property of, the Republic of Austria;

Third Restitution Act 1947 (BGBl. No. 54/1947): restitution of property wrongfully taken from its former owners during the Nazi regime (including forced sales and so-called “Aryanizations”) which had been transferred to private individuals or businesses;

Fourth Restitution Act 1947 (BGBl. No. 143/1947): reinstatement of company names altered or deleted due to National Socialist coercion;

Fifth Restitution Act 1949 (BGBl. No. 164/1949): restitution of confiscated rights and interests of shareholders in joint stock companies, partners in partnerships, members of trading associations and cooperatives and other entities if the entity concerned had lost its legal personality due to National Socialist coercion;

Sixth Restitution Act 1949 (BGBl. No. 199/1949): restitution of confiscated rights to patents, trade marks and industrial designs; and

Seventh Restitution Act 1949 (BGBl. No. 207/1949): restitution of certain employment rights, such as claims for wages, severance payments and pensions.

Regarding Jewish associations, societies and sports clubs dissolved during the Nazi regime, reference is to be made to the **1945 Constitutional Law on Measures relating to the Law of Associations (Associations Reorganization Act, StGBI. No. 102/1945)**, which provided for the possibility to re-establish dissolved associations which could then file claims under the above-mentioned Restitution Acts.

2. Restitution of Works of Art and Cultural Treasures:

The *in rem* restitution of works of art and cultural treasures, if not returned under the First and Second Restitution Acts, was governed by the following supplementary laws:

First Artistic and Cultural Assets Settlement Act 1969 (BGBl. No. 294/1969) concerning the settlement of ownership of works of art in the custody of the Federal Monuments and Fine Arts Service.

Second Artistic and Cultural Assets Settlement Act 1985 (BGBl. No. 2/1986) concerning the release and disposal of formerly unclaimed works of art held by the Federal Government. In October 1996, approximately 8000 remaining items, of which the original owners or their legal heirs could not

be located, were auctioned off (“**Mauerbach Auction**”). The proceeds of **ATS 155 million** were transferred to the Jewish Community in Austria (“Israelitische Kultusgemeinde Österreichs”).

– **1996: ATS 155 million current value (Oct. 2000): ATS 164.3 million**

Federal Law of December 4, 1998, concerning the Return of Works of Art from Austrian Federal Museums and Collections (BGBl I No. 181/1998), setting up a commission with the Federal Ministry for Education and providing for a specific procedure for the return of works of art to their lawful owners. If the former owners or their heirs cannot be identified, the works of art shall be auctioned off and the proceeds disbursed among needy Nazi victims by the National Fund of the Republic of Austria for the Victims of National Socialism.

3. Value of Restituted Property, Assets and Works of Art:

No reliable data or estimates of the value of restituted property, assets and works of art are available. The mere statistical number of cases under the Restitution Acts (some 43,000 claims filed) is no indication as to the value of the properties in question. Due to the partial loss of documentation and files in this field, it is questionable whether the Historical Commission in its final report will be able to provide such data or estimates.

In this context, some guidance could be found in the **Report on Jewish Heirless Assets in Austria prepared by Dr. George Weis in 1952**. In the conclusions of his report (p. 23) he estimated that the value of unclaimed assets covered by the then-existing Austrian restitution legislation would not exceed ATS 161 million. If the same legal situation as existed under restitution legislation in the Federal Republic of Germany were to be established, the value of unclaimed assets was estimated to exceed additional ATS 218 million. In sum, **in 1952 the total value of unclaimed (i.e. non-restituted) assets** was estimated at **about ATS 379 million** (current value as of Oct. 2000: ATS 2.067 billion) (as to the work of the Collection Agencies established in 1957, see *infra*).

III. Compensation, Financial Support and Moral Gestures:

While Austria’s legislative measures primarily concentrated on the restitution *in rem* of Aryanized rights and property, as from 1947 Austria adopted numerous measures of compensation, financial support and moral gestures for victims of National Socialism:

Victims Welfare Act (“Opferfürsorgegesetz”, BGBl. No. 183/1947, as amended), providing for compensatory benefits to many classes of people who were citizens or residents of Austria at the time of National Socialism, including people who resisted National Socialism by fighting for a free and democratic Austria, and persons who suffered “considerable loss” (e.g. loss

of life or liberty, injury to health, reduction of earning ability, loss of prior income, forced emigration, termination or interruption of study or professional training and forced wearing of the “Jewish star”) on political grounds, by reason of origin, religion or nationality, as a result of unjust actions by the courts, police or other authorities, or by action of the NSDAP. These benefits include compensation for periods of time in custody as well as pension rights, the latter, however, only for Austrian citizens.

Honorary Grants and Assistance Fund Act (“Ehrengaben und Hilfsfondsgesetz”, BGBl. No. 197/1988), providing for honorary grants and gifts as a symbolic gesture to resistance fighters and victims of political persecution in Austria. In addition, Section II established a **new Assistance Fund**, the recipients of which included those who fought for an independent and democratic Austria, people who were persecuted on political grounds or on grounds of origin, religion or nationality, and those who emigrated to escape persecution on these grounds. Accumulated payments by Austria according to this Act, which are accounted in the budget under the sub-heading of “Victims Welfare”, amount to **ATS 451.6 million** (Oct. 2000) and include subsidies for social projects of the **Committee for Jewish Claims on Austria of ATS 275.0 million** as well as the **Austrian Jewish Community of ATS 36.7 million** (Oct. 2000)

– **current value of accumulated payments (Oct. 2000): ATS 20.164 billion**

Assistance Fund (“Hilfsfonds”, BGBl. Nos. 25/1956, 178/1962 and 712/1976): The 1956 Assistance Fund was endowed with ATS 550 million, providing assistance to victims of National Socialism who had their domicile and permanent place of residence abroad and had not otherwise received benefits under the Victims Welfare Act. In 1962, an additional amount of ATS 600 million was provided for compensation in cases of occupational damage or termination or interruption of study or professional training. Finally, in 1976, a further amount of ATS 440 million was added.

– **current value of accumulated payments (Oct. 2000): ATS 5.913 billion**

Collection Agencies Act (“Sammelstellen”, BGBl. Nos. 152/1955 and 73/1957), creating two Collection Agencies to which all divested property and rights that had not been returned to their former owners or their heirs were transferred. In 1958 the Collection Agencies were granted the right to assert claims on the basis of the Restitution Acts in cases where an application had not been made by the owner within the respective time-limits or where for other reasons claims could not be made (unclaimed or heirless assets). Collection Point “A” was responsible for claims to property and rights of victims of Nazi persecution who were members of the Jewish Community (“Israelitische Kultusgemeinde”), Collection Point “B” for other victims. Collection Point “A” received 80 per cent, Collection Point “B” 20 per cent of the proceeds from the sale of heirless property. The proceeds were used to provide compensation to Jewish victims of National

Socialism or to Jewish charity organizations. The sum total of proceeds was about ATS 320 million.

- **1957–1969: ATS 320 million – current value (Oct. 2000): ATS 1.099 billion**

War- and Persecution-Related Material Damage Act (“Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz – KVSG”, BGBl. No. 127/1958), providing for compensation for damage to or loss of household equipment or occupational utensils incurred as a result of the war or political persecution. The sum total of payments made to victims of National Socialist persecution amounted to ATS 150 million.

- **1963: ATS 150 million – current value (Oct. 2000): ATS 631.8 million**

Compensation Fund Act (“Abgeltungsfonds”, BGBl. No. 100/1961), setting up USD 6 million Fund providing for compensation to victims of National Socialist persecution in cases of loss of property in one of the following categories: bank accounts, securities, cash, mortgage claims and payment of discriminatory taxes (e. g. “Reichsfluchtsteuer”, “Judenvermögensabgabe/JUVA”). The total amount distributed between 1961 and 1963 was about ATS 184,7 million.

- **1961–63: ATS 184.7 million – current value (Oct. 2000): ATS 817.6 million**

National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism (BGBl. No. 432/1995), providing lump sum payments ranging from ATS 70,000 to ATS 210,000 to persons who were persecuted by the National Socialist regime on political grounds, on grounds of origin, religion, nationality or sexual orientation, of physical or mental handicap, or of the accusation of so-called asociality, or who in other ways became victims of National Socialist wrongdoing or who left the country to avoid such persecution. The sum total of all payments made by the National Fund between its creation in 1995 and October 2000 amounts to ATS 2.1 billion.

- **current value of accumulated payments (Oct. 2000): ATS 2.1 billion**

Federal Law concerning Contributions to the International Fund for Victims of National Socialism (“Nazi-Gold-Fund”, BGBl. I No. 182/1998):

On 17 March 1938, only a few days after the Anschluss, the gold reserves of the Austrian National Bank of 78.267 metric tons, were illegally transferred to the German Reichsbank in Berlin. After the war, 50.183 tons were returned to Austria by the Tripartite Gold Commission. In 1998, supporting a proposal made by the United States, Austria agreed to donate its remaining share of the gold to the “International Nazi Persecutee Relief Fund”. By a Federal Law of 4 December 1998 (BGBl. I No. 183/1998) the Austrian National Fund for the Victims of National Socialism was charged with the disbursement of the Schilling equivalent of ATS 102,1 million of the Austrian gold share.

- **1998: ATS 109.1 million – current value (Oct. 2000): ATS 113.2 million**

Subsidy for the Construction of the “Histadrut” Youth College for Foreigners in Israel (BGBl. No. 151/1966):

– **1966: ATS 3.5 million – current value (Oct. 2000): ATS 13.2 million**

Compensation Tax Fund (“Ausgleichstaxfonds” Behinderteneinstellungsgesetz, BGBl. No. 22/1970, as amended), providing for financial support and subsidies to persons entitled to benefits under the Victims Welfare Act.

– **current value of accumulated payments (Oct. 2000): ATS 449.3 million**

Financial Support for the Austrian Jewish Community and Jewish Organizations: While statistical data are only available for the more recent periods, nevertheless mention should be made of the substantial financial support for the Austrian Jewish Community and Jewish Organizations provided by the Republic of Austria and, in particular, the City of Vienna in the past.

The **City of Vienna** has provided substantial payments and subsidies to numerous **Jewish social and communal projects**, including the construction of a parental home (Maimonides Center: ATS 68.0 million), maintenance of Jewish graveyards (ATS 79.6 million), subsidies for the Jewish associations ESRA (ATS 75.8 million), Machsike Hadass (ATS 76.9 million), Ohel Mosche (ATS 57.6 million), Kiryat Mattersdorf (ATS 60.5 million) and the Jewish Museum of the City of Vienna (ATS 457.0 million). The accumulated sum total of the **payments made since 1970 exceed ATS 1 billion.**

– **current value of accumulated payments (Oct. 2000): ATS 1.064 billion**

Under the **1960 Federal Law concerning Financial Support for the Israelitic Congregation (BGBl. No. 222/1960, as amended)** the Republic of Austria pledged to make a one-time payment of **ATS 30 million (current value, Oct. 2000: ATS 131 million)** as well as annual payments, the current accumulated value of which amounts to **ATS 397.5 million (Oct. 2000)**. In the *Report on the Activities of the Austrian Jewish Community between 1960 and 1964* this Law was highly praised because “the grants made to the Jewish Congregation – compared to corresponding grants to Christian denominations – amount to a multiple of what could have been expected in proportion to the size of the Jewish population. Getting their claim accepted not according to numerical proportions but to its moral weight is the historic achievement of all our representatives [. . .].” The **accumulated sum total of payments**, which also includes subsidies of the various Federal ministries or other governmental agencies, amounts to more than **ATS 648.7 million (Oct. 2000)**.

– **current value of accumulated payments (Oct. 2000): ATS 648.7 million**

IV. Pensions and Social Benefits:²⁾

Preferential Pension Rights for Victims of National Socialism under the General Social Insurance Act (§§ 500ff ASVG, BGBl. No. 189/1955, as amended), providing *inter alia* for restitution of acquired pension rights annulled in 1938, recognition of non-contributory insured periods for acquisition of pension rights (e.g. imprisonment, detention, unemployment, expatriation, military service for Allied Powers) and – if no pension rights had been acquired prior to 1938 – for the possibility of later payment of social security contributions for such periods and periods of emigration at a preferential rate. Finally, for periods of stay abroad, the provisions on the suspension of pension claims are not applied. The current value of accumulated payments during the period between 1984 and 2000 amounts to **ATS 37.0 billion (Oct. 2000)**. As statistical data on the payment of preferential pensions to victims of National Socialism are only available for that period and do not include all payments made under the various pensions' schemes, the figures in this respect are only exemplary.

– **current value of accumulated payments (1984-Oct. 2000): ATS 37.0 billion**

Welfare Benefit (“Hilflosenzuschuss”) and Nursing Allowance (“Pflegegeld”): Prior to 1993, victims of National Socialism in the need of nursing care were entitled to a welfare benefit (“Hilflosenzuschuss”) under various social schemes. No statistical data on such payments are available.

According to the **1993 Federal Law for Nursing Allowance (“Bundespflegegeldgesetz”, BGBl. No. 110/1993 as amended),** replacing the above-mentioned welfare benefit, persons in the need of nursing care are entitled to monthly financial benefits, graded in seven different categories according to the needs of the beneficiaries. Since these social benefits are only due to **residents in Austria**, an exception was inserted in the Victims Welfare Act (§ 5a), allowing for the payment of financial benefits also to victims of National Socialism **living abroad** (who had left Austria to escape persecution on political grounds, or on grounds of religion or origin) at a flat rate equivalent to a nursing allowance of category 2 (which precisely corresponds to the welfare benefit prior to 1993). In the year 2000, the total of payments to victims of National Socialism living abroad will amount to **approx ATS 154 million**. The current value of **accumulated payments between 1993 and 2000** is estimated at about **ATS 1.5 billion**.

– **current value of accumulated payments (1993-Oct. 2000): ATS 1.5 billion**

²⁾ While the payment of pensions and social benefits under social security schemes is not a restitution issue in the strict sense, in many respects it nevertheless contains important elements of restitution and compensation (preferential treatment) for victims of National Socialism with respect to pension rights.

Annex:

**Kleinhandelspreisindex (KHPI) – Retail Price Index
(Basis: March 1938 = 100)**

(Source: Statistik Austria, <http://www.oestat.gv.at>)

Year:	KHPI:	Factor:*)	Year:	KHPI:	Factor:*)
1947	277,0	13,1711	1974	1455,0	2,5075
1948	329,0	11,0894	1975	1577,9	2,3122
1949	403,0	9,0531	1976	1693,3	2,1546
1950	462,0	7,8970	1977	1786,0	2,0428
1951	589,0	6,1942	1978	1849,9	1,9722
1952	669,0	5,4535	1979	1918,5	1,9017
1953	664,0	5,4946	1980	2039,9	1,7885
1954	681,0	5,3574	1981	2178,7	1,6746
1955	698,0	5,2269	1982	2297,2	1,5882
1956	718,0	5,0813	1983	2373,9	1,5369
1957	747,0	4,8841	1984	2508,4	1,4545
1958	755,0	4,8323	1985	2588,3	1,4096
1959	765,5	4,7660	1986	2632,4	1,3860
1960	778,4	4,6871	1987	2669,7	1,3666
1961	803,2	4,5423	1988	2720,8	1,3409
1962	842,2	4,3320	1989	2790,6	1,3074
1963	866,2	4,2120	1990	2881,6	1,2661
1964	899,3	4,0569	1991	2977,9	1,2252
1965	947,2	3,8518	1992	3097,7	1,1778
1966	965,0	3,7807	1993	3210,0	1,1366
1967	1003,4	3,6360	1994	3305,0	1,1039
1968	1031,2	3,5380	1995	3379,1	1,0797
1969	1063,0	3,4322	1996	3441,9	1,0600
1970	1109,4	3,2886	1997	3486,9	1,0463
1971	1161,6	3,1408	1998	3519,1	1,0367
1972	1235,5	2,9530	1999	3538,8	1,0310
1973	1328,5	2,7463	2000*)	3648,4	1,0000

*) Value as of October 2000

Dokument 7

Historikerkommission der Republik Österreich – Historical Commission of the Republic of Austria: Österreichische Rückstellungsgesetze (1945–1998) – Austrian Restitution Legislation (1945–1998)

ÖSTERREICHISCHE RÜCKSTELLUNGSGESETZE (1945–1998)

**(Historikerkommission
der Republik Österreich)**

AUSTRIAN RESTITUTION LEGISLATION (1945–1998)

**(Historical Commission
of the Republic of Austria)**

I. Unmittelbar auf die Rückstel- lungsproblematik bezogene Gesetze

Gesetz über die Bestellung von öffentlichen Verwaltern und öffentlichen Aufsichtspersonen vom 10. Mai 1945; StGBI 1945/9 (zuletzt geändert mit BGBl 1967/11).

Gesetz über die Erfassung arisierter und anderer im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Machtübernahme entzogener Vermögensschaften vom 10. Mai 1945; StGBI 1945/10 (in der Fassung nach der vierten Vermögensentziehungs-Erfassungsnovelle).

Repatriierungsgesetz. Gesetz über die Repatriierung öffentlichen Vermögens vom 10. Mai 1945, StGBI 1945/11.

Nichtigkeitsgesetz, Bundesgesetz vom 15. Mai 1946 über die Nichtigkeitserklärung von Rechtsgeschäften und sonstigen Rechtshandlungen, die während der deutschen Besetzung Österreichs erfolgt sind; BGBl 1946/106.

1. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 26. Juli 1946 über die

I. Legislation relating directly to restitution issues

Law on the appointment of public administrators and public supervisors of 10 May 1945; State Law Gazette/StGBI 1945/9 (last amended in Federal Law Gazette 1967/11).

Law on the registration of Aryanised and other assets seized in connection with the assumption of power by the National Socialists, 10 May 1945; State Law Gazette/StGBI 1945/10 (as amended by the 4th Seized Property Registration Amendment).

Repatriation Act: Law on the repatriation of public property of 10 May 1945, State Law Gazette 1945/11.

Annulment Act, Federal Law of 15 May 1946 concerning the annulment of legal transactions and other legal acts during the German occupation of Austria; Federal Law Gazette 1946/106.

First Restitution Act: Federal Law of 26 July 1946 concerning the

Rückstellung entzogener Vermögen, die sich in Verwaltung des Bundes oder der Bundesländer befinden; BGBl 1946/156 (zuletzt geändert mit BGBl 1955/201).

2. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rückstellung entzogener Vermögen, die sich im Eigentum der Republik Österreich befinden; BGBl 1947/53 (zuletzt geändert mit BGBl 1955/201).

3. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen; BGBl 1947/54 (zuletzt geändert mit BGBl 1954/252).

4. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 21. Mai 1947, betreffend die unter nationalsozialistischem Zwang geänderten oder gelöschten Firmennamen; BGBl 1947/143 (zuletzt geändert mit BGBl 1952/199).

5. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 22. Juni 1949, über die Rückstellung entzogenen Vermögens juristischer Personen des Wirtschaftslebens, die ihre Rechtspersönlichkeit unter nationalsozialistischem Zwang verloren haben; BGBl 1949/164 (zuletzt geändert mit BGBl 1955/201).

6. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 30. Juni 1949 über die Rückstellung gewerblicher Schutzrechte; BGBl 1949/199 (zuletzt geändert mit BGBl 1953/186).

7. Rückstellungsgesetz, Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung entzogener oder nicht erfüllter Ansprüche aus Dienstverhältnissen in der Privat-

restitution of seized property at present administered by the Federal Government or the Provincial Governments; Federal Law Gazette 1946/156.

Second Restitution Act: Federal Law of 6 February 1947 concerning the restitution of seized property at present held by the Republic of Austria; Federal Law Gazette 1947/53.

Third Restitution Act: Federal Law of 6 February 1947 concerning the annulment of property seizure; Federal Law Gazette 1947/54.

Fourth Restitution Act: Federal Law of 21 May 1947 concerning company names altered or deleted under National Socialist coercion; Federal Law Gazette 1947/143.

Fifth Restitution Act: Federal Law of 22 June 1949 concerning the restitution of property seized from legal persons in business which lost their legal personality under National Socialist coercion; Federal Law Gazette 1949/164.

Sixth Restitution Act: Federal Law of 30 June 1949 concerning the restitution of industrial property rights; Federal Law Gazette 1949/199.

Seventh Restitution Act: Federal Law of 14 July 1949 concerning the assertion of claims arising from service contracts with private employers; Federal Law Gazette

wirtschaft; BGBl 1949/207 (zuletzt geändert mit BGBl 1963/319).

1. Rückstellungsanspruchsgesetz, Bundesgesetz vom 19. November 1947, über die Geltendmachung der Rückstellungsansprüche der aufgelösten österreichischen Verbrauchergenossenschaften; BGBl 1947/256.

2. Rückstellungsanspruchsgesetz, Bundesgesetz vom 11. Juli 1951 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen einiger juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später wiedererlangt haben; BGBl 1951/176.

3. Rückstellungsanspruchsgesetz, Bundesgesetz vom 16. Dezember 1953 über die Übertragung der Ansprüche auf Rückstellung von Vermögen weiterer juristischer Personen, die ihre Rechtspersönlichkeit während der deutschen Besetzung Österreichs verloren und später nicht wiedererlangt haben, und über die Abänderung und Ergänzung des 2. Rückstellungsanspruchsgesetzes; BGBl 1954/23.

4. Rückstellungsanspruchsgesetz, Bundesgesetz vom 17. Mai 1961 über die Erhebung von Ansprüchen der Auffangorganisationen auf Rückstellung von Vermögen nach den Rückstellungsgesetzen; BGBl 1961/133.

1. Rückgabegesetz, Bundesgesetz vom 6. Februar 1947 über die Rück-

1949/207.

First Restitution Claims Act: Federal Law of 19 November 1947 concerning the assertion of restitution claims of the dissolved Austrian consumer co-operatives; Federal Law Gazette 1947/156 (last amended by Federal Law Gazette 1955/201).

Second Restitution Claims Act: Federal Law of 11 July 1951 concerning the transfer of claims for the restitution of assets of certain legal persons which lost their legal personality during the German occupation of Austria and later regained it; Federal Law Gazette 1951/176 (last amended by Federal Law Gazette 1955/201).

Third Restitution Claims Act: Federal Law of 16 December 1953 concerning the transfer of claims for the restitution of assets of further legal personalities who lost their legal personality during the German occupation of Austria and did not subsequently regain it, and on the amendment and supplementation of the Second Restitution Claims Act; Federal Law Gazette 1954/23 (last amended by Federal Law Gazette 1954/252).

Fourth Restitution Claims Act: Federal Law of 17 May 1961 concerning the registration of claims by receiving organisations for the restitution of property under the Restitution Acts; Federal Law Gazette 1947/13 (last amended by Federal Law Gazette 1952/199).

First Return of Assets Act: Federal Law of 6 February 1947 concerning

gabe des Vermögens aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen; BGBl 1947/55.

2. Rückgabegesetz, Bundesgesetz vom 22. Juni 1949 über die Rückgabebansprüche aufgelöster oder verbotener demokratischer Organisationen als Bestandnehmer; BGBl 1949/165 (zuletzt geändert mit BGBl 1951/237).

3. Rückgabegesetz, Bundesgesetz vom 14. Juli 1949 über die Geltendmachung von in der Zeit zwischen März 1933 und März 1938 verlorengegangenen Ansprüchen aus Privatdienstverhältnissen; BGBl 1949/208 (zuletzt geändert mit BGBl 1953/180).

1. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetz, Bundesgesetz vom 27. Juni 1969 über die Bereinigung der Eigentumsverhältnisse des im Gewahrsam des Bundesdenkmalamtes befindlichen Kunst- und Kulturgutes; BGBl 1969/294.

2. Kunst- und Kulturbereinigungsgesetz, Bundesgesetz vom 13. Dezember 1985 über die Herausgabe und Verwertung ehemals herrenlosen Kunst- und Kulturgutes, das sich im Eigentum des Bundes befindet; BGBl 1986/2.

Kriegs- und Verfolgungssachschädengesetz, Bundesgesetz vom 25. Juni 1958 über die Gewährung von Entschädigungen für durch Kriegseinwirkung oder durch politische Verfolgung erlittene Schäden an Hausrat und an zur Berufsausübung erforderlichen Gegenständen (Kriegs- und Verfolgungssach-

the restoration of property of dissolved or prohibited democratic organisations; Federal Law Gazette 1947/55.

Second Return of Assets Act: Federal Law of 22 June 1949 concerning the claims for restoration of property of dissolved or prohibited democratic organisations as leaseholders; Federal Law Gazette 1949/165.

Third Return of Assets Act: Federal Law of 14 July 1949 concerning the assertion of claims arising from private service contracts and which were lost between March 1933 and March 1938; Federal Law Gazette 1949/208 (last amended by Federal Law Gazette 1953/180).

First Artistic and Cultural Assets Settlement Act: Federal Law of 27 June 1969 concerning the settlement of ownership of works of art in the custody of the Federal Monuments and Fine Arts Service; Federal Law Gazette 1969/294.

Second Artistic and Cultural Assets Settlement Act: Federal Law of 13 December 1985 concerning the release and disposal of formerly unclaimed works of art held by the Federal Government; Federal Law Gazette 1986/2.

War- and Persecution-Related Material Damage Act: Federal Law of 25 June 1958 concerning the award of compensation for damage to household equipment or occupational utensils incurred as a result of war or political persecution; Federal Law Gazette 1958/127.

schädengesetz – KVSG); BGBl 1958/127.

Versicherungsentschädigungsgesetz, Bundesgesetz vom 26. Juni 1958, betreffend die Regelung vom Deutschen Reiche eingezogener Ansprüche aus Lebensversicherungen; BGBl 1958/130.

Versicherungswiederaufbaugesetz – VWG, Bundesgesetz vom 8. September 1955 über den Wiederaufbau der Vertragsversicherung; BGBl 1955/185.

Bundesgesetz vom 4. Dezember 1998 über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen; BGBl 1998/I/181.

II. Maßnahmen auf Grund des Staatsvertrages

Abgeltungsfondsgesetz, Bundesgesetz vom 22. März 1961, womit Bundesmittel zur Bildung eines Fonds zur Abgeltung von Vermögensverlusten politisch Verfolgter zur Verfügung gestellt werden; BGBl 1961/100.

Auffangorganisationsgesetz. Bundesgesetz vom 13. März 1957 über die Schaffung von Auffangorganisationen gemäß Artikel 26 § 2 des Staatsvertrages, BGBl 1955/152; BGBl 1957/73 (zuletzt geändert mit BGBl 1966/149).

Aufteilung der Mittel der Sammelstellen, Bundesgesetz vom 5. April 1962 über die Aufteilung der Mittel der „Sammelstellen“; BGBl 1962/108.

Insurance Indemnification Act: Federal Law of 26 June 1958 concerning the settlement of life insurance claims confiscated by the German Reich; Federal Law Gazette 1958/130.

Insurance Reconstruction Act: Federal Law of 8 September 1955 concerning the reconstruction of the contractual insurance system; Federal Law Gazette 1955/185.

Federal Law of 4 December 1998 concerning the return of works of art from Austrian federal museums and collections; Federal Law Gazette 1998/I/181.

II. Measures taken under the State Treaty

Compensation Fund Act, Federal Law of 22 March 1961 providing federal funds for the establishment of a fund to compensate property losses of victims of political persecution; Federal Law Gazette 1961/100.

Receiving Organisations Act: Federal Law of 13 March 1957 on the creation of receiving organisations pursuant to Article 26, para. 2, of the State Treaty, Federal Law Gazette 1955/152; 1957/73 (last amended by Federal Law Gazette 1966/149).

Law on the distribution of funds held by “collecting points”: Federal Law of 5 April 1962; Federal Law Gazette 1962/108.

Sammelstellen-Abgeltungsgesetz, Bundesgesetz vom 7. Juli 1966, betreffend Abgeltung von Ansprüchen der „Sammelstellen“; BGBl 1966/150.

III. Über Rückstellung hinausgehende Entschädigung

Opferfürsorgegesetz, Bundesgesetz vom 4. Juli 1947 über die Fürsorge für die Opfer des Kampfes um ein freies demokratisches Österreich und die Opfer politischer Verfolgung; BGBl 1947/183 (zuletzt geändert mit BGBl 1995/830).

Beamtenentschädigungsgesetz, Bundesgesetz vom 18. Juli 1952 über die Gewährung von Entschädigungen wegen politischen Maßregelung im öffentlichen Dienst; BGBl 1952/181.

Hilfsfondsgesetz, Bundesgesetz vom 18. Jänner 1956, womit Bundesmittel zur Hilfeleistung an politisch Verfolgte, die ihren Wohnsitz und ständigen Aufenthalt im Ausland haben, zur Verfügung gestellt werden; BGBl 1956/25.

Finanz- und Ausgleichsvertrag (sog. Bad Kreuzbacher Abkommen), Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland zur Regelung von Schäden der Vertriebenen, Umsiedler und Verfolgten, über weitere finanzielle Fragen und Fragen aus dem sozialen Bereich; BGBl 1962/283

Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz, Bundesgesetz vom 23. März 1988, mit dem aus Anlaß des 50. Jahres-

Collecting Points Settlement Act: Federal Law of 7 July 1966 concerning the settlement of claims of “collecting points”; Federal Law Gazette 1966/150.

III. Compensation going beyond restitution

Victims Welfare Act: Federal Law of 4 July 1947 concerning the provision of welfare assistance to victims of the struggle for a free and democratic Austria and victims of political persecution; Federal Law Gazette 1947/183 (last amended by Federal Law Gazette 1995/830).

Public Servants Compensation Act: Federal Law of 18 July 1952 concerning awards of compensation for political victimisation in the public service; Federal Law Gazette 1952/181.

Assistance Fund Act: Federal Law of 18 January 1956 providing federal funds to assist victims of political persecution not residing in Austria; Federal Law Gazette 1956/25.

Financial Settlement Treaty; also known as Bad Kreuznach Agreement: Treaty concluded between the Republic of Austria and the Federal Republic of Germany to indemnify displaced persons, resettlers and victims of persecution, and concerning further financial and social issues; Federal Law Gazette 1962/283.

Honorary Grants and Assistance Fund Act: Federal Law of 23 March 1988 concerning non-recurring hon-

tages der Okkupation Österreichs einmalige Ehrengaben und Zuwendungen für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung geleistet werden und das Bundesfinanzgesetz 1988 sowie das Opferfürsorgegesetz geändert werden; BGBl 1988/197.

Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus; BGBl 1995/432.

orary grants and gifts to resistance fighters and victims of political persecution on the occasion of the 50th anniversary of Austria's occupation, including amendments to the Federal Finance Act 1988 and the Victims Welfare Act; Federal Law Gazette 1988/197.

Federal Law to Establish the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism; Federal Law Gazette 1995/432.

Dokument 8

Bundesgesetz über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen

„Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. Der Bundesminister für Finanzen wird ermächtigt, jene Kunstgegenstände aus den österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen, wozu auch die Sammlungen der Bundesmobilienvverwaltung zählen, unentgeltlich an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von Todes wegen zu übereignen, welche

1. Gegenstand von Rückstellungen an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von Todes wegen waren und nach dem 8. Mai 1945 im Zuge eines daraus folgenden Verfahrens nach den Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung, StGBI. Nr. 90/1918, unentgeltlich in das Eigentum des Bundes übergegangen sind und sich noch im Eigentum des Bundes befinden;
2. zwar rechtmäßig in das Eigentum des Bundes übergegangen sind, jedoch zuvor Gegenstand eines Rechtsgeschäftes gemäß § 1 des Bundesgesetzes vom 15. Mai 1946 über die Nichtigerklärung von Rechtsgeschäften und sonstigen Rechtshandlungen, die während der deutschen Besetzung Österreichs erfolgt sind, in das Eigentum der Republik Österreich gelangt sind, BGBl. Nr. 106/1946, waren und sich noch im Eigentum des Bundes befinden;
3. nach Abschluß von Rückstellungsverfahren nicht an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von Todes wegen zurückgegeben werden konnten, als herrenloses Gut unentgeltlich in das Eigentum des Bundes übergegangen sind und sich noch im Eigentum des Bundes befinden.

§ 2. (1) Der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und der Bundesminister für Landesverteidigung werden ermächtigt,

1. die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von Todes wegen festzustellen und die Kunstwerke an diese zu übereignen;
2. jene Kunstgegenstände gemäß § 1, welche nicht an die ursprünglichen Eigentümer oder deren Rechtsnachfolger von Todes wegen rückübertragen werden können, weil diese nicht festgestellt werden können, an den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalso-

(BGBl. I Nr. 181/1998)

zialismus zur Verwertung zu übereignen, der den Verwertungserlös für die in § 2 a des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995, genannten Zwecke zu verwenden hat.

(2) Die genannten Bundesminister haben vor der Übereignung den nach § 3 eingerichteten Beirat anzuhören. Durch die Bestimmungen dieses Bundesgesetzes wird keinerlei Anspruch auf Übereignung begründet.

(3) Der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten hat den Nationalrat über die erfolgte Übereignung von Kunstgegenständen in einem Bericht jährlich zu informieren.

§ 3. (1) Beim Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten wird ein Beirat eingerichtet, der die in § 2 genannten Bundesminister bei der Feststellung jener Personen, denen Kunstgegenstände zu übereignen sind, zu beraten hat.

(2) Mitglieder des Beirates sind:

1. je ein Vertreter des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten, des Bundesministeriums für Justiz, des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten sowie des Bundesministeriums für Landesverteidigung;
2. ein Vertreter der Finanzprokuratur;
3. je ein von der Rektorenkonferenz zu nominierender Experte auf dem Gebiet der Geschichte sowie der Kunstgeschichte.

(3) Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmitglied zu bestellen.

(4) Der Beirat kann weiters Sachverständige und geeignete Auskunftspersonen beiziehen.

(5) Die Bestellung und Abberufung des Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus dem Kreise der in Abs. 2 genannten Mitglieder sowie die Bestellung und Abberufung der weiteren in Abs. 2 genannten Mitglieder des Beirates obliegt dem Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten. Die Bestellung erfolgt jeweils auf ein Jahr. Neuerliche Bestellungen sind zulässig.

(6) Der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten oder der Vorsitzende berufen den Beirat zu Sitzungen ein.

(7) Zu einem Beschluß des Beirates ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich.

(8) Der Beirat beschließt seine Geschäftsordnung, die vom Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten zu genehmigen ist, mit einfacher Mehrheit. Die Geschäftsordnung hat unter Bedachtnahme auf

Abs. 1 die Tätigkeit des Beirates möglichst zweckmäßig zu regeln. Die Geschäftsordnung ist zu genehmigen, wenn sie dieser Voraussetzung entspricht.

§ 4. Die Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes, BGBl. Nr. 533/1923, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 473/1990 über die freiwillige Veräußerung von Denkmalen, die sich im alleinigen Eigentum des Bundes befinden, sowie die Bestimmungen des Bundesgesetzes über das Verbot der Ausfuhr von Gegenständen von geschichtlicher, künstlerischer oder kultureller Bedeutung, StGBI. Nr. 90/1918, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 605/1987 finden auf die Übereignung sowie die Ausfuhr von Gegenständen, die nach den Bestimmungen dieses Bundesgesetzes ausgefolgt werden, auf die Dauer von 25 Jahren nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes keine Anwendung.

§ 5. Die durch dieses Bundesgesetz unmittelbar veranlaßten Zuwendungen sind von allen Abgaben befreit.

§ 6. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

1. hinsichtlich der §§ 1 und 5 der Bundesminister für Finanzen;
2. hinsichtlich der §§ 2 und 3 der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten, der Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten und der Bundesminister für Landesverteidigung, soweit ihr Wirkungsbereich betroffen ist;
3. hinsichtlich des § 4 der Bundesminister für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.

Klestil
Klima“

Dokument 9

Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Property / Aryanization Issues (Rahmenvereinbarung), Wien, am 5. Oktober 2000:

“1. It is agreed that ATS 6 billion is a fair capped amount for the Austrian Reconciliation Fund, which, once established, will provide a resolution for all forced and slave labor claims against the Government of Austria (“Austria”) and Austrian companies, with any excess funds to be distributed according to the provisions of the Austrian Reconciliation Fund Law.

2. The participants agree to support the signing of an Executive Agreement between the United States Government (“United States”) and Austria concerning the establishment of the Austrian Reconciliation Fund, the funds from which will be used to make payments to Nazi era forced and slave laborers.

3. The participants agree to sign a Joint Statement in which they will, *inter alia*, support the prompt dismissal of all forced and slave labor claims filed against Austria and Austrian companies.

4. The participants agree that

- Austria will pass a law to establish a General Settlement Fund (“Fund”) administered by the Austrian National Fund to address Aryanization issues, covering all property issues, including but not limited to insurance, banking, real property, movable property and leased apartments.
- restitution and compensation measures that have already been carried out by Austria in the past will be fully taken into account.
- the Austrian Government will make a US \$ 150 million contribution to the Fund which will require new legislation to be enacted as soon as possible.
- this amount will be distributed in its entirety on an expedited basis to all Holocaust survivors originating from or living in Austria. This amount will cover 1) apartment and small business leases; 2) household property; 3) personal valuables and effects. This amount will not cover potential claims against Dortheum or in rem claims for works of art.
- this amount will be credited against the larger, final cap for the Fund to be negotiated.
- this amount will constitute a “suitable potential remedy” for claims covered by the above three categories pursuant to Article 3(3) of the Agreement between the United States of America and the Federal

Government of the Republic of Austria Concerning the Austrian Fund
“Reconciliation, Peace and Cooperation.”

- negotiations on an overall capped amount for the Fund, and any appropriate subcaps for each category of property, will begin on the same day as and immediately after the signing of the Joint Statement on forced and slave labor.
 - such negotiations will include a representative(s) of Austrian companies, the Austrian government, the U. S. government, attorneys for the victims, the Conference on Jewish Material Claims (CJMC) (including the Austrian Jewish community and Austrian survivor organizations in Israel and the United States), with the goal to concluding such negotiations as soon as possible, based on adequate research, as relevant for each category; participants in these negotiations will make every effort to conclude them by December 31, 2000.
 - such negotiations will address the potential gaps and deficiencies in prior Austrian restitution and compensation programs and will only seek to reopen cases that were previously decided under these programs in specifically defined circumstances, which will be negotiated by the participants.
 - such negotiations will address, *inter alia*, the issue of providing restitution *in rem*, of publicly owned property. Particular attention will be given to the issue of property formerly owned by Jewish communal organizations.
5. The participants agreed that the General Settlement Fund will include, but will not be limited to the following concepts:
- individualized property claims to be presented to an independent arbitral panel, under the auspices of the Austrian National Fund, with at least one representative appointed by the United States and with the Austrian National Fund to provide administrative and technical support to this panel.
 - a defined filing period of 18 months.
 - the panel will review each claim using relaxed standards of proof,
 - the panel will not have the authority to reopen cases that have been finally decided by an Austrian court or administrative body under existing Austrian restitution legislation or that after 1945 have been settled by agreement except under specifically defined circumstances to be negotiated by the participants. In this context, the panel may award equitable compensation.
 - a pro-rata distribution of funds to approved claimants.
6. The participants agreed that art restitution will proceed on an expedited basis pursuant to the Federal Law of December 4, 1998 concerning the

return of works of art from Austrian Federal Museums and Collections and that Austria will undertake its best efforts to address the issue of the return from Austrian companies and Austrian public entities not covered by the Federal Law. The *in rem* return of art will be excepted from any mechanism for achieving legal closure.

7. A specific negotiated amount within the overall capped amount for the Fund will be used to address the potential issue of heirs.”

Dokument 10

Joint Statement and Annexes, Washington, am 17. Jänner 2001:

“The Governments of the Republic of Austria (“Austria”) and the United States of America (“United States”),

Austrian companies,

The Conference on Jewish Material Claims (including the Central Committee of Jews from Austria in Israel and the American Council for Equal Compensation of Nazi victims from Austria),

The Austrian Jewish Community,

As further participants, the undersigned attorneys,

Noting that through the General Settlement Fund (providing for a Claims Committee and an Arbitration Panel), to be established under Austrian federal law and funded by contributions from Austria, including Austrian companies, Austria and Austrian companies acknowledge in accordance with the declaration of the Austrian Federal Government of February 3, 2000 the moral responsibility arising out of the tragic history of the 20th century and the horrendous crimes and injustices of the National Socialist era and reaffirming the commitment to a self-critical scrutiny of the National Socialist past,

Noting that in the same declaration the Austrian Federal Government committed itself to ensure unreserved clarification, exposure of the structures of injustice, of National Socialism and the transmission of this knowledge to coming generations as a warning for the future, as well as to Austria’s facing up to the light and dark sides of its past and to the deeds of all Austrians, good and evil, as its responsibility,

Noting the statement by Federal President, Thomas Klestil of October 24, 2000 at the occasion of the signing of the Agreement to settle the forced and slave labor issue,

Taking into account all measures of restitution, compensation and social welfare benefits for victims of National Socialism that have already been carried out by Austria in the past, while at the same time acknowledging that there were certain gaps and deficiencies in such measures,

Recalling the statement by Federal Chancellor Wolfgang Schüssel, on the occasion of the 55th anniversary of the re-establishment of the Republic of Austria, at the meeting of the Council of Ministers on April 28, 2000, affirming that Austrians stand by the onerous heritage of their country and acknowledging that, when it comes to questions of restitution, compensation, and material reparation, the Second Republic was often too hesitant,

Considering Austria's legal status during the period of occupation by Nazi-Germany in 1938 and liberation by the Allied Powers in 1945, and further noting all provisions of the 1943 Moscow Declaration by the Allied Powers,

Recalling the relevant provisions of the 1955 State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria, the 1959 Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America and Austria relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of May 15, 1955,

With a view to obtaining all-embracing and enduring legal peace with respect to all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies, as defined in Annex B, arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the Austrian Fund "Reconciliation, Peace, and Cooperation" ("Agreement") shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art, and achieving legal closure of such claims, in accordance with Articles 2(2), 2(3), and 3(3) of the Agreement,

Understanding that insofar as the sum of USD 210 million to be made available by Austria and Austrian companies (including the Austrian insurance industry) for the General Settlement Fund is concerned, that sum is both a ceiling and a final amount and that all payments made from, and all costs incurred in connection with the General Settlement Fund shall be financed from that sum and the interest thereon, this with the exception of the administrative costs normally incurred by the National Fund.

Determined to secure by measures enumerated in Annex A a final global resolution and closure concerning all Austrian Jewish Communal properties, assets and interests that were seized liquidated or rendered defunct during the National Socialist era and its aftermath,

Recognizing that it would be in the participants' interest for the General Settlement Fund to be the exclusive forum for the resolution of all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art,

Recognizing that the establishment of the General Settlement Fund does not create a basis for claims against Austria and/or Austrian companies,

Declare as follows:

1. All participants welcome and support, and declare their agreement with, the provision of immediate compensation for survivors pursuant to

Annex A, paragraph 1, the establishment of the General Settlement Fund, established in conformity with the principles set forth in Annex A, paragraphs 2 and 3, and the measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 4–9. The interests of those who suffered losses or damages arising out of or related to the National Socialist era or World War II, and their heirs, have been duly taken into account. Based on the circumstances, the participants consider the overall result fair to the victims and their heirs.

2. Given the advanced age of the victims concerned, the primary humanitarian objective of the provision of immediate compensation for survivors pursuant to Annex A, paragraph 1, and the General Settlement Fund, the participants will work to show results as soon as possible. All participants will work together in a cooperative, fair, and non-bureaucratic manner to ensure that the payments reach the victims quickly.

3. The participating Governments and other participants will proceed as follows:

a. Austria will propose the necessary legislation to establish the General Settlement Fund in conformity with the principles set forth in Annex A, paragraphs 2 and 3, seek the changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism in conformity with Annex A, paragraph 4, and make good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 5–9,

b. Austria and the United States will exchange notes. Such exchange contains the commitments undertaken by Austria to propose legislation by April 30, 2001 to establish the General Settlement Fund and to make good faith progress on the implementation of additional measures for victims of National Socialism. Such exchange of notes also contains the commitment undertaken by the United States to consider the provision of immediate compensation for survivors pursuant to Annex A, paragraph 1, the General Settlement Fund, established in conformity with the principles set forth in Annex A, paragraphs 2 and 3, the changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism in conformity with Annex A, paragraph 4, and the making of good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 5–9, to constitute a “suitable potential remedy”, as understood by Articles 2(2) and 3(3) of the Agreement, for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies, as defined in Annex B, arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art.

c. Austria and Austrian companies (including the Austrian insurance industry) will contribute to the General Settlement Fund a total amount of US \$ 210 million. The amount of US \$ 210 million plus interest, as set out below in paragraph e, is in addition to the US \$ 150 million that will be distributed by the Austrian National Fund in accordance with paragraph 1 of Annex A.

d. The contribution of US \$ 210 million shall be due and payable to the General Settlement Fund once (1) the Exchange of Notes enters into force and (2) 30 days have passed since all pending claims against Austria and/or Austrian companies, as of June 30, 2001, arising out of or related to the National Socialist era or World War II, including those lawsuits listed in Annex C, have been dismissed with prejudice, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art. Once the contribution has been made, distribution will begin in accordance with the procedures laid down in Annex A.

e. From the due date of the contribution interest at the Euribor rate shall accrue on the funds available at any given time until the General Settlement Fund has paid all approved claims. Austria will make available reasonable advanced funding to provide appropriate publicity concerning the establishment of the General Settlement Fund.

f. The undersigned counsel for plaintiffs will file motions or stipulations to dismiss with prejudice all claims, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art, they have filed in U. S. courts against Austria and/or Austrian companies arising out of or related to the National Socialist era or World War II, including those listed in Annex C. They will also cooperate in seeking the dismissal with prejudice of all other such claims.

g. Austria and the United States will exchange notes and the United States will thereupon take appropriate steps in accordance with Articles 2(2), 2(3) and 3(3) of the Agreement to assist Austria and Austrian companies in achieving legal peace for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art,

[Signatures]

Annex A

The Exchange of Notes between the Government of the United States and the Austrian Federal Government provides that the principles governing the operation of the General Settlement Fund will be set forth in Annex A. The Exchange of Notes also provides that Austria will make good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of the National Socialist era set forth in Annex A. This Annex reflects key elements of the General Settlement Fund (“GSF”) (providing for a Claims Committee and an Arbitration Panel) and the additional measures for victims of National Socialism that form the basis for the Exchange of Notes between the United States and Austria.

1. Immediate Compensation for Survivors:

The Austrian Government will make a US \$ 150 million contribution to the National Fund, which will be distributed in its entirety on an expedited basis to all Holocaust survivors originating from or living in Austria as defined in the Federal Law amending the Federal Law to Establish the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism which will include a hardship clause. This amount will cover 1) apartment and small business leases; 2) household property; 3) personal valuables and effects. This amount will not cover potential claims against Dorotheum (which will be covered by the GSF, see *infra* para. 2) or *in rem* claims for works of art. This amount will be credited against the final cap for the GSF.

The amount of US \$ 150 million will be allocated to the Austrian National Fund according to the Federal Law amending the Federal Law to Establish the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism and the Committee Report thereto. Payments to survivors will begin immediately after entry into force of the Federal Law. Austria will provide such funding as may be required to enable the Austrian National Fund effectively to process applications for and distribute these funds to all approved applicants.

2. Establishment of a General Settlement Fund:

The Austrian Federal Government will propose the necessary legislation¹⁾ to the National Council by April 30, 2001 to establish a GSF. Austria will undertake its best efforts to ensure that this legislation is passed by June 30, 2001. The legislation will enter into force once all contributions have been made available. The GSF will be a voluntary fund that will provide *ex gratia*

¹⁾ The term legislation as used in this Annex refers to Federal Laws to be passed by the Austrian National Council, the legislative history including all explanatory notes, and any bylaws to be adopted and governing the operation of any bodies established under such Federal Laws.

payments to certain applicants. The GSF will include both a “claims-based” and an “equity-based” component. The GSF will be capped at US \$ 210 million plus interest, at the Euribor rate, accruing to it beginning 30 days after all claims, pending as of June 30, 2001, against Austria and/or Austrian companies arising out of or related to the National Socialist era or World War II are dismissed with prejudice, and such interest shall continue to accrue on the funds available at any given time until the GSF has paid all approved claims. The US \$ 210 million contribution by Austria and Austrian companies (including the Austrian insurance industry)+ interest, under the terms described *supra*, will be in addition to the US \$ 150 million referred to *supra* in para. 1. The distribution of payments by the GSF will be based on decisions of the independent Claims Committee.

a. The GSF legislation will establish an independent three-member Claims Committee (“Committee”) for all property/aryanization claims, and all other claims not covered by the Reconciliation Fund and the Arbitration Panel referred to *infra* in paragraph 3 that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding *in rem* claims for works of art. The United States and Austria will each appoint one member; these two members will appoint a Chairperson. In the event that the Austrian and the United States designees are unable to agree upon and designate the Chairperson within 60 days after the entry into force of the GSF legislation, the United States and Austria will enter into consultations to name a Chairperson. The Committee will work under the auspices of the Austrian National Fund, which will provide technical and administrative support to the Committee.

b. The GSF legislation will provide that 50% of the funds allocated for distribution from the GSF will be reserved for a “claims-based” process and 50% of such funds will be reserved for an “equity-based” process. The GSF legislation will provide that the GSF will distribute the funds allocated for the “claims-based” process on a pro-rata basis and the funds allocated for the “equity-based” process on a per-household²⁾ basis.

c. The GSF legislation will require the Committee to establish simplified procedures, including simplified and expedited internal appeals for decisions made under the “claims-based” process. Such procedures will permit the attendance of observers to the “claims-based” process under circumstances to be defined and under strict rules of confidentiality. The GSF legislation will provide that decisions made under the “equity-based” process are not appealable. The GSF legislation will provide that the Committee will review all applications using relaxed standards of proof.

²⁾ Household on the present-day territory of the Republic of Austria between March 12, 1938 and May 9, 1945.

d. The General Settlement Fund is intended to benefit victims of National Socialism as defined in the Federal Law amending the Federal Law to Establish the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism. The GSF legislation will provide that such persons (including their heirs, as defined *infra* in paragraph 2(e)) and victims' communal organizations who/which suffered losses or damages as a result of or in connection with events having occurred on the territory of present-day Austria during the Nazi era or World War II are eligible to receive payment(s) from the GSF, provided that the criteria in *infra* paragraphs 2(f) or 2(g) are satisfied. The GSF legislation will also provide that the Committee will not have the authority to reopen cases that have been finally decided by an Austrian court or administrative body under Austrian restitution legislation or that have been settled after 1945. However, recognizing that there may have been certain gaps and deficiencies in the prior restitution legislation and further recognizing the *ex gratia* nature of the GSF, the Committee may award payments in the exceptional circumstances where the Committee unanimously determines that such decision or settlement constituted extreme injustice.

e. Definition of "heirs": The GSF legislation will provide that heirs as defined under the Austrian General Civil Code (ABGB) are eligible for payments.

f. "Claims-Based" Process: The GSF legislation will provide that the Committee may receive claims for payment for losses or damages as a result of or in connection with events having occurred on the territory of present-day Austria during the National Socialist era or World War II in the following categories:

- i. liquidated businesses including licenses and other business assets
- ii. real property
- iii. bank accounts, stocks, bonds, mortgages
- iv. moveable property not covered by the US \$ 150 million referred to in paragraph 1
- v. insurance policies (see *infra* paragraph n)

To be eligible for payment, claimant must show, under relaxed standards of proof (by submission of supporting material; if no relevant evidence is available, the claimant's eligibility can be made credible in some other way) the following:

- i. ownership of property at time of confiscation/ aryanization/ liquidation **and**
- ii. claim was never previously decided under prior restitution legislation or settled by agreement (if no contradictory evidence is

presented, an affidavit asserting such, including plausible explanation for why claim was never decided or settled will be deemed sufficient), or that such decision or settlement constituted extreme injustice (see *supra* paragraph d) **or**

- iii. claim was denied under prior legislation because of failure to produce required evidence, where such evidence was inaccessible to claimant but has since become available (affidavit asserting such, including plausible reason for inaccessibility will be deemed sufficient)

The GSF legislation will provide that the Committee may award a payment of no more than US \$ 2 million for any approved claim.

The GSF legislation will provide that in reviewing claims, the Committee will take into account prior restitution and compensation measures, including the US \$ 150 million referred to in paragraph 1, measures under the German Foundation “Remembrance, Responsibility and the Future,” or claims paid under ICHEIC claims-handling procedures, and the Bank Austria Settlement, to ensure that the claimant does not receive a payment under the “claims-based” process for same property for which compensation was paid under prior measures.

The GSF legislation will provide that the Committee may either award claimant pro-rata amount of capped amount allocated for “claims-based process” or, where Committee determines that claimant is unable to satisfy evidentiary requirements, Committee must either reject claim or refer claim to “equity-based process” for per-household payment.

The GSF legislation will provide that if any funds remain after all approved claims have been paid, such excess funds will be transferred to the Austrian National Fund to be used for programs to benefit victims of the Holocaust, including Roma.

g. “Equity-Based” Process: The GSF legislation will provide that the Committee will make per-household, “equity-based” payments

- i. for any of the categories covered by *supra* paragraph 3(f) where claimant is not able to document specific claim(s), even under relaxed standards of proof, but panel has reason to assume that valid case of loss of property **or**
- ii. for any of the categories covered by *supra* paragraph 3(f) where claim was previously decided or settled under prior restitution legislation, but majority of Committee has reason to believe decision or settlement was inadequate **or**
- iii. where majority of Committee has reason to believe claimant was not adequately compensated for occupational or educational losses during the Nazi era on the territory of present-day Austria **or**

- iv. for any claims arising out of or related to the National Socialist era or World War II not covered by the Reconciliation Fund or the Arbitration Panel

The GSF legislation will provide that “equity-based” payments will be made on a per-household basis. The GSF legislation will provide that the Committee will award no more than one payment per household.

The GSF legislation will provide that applicants for “equity-based” payments must indicate on their application, to the extent possible, the address or location of the household for which they are seeking a payment, and the members of the household, including the heirs of those who have not survived, who are entitled to share the payment.

The GSF legislation will provide that “household” shall consist of survivors who lived in the “household” during this period and the heirs, as defined *supra* in paragraph e,

The GSF legislation will provide that if any funds remain after all approved claims have been paid, such excess funds will be transferred to the Austrian National Fund to be used for programs to benefit victims of the Holocaust, including Roma.

h. Submission of Claims/Payments: The GSF legislation will provide that a claimant may submit an application to the Committee either under the “claims-based” process, which may include multiple properties, or under the “equity-based” process. If the entire claim is rejected under the “claims-based” process claimant may submit an application under the “equity-based” process.

i. Filing Periods: The GSF legislation will allow applications to be made to the GSF for 24 months after the entry into force of the GSF law.

j. Waivers: The GSF legislation will provide that each applicant for a GSF payment will be required to state that, upon receipt of a payment from the GSF, he or she will, for him/herself and his/her heirs, waive any and all alleged claims against Austria and/or Austrian companies arising out of or related to the National Socialist era or World War II. Such a waiver will not preclude claimant from bringing an action against Austria and/or Austrian companies for the *in rem* return of a specifically identified piece of art or an action for *in rem* restitution for property owned by Austrian provinces and municipalities in accordance with *infra* para. 10.

The GSF and Panel legislation will provide that nothing therein will be deemed to waive any right of Holocaust survivors and heirs in any prior class action settlement reached in courts in the United States.

k. Eligibility for Social Security and Other Public Benefits: The GSF legislation will make clear that receipt of payment from GSF funds will not affect the recipient’s eligibility for social security or other public benefits.

l. Publicity: The GSF legislation will require that the GSF, in conjunction with the Austrian National Fund, provide appropriately extensive publicity concerning the benefits that the GSF will offer and how to apply. The Austrian National Fund will consult with the United States regarding its proposed publicity plan. In addition, the GSF legislation will authorize and encourage the Austrian National Fund to utilize existing databases of Austrian survivor populations from other sources.

m. Costs: The GSF legislation will provide that the administrative costs for the “claims-based” and “equity-based” processes will be covered from the budget provided for the Austrian National Fund and the GSF.

n. Insurance: The GSF legislation will reaffirm the commitment of the Austrian Federal Government to ensure that all insurance claims that come within the scope of claims-handling procedures adopted by the International Commission on Holocaust Era Insurance Claims (including those concerning valuation, standards of proof, and decisions of the Chairman) and are made against Austrian insurance companies not defined as “German companies” within the German Foundation Law, and not otherwise covered under ICHEIC, will be solely decided by the Committee and distributed by the GSF on the basis of such procedures. The Austrian Insurance Association will make the lists of Holocaust era policy holders publicly accessible, to the extent available.

The GSF legislation will provide that when an insurance claim is approved for payment, the Committee will promptly notify the Austrian National Fund. The Austrian National Fund will authorize the payment of that claim from the GSF funds (at a capped amount of US \$ 25 million within the GSF, which amount includes interest on US \$ 210 million) allocated for such payments out of the GSF.

In the event that the amount allocated for insurance claims under this paragraph is exhausted, and the Claims Committee certifies, in consultation with representatives of the plaintiffs’ attorneys recommended by the United States, an amount of up to US \$ 5 million from the amount allocated to the “claims-based” process, as set forth *supra* in para. 2 (b), may be used to pay insurance claims under this paragraph. All funds used to pay approved insurance claims will be distributed on a pro rata basis.

The GSF legislation will provide that if any funds allocated for insurance remain after all approved claims have been paid, such excess funds will be transferred to the Austrian National Fund to be used for programs to benefit victims of the Holocaust, including Roma.

3. Arbitration Panel for *In Rem* Restitution of Publicly Owned Property:

a. Austria will seek to provide, in accordance with the procedures described below, on a case by case basis, *in rem* restitution of publicly-

owned property. Particular attention will be given to the issue of property formerly owned by Jewish communal organizations, taking into account the particular situation of the Austrian Jewish Community.

b. In connection with the establishment of the GSF, the Austrian Federal Government will propose the necessary legislation to the Austrian Parliament by April 30, 2001 to establish, fund, and authorize a three-member Arbitration Panel (“Panel”) to address the *in rem* return of publicly-owned property, including property formerly owned by Jewish communal organizations. Austria will undertake its best efforts to ensure that this legislation is passed by June 30, 2001.

c. The implementation of *in rem* restitution of publicly-owned property will have to be in conformity with Austrian constitutional law and Austria’s international obligations.

d. The Panel legislation will provide that the United States, with prior consultation with the Conference on Jewish Material Claims, the Austrian Jewish Community, and attorneys for the victims, and Austria will each appoint one member; these two members will appoint a Chairperson. All members of the three-person panel should be familiar with the relevant regulations both under Austrian and international law (in particular, the European Convention on the Protection of Fundamental Freedoms and Human Rights). In the event that the Austrian and the United States designees are unable to agree upon and designate the Chairperson within 60 days after the entry into force of the Panel legislation, the United States and Austria will enter in to consultations to name a Chairperson. The Panel legislation will provide for an expert to serve as a liaison between the Panel and the Austrian Historical Commission.

e. The Panel legislation will provide that the Panel will consider, on a case by case basis, claims for the *in rem* restitution of publicly-owned property.

f. The Panel legislation will provide that the Panel will not have the authority to reopen or reconsider cases that were previously decided under prior restitution legislation, or settled by agreement, or where claimant or relative has otherwise received compensation or other consideration for the property in question, except in the limited circumstances described *infra* in paragraph 3(g).

g. For the purposes of restitution *in rem*, the notion of “publicly-owned property” covers exclusively real estate/ immovable property/buildings which:

- i. between March 12, 1938 and May 9, 1945 was taken from the previous owners, whether without authorization or on the basis of laws or other orders, on racial, national, or, alternatively, other grounds in connection with the assumption of power by National Socialism; **and**

- ii. was never subject of a claim that was previously decided by an Austrian court or administrative body under prior restitution legislation or a settlement by agreement, or where claimant or relative has never otherwise received compensation or other consideration for the property in question, except in exceptional circumstances where the Panel unanimously determines that prior settlement constituted an extreme injustice; **and**
 - iii. on January 17, 2001, was exclusively and directly, owned by the Federation (“Bund”) or any legal person, agency, or subsidiary wholly-owned, directly or indirectly, by the Federation
- h. The Panel legislation will provide that the Panel will make recommendations on the basis of evidence submitted by the claimant and submissions of the Austrian Federal Government, as well as any relevant findings of the Austrian Historical Commission. A representative of the Austrian Federal Government will ask the Austrian Historical Commission, as a matter of high priority, to examine, identify and report to the Panel such information as it may obtain concerning property and other assets that may be the subject of *in rem* restitution.
- i. The Panel legislation will provide that the Panel will make recommendations to the competent Austrian Federal Minister for *in rem* restitution. The Panel legislation will provide that where *in rem* restitution, although merited, is not practical or feasible, the Panel may make recommendations that the claimant be awarded a comparable property to be recommended by the Panel, in consultation with the competent Austrian Federal Minister. The Panel legislation will provide that such recommendations will be made publicly available (e. g., on the internet).
- j. The Austrian Parliament will pass a resolution indicating its expectation that the recommendations will be expected to be approved by the competent Austrian Minister(s). The Austrian Federal Government will support such a resolution.
- k. The Panel legislation will provide that the Panel will make its determinations within six (6) months of receiving any claim.
- l. The Panel legislation will provide that the Panel will establish its own rules of procedure.
- m. The Panel legislation will provide that individual claimants (former owners or their heirs, as defined *supra* in paragraph 2(e)) are eligible to receive *in rem* restitution (or another appropriate remedy referred to *supra* in paragraph 3(h)) provided that the following criteria are satisfied:
- i. property is currently publicly-owned as defined *supra* in paragraph 3(g); **and**

- ii. proof of ownership of property at time of loss; **and**
 - iii. claim was never previously decided or settled under prior restitution legislation or claimants or relative has never otherwise received compensation or other consideration for the property in question except in the exceptional circumstances where the Panel unanimously determines that prior settlement constituted extreme injustice; **or**
 - iv. claim was denied under prior legislation because of failure to produce required evidence, where such evidence was inaccessible to claimant but has since become accessible
- n. The Panel legislation will provide that Jewish communal organizations, including the Israelitische Kultusgemeinde (“IKG”), are eligible to receive restitution *in rem* (or another appropriate remedy referred to *supra* in paragraph 3(i)) for losses of immovable and tangible moveable property (*e.g.* cultural or religious items) provided that the following criteria are satisfied:
- i. property is currently publicly-owned as defined *supra* in paragraph 3(g)(i)-(iii); **and**
 - ii. property was owned, at the time of loss, by the Jewish communal organization or in case of defunct Jewish communal organization, its legal predecessor; **and**
 - iii. claim was never previously decided or settled under prior restitution legislation or claimants or relative has never otherwise received compensation or other consideration for the property in question except in the exceptional circumstances where the Panel unanimously determines that prior settlement constituted extreme injustice; **or**
 - iv. claim was denied under prior legislation because of failure to produce required evidence, where such evidence was inaccessible to claimant but has since become accessible.
- o. The Panel legislation will allow applications to be made to the Panel for 24 months after the enactment of the Panel legislation or until one year after the date the Austrian Historical Commission issues its final report, whichever date is later.
- p. The Austrian Federal Government will undertake its best efforts to identify publicly owned property as defined *supra* in paragraph 3(g).
- q. The Austrian Federal Government will undertake its best efforts to ensure the adoption of similar procedures and processes at the provincial and municipal levels and to secure such restitution at said levels.
- r. The *in rem* return of works of art will be excepted from the scope of the Panel legislation.

s. The Government of the United States and the Government of Austria will consult on a regular basis concerning the implementation of the Panel recommendations.

4. Additional Social Benefits to Survivors:

a. Austria will pass the necessary legislation to allow disbursement of “Pflegegeld” of categories up to 7 to victims of National Socialism living abroad as soon as possible.

b. Austria will, as soon as possible, make the following changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism:

- i. amend the Victims Assistance Act so as to abolish the six years’ age limit provided for in § 1 (2) *lit f* of the Victims Assistance Act;
- ii. amend paragraph 11 of the Victims Assistance Act to allow for pensions for persons who were Austrian citizens as of March 13, 1938, or who had during the period of 10 years prior to that date their residence on the territory of the Republic of Austria and were not Austrian citizens if they fulfill the other requirements of the Victims Assistance Act.
- iii. amend the definition of “imprisonment” in § 1(1) of the Victims Assistance Act to include those who were confined in concentration camp-like facilities, *e. g., Sammellager* (“Collection Camps”);
- iv. amend § 502 (6) of the General Pension Law (ASVG) to the effect that all those born on the present-day territory of the Republic of Austria between January 1, 1933 and March 12, 1938 will be eligible to buy into the Austrian pension system under the conditions of § 502 (1,4,6).

5. Restitution of Works of Art:

Art restitution will proceed on an expedited basis pursuant to the Federal Law of December 4, 1998 concerning the works of art from Austrian Federal Museums and Collections. The Austrian Federal Government will undertake its best efforts to address the issue of the return of works of art from Austrian companies and Austrian public entities not covered by the Federal Law. The Austrian Federal Government will undertake its best efforts to encourage the adoption of similar procedures at the municipal and provincial levels. To this end, the Austrian Federal Chancellor will write a letter to governors and mayors urging them to adopt such measures, recalling the resolution by the Austrian Parliament of 1998 urging provincial and municipal museums to research the provenance of the art works in their possession and to return all such art looted during the National Socialist era to the rightful owners.

6. Hakoah Sports Club:

The former Hakoah sports field was a leasehold property of the Hakoah Sport Club located in the Prater in Vienna. The City of Vienna is prepared to offer to lease to the IKG, on a reasonable and mutually acceptable long-term basis similar to that of the original lease, a similar piece of land in the vicinity of the former location. A contribution of US \$ 8 million will be made available for the construction of an appropriate sports facility. This will be the final amount for this purpose.

7. State Archives:

Austria will provide additional resources to the Austrian State Archives to allow better access to the files. Austria will do its utmost to ensure that requests to the Austrian State Archives for information are handled in an expedited and non-bureaucratic manner.

8. Jewish Cemeteries:

Austria will provide additional support for the restoration and maintenance of Jewish cemeteries, known or unknown, in Austria.

9. Subsidies to the Annual Holocaust Education Program at the Salzburg Seminar:

Austria will contribute to such a program.

10. Legal Closure:

The establishment of the GSF in conformity with the principles set forth in *supra* paragraphs 2 and 3, the passage of the legislation necessary to provide victims of National Socialism with the additional benefits referred to *supra* in paragraph 4, and the good faith progress in the implementation of the commitments referred to *supra* in paragraphs 5 to 9, confirmed by a diplomatic note from Austria to the United States, will lead to the dismissal with prejudice of all claims arising out of or related to the National Socialist era or World War II that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art, by the plaintiffs' attorneys who have signed the Joint Statement and to the United States taking appropriate steps in accordance with Articles 2(2), 2(3) and 3(3) of the Agreement between the Government of the United States of America and the Austrian Federal Government concerning the Austrian Fund "Reconciliation, Peace and Cooperation" (Reconciliation Fund) to assist Austria and Austrian companies in achieving legal closure for all such

claims. The term “works of art” is understood to include tangible movable cultural or religious objects.

Austrian provinces and municipalities will not benefit from legal closure, as set forth in Article 3(3) of the Agreement, in relation to claims for *in rem* restitution of publicly-owned property, applying *mutatis mutandis*, the principles set forth in *supra* para. 3(g), unless or until the Austrian Federal Government notifies the Government of the United States that such province or municipality has adopted similar procedures for *in rem* restitution of publicly-owned property or agrees to accept recommendations of the Arbitral Panel established *supra* in paragraph 3.

Annex B

Definition of “Austrian Companies”

“Austrian companies” as used in this Joint Statement and the Annexes thereto are defined as follows:

1. Enterprises that, at any given time, had or have their headquarters within the borders of the present-day Republic of Austria as well as their parent companies (past or present, direct or indirect), even when the latter had or have their headquarters abroad.
2. Enterprises situated outside the borders of the present-day Republic of Austria in which Austrian enterprises as described in Sentence (1), at any given time, had or have a direct or indirect financial participation of at least 25 percent.
3. a. An “enterprise” or “company” means any entity, whether organized under public or private law as a corporation, partnership, sole proprietorship, association of business entities, society, community, cooperative, non-profit organization or otherwise as well as any municipality, private or other public law entity. Any enterprise (in the above meaning) incorporated or otherwise organized under Austrian law shall be deemed for all purposes of this definition to have its headquarters in Austria. An enterprise (in the above meaning) includes its successors, predecessors, former parents, assigns, officers, directors, employees, agents attorneys, heirs, executors, administrators, personal representatives, and current or former shareholders. Any branch office, place of business, establishment or place of work of a non-Austrian company or enterprise (in the above meaning) located within the borders of the present-day Republic of Austria shall be deemed to be a company or enterprise (in the above meaning) that had or has its headquarters in Austria, and any such non-Austrian company or enterprise (in the above meaning) shall be deemed to be a parent or former parent as the case may be, with respect to actions or inactions of such branch or place of business.
- b. A “parent company” means any company that owns or owned a direct or indirect participation of at least 25 percent in any enterprise that had or has its headquarters in the present-day Republic of Austria.

The definition of “Austrian companies” does not include foreign parent companies with headquarters outside the present-day territory of the Republic of Austria in which the sole alleged claim arising from National Socialist injustice or World War II has no connection with the Austrian affiliate and the latter’s involvement in National Socialist injustice, unless there is a pending discovery request by plaintiff(s), of which the United States is provided by the defendant with copy to plaintiff(s), seeking discovery from or concerning National Socialist or World War II actions of the Austrian affiliate.

The definitions in the Exchange of Notes and the Joint Statement are meant to be identical (as are the words “company” and “enterprise”) and should be interpreted in an identical manner.”

Dokument 11

Erklärung des Sonderbotschafters für Restitutionsfragen Dr. Ernst Sucharipa und des Sonderdelegierten des Secretary of State der Vereinigten Staaten von Amerika für Holocaust Angelegenheiten, Deputy Secretary Stuart Eizenstat, anlässlich der Unterzeichnung des Joint Statement, Washington, am 17. Jänner 2001

a. Erklärung von Botschafter Dr. Ernst Sucharipa:

“Ladies and Gentleman,

today, after a long and sometimes difficult process we have concluded a historic agreement among all participants. We have arrived at a comprehensive resolution of issues concerning the restitution of assets to victims of the Holocaust. You will allow me to make some personal comments at this stage: Today's agreement constitutes on our side a mayor contribution to completing our response to the terrible fact of Nazi persecution against Jewish and other victim's groups. Like all nations we have to live up to our past, the deeds of all Austrians bad or good, the fact that Austrians were perpetrators, onlookers and victims.

I am confident that my country's international position will be strengthened on the basis of this agreement. We welcome the active engagement of the US government and particularly the role that Deputy Secretary Eizenstat played in steering us through a process that will lead to a comprehensive legal closure for all issues concerned. Deputy Secretary Eizenstat and his team have through their hard work also helped tremendously to further the bilateral relations between Austria and the United States.

The settlement we have reached has been a formidable achievement for the people of Austria, the Austrian government and the Austrian private sector.

There will be a:

- Immediate payment of US \$ 7000 to all surviving victims of Nazi persecution. This amounts to 150 mio US \$ and will be disbursed swiftly and in an unbureaucratic manner.
- In addition to those 150 mio US \$ the General Settlement Fund – which will be established under this agreement – will comprise an additional amount of 210 mio US \$ plus interest for a claims based and equity based process. Relaxed standards of proof will apply.
- Furthermore, we will establish an in rem restitution process both for individual claims and claims of Jewish communal organizations.

- There will be a formidable – and I dare say – unique package of social benefits for holocaust survivors amounting to 112 mio US \$ over a period of the next 10 years.
- Art restitution will continue on an expedited basis .
- There will be additional support for the restoration and maintenance of Jewish cemeteries throughout Austria.
- The former Hakoah sport field will be re-established on land offered by the City of Vienna and a contribution of US \$ 8 mio will be made available for the construction of a sport facility. I fully recognize the tremendous symbolic value of this particular measure as a testimony to the vitality of the Jewish community of Austria.
- The Austrian Historical Commission which was established in 1998 will continue its tremendously important work.
- All this will happen in addition to measures already taken over the past years, including in particular the Austrian National Fund, whose Secretary General has played such a vital role in our negotiations and will continue to assist the implementation of this package.
- May I also remind you that just two months ago we concluded an agreement which provides for the payment of compensation to approximately 150.000 surviving victims who were forced to do slave or forced labour on the territory of present day Austria.

All this constitutes a significant effort by Austria and its people which was only possible through the leadership and personal commitment of Chancellor Wolfgang Schüssel, and I wish to thank him for that.

Let me in this context again refer to the major contribution of the Austrian private sector. In particular in the course of our negotiations the representative of the private sector, Mr. Pichler, has played an outstanding role. If today we have real commitments from the private sector to this joint effort, it is to a large extent thanks to him.

We have been certainly talking primarily about money and I know that no amount of money can undo the tremendous suffering and losses that have been inflicted on our Jewish citizens. It is clear that, this must not be used as an excuse not to tackle to do the arduous issues of monetary compensation. However, I am in particularly thankful to Randy Schoenberg the grandson of one of Austria's most prominent composers for having helped us to also raise our eyes beyond the issue of monetary compensation.

One of the side effects of our negotiations, may be one of its most important results, is the intensive discussion that has been started in the Austrian media on Holocaust issues.

Every objective observer who spends only a few days in Austria must be impressed by the high quality of constructive and helpful media reporting, which accompanied our negotiations. Especially within the younger generation there is a new, fresh awareness of the issues involved, an awareness that augurs well for the future.

Maybe this is the best occasion to acknowledge the unestimable contribution the tremendously gifted and dedicated colleagues in my office, Ursula Kriebaum, Konrad Bühler and Michael Haider have lend to this process.

Right from the beginning – and actually already many years before in her capacity as Secretary General of the Austrian National Fund, Hannah Lessing has been a constant source of much needed moral, spiritual and intellectual support and advice. Without her we would not be standing here today. And I am tremendously happy to know that she will remain intrinsically associated with the implementation process which will crystallize in her important office.

Ambassador Winkler, who has already excelled in the negotiations on the establishment of the Slave and Forced Labour Reconciliation Fund has again put all his talent, dedication and wisdom into this process.

As we stand here today we know that important aspects of our work have just begun, we now have to carefully start drafting the necessary legislation, which will allow for a speedy implementation of the network of measures we have agreed upon. I know that all of us who have been carrying this process until now will continue to lend their support to this tremendous task.

Finally let me conclude with another personal remark. Quite honestly in the conduct of our negotiations I had to come to realize the amount of distrust that sometimes permeated our talks, I can only hope that the way we conducted the negotiations and more importantly the way we will implement the agreements will help us to re-establish the kind of mutual confidence that we all need.“

b. Erklärung von Deputy Secretary Stuart Eizenstat:

“We have signed a joint statement with the parties that will provide a measure of justice for Holocaust victims who suffered on the territory of present-day Austria.

To reach this point, all participants in this process had to show flexibility and compromise. The participants include the U.S. and Austrian Governments, the latter ably led to Ambassadors Sucharipa and Winkler, the Austrian private sector, the Conference on Jewish Material Claims, including representatives from Israel, the Austrian Jewish Community, and the plaintiff's attorneys.

I want to particularly note the leadership of Israel Singer, Gideon Taylor, Saul Kagan and Karen and Gene and all of the people from the Claim's Conference.

I also want to recognize the leadership provided by Dr. Ariel Muzicant, their representative Mr. Moerdler. This has been a very difficult issue for the Austrian Jewish Community, and we very much appreciate the step that they are taking today.

Also, formerly participating in this process were representatives from the Austrian Insurance Industry, and I particularly want to recognize Dr. Pichler who has so energetically and ably represented the Austrian private sector.

I particularly want to thank Chancellor Schüssel, whose involvement was critical to the success of our process.

Today's achievement on property is the second momentous development with Austria concerning Nazi-era issues. The first agreement on labor was concluded in October. Today's achievement follows related agreements with Germany and Swiss Banks and begins the process of bringing to a close the unfinished business of the Nazi era and World War II.

Today's momentous events mean that thousands of victims and heirs, who otherwise may have little chance of recovering through the courts, will now be able to receive belated recognition and payments from a new fund that Austria has established. This fund will be the General Settlement Fund. In return, the U. S. will support legal peace for Austria and Austrian companies.

The General Settlement fund will receive contributions from the Austrian Government and Austrian private sector and will total \$ 360 million.

In October, the Austrian Government committed to provide \$ 150 million to ensure that each Holocaust victim will receive \$ 7,000 as an ex gratia payment for leased apartments, businesses and related property. We expect the Austrian legislature to pass this legislation within the next several weeks, and for this money to be distributed very, very shortly.

Since then, our negotiations have sought to cover all other property categories with the exception of art and related religious property.

To provide payments to victims and heirs for other property categories, the government and the private sector have agreed to a General Settlement Fund, allocated as follows: \$ 150 million for leased apartments and businesses; \$ 210 million for other property except in rem; \$ 20 million in anticipated interest earnings. The total for property is thus expected to be, with interest, \$ 380 million.

In addition, there was recently a settlement involving Bank Austria for another \$ 45 million. This brings the total for property to \$ 425 million excluding in rem and communal property restitution.

Insurance claims will be covered in this arrangement as well. Austrian insurance companies have agreed in a major step forward to accept the valuation and claims procedures of the International Commission on Holocaust Era Claims, or ICHEIC, as well decisions by the Chairman. Out of the funds, \$ 25 million is earmarked for insurance.

Regarding in rem restitution, we have arrived as a process that will lead to important restitution in the future. Particular attention will be given to the issue of property formerly owned by the Austrian Jewish Community. And may I say that as this process continues, that it is very, very important for all of those involved in Austria and in the United States to recognize that one of the key components of this is to assure the continued viability of the Austrian Jewish Community which is in difficult straits. And this is a process which is in part designed to help them.

This process will consist of a three-person arbitration panel that will review in rem claims. The Austrian Historians Commission under Professor Jabloner, will assist the panel in identifying property subject to in rem restitution. The Jabloner Commission is being asked by Ambassador Sucharipa on behalf of the Austrian Federal Government to accelerate its identification of all property previously owned by the Austrian Jewish Community and by private citizens, owned or leased, to identify that property and to identify its current location.

This three-person arbitration panel will make recommendations to the competent Austrian Minister for the return of this property. Such recommendation will be publicly available. And I'm very pleased to state that the Austrian Parliament will introduce a resolution indicating its expectation that the recommendations of the panel will be followed, and that resolution has the full support of the Austrian Government. This process should help resolve the issue of publicly held property that may have been owned or otherwise involved with Holocaust victims and heirs.

In addition, our achievement provides for additional social benefits to surviving Holocaust victims. These are very important because they ensure that survivors receive nursing care and, importantly for the first time, for those excluded from previous pension programs because of age limitations. They will have the opportunity to obtain Austrian pensions in their old age for the first time. The value of these additional social benefits should be something on the order of \$ 112 million over 10 years.

We have also decided to ensure compensation for the loss of one important piece of communal property, the Hakoah Sports Association. In addition to a lease of similarly located property, there will be a contribution on a final

basis of \$ 8 million for the construction of an appropriate facility. And if I may say so, I hope this will stand as a landmark for the downpayment, if I may call it that, of the continued strength and viability of the Austrian Jewish Community. Thus, the total of the property decisions, \$ 380 million, combined with social benefits of some \$ 112 million, and the \$ 8 million for Hakoah total \$ 500 million.

Adding to that amount is the 6 billion schilling agreement on labor we reached earlier, which today is worth over \$ 410 million. Thus, the total amount of money emerging from these talks is well over \$ 900 million and indeed straddles a billion.

If one adds the amounts that the Austrian Government has provided to victims in recent years, the total is significantly over \$ 1 billion including \$ 140 from the Austrian National Fund and \$ 9 million from the Austrian contribution to the Nazi Persecutee Relief Fund.

I think we can be very satisfied with our achievements today. This would have been possible only through the cooperation between Austria and the United States. A strong U. S.-Austrian relationship enables us to resolve and has enabled us to resolve a series of extraordinarily complex and difficult political issues during these negotiations. This U. S.-Austrian cooperation has reflected the spirit of the close relationship that has developed between the U. S. and Austria during the past 45 years. And it is this relationship that the establishment of the General Settlement Fund will also strengthen.

Our efforts have been an integral part of America's foreign policy. They have been helping the nations of Europe face their past and draw lessons for the future about the importance of the rule of law and tolerance toward one another. They are advancing the cause of human rights for which the U. S. stands as a champion. And our strengthening the economies of Central European countries by offering compensation to elderly victims of World War II.

Belatedly, the Cold War's end has allowed America and its allies a unique opportunity to tend to the unfinished business of World War II and lay the 20th Century's scourge of totalitarianism to rest. And may I say, because I don't think it got the attention it should have, that the Bronfman Presidential Commission chaired by Edgar Bronfman only yesterday presented a very searching report on the U. S. involvement. And Chairman Bronfman deserves our enormous gratitude.

Republicans and Democrats have joined in this quest not just because the work has been about justice, because it relates so directly to the wider goal of creating a Europe whole and free.

In closing, let me note that this agreement caps a long effort in which everyone in this room has been engaged. It has now encompassed many

other agreements, both small and large, which have brought much more monetary payments and the achievement of understanding and justice anchored in a common future of tolerance and pluralism. It's a rich heritage of achievement in which we may all take pride, as I hope Austria itself, Austrian citizens in Austria will in particular join.

Much remains to be done to implement our understandings to date. The Austrian legislation must faithfully reflect the arrangements we have made and give real meaning to the commitments they involve. Our two countries have agreed that the U. S. Government will monitor this process very closely. The new U. S. administration has already made its understanding clear of the importance of this work, and I offered my best wishes as it continues these efforts.”

Dokument 12

Notenwechsel zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, Wien, am 23. Jänner 2001

I. Österreichische Eröffnungsnote:

“No 2140.02/0044e-BdSB/2001

Note Verbale

The Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria presents its compliments to the Embassy of the United States of America and has the honor to refer to the Preamble and to Articles 1 (4), 2 (2), 2 (3) and 3 (3) of the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation” (Reconciliation Fund Agreement), signed October 24, 2000.

Noting the correspondence between the President of the United States and the Federal President of the Republic of Austria, in connection with the Agreement,

Recalling the relevant provisions of the 1955 State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria, the 1959 Exchange of Notes Constituting an Agreement between the United States of America and Austria relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of May 15, 1955, as well as the contents of the letter dated December 19, 1961 from Dr. Nahum Goldman, the Chairman of the Committee for Jewish Claims on Austria, to Dr. Josef Klaus, the Austrian Federal Minister of Finance.

The Austrian Federal Government shall provide immediate compensation for survivors pursuant to Annex A, paragraph 1, propose legislation to the Austrian Parliament by April 30, 2001 to establish a General Settlement Fund (“GSF”) (providing for a Claims Committee and an Arbitration Panel) in conformity with the principles set forth in Annex A, paragraphs 2 and 3, and seek changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism in conformity with Annex A, paragraph 4.

The Austrian Federal Government shall make good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 5–9.

The Austrian Federal Government welcomes the commitment of the United States to consider the provision of immediate compensation for survivors pursuant to Annex A, paragraph 1, the General Settlement Fund, established in conformity with the principles set forth in Annex A,

paragraphs 2 and 3, the changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism in conformity with Annex A, paragraph 4, and the making of good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 5–9, to constitute a “suitable potential remedy”, as understood by Articles 2(2) and 3(3) of the Agreement, for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies, as defined in Annex B, arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art and, subject to the provisions of Annex A, paragraph 10, claims for *in rem* restitution of property owned by Austrian provinces and municipalities.

The Austrian Federal Government welcomes the commitment of the United States, upon fulfillment of the commitments of the Austrian Federal Government referred to above, to support all-embracing and enduring legal peace for the above-mentioned claims, as provided for in the Agreement and herein.

The Austrian Federal Government agrees that this exchange of notes and the establishment of the GSF shall not affect unilateral decisions or bilateral or multilateral agreements that dealt with the consequences of the National Socialist era or World War II.

This Note and the United State’s affirmative note in reply shall constitute an agreement between Austria and the United States which shall enter into force when Austria notifies the United States, by diplomatic note, that it has implemented its commitments referred to above.

Austria agrees that Annexes A and B shall be integral parts of this agreement.

The Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria takes this opportunity to renew to the Embassy of the United States of America the assurances of its highest consideration.

Attachment: As stated

Vienna, 23 January 2001

To the Embassy of the United States of America
Vienna”

II. Antwortnote der Vereinigten Staaten von Amerika:

“No. 14

The Embassy of the United States of America presents its compliments to the Federal Ministry for Foreign Affairs of the Republic of Austria, and has the honor to refer to the Preamble and to Articles 1(4), 2(2), 2(3), and 3(3) of the Agreement between the Government of the United States of America and the Austrian Federal Government concerning the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation” (Reconciliation Fund Agreement), signed October 24, 2000.

Noting the correspondence between the President of the United States and the Federal President of the Republic of Austria, in connection with the Agreement,

Recalling the relevant provisions of the 1955 State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria, the 1959 Exchange of Notes constituting an Agreement between the United States of America and Austria relating to the Settlement of Certain Claims under Article 26 of the Austrian State Treaty of May 15, 1955, as well as the contents of the letter dated December 19, 1961 from Dr. Nahum Goldman, the Chairman of the Committee for Jewish Claims on Austria, to Dr. Josef Klaus, the Austrian Federal Minister of Finance,

The United States welcomes the commitment of the Austrian Federal Government to provide immediate compensation for survivors pursuant to Annex A, paragraph 1, to propose legislation to the Austrian Parliament by April 30, 2001 to establish a General Settlement Fund (“GSF”) (providing for a Claims Committee and an Arbitration Panel) in conformity with the principles set forth in Annex A, paragraphs 2 and 3, and to seek changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism in conformity with Annex A, paragraph 4.

The United States further welcomes the commitment of the Austrian Federal Government to make good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 5–9.

The United States considers the provision of immediate compensation for survivors pursuant to Annex A, paragraph 1, the General Settlement Fund, established in conformity with the principles set forth in Annex A, paragraphs 2 and 3, the changes in the laws that address social benefits for victims of National Socialism in conformity with Annex A, paragraph 4, and the making of good faith progress on the implementation of the additional measures for victims of National Socialism set forth in Annex A, paragraphs 5–9, to constitute a “suitable potential remedy,” as understood by Articles 2(2) and 3(3) of the Agreement, for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies, as defined in

Annex B, arising out of or related to the National Socialist era or World War II, excluding claims covered by the Reconciliation Fund, in respect of which the Agreement shall continue to govern, and further excluding *in rem* claims for works of art and, subject to the provisions of Annex A, paragraph 10, claims for *in rem* restitution of property owned by Austrian provinces and municipalities.

Upon fulfillment of the commitments of the Austrian Federal Government referred to above, the United States will support all-embracing and enduring legal peace for the above-mentioned claims, as provided for in the Agreement and herein.

The United States agrees that this Exchange of Notes and the establishment of the GSF shall not affect unilateral decisions or bilateral or multilateral agreements that dealt with the consequences of the National Socialist era or World War II.

Austria's Note and this affirmative reply shall constitute an Agreement between the United States and Austria, which shall enter into force when Austria notifies the United States, by diplomatic note, that it has implemented its commitments referred to above.

The United States agrees that Annexes A and B shall be integral parts of this Agreement.

The Embassy of the United States of America takes this opportunity to renew to the Ministry of Foreign Affairs of the Republic of Austria the assurances of its highest consideration.

Attachment: As stated

Embassy of the United States of America,
Vienna, January 23, 2001”

Dokument 13

Vortrag des Bundeskanzlers Dr. Wolfgang Schüssel an die Bundesregierung, Wien, am 23. Jänner 2001:

Ergebnis der Restitutionsverhandlungen;
Notenwechsel zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten zur Regelung von Fragen der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus und der Rückgabe von arisiertem unbeweglichen Vermögen

Beilagen

Vortrag an den Ministerrat

Im Zuge der Verhandlungen über freiwillige Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter, die zur Annahme des Versöhnungsfondsgesetzes 2000, BGBl. 74/2000, führten, wurde von den Opfervertretern im zunehmenden Maße auch darauf gedrängt, noch offene Fragen der Restitution von bzw. Entschädigung für Vermögen, das während der nationalsozialistischen Herrschaft arisiert oder sonst enteignet oder geraubt wurde, ebenfalls anzugehen und einer dem internationalen Standard entsprechenden umfassenden und abschliessenden Lösung zuzuführen. Anlässlich der Wiener Versöhnungskonferenz im Mai 2000 wurde daher von Österreich zugesagt, die Verhandlungen über die Restitution sogleich nach Abschluss der Zwangsarbeiterverhandlungen aufzunehmen.

Zu diesem Zweck hat Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel am 18. Mai 2000 den Direktor der diplomatischen Akademie Wien, Botschafter Dr. Ernst Sucharipa, als Sonderbotschafter für Restitutionsfragen mit der Führung von Gesprächen mit Interessensvertretungen von Opfern des Nationalsozialismus beauftragt, um gemeinsam mit diesen Lösungsansätze für eine solche umfassende Regelung noch offener Fragen im Zusammenhang mit der Restitution oder Entschädigung für entzogenes Vermögen, einschließlich der Anregung möglicher gesetzlicher Bestimmungen, zu erarbeiten.

Nach zahlreichen intensiven Gesprächen und drei vorbereitenden Verhandlungsrunden über Restitutionsfragen zwischen Sonderbotschafter Dr. Ernst Sucharipa und Vertretern jüdischer Opferorganisationen und Klagsanwälten, die auf Einladung des als Vermittler fungierenden amerikanischen Vizefinanzministers Stuart Eizenstat in Washington, D. C., stattfanden, konnte am 5. Oktober 2000 in Wien zwischen Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizefinanzminister Stuart Eizenstat eine Rahmenvereinbarung für die weiteren Restitutionsverhandlungen („Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Pro-

perty / Aryanization Issues“) als erstes Zwischenergebnis erzielt werden. In dieser Rahmenvereinbarung wurde u. a. ausdrücklich festgehalten, dass sämtliche in der Vergangenheit von der Republik Österreich durchgeführte Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen in vollem Umfange Berücksichtigung finden werden.

In der Rahmenvereinbarung ist weiters vorgesehen, einen Betrag von 150 Mio. US-Dollar an noch lebende Opfer des Holocaust, die aus Österreich stammen, im Wege des Nationalfonds der Republik Österreich beschleunigt zur Verteilung zu bringen. Damit sollen Ansprüche aus dem Entzug von (1) Bestandteilen an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten, (2) Hausrat und (3) persönlichen Effekten (sofern nicht eine Veräußerung im Wege des Dorotheums erfolgte) endgültig abgegolten werden. Eine entsprechende gemeinsame Gesetzesinitiative aller vier Parlamentsparteien zur Novellierung des Nationalfondsgesetzes, die eine rasche Auszahlung an die betagten überlebenden Opfer sicherstellen soll, wird derzeit im österreichischen Parlament beraten und soll noch Ende Jänner 2001 vom Nationalrat aufgrund eines bereits eingebrachten Initiativantrages aller vier im Nationalrat vertretenen Parteien verabschiedet werden. Damit soll auch den Erwartungen der Regierung der Vereinigten Staaten, dass die Novelle des Nationalfondsgesetzes noch Ende Jänner in Kraft tritt, die anlässlich der Inkraftsetzung des Versöhnungsfondsabkommens in einem Brief von Vizefinanzminister Eizenstat zum Ausdruck gebracht wurde, entsprochen werden.

Mit der Umsetzung dieses Teiles der Rahmenvereinbarung soll eine Lücke der österreichischen Restitutions- und Entschädigungsgesetzgebung möglichst rasch und unbürokratisch geschlossen werden. Gemäß § 30 Z. 2 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), BGBl. Nr. 54/1947, waren nämlich Ansprüche der Mieter (Pächter) von Wohn- und Geschäftsräumen einer bis dato nie beschlossenen, besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten geblieben.

In der Rahmenvereinbarung war hinsichtlich anderer noch offener Ansprüche die Einrichtung eines „Allgemeinen Entschädigungsfonds“ („General Settlement Fund“) vorgesehen. Gegenstand der am 24. Oktober 2000 in Wien begonnenen Restitutionsverhandlungen war daher die Ermittlung von Anspruchskategorien, in denen Lücken oder Unzulänglichkeiten in der bisherigen österreichischen Restitutionsgesetzgebung und Verwaltungspraxis bestanden.

Nach schwierigen Verhandlungen konnte bei der letzten von insgesamt acht Verhandlungsrunden am 16./17. Jänner 2001 in Washington eine umfassende Einigung über die abschließende Regelung sämtlicher noch offener Restitutionsfragen mit der amerikanischen Regierung, den Opferverbänden und den Klagsanwälten erzielt werden. Der Inhalt dieser Einigung

wurde in einer am 17. Jänner 2001 unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung“ der Verhandlungsteilnehmer, d.h. Vertreter der österreichischen und amerikanischen Regierungen, der Opferorganisationen (Claims Conference und Israelitische Kultusgemeinde) sowie der Opferanwälte festgehalten. In dieser Gemeinsamen Erklärung, die eine hohe politisch-moralische, aber keine unmittelbar verbindliche rechtliche Verpflichtungswirkung hat, ist das allgemeine Einverständnis mit dem Inhalt der im völkerrechtlich verbindlichen Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika samt Anhängen A – C festgelegten Verpflichtungen sowie die weitere Vorgangsweise niedergelegt.

Der Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika samt Anhängen A–C, in denen die substantiellen Verpflichtungen (Anhang A), die Definition des Begriffes „österreichische Unternehmen“ (Anhang B) sowie die Liste der anhängigen Klagen (Anhang C) enthalten sind, stellt ein Regierungsübereinkommen dar. Die innerstaatliche gesetzliche Grundlage für den Abschluss dieses Abkommens auf Verordnungsstufe wird das in Umsetzung der übernommenen Verpflichtungen zu erlassende Bundesgesetz sein. Das Inkrafttreten des Notenwechsels wird daher bis zur Erlassung dieses Bundesgesetzes aufgeschoben.

Annex A zum Notenwechsel, der die substantiellen Verpflichtungen enthält und auf den auch in der gemeinsamen Erklärung, an die alle Verhandlungsteilnehmer gebunden sind, Bezug genommen wird, umfasst zusätzlich zu den bereits am 5. Oktober 2000 zwischen Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizefinanzminister Stuart Eizenstat vereinbarten 150 Mio USD (siehe oben), die als Zahlung an noch lebende Opfer des Nationalsozialistischen Regimes für Bestandrechte an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten/Hausrat/persönliche Wertgegenstände umgehend zur Auszahlung gelangen sollen, eine Reihe weiterer wichtiger Maßnahmen, die im Folgenden zusammenfassend dargestellt werden.

Der aufgrund der Vereinbarung zu errichtende „Allgemeine Entschädigungsfonds“ (General Settlement Fund) enthält neben den erwähnten 150 Mio USD eine Dotierung von 210 Mio USD, die zusammen mit den nach Ablauf von 30 Tagen nach Zurückziehung aller Klagen bis zur vollständigen Auszahlung gemäß EURIBOR auflaufenden Zinsen je zur Hälfte in ein Anspruchsverfahren und ein Billigkeitsverfahren fließen wird. Die Entscheidung über Anträge in beiden Verfahrenstypen erfolgt durch ein Antragskomitee, das sich aus drei Personen zusammensetzen wird, wobei je eine von der Regierung der Vereinigten Staaten und der Regierung Österreichs nominiert wird. Der oder die Vorsitzende wird von den beiden anderen Mitgliedern bestimmt. Falls dies zu keiner Einigung führen sollte, sind Regierungskonsultationen vorgesehen. Das Antragsko-

mittee wird unter den Auspizien des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus arbeiten, der technische und administrative Unterstützung leistet.

Anträge können für Vermögensverluste in folgenden Kategorien gestellt werden:

- liquidierte Betriebe; einschließlich Konzessionen („licenses“) und anderes Betriebsvermögen
- Immobilien
- Bankkonten, Aktien, Schuldverschreibungen, Hypotheken
- bewegliches Vermögen, das nicht von den 150 Mio USD, die oben genannt sind, abgedeckt wird
- Versicherungspolizzen (für Versicherungsansprüche ist ein gedeckelter Betrag von 25 Mio USD vorgesehen, der nach den Regeln der Internationalen Kommission für Versicherungsansprüche (ICHEIC) verteilt werden soll).

Der Unterschied zwischen den beiden Verfahren liegt im Ausmaß der erforderlichen Beweisführung. Im „Anspruchsverfahren“, das aber auch zu höheren Zuwendungen führt (begrenzt mit max. 2 Mio. USD), müssen stärkere Beweise vorgelegt werden, als im „Billigkeitsverfahren“, wo die Leistungen geringer ausfallen werden.

Beiden Verfahren ist gemeinsam, dass bereits von österreichischen Gerichten oder Verwaltungsbehörden entschiedene Fälle grundsätzlich keine Berücksichtigung finden (2d). Eine Ausnahme besteht nur unter außergewöhnlichen Umständen, wenn das Antragskomitee einstimmig entscheidet, dass eine extreme Ungerechtigkeit vorlag. (2(f) ii). Entscheidungen des Antragskomitees führen zur Zuerkennung von pro rata Geldleistungen im Rahmen der jeweils vorgesehenen Deckelbeträge.

Der Zeitraum zum Einbringen von Anträgen sowohl für das Anspruchsverfahren als auch unter dem Billigkeitsverfahren beträgt zwei Jahre.

Zusätzlich zu diesem Prozess wurde vereinbart, eine Schiedsinstanz für die in rem Restitution von ausschließlich und unmittelbar im Eigentum des Bundes oder einer unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum des Bundes stehenden juristischen Person, Anstalt/Körperschaft oder Tochtergesellschaft, befindlichen Objekten vorzusehen. Die Schiedsinstanz setzt sich aus drei Personen zusammen, wobei je eine von der Regierung der Vereinigten Staaten (nach vorheriger Konsultation mit der Claims Conference und der IKG) und der Regierung Österreichs nominiert wird. Der oder die Vorsitzende wird von den beiden anderen Mitgliedern bestimmt, falls dies zu keiner Einigung führen sollte, sind Regierungskonsultationen vorgesehen. Zur Antragstellung vor der Schiedsinstanz berechtigt sind sowohl Individuen als auch jüdische Vereine sowie die Rechtsnachfolger aufgelöster

jüdischer Vereine. In diesem Zusammenhang wird die österreichische Historikerkommission in ihrer weiteren Arbeit vorrangig den Entzug und Verbleib von Liegenschaften und Gebäuden aus dem früheren Besitz von Opfern des Nationalsozialismus und jüdischem Vereinsvermögen untersuchen.

Die Schiedsinstanz ist grundsätzlich nicht berechtigt, bereits entschiedene Fälle neuerlich zu untersuchen (3f). Eine Ausnahme besteht nur unter außergewöhnlichen Umständen, wenn die Schiedsinstanz einstimmig entscheidet, dass eine extreme Ungerechtigkeit vorliegt. (3(g)ii)

Folgendes Sozialpaket – in einem geschätzten Gesamtumfang von 112 Mio USD über die nächsten 10 Jahre – wurde vereinbart:

- Möglichkeit auch im Ausland, bei Erfüllen der sonstigen Voraussetzungen, einen Geldbetrag in der Höhe der Pflegegeldstufen 3 bis 7 zu empfangen.
- Abschaffung des Staatsbürgerschaftserfordernisses für Pensionen gemäß § 11 Opferfürsorgegesetz
- Weiteranwendung der bisherigen Interpretation der Begriffe „Haft/Freiheitsbeschränkung“ im Opferfürsorgegesetz, sodass auch Anhaltungen in Internierungs- oder Sammellagern darunter zu subsumieren sind.
- Ausdehnung des begünstigten Nachkaufsrechts für Leistungen der Pensionsversicherungsanstalten auf Personen, die zwischen dem 1. Jänner 1933 und dem 12. März 1938 geboren wurden (Nachkauf von 180 Monaten zum Erwerb eines Mindestpensionsanspruches ohne Veränderung des Durchrechnungszeitraumes für Personen, die schon bisher Zeiträume nachkaufen konnten), wenn die sonstigen Voraussetzungen des § 502 ASVG erfüllt sind.

Weitere Vereinbarungen:

Kunstrückgabe: Diese soll basierend auf dem bereits existenten Gesetz in beschleunigter Weise fortgeführt werden. Überdies wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass auch arisierte Kunstgegenstände, die sich im Besitz von Firmen oder öffentlichen Einrichtungen, deren Eigentümer nicht der Bund ist, befinden, einer Rückgabe zugeführt werden.

- Restaurierung und Erhaltung jüdischer Friedhöfe.
- Die Gemeinde Wien wird für den Sportverein Hakoah ein dem entzogenen vergleichbares Grundstück in Langzeitmiete zur Verfügung stellen. 8 Mio USD werden für die Errichtung einer geeigneten Sportstätte zur Verfügung gestellt werden.
- Archive: Österreich wird für eine zusätzliche auch personelle Ausstattung des Staatsarchivs sorgen, um einen besseren Zugang zu den Datensätzen und Akten zu gewährleisten. Österreich wird sein Möglichstes

tun, um sicherzustellen, dass Anfragen um Information in einer schnellen und unbürokratischen Weise beantwortet werden.

Die erzielte Vereinbarung wird zu einer umfassenden und abschliessenden Rechtssicherheit in folgender Weise führen: Die Verabschiedung der für die Umsetzung der in der Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen notwendigen Gesetze sowie entsprechende Fortschritte bei der Umsetzung der übrigen Maßnahmen wird zu einer freiwilligen Zurückziehung der Klagen durch die Anwälte führen, die die gemeinsame Erklärung unterschrieben haben oder sich auch noch nachträglich zu den Grundsätzen der erzielten Lösung bekennen wollen. In den Fällen, in denen Anwälte ihre Klagen nicht zurückziehen sowie in künftigen Fällen von Klagseinbringungen verpflichtet sich die US-Regierung zur Abgabe einer Erklärung, dass eine Weiterverfolgung der betreffenden Klage vor den Gerichten der Vereinigten Staaten außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen würde (sog. „Statement of Interest“). Nicht umfasst von der Rechtssicherheit im Hinblick auf Ansprüche auf in rem Restitution von in deren Eigentum befindlichen Vermögen sind Gemeinden und Länder solange sie nicht entsprechende Maßnahmen, die eine Möglichkeit zur Rückgabe von derartigem Vermögen schaffen, treffen und der Bund dies der Regierung der Vereinigten Staaten notifiziert. Nicht von der Rechtssicherheit umfasst sind auch Ansprüche auf die Rückgabe von Kunstgegenständen nach dem Kunstrückgabegesetz.

Im weiteren Ablauf sind folgende Schritte vorgesehen:

- Durchführung des Notenwechsels zwischen der US-Regierung und der österreichischen Bundesregierung.
- Einbringen der notwendigen gesetzlichen Regelungen bis 30. April 2001 und Fortschritte bei der Umsetzung der übrigen zugesagten Maßnahmen.
- Zusicherung der finanziellen Mittelaufbringung.
- Inkrafttreten des Gesetzes bis 30. Juni 2001.
- Inkraftsetzung des Notenwechsels mit den USA, indem seitens Österreichs die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen bekannt gegeben wird. Die USA bestätigen, dass die getroffenen gesetzlichen Regelungen sowie die übrigen zugesagten Maßnahmen eine geeignete rechtliche Möglichkeit zur Verfolgung allfälliger Ansprüche darstellen. Sie würden daher einerseits im Falle von Klagen gegen die Republik eine Erklärung abgeben, wonach diese im betroffenen Fall Immunität genießt und andererseits bei Klagen gegen österreichische Unternehmen oder die Republik darlegen, dass ein Weiterverfolgen einer Klage gegen die außenpolitischen Interessen der USA verstößt, was nach ständiger amerikanischer Rechtspraxis zu einer Abweisung der Klagen führen müsste.

- Rücknahme oder Abweisung der Klagen mit Präcedenzwirkung.
- Einzahlungen in den GSF.

Im Zuge der Verhandlungen hat die österreichische Verhandlungsdelegation deutlich auf die bisher geleisteten Maßnahmen verwiesen, die bei einer Gesamtbetrachtung miteinzubeziehen sind, ein Grundsatz der von den Verhandlungspartnern anerkannt wurde.

Auf Basis dieses bisher Geleisteten konnte durch intensive Verhandlungen innerhalb kurzer Frist ein faires und vernünftiges Ergebnis erzielt werden, das Österreich und österreichischen Unternehmungen umfassende und abschließende Rechtssicherheit für Forderungen wegen aller Unrechtsakte, die im Zusammenhang mit der Nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf dem Gebiet des heutigen Österreich begangen wurden, erhoben wurden oder in Zukunft erhoben werden könnten (mit Ausnahme von Forderungen auf Rückgabe von geraubten Kunstgegenständen), bringen wird.

Wenn auch das unermessliche Leid, das den jüdischen Bürgern und Bürgerinnen und den anderen Opfern des Nationalsozialismus in der NS-Zeit zugefügt wurde nicht aufgewogen werden kann, gelang es mit dieser Regelung jedenfalls im Bereich des eigentlichen Vermögensentzuges eine dem internationalen Standard entsprechende Regelung zu finden. Es konnte zudem ein Ausgleich zwischen den Interessen der heute noch lebenden Opfer und der Erben derer, die der NS-Zeit zum Opfer fielen oder zwischenzeitig verstorben sind, erzielt werden. Mit den zusätzlichen Sozialmaßnahmen wurde wichtigen und seit Jahren vorgetragenen Anliegen der Opferverbände Rechnung getragen. Mit der Umsetzung dieser Maßnahmen wird über viele Jahre Versäumtes nachgeholt und Österreich seiner moralischen Verantwortung gerecht.

Ich stelle den Antrag, die Bundesregierung wolle

die von den Verhandlungsteilnehmern am 17. Jänner 2001 in Washington unterzeichnete Gemeinsame Erklärung zur Kenntnis nehmen;

den Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, einschließlich der Anhänge A, B und C, sowie deren Übersetzung ins Deutsche, genehmigen;

mich, die Frau Bundesministerin für auswärtige Angelegenheiten, oder eine/n von dieser namhaft zu machende/n Beamten/in des höheren Dienstes des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten zur Durchführung des Notenwechsels ermächtigen.

Wien, am 23. Jänner 2001

Schüssel m. p.

Dokument 14

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird

„Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 131/1999, wird wie folgt geändert:

1. *§ 2b erhält die Bezeichnung § 2c.*

2. *Der neue § 2b lautet wie folgt:*

„**§ 2b.** (1) Unbeschadet der Zuwendungen gemäß § 7 wendet der Bund dem Fonds einen Betrag zu, der insgesamt dem Schillinggegenwert von 150 Millionen US-Dollar im Zeitpunkt 24. Oktober 2000 entspricht und zugehört wird. Dieser Betrag ist vom Fonds in einem eigenen Verrechnungskreis für Leistungen gemäß Abs. 2 zu verrechnen.

(2) Dieser Betrag ist für Leistungen an Opfer des Nationalsozialismus im Sinne des Abs. 3 zur endgültigen Abgeltung folgender Kategorien von Vermögensverlusten zu verwenden:

- a) Bestandrechte an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten;
- b) Hausrat;
- c) Persönliche Wertgegenstände.

Die Rückgabe von Kunstgegenständen aufgrund gesetzlicher Regelungen wird durch dieses Bundesgesetz nicht berührt.

(3) Leistungsberechtigt sind Personen im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2, die vom nationalsozialistischen Regime aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder auf Grund des Vorwurfes der sogenannten Asozialität verfolgt wurden oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen, und die selbst, oder deren Eltern, auf Grund von oder im Zusammenhang mit Vorgängen zwischen dem 13. März 1938 und dem 9. Mai 1945 im Gebiet der heutigen Republik Österreich einen Vermögensverlust in einer der in Abs. 2 genannten Kategorien erlitten haben. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen aus dem Fonds besteht nicht.

(4) Der Fonds kann nach Maßgabe der vorhandenen Mittel Leistungen in gleicher Höhe (Abs. 5) an Personen erbringen, die, oder deren Eltern, die Voraussetzungen in § 2 Abs. 1 Z 2 lit. b und c hinsichtlich der Dauer des

(BGBl. I Nr. 11/2001)

Wohnsitzes, oder in lit. d hinsichtlich des Geburtsortes in Österreich nicht erfüllen, sofern alle anderen Voraussetzungen der Leistungsberechtigung gemäß Abs. 3 vorliegen (Härtefälle). Die näheren Bedingungen für die Gewährung solcher Leistungen sind in den Richtlinien des Fonds festzulegen (§ 2 Abs. 4).

(5) Maßgeblich für die Auszahlung ist, dass die Leistungsberechtigung gemäß Abs. 3 aus Unterlagen, die sich bei Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes im Besitz des Fonds befinden, bekannt ist, oder auf sonstige geeignete Weise nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes innerhalb von einem Jahr gegenüber dem Fonds glaubhaft gemacht wird.

(6) Der Betrag nach Abs. 1 ist auf die Leistungsberechtigten zu gleichen Teilen aufzuteilen. Die Auszahlungen beginnen unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes. Um Leistungen in gleicher Höhe an alle Leistungsberechtigten zu gewährleisten, kann ein Teilbetrag bis zur Höhe von 5% des Betrages nach Abs. 1 vorbehalten werden. Wird dieser Teilbetrag bis spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes nicht oder nicht in voller Höhe benötigt, ist der verbleibende Rest ebenfalls zu gleichen Teilen auf die Leistungsberechtigten aufzuteilen.

(7) Die Auszahlung einer Leistung gemäß § 2 b dieses Bundesgesetzes hat zur Voraussetzung, dass der Leistungsempfänger eine Erklärung abgibt, mit Erhalt einer Leistung nach diesem Bundesgesetz für sich und seine Erben auf die Geltendmachung sämtlicher Forderungen auf Grund von oder im Zusammenhang mit Vorgängen zwischen dem 13. März 1938 und dem 9. Mai 1945 im Gebiet der heutigen Republik Österreich erlittenen Vermögensverlusten in einer der in Abs. 2 genannten Kategorien gegen die Republik Österreich, österreichische Unternehmen im Sinne des § 5 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), BGBl. I Nr. 74/2000, (ausgenommen soweit sie sich gegen die Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m. b. H. richten) sowie Staatsbürger der Republik Österreich zu verzichten.

(8) Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 24. Oktober 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach dem jeweiligen nationalen Recht.“

3. Der bisherige Text des § 8 erhält die Absatzbezeichnung „(1)“.

4. (Verfassungsbestimmung) Dem § 8 wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) (Verfassungsbestimmung) § 2 b in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 11/2001 tritt in Kraft, sobald die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die österreichische Bundesregierung vereinbart haben, dass die in § 2 b dieses Bundesgesetzes geregelten finanziellen Leistungen als „entsprechende rechtliche Möglichkeit“ im Sinne des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung

der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“ für auf Grund von oder im Zusammenhang mit Vorgängen zwischen dem 13. März 1938 und dem 9. Mai 1945 im Gebiet der heutigen Republik Österreich erlittene Vermögensverluste der Leistungsberechtigten in den in Abs. 2 genannten Kategorien anzusehen sind. Die Bundesregierung gibt den Tag des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes im Bundesgesetzblatt I bekannt.“

Dokument 15

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (350/A) der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Ing. Peter Westenthaler, Dr. Andreas Khol, Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird

Die Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Ing. Peter Westenthaler, Dr. Andreas Khol, Mag. Terezija Stoisits und Genossen haben am 14. Dezember 2000 den gegenständlichen Antrag im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Allgemeiner Teil

Am 18. Mai 2000 hat Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel Botschafter Dr. Ernst Sucharipa als Sonderbotschafter für Restitutionsfragen mit der Führung von Gesprächen mit Interessensvertretungen von Opfern des Nationalsozialismus beauftragt, um gemeinsam mit diesen Lösungsansätze für eine umfassende Regelung noch offener Fragen im Zusammenhang mit der Restitution oder Entschädigung für entzogenes Vermögen, einschließlich der Anregung möglicher gesetzlicher Bestimmungen, zu erarbeiten. Im Hinblick auf die Vorlage des Zwischenberichtes der Historikerkommission der Republik Österreich im Oktober 2000 zur Frage der Arisierung von Bestandsverhältnissen (Mietwohnungen) konzentrierte sich die Tätigkeit des Büros des Sonderbotschafters zunächst insbesondere auf die Erarbeitung eines Lösungsansatzes in diesem Bereich.

Nach zahlreichen intensiven Gesprächen und drei vorbereitenden Verhandlungsrunden über Restitutionsfragen zwischen Sonderbotschafter Dr. Ernst Sucharipa und Vertretern jüdischer Opferorganisationen und Klagsanwälten, die auf Einladung des als Vermittler fungierenden amerikanischen Vizefinanzministers Stuart Eizenstat in Washington D. C. stattfanden, konnte am 5. Oktober 2000 in Wien zwischen Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizefinanzminister Stuart Eizenstat eine Rahmenvereinbarung für die weiteren Restitutionsverhandlungen („Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Property/Aryanization Issues“, siehe Anlage 2) als erstes Zwischenergebnis erzielt werden.

In Punkt 4 Abs. 3 und 4 dieser Rahmenvereinbarung ist vorgesehen, einen Betrag von 150 Millionen US-Dollar an noch lebende Opfer des Holocaust, die aus Österreich stammen, im Wege des Nationalfonds der Republik Österreich beschleunigt zur Verteilung zu bringen. Damit sollen

Ansprüche aus dem Entzug von Bestandsverträgen für Wohnungen und Betriebe, von Hausrat und von persönlichen Effekten (sofern nicht eine Veräußerung im Wege des Dorotheums erfolgte) abgegolten werden. Auf Grund der Rahmenvereinbarung ist hinsichtlich darüber hinausgehender Ansprüche die Einrichtung eines ‚General Settlement Fund‘ vorgesehen. Gegenstand der am 24. Oktober 2000 begonnenen Restitutionsverhandlungen ist daher ua. auch die Ermittlung von Anspruchskategorien, in denen potentielle Lücken in der bisherigen österreichischen Restitutionsgesetzgebung bestehen.

Mit der Umsetzung dieses Teiles der Rahmenvereinbarung durch das vorliegende Bundesgesetz soll eine seit 1947 bestehende Lücke der österreichischen Restitutions- und Entschädigungsgesetzgebung möglichst rasch und unbürokratisch geschlossen werden. Gemäß § 30 Z 2 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), BGBl. Nr. 54/1947, blieben nämlich Ansprüche der Mieter (Pächter) von Wohn- und Geschäftsräumen und der Pächter von Kleingärten einer besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten. Während die Judikatur der Rückstellungskommission im letzteren Fall eine Rückstellung von Miet- und Pachtrechten im Rahmen der bestehenden Rechtslage zuließ (vgl. Rkv Wien 484/48 vom 4. Juni 1948), wurde – wie im juristischen Teil des Zwischenberichtes der Historikerkommission über den Entzug von Mietrechten ausführlich erläutert wird – der Entwurf eines Bundesgesetzes über die Rückstellungsansprüche geschädigter Bestandnehmer, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Naturalrestitution von Mietwohnungen vorsah, auf Grund der Komplexität der Materie nie Gesetz. In Anbetracht der Tatsache, dass das Bundesgesetz vom 25. Juni 1958 über die Gewährung von Entschädigungen für durch Kriegseinwirkung oder durch politische Verfolgung erlittene Schäden an Hausrat und an zur Berufsausübung erforderlichen Gegenständen, BGBl. Nr. 127/1958, Entschädigung für Hausrat nur in beschränktem Umfang zuließ, sollen den Vermögensverlusten in diesem Bereich nunmehr pauschal Rechnung getragen werden.

Durch einmalige finanzielle Leistungen auf Grund des vorliegenden Bundesgesetzes sollen die Vermögensverluste der Leistungsberechtigten in den drei oben genannten, inhaltlich zusammenhängenden Kategorien endgültig abgegolten werden. Die Leistungen nach diesem Bundesgesetz werden von der Republik Österreich auf freiwilliger Basis, in Anerkennung ihrer moralischen Verantwortung, erbracht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen besteht nicht.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat ihre Bereitschaft bekundet, an der Erreichung des Rechtsfriedens in den Vereinigten Staaten mitzuarbeiten, der eine der Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Gesetzes ist.

Besonderer Teil

Zu § 2b Abs. 1:

In Umsetzung der in der Rahmenvereinbarung vom 5. Oktober 2000 getroffenen Zusage wendet der Bund dem Nationalfonds einen dem Schillinggegenwert von 150 Millionen US-Dollar entsprechenden Betrag zu, der nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs zugezählt wird. Als Zeitpunkt der Umrechnung in Schilling wurde der Beginn der Restitutionsverhandlungen am 24. Oktober 2000 festgesetzt. Um eine getrennte Buchführung sicherzustellen, ist dieser Betrag vom Fonds in einem eigenen Verrechnungskreis zu verrechnen.

Zu § 2b Abs. 2:

Diese Bestimmung enthält die in Punkt 4 Abs. 4 der Rahmenvereinbarung vom 5. Oktober 2000 genannten Kategorien von Vermögensverlusten. Durch den in Abs. 1 genannten Betrag sollen alle Vermögensverluste der Leistungsberechtigten im Sinne des Abs. 3 in diesen Kategorien endgültig abgegolten werden. Die Kategorie in lit. a umfasst Bestandrechte an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten. Die in lit. b und c genannten Vermögenswerte erfassen grundsätzlich sämtliche in den in lit. a genannten Räumlichkeiten befindliche, bewegliche Gegenstände und Vermögenswerte. Die Kategorie ‚Persönliche Wertgegenstände‘ (lit. c) umfasst sämtliche Vermögenswerte wie zB Schmuck, Juwelen, Bargeld, Münz- und Briefmarkensammlungen und Bilder.

Für Kunstwerke ist in der Rahmenvereinbarung Restitution in rem vorgesehen. Ebenso sind Ansprüche gegen die Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m.b.H. von der Rahmenvereinbarung und daher auch von diesem Bundesgesetz nicht umfasst.

Die Rückgabe von Kunstgegenständen in rem auf Grund gesetzlicher Regelungen (insbesondere Bundesgesetz vom 4. Dezember 1998 über die Rückgabe von Kunstgegenständen aus den Österreichischen Bundesmuseen und Sammlungen, BGBl. I Nr. 181/1998) wird durch dieses Bundesgesetz nicht berührt.

Zu § 2b Abs. 3:

Durch diese Bestimmung wird der Kreis der Leistungsberechtigten festgelegt. Leistungsberechtigt sind natürliche Personen, welche die Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 Z 2 erfüllen und vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wurden (Verfolgung aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder auf Grund des Vorwurfes der so genannten Asozialität) oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen, sofern entweder sie selbst oder ihre Eltern auf Grund von oder

im Zusammenhang mit Vorgängen zwischen dem 13. März 1938 und dem 9. Mai 1945 im Gebiet der heutigen Republik Österreich einen Vermögensverlust in einer der in Abs. 2 genannten Kategorien erlitten haben. Dabei wurde darauf Bedacht genommen, Leistungen an Personen vorzusehen, die auf Grund ihrer Verfolgung entweder selbst, oder deren Eltern, Vermögensverluste erlitten haben.

Zu § 2b Abs. 4:

Diese Bestimmung legt die Voraussetzungen für die Auszahlung fest und berücksichtigt insbesondere die Tatsache, dass die zur Glaubhaftmachung der Leistungsberechtigung erforderlichen Unterlagen bereits nahezu vollständig in den Akten des Nationalfonds verfügbar sind. Allfällige noch nicht vom Nationalfonds erfasste Personen können ihre Leistungsberechtigung binnen eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gegenüber dem Fonds glaubhaft machen.

Zu § 2b Abs. 5:

Diese Bestimmung legt den Auszahlungsmodus fest. Gemäß Punkt 4 Abs. 4 der Rahmenvereinbarung ist der Gesamtbetrag von 150 Millionen US-Dollar zur Gänze zu gleichen Teilen auf Überlebende des Holocaust aufzuteilen. Nach Maßgabe der Verhandlungen sollen die Auszahlungen unmittelbar nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes mit einem Betrag in der Höhe des Schillinggegenwertes von 7000 US-Dollar beginnen. Um sicherzustellen, dass alle Leistungsberechtigten den gleichen Betrag erhalten, kann ein Teilbetrag bis zur Höhe von 5% der 150 Millionen US-Dollar vorbehalten werden. Wird dieser Teilbetrag bis spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes nicht, oder nicht in voller Höhe benötigt, ist der verbleibende Rest ebenfalls zu gleichen Teilen auf die Leistungsberechtigten aufzuteilen. Diese Vorgangsweise wurde gewählt, damit sichergestellt ist, dass auch Opfern deren Unterlagen dem Nationalfonds noch nicht vorliegen ein Teilbetrag in gleicher Höhe ausbezahlt werden kann.

Zu § 2b Abs. 6:

Diese Bestimmung sieht eine Verzichtserklärung der Leistungsempfänger vor. Diese müssen für sich und ihre Erben auf die Geltendmachung sämtlicher Forderungen für Vermögensverluste aus den in Abs. 2 genannten Kategorien gegen die Republik Österreich, österreichische Unternehmen und Staatsbürger der Republik Österreich verzichten. Zur Definition des Begriffes Unternehmen wird auf die im Versöhnungsfondsgesetz (BGBl. I Nr. 74/2000) gewählte Definition verwiesen. Die Erklärung hat der Leistungsempfänger beim Empfang der Leistung Zug um Zug zu unterfertigen. Sie sind vom Fonds vor Auszahlung zur Unterschrift vorzulegen. Da An-

sprüche gegen die Dorotheum Auktions-, Versatz- und Bank-Gesellschaft m. b. H. von der Rahmenvereinbarung nicht umfasst sind, ist auch kein Verzicht auf solche vorgesehen. Rechtssicherheit für das Dorotheum wird ebenso wie für alle anderen im General-Settlement Funds zu regelnden Kategorien erst mit diesem eintreten.

Zu § 2 b Abs. 7:

Der Stichtag 24. Oktober 2000, mit dem eine Vererblichkeit des Anspruchs eintritt (ein langer Zeitablauf nach Beginn der Erarbeitung einer Regelung für die Leistungen soll nicht zu Lasten der Opfer gehen, wurde mit dem Tag des Beginns der Restitutionsverhandlungen festgesetzt. Für die Erbfolge im Falle des Ablebens eines Opfers am oder nach dem Stichtag gilt das jeweilige nationale Erbrecht des Leistungsberechtigten (testamentarisches oder gesetzliches Erbrecht).

Zu § 8 Abs. 2:

Die Inkrafttretensklausel dieses Bundesgesetzes enthält die Bedingung, dass die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Österreichische Bundesregierung vereinbart haben, dass die in § 2 b dieses Bundesgesetzes geregelten Leistungen als ‚entsprechende rechtliche Möglichkeit‘ im Sinne des Abkommens zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds ‚Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)‘, BGBl. I Nr. 74/2000, für auf Grund von oder im Zusammenhang mit Vorgängen zwischen dem 13. März 1938 und dem 9. Mai 1945 im Gebiet der heutigen Republik Österreich erlittene Vermögensverluste der Leistungsberechtigten in den in Abs. 2 genannten Kategorien anzusehen sind und damit entsprechend Rechtssicherheit eintritt.“

Der Verfassungsausschuss hat den Initiativantrag in seiner Sitzung am 26. Jänner 2001 in Verhandlung genommen.

Nach Wortmeldungen der Abgeordneten Dr. Peter **Kostelka**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Mag. Terezija **Stoisits** und Dr. Michael **Krüger** wurden die Beratungen vertagt.

Am 30. Jänner 2001 wurden die vertagten Verhandlungen wieder aufgenommen.

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Mag. Terezija **Stoisits**, Dr. Peter **Kostelka**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Dr. Michael **Krüger**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Heinz **Fischer** sowie der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Franz **Morak** das Wort.

Die Abgeordneten Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Michael **Krüger**, Mag. Terezija **Stoisits** und Dr. Peter **Kostelka** brachten einen Abände-

rungsantrag ein, der sich auf die Einfügung eines neuen Abs. 4 in § 2b sowie § 2b Abs. 7 bezieht. Dieser Antrag war wie folgt begründet:

„Mit dem neuen § 2b Abs. 4 soll der Nationalfonds ermächtigt werden, in Härtefällen nach Maßgabe der vorhandenen Mittel auch Leistungen an jene Personen zu erbringen, die, oder deren Eltern, bis zum 13. März 1938 einen durch weniger als zehn Jahre hindurch ununterbrochenen Wohnsitz in Österreich gehabt haben (§ 2 Abs. 1 Z 2 lit. b und c) oder die unter Umständen, die einem Konzentrationslager vergleichbar sind, außerhalb Österreichs geboren worden sind (lit. d). Alle anderen Voraussetzungen der Leistungsberechtigung gemäß § 2b Abs. 3 müssen jedoch erfüllt sein. Die näheren Bedingungen hinsichtlich der Dauer des Wohnsitzes oder hinsichtlich des Geburtsortes sind in den Richtlinien des Fonds festzulegen (§ 2 Abs. 4).“

Ferner brachten die Abgeordneten Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer** und Dr. Michael **Krüger** einen Abänderungsantrag betreffend § 2b Abs. 1 ein.

Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Initiativantrag unter Berücksichtigung des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Michael **Krüger**, Mag. Terezija **Stoisits** und Dr. Peter **Kostelka** sowie des Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer** und Dr. Michael **Krüger** einstimmig angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf (Anlage 1)** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Mag. Dr. Maria Theresia Fekter

Berichterstatlerin

Dr. Peter Kostelka

Obmann

Dokument 16

Kundmachung der Bundesregierung über das Inkrafttreten des § 2b des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus

Gemäß § 8 Abs. 2 des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 11/2001, wird kundgemacht:

§ 2b des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 11/2001 tritt mit 23. Februar 2001 in Kraft.

Schüssel Riess-Passer Ferrero-Waldner Gehrler Grasser Strasser
Böhmdorfer Scheibner Molterer Haupt Forstinger Bartenstein

Dokument 17

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes

„Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel 1

Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz)

Teil 1

Allgemeiner Entschädigungsfonds

1. Hauptstück

Einrichtung des Allgemeinen Entschädigungsfonds

Einrichtung und Ziel des Fonds

§ 1. (1) Zur umfassenden Lösung offener Fragen der Entschädigung von Opfern des Nationalsozialismus für Verluste und Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sind, wird der Allgemeine Entschädigungsfonds (kurz: Fonds) eingerichtet.

(2) Der Fonds hat das Ziel, die moralische Verantwortung für Verluste und Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit dem nationalsozialistischen Regime den jüdischen Bürgerinnen und Bürgern sowie den anderen Opfern des Nationalsozialismus zugefügt wurden, durch freiwillige Leistungen anzuerkennen. Die Rückgabe von Kunstgegenständen ist den bestehenden besonderen gesetzlichen Regelungen vorbehalten.

(3) Der Fonds ist eine Einrichtung der Republik Österreich, unterliegt österreichischem Recht, besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken. Der Fonds hat seinen Sitz in Wien. Er ist von allen bundesgesetzlichen Abgaben befreit. Die Leistungen des Fonds erfolgen im Wege der Privatwirtschaftsverwaltung.

(4) Mit der vollständigen Erfüllung seiner Aufgaben gilt der Fonds als aufgelöst.

Mittel des Fonds

§ 2. (1) Zur Durchführung seiner Aufgaben wird der Fonds mit einem Betrag von 210 Millionen US-Dollar ausgestattet. Dieser Betrag ist spä-

(BGBl. I Nr. 12/2001)

testens nach Ablauf von 30 Tagen zur Verfügung zu stellen, nachdem alle in den Vereinigten Staaten am 30. Juni 2001 anhängigen Klagen gegen Österreich oder österreichische Unternehmen, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus oder dem zweiten Weltkrieg ergeben, abgewiesen worden sind. Davon ausgenommen sind Klagen betreffend vom Versöhnungsfonds, BGBl. I Nr. 74/2000, erfasster Ansprüche, Klagen auf Rückgabe von Kunstgegenständen sowie Klagen auf Naturalrestitution gegen Länder oder Gemeinden, sofern diese nicht von der Möglichkeit nach § 38 Gebrauch gemacht haben. Weiters verfügt der Fonds über jene Zinsen, welche durch die Veranlagung durch den Fonds ab dem oben genannten Stichtag für die gesamte Laufzeit des Fonds zum 3-Monats-Euribor-Satz anfallen. Der Fonds ist damit abschließend dotiert. Es besteht keine Nachschusspflicht.

(2) Zuwendungen an den Fonds unterliegen nicht der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder ähnlichen finanziellen Belastungen mit gleichem Ziel oder gleicher Wirkung. Sie können als Betriebsausgaben geltend gemacht werden.

(3) Erträge des Fondsvermögens und sonstige Einnahmen sind ausschließlich im Sinne des Fondszweckes zu verwenden. Dies schließt die notwendigen Personal-, Sach- und Verwaltungskosten des Fonds, einschließlich der Kosten des Antragskomitees, ein, soweit diese nicht aus dem Budget des Nationalfonds bestritten werden können.

(4) Die zur Durchführung der Aufgaben des Fonds erforderlichen Rechtsgeschäfte sind von den bundesgesetzlichen Rechtsgebühren befreit.

Organe des Fonds

§ 3. (Verfassungsbestimmung) Die Organe des Fonds sind die Organe des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995 in der jeweils geltenden Fassung, und zwar das Kuratorium und der Generalsekretär. An die Stelle des Komitees tritt das Antragskomitee gemäß § 4. Die Besorgung der administrativen Aufgaben des Fonds und die Vertretung des Fonds nach außen erfolgen, soweit in diesem Bundesgesetz nichts anderes bestimmt ist, gemäß den Grundsätzen des Bundesgesetzes über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus, BGBl. Nr. 432/1995 in der jeweils geltenden Fassung.

Antragskomitee

§ 4. (1) Zur Entscheidung über Anträge auf Leistungen aus dem Fonds wird ein unabhängiges Antragskomitee eingesetzt. Das Antragskomitee fällt seine Entscheidungen mehrheitlich, sofern nicht ausdrücklich Einstimmigkeit vorgesehen ist.

- (2) (**Verfassungsbestimmung**) Dem Antragskomitee gehören an:
1. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu bestimmendes Mitglied;
 2. ein von der österreichischen Bundesregierung zu bestimmendes Mitglied;
 3. ein von diesen Mitgliedern zu bestimmendes Mitglied als Vorsitzender.
- (3) Können sich die Mitglieder gemäß Z 1 und 2 nicht innerhalb von 60 Tagen nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes auf einen Vorsitzenden einigen, nehmen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesregierung Beratungen über die Ernennung eines Vorsitzenden auf.
- (4) Die Funktionen im Antragskomitee werden ehrenamtlich ausgeübt.
- (5) Unter möglichster Nutzung seines Geschäftsapparates leistet der Nationalfonds dem Antragskomitee technische und administrative Unterstützung. Daraus entstehende Mehrkosten sind dem Nationalfonds gemäß § 2 Abs. 3 erster Satz zu vergüten.

2. Hauptstück

Allgemeine Bestimmungen

Aufteilung der Mittel

- § 5. (1) Die für Zahlungen an die Leistungsberechtigten zur Verfügung stehenden Fondsmittel werden jeweils zur Hälfte für Leistungen nach dem Forderungsverfahren und nach dem Billigkeitsverfahren verwendet.
- (2) Von den für Zahlungen an die Leistungsberechtigten zur Verfügung stehenden Fondsmitteln entfällt der Schillinggegenwert von 25 Millionen US-Dollar auf Leistungen aufgrund von Versicherungspolizzen. Falls dieser Betrag erschöpft ist und das Antragskomitee dies bestätigt, kann nach Konsultationen mit von der Regierung der Vereinigten Staaten empfohlenen Vertretern der Klägeranwälte ein Betrag von bis zu 5 Millionen US-Dollar von dem für das Forderungsverfahren bereitgestellten Betrag zur Zahlung von Forderungen aus Versicherungspolizzen verwendet werden.
- (3) Die Gesamtsumme der für Zahlungen an die Leistungsberechtigten zur Verfügung stehenden Fondsmittel wird nach Ablauf der Antragsfrist unter Abzug der vom Fonds zu tragenden Kosten vom Kuratorium nach Anhörung des Antragskomitees berechnet.
- (4) Nach Erfüllung der Aufgaben des Fonds verbleibende Mittel fallen dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus zu. Diese Mittel sind für Programme zugunsten von Opfern des Nationalsozialismus, einschließlich der Angehörigen der Roma, zu verwenden.

Antragsberechtigung

§ 6. (1) Antragsberechtigt sind Personen (im Forderungsverfahren auch Vereinigungen), die vom nationalsozialistischen Regime aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund des Vorwurfes der sogenannten Asozialität verfolgt wurden, oder das Land verlassen haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen, und die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus Verluste oder Schäden erlitten haben.

(2) Antragsberechtigt sind weiters Erben von antragsberechtigten Personen gemäß Abs. 1 in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches. Im Fall einer aufgelösten Vereinigung ist auch eine Vereinigung antragsberechtigt, die vom Antragskomitee als deren Rechtsnachfolgerin angesehen wird.

Allgemeine Voraussetzungen für Leistungen

§ 7. Die Leistungen werden für die endgültige Abgeltung von Verlusten oder Schäden zuerkannt, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sind. Auf diese Leistungen besteht kein Rechtsanspruch.

Antragsfrist

§ 8. Anträge auf Leistungen sind bis spätestens 24 Monate nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes schriftlich beim Fonds einzubringen.

Mehrfachanträge

§ 9. Entschädigungen für Verluste oder Schäden im Sinne des § 7 können entweder im Wege des Forderungsverfahrens oder des Billigkeitsverfahrens beantragt werden. Im jeweiligen Verfahren kann nur ein Antrag gestellt werden, der Verluste und Schäden mehrerer Kategorien (§§ 14 und 19) umfassen kann. Gleichzeitige Antragstellung in beiden Verfahren aufgrund ein und desselben Verlustes oder Schadens ist jedoch unzulässig. Bei vollständiger und endgültiger Ablehnung eines Antrags im Forderungsverfahren wird das Antragskomitee den Antrag im Billigkeitsverfahren behandeln.

Berücksichtigung früherer Restitutionsmaßnahmen

§ 10. (1) Für Forderungen betreffend Verluste und Schäden, die durch österreichische Gerichte oder Verwaltungsbehörden endgültig entschieden oder einvernehmlich geregelt wurden, ist, sofern in diesem Bundesgesetz nicht anderes bestimmt ist, keine Leistung zu erbringen.

(2) In besonderen Einzelfällen, in denen das Antragskomitee einstimmig zu der Auffassung gelangt, dass eine solche Entscheidung oder einvernehmliche Regelung eine extreme Ungerechtigkeit dargestellt hat, kann jedoch ausnahmsweise eine Leistung zuerkannt werden (§ 15 Abs. 1 Z 2).

Verzichtserklärung

§ 11. (1) Eine Leistung aus dem Fonds hat zur Voraussetzung, dass der Leistungsempfänger eine Erklärung abgibt, mit Erhalt dieser Leistung für sich und seine Erben auf alle Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die sich aus oder im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg ergeben, zu verzichten.

(2) Ein derartiger Verzicht schließt nicht aus, dass der Antragsteller eine Klage auf Naturalrestitution eines genau identifizierten Kunstgegenstandes gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen oder eine Klage auf Naturalrestitution gegen Länder oder Gemeinden, sofern diese nicht von der Möglichkeit nach § 38 Gebrauch gemacht haben, erhebt. Diese Erklärung umfasst nicht den Verzicht auf Rechte aus früheren, vor Gerichten in den Vereinigten Staaten von Amerika erzielten Vergleichen.

Verfahrens- und Geschäftsordnung

§ 12. Das Antragskomitee erlässt und veröffentlicht eine Verfahrens- und Geschäftsordnung, insbesondere über:

1. die erleichterten Beweisstandards;
2. ein einfaches und beschleunigtes internes Rechtsmittel im Forderungsverfahren;
3. die Zulassung von Beobachtern zu einzelnen Verfahrensabschnitten des Forderungsverfahrens unter Einhaltung strenger Vertraulichkeit.

Abgaben und Sozialleistungen

§ 13. (1) Anbringen an den Fonds sowie dessen Leistungen sind von allen bundesgesetzlichen Abgaben befreit.

(2) (**Verfassungsbestimmung**) Zahlungen aus dem Fonds berühren nicht Ansprüche des Empfängers auf allfällige österreichische Sozialleistungen.

3. Hauptstück Forderungsverfahren Vermögenskategorien

§ 14. Im Forderungsverfahren können Anträge auf Zuerkennung von Leistungen für Verluste oder Schäden in folgenden Vermögenskategorien gestellt werden:

1. liquidierte Betriebe einschließlich Konzessionen und anderes Betriebsvermögen;
2. Immobilien, soweit für diese nicht Naturalrestitution gemäß Teil 2 dieses Bundesgesetzes geleistet wurde;
3. Bankkonten, Aktien, Schuldverschreibungen, Hypotheken;
4. bewegliches Vermögen, soweit derartige Vermögensverluste nicht bereits durch Leistungen aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird, BGBl. I Nr. 11/2001 abgegolten wurden;
5. Versicherungspolizzen.

Antragsvoraussetzungen und Beweisstandards

§ 15. (1) Dem Antragsteller obliegt nach erleichterten Beweisstandards gemäß Abs. 2 der Beweis oder die Glaubhaftmachung des Eigentumsrechts an einem Vermögenswert in einer der in § 14 genannten Vermögenskategorien oder der Berechtigung aus Versicherungspolizzen zum Zeitpunkt der Entziehung, Arisierung oder Liquidierung als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus, und dass

1. die den Vermögenswert betreffende Forderung niemals zuvor durch österreichische Gerichte oder Verwaltungsbehörden endgültig entschieden, oder einvernehmlich geregelt wurde, oder
2. eine derartige Entscheidung oder einvernehmliche Regelung eine extreme Ungerechtigkeit darstellte, oder
3. die den Vermögenswert betreffende Forderung durch österreichische Gerichte oder Verwaltungsbehörden aus Mangel an erforderlichen Beweisen abgelehnt wurde, in Fällen, in denen derartige Beweise dem Antragsteller seinerzeit nicht zugänglich waren, aber in der Zwischenzeit verfügbar wurden.

(2) Das Antragskomitee prüft alle Anträge nach erleichterten Beweisstandards. Im Forderungsverfahren sind die Leistungsvoraussetzungen in der Regel durch Vorlage unterstützender Unterlagen nachzuweisen. Sind keine entsprechenden Beweismittel vorhanden, kann das Vorliegen der Leistungsvoraussetzungen auch auf andere Weise glaubhaft gemacht werden. In den Fällen des Abs. 1 Z 1 und 3 wird, wenn keine gegenteiligen Beweise vorgelegt werden, eine eidesstattliche Erklärung einschließlich einer plausiblen Begründung, warum niemals über die Forderung entschieden oder eine Regelung getroffen wurde bzw. die erforderlichen Beweise dem Antragsteller nicht zugänglich waren, als ausreichend erachtet.

Entscheidungen des Antragskomitees

§ 16. (1) Gelangt das Antragskomitee zu der Ansicht, im Fall des § 15 Abs. 1 Z 2 mit Einstimmigkeit, dass der Antragsteller die in § 15 genannten

Beweiserfordernisse erfüllt, wird das Antragskomitee einen Gesamtbetrag aller anerkannten Forderungen des Antragstellers festlegen (Forderungsbetrag). Für jeden Antrag wird jeweils nur ein Forderungsbetrag festgelegt. Nach Ablauf der Antragsfrist gemäß § 8 und Entscheidung aller Anträge wird das Antragskomitee den jeweiligen Antragstellern auf Grundlage der festgelegten Forderungsbeträge und nach Maßgabe des gemäß § 5 für das Forderungsverfahren bereitgestellten Betrages eine verhältnismäßig zu kürzende Leistung (pro rata) zuerkennen (Zuerkennungsbetrag). Der Zuerkennungsbetrag je Antrag darf 2 Millionen US-Dollar nicht übersteigen. Nähere Bestimmungen werden in der Geschäfts- und Verfahrensordnung geregelt.

(2) Um sicherzustellen, dass ein Antragsteller keine Leistung für jene Verluste oder Schäden erhält, für die bereits aufgrund anderer Maßnahmen Entschädigung geleistet wurde, hat das Antragskomitee bei der Festlegung des Forderungsbetrages insbesondere folgende Rückstellungs- und Entschädigungsmaßnahmen zu berücksichtigen:

1. Leistungen aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird, BGBl. I Nr. 11/2001;
2. Leistungen und Maßnahmen der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, dBGBl I Nr. 38/2000;
3. Befriedigung von Forderungen durch das Versicherungswiederaufbaugesetz, BGBl. Nr. 185/1955, das Versicherungsentschädigungsgesetz, BGBl. Nr. 130/ 1958, oder aufgrund eines Anspruchserledigungsverfahrens der „International Commission on Holocaust Era Insurance Claims“ (ICHEIC); oder
4. Befriedigung von Ansprüchen aufgrund des Bank-Austria-Vergleiches.

Antrag auf neuerliche Entscheidung

§ 17. Bei ablehnenden Entscheidungen des Antragskomitees über den Forderungsbetrag kann ein Antrag auf neuerliche Entscheidung gestellt werden. In einem solchen Antrag sind jene Gründe anzuführen, die für eine Abänderung der Erstentscheidung sprechen. Als solche Gründe kommen insbesondere der Hinweis auf neue Umstände oder auf tatsächliche oder rechtliche Irrtümer bei der Beurteilung durch das Antragskomitee in Betracht. Nähere Bestimmungen werden in der Geschäfts- und Verfahrensordnung geregelt.

Forderungen aus Versicherungspolizzen

§ 18. (1) Das Antragskomitee entscheidet im Rahmen des Forderungsverfahrens über alle Forderungen aus Versicherungspolizzen (§ 14 Z 5) gegen österreichische Unternehmen, soweit diese Forderungen nicht gegen Unternehmen gerichtet sind, die

1. nach dem deutschen Gesetz zur Errichtung einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, dBGBl. I Nr. 38/2000, als „deutsche Unternehmen“ gelten; oder
2. bereits von ICHEIC erfasst werden.

(2) Für die Entscheidung über Versicherungspolizzen (§ 14 Z 5) wendet das Antragskomitee die Verfahrensregeln über die Anspruchserledigung der ICHEIC sinngemäß an, einschließlich jener betreffend Bewertung, Beweisstandards und diesbezüglicher Entscheidungen des Vorsitzenden. Dabei sind insbesondere bisher erbrachte Entschädigungsmaßnahmen gemäß § 16 Abs. 2 zu berücksichtigen.

(3) Gelangt das Antragskomitee zur Ansicht, dass alle Voraussetzungen für die Anerkennung einer Forderung aus einer Versicherungspolizze vorliegen, wird es nach den Grundsätzen des § 16 Abs. 1 die Auszahlung einer Leistung aus den dafür gemäß § 5 Abs. 2 bereitgestellten Mitteln des Fonds bewilligen. Alle zur Auszahlung anerkannter Forderungen aus Versicherungspolizzen verwendete Mittel werden pro rata verteilt.

(4) Der Verband der Versicherungsunternehmen Österreichs wird, soweit verfügbar, Listen der Polizzeninhaber, die mögliche Opfer des Nationalsozialismus im Sinne des § 6 Abs. 1 sind, öffentlich zugänglich machen.

4. Hauptstück Billigkeitsverfahren Kategorien

§ 19. Falls der Antragsteller nach den Beweisstandards des Forderungsverfahrens nicht in der Lage ist, konkrete Forderungen zu dokumentieren oder glaubhaft zu machen, können im Billigkeitsverfahren Anträge an das Antragskomitee auf Zuerkennung von Leistungen für Verluste oder Schäden in folgenden Kategorien gestellt werden:

1. in jeder der oben in § 14 genannten Vermögenskategorien;
2. für berufs- oder ausbildungsbezogene Verluste, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sind; oder
3. für alle anderen Forderungen für Verluste und Schäden, die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entstanden sind, soweit diese nicht vom Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, BGBl. I Nr. 74/2000, oder den Bestimmungen über die Naturalrestitution von öffentlichem Vermögen gemäß dem 2. Teil dieses Bundesgesetzes erfasst werden.

Besondere Leistungsvoraussetzungen

§ 20. Hat das Antragskomitee Grund zur Annahme, dass

1. ein berücksichtigungswürdiger Fall eines Vermögensverlustes in einer der in § 14 genannten Vermögenskategorien vorliegt, oder – falls die Forderung durch österreichische Gerichte oder Verwaltungsbehörden endgültig entschieden oder einvernehmlich geregelt wurde – diese Entscheidung oder Regelung unzureichend war;
2. der Antragsteller für Verluste im Sinne des § 19 Z 2 nicht ausreichend entschädigt wurde; oder
3. eine gemäß § 19 Z 3 erhobene Forderung berechtigt ist,

kann das Antragskomitee eine Billigkeitszahlung zuerkennen.

Zahlung pro Haushalt

§ 21. (1) Billigkeitszahlungen des Fonds werden pro Haushalt geleistet. Das Antragskomitee darf pro Haushalt nicht mehr als eine Billigkeitszahlung zuerkennen. Nähere Bestimmungen werden in der Geschäfts- und Verfahrensordnung geregelt.

(2) Als Haushalt im Sinne dieses Bundesgesetzes gilt jede häusliche Wohngemeinschaft auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich zwischen 12. März 1938 und 9. Mai 1945. Ein Haushalt setzt sich aus den Überlebenden, die während dieser Zeit gemeinsam in häuslicher Wohngemeinschaft lebten, und den Erben jener Mitglieder des Haushaltes, die nicht überlebten, zusammen.

(3) Antragsteller im Billigkeitsverfahren haben auf ihren Anträgen nach Möglichkeit die Adresse oder Örtlichkeit des Haushaltes, für den sie eine Billigkeitszahlung beantragen, und die zu Anteilen an der Billigkeitszahlung berechtigten, übrigen Mitglieder des Haushaltes einschließlich der Erben jener, die nicht überlebten, anzugeben.

Ausschluss von Rechtsmitteln

§ 22. Gegen im Billigkeitsverfahren gefällte Entscheidungen des Antragskomitees kann kein Rechtsmittel eingelegt werden.

Teil 2

Naturalrestitution

1. Hauptstück

Schiedsinstanz für Naturalrestitution

Einrichtung einer Schiedsinstanz

§ 23. (1) Beim Fonds wird eine Schiedsinstanz zur Prüfung von Anträgen auf Naturalrestitution von öffentlichem Vermögen eingerichtet.

- (2) (**Verfassungsbestimmung**) Der Schiedsinstanz gehören an:
1. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu bestimmendes Mitglied;
 2. ein von der österreichischen Bundesregierung zu bestimmendes Mitglied;
 3. ein von diesen Mitgliedern zu bestimmendes Mitglied als Vorsitzender.
- (3) Die Mitglieder sollen mit den einschlägigen Bestimmungen des österreichischen und internationalen Rechts, insbesondere der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, vertraut sein.
- (4) Können sich die Mitglieder gemäß Abs. 2 Z 1 und 2 nicht innerhalb von 60 Tagen nach dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes auf einen Vorsitzenden einigen, nehmen die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika und die Bundesregierung Beratungen über die Ernennung eines Vorsitzenden auf.
- (5) Die Funktionen in der Schiedsinstanz werden ehrenamtlich ausgeübt. Die Auslagen der Mitglieder sowie der notwendige Personal- und Sachaufwand werden unter möglicher Nutzung des Geschäftsapparates des Fonds vom Bund getragen.

Geschäfts- und Verfahrensordnung

§ 24. Die Schiedsinstanz erlässt und veröffentlicht eine Geschäfts- und Verfahrensordnung, insbesondere über die Beweislast und Beweismittel für Antragsteller.

Verbindung zur Historikerkommission

§ 25. Der Vorsitzende der österreichischen Historikerkommission benennt eine Verbindungsperson zur Schiedsinstanz.

2. Hauptstück Erbringung von Leistungen Einzelfallbezogene Prüfung

§ 26. Die Schiedsinstanz prüft Anträge auf Naturalrestitution von öffentlichem Vermögen im Einzelfall.

Antragsvoraussetzungen

§ 27. (1) Antragsberechtigt sind Personen und Vereinigungen, die vom nationalsozialistischen Regime aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund des Vorwurfs der sogenannten Asozialität verfolgt wurden, oder das Land verlassen

haben, um einer solchen Verfolgung zu entgehen, und die als Folge von oder im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus Verluste oder Schäden erlitten haben.

(2) Antragsberechtigt sind weiters Erben von antragsberechtigten Personen gemäß Abs. 1 in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuches. Im Fall einer aufgelösten Vereinigung ist auch eine Vereinigung antragsberechtigt, die von der Schiedsinstanz als deren Rechtsnachfolgerin angesehen wird.

Öffentliches Vermögen

§ 28. (1) Für Zwecke der Naturalrestitution umfasst der Begriff „öffentliches Vermögen“ ausschließlich Liegenschaften und Überbauten (Superädifikate), welche:

1. zwischen 12. März 1938 und 9. Mai 1945 dem früheren Eigentümer, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen, aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen oder geistigen Behinderung oder aufgrund des Vorwurfes der sogenannten Asozialität im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entzogen wurden; und
2. niemals Gegenstand einer Forderung waren, die bereits zuvor durch österreichische Gerichte oder Verwaltungsbehörden entschieden wurde oder einvernehmlich geregelt wurde, und für die der Antragsteller oder ein Verwandter nicht auf andere Weise eine Entschädigung oder sonstige Gegenleistung erhalten hat; es sei denn, dass in besonderen Ausnahmefällen die Schiedsinstanz einstimmig zu der Auffassung gelangt, dass eine solche Entscheidung oder einvernehmliche Regelung eine extreme Ungerechtigkeit dargestellt hat; und
3. sich am 17. Jänner 2001 ausschließlich und unmittelbar im Eigentum des Bundes oder einer, unmittelbar oder mittelbar, im Alleineigentum des Bundes stehenden juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts befanden.

(2) Für Zwecke der Naturalrestitution an jüdische Gemeinschaftsorganisationen umfasst der Begriff „öffentliches Vermögen“ zudem bewegliche körperliche Sachen, insbesondere kulturelle oder religiöse Gegenstände, welche:

1. zwischen 12. März 1938 und 9. Mai 1945 dem früheren Eigentümer, sei es eigenmächtig, sei es auf Grund von Gesetzen oder anderen Anordnungen, aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, aufgrund einer körperlichen

oder geistigen Behinderung oder aufgrund des Vorwurfes der sogenannten Asozialität im Zusammenhang mit Ereignissen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich während der Zeit des Nationalsozialismus entzogen wurden; und

2. niemals Gegenstand einer Forderung waren, die bereits zuvor von österreichischen Gerichten oder Verwaltungsbehörden entschieden oder einvernehmlich geregelt wurde, und für die der Antragsteller oder ein Verwandter nicht auf andere Weise eine Entschädigung oder sonstige Gegenleistung erhalten hat; es sei denn, dass in besonderen Ausnahmefällen die Schiedsinstanz einstimmig zu der Auffassung gelangt, dass eine solche Entscheidung oder einvernehmliche Regelung eine extreme Ungerechtigkeit dargestellt hat; und
3. sich am 17. Jänner 2001 ausschließlich und unmittelbar im Eigentum des Bundes oder einer, unmittelbar oder mittelbar, im Alleineigentum des Bundes stehenden juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts befanden.

Antragsfrist

§ 29. Anträge an die Schiedsinstanz sind bis spätestens 24 Monate ab Konstituierung der Schiedsinstanz oder spätestens ein Jahr nach der Abgabe des Schlussberichts der österreichischen Historikerkommission schriftlich beim Fonds einzubringen.

Prüfungsgrundlagen

§ 30. Die Schiedsinstanz gibt ihre Empfehlungen auf Grundlage der vom Antragsteller vorgelegten Beweise und des Vorbringens der österreichischen Bundesregierung, sowie auch allfälliger relevanter Befunde der österreichischen Historikerkommission ab.

Eigentumsverhältnisse

§ 31. Wenn vom Antragsteller behauptet wird, dass sich ein Vermögenswert im öffentlichen Vermögen befindet, hat die Schiedsinstanz unter Mitwirkung des Bundes festzustellen, ob dies der Fall ist.

Frühere Maßnahmen

§ 32. (1) Grundsätzlich hat die Schiedsinstanz nicht über Forderungen zu entscheiden, die bereits zuvor von österreichischen Gerichten oder Verwaltungsbehörden entschieden oder einvernehmlich geregelt wurden. Weder der Antragsteller noch ein Verwandter (im Fall einer Vereinigung auch nicht deren Rechtsvorgängerin) darf auf andere Weise eine Entschädigung oder eine sonstige Gegenleistung für die in Frage stehenden Vermögenswerte erhalten haben.

- (2) Davon ausgenommen sind nur jene Fälle,
1. in denen die Schiedsinstanz einstimmig zu der Ansicht gelangt, dass die frühere einvernehmliche Regelung eine extreme Ungerechtigkeit dargestellt hat; oder
 2. in denen der Anspruch aus Mangel an Beweisen abgelehnt wurde und in denen diese dem Antragsteller nicht zugänglich waren, wobei die Beweise in der Zwischenzeit zugänglich sind.

Prüfungsfrist

§ 33. Die Schiedsinstanz trifft ihre Empfehlungen und Ablehnungen innerhalb von sechs Monaten nach Einlangen eines Antrages beim Fonds.

Empfehlungen und Ablehnungen

§ 34. Nach Prüfung des Antrages gibt die Schiedsinstanz eine Empfehlung über die Naturalrestitution an den zuständigen Bundesminister ab oder lehnt den Antrag ab. In Fällen, in denen eine Naturalrestitution zwar angezeigt, aber nicht zweckmäßig oder durchführbar ist, kann die Schiedsinstanz nach Konsultation mit dem zuständigen Bundesminister empfehlen, einen vergleichbaren Vermögenswert zuzusprechen.

Steuern und Abgaben

§ 35. Anbringen an die Schiedsinstanz sowie Leistungen aufgrund ihrer Empfehlungen sind von allen bundesgesetzlichen Abgaben befreit.

Veröffentlichungspflicht

§ 36. Empfehlungen der Schiedsinstanz sind zu veröffentlichen.

Verfügung über Bundesvermögen

§ 37. (1) Empfiehlt die Schiedsinstanz die Naturalrestitution oder die Übereignung eines vergleichbaren Vermögenswertes, so ist der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, im Ausmaß der Empfehlung über Bestandteile des unbeweglichen oder beweglichen Bundesvermögens unabhängig von der Höhe des Schätzwertes durch unentgeltliche Übereignung zu verfügen.

(2) Ist ein Vermögenswert ausschließlich und unmittelbar im Eigentum einer, unmittelbar oder mittelbar, im Alleineigentum des Bundes stehenden juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts (§ 28 Abs. 1 Z 3 und Abs. 2 Z 3), so haben die Organe einer solchen juristischen Person Eigentümerweisungen des jeweils zuständigen Bundesministers im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen auf unentgeltliche Übereignung dieses Vermögenswertes zu befolgen.

(3) Verfügungen können erst nach Ablauf der Antragsfrist gemäß § 29 erfolgen.

Länder und Gemeinden

§ 38. Wenn und insoweit Länder oder Gemeinden Naturalrestitution von öffentlichem Vermögen vorsehen, können sie die Schiedsinstanz zur Prüfung von Anträgen auf Naturalrestitution in sinngemäßer Anwendung dieser Bestimmungen vorsehen. Die dadurch anfallenden Kosten sind vom jeweiligen Land oder der jeweiligen Gemeinde zu tragen.

Teil 3

Inkrafttreten und Schlussbestimmungen

Publizitätsmaßnahmen

§ 39. Der Fonds sorgt innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes für eine angemessene, weltweite Bekanntmachung der nach diesem Bundesgesetz möglichen Leistungen. Diese beinhaltet insbesondere Informationen über den Fonds, die Leistungsvoraussetzungen, Anmeldefristen und über in diesem Zusammenhang notwendige Datenüberprüfungen.

Auskunftserteilung

§ 40. (1) Der Fonds und die nach diesem Bundesgesetz eingerichteten Organe sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung darf nur unterbleiben, wenn besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen des Fonds und der Organe überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Bundesgesetz, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur im Rahmen der Erbringung der Leistungen verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist nur zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

Personenbezogene Ausdrücke

§ 41. Die in diesem Bundesgesetz verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen, soweit dies inhaltlich in Betracht kommt, Frauen und Männer gleichermaßen.

Völkerrechtliche Verträge

§ 42. Völkerrechtliche Abkommen, die sich mit den Folgen der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkrieges befassen, insbesondere

der Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955, sowie der Notenwechsel von 1959 zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich betreffend die Regelung gewisser Ansprüche nach Art. 26 des österreichischen Staatsvertrages, werden durch dieses Bundesgesetz nicht berührt. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz besteht daher nicht.

Inkrafttreten

§ 43. (Verfassungsbestimmung) Dieses Bundesgesetz tritt in Kraft, sobald sichergestellt ist, dass die in § 2 erwähnten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stehen werden. Die Bundesregierung gibt den Tag des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes im Bundesgesetzblatt I bekannt.

Abweisung von Klagen

§ 44. (1) Leistungen nach diesem Bundesgesetz können erst erfolgen, nachdem die Klagen nach § 2 Abs. 1 abgewiesen worden sind. Die Bundesregierung gibt diesen Tag im Bundesgesetzblatt I bekannt.

(2) Die Definition des Begriffs „österreichische Unternehmen“ im Sinne dieses Bundesgesetzes wird im Anhang zu diesem Bundesgesetz festgelegt.

Anhang

Definition des Begriffs „österreichische Unternehmen“

Der Begriff „österreichische Unternehmen“ im Sinne dieses Bundesgesetzes wird wie folgt definiert:

1. Unternehmen, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihren Sitz innerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich haben oder hatten, sowie deren Muttergesellschaften (frühere oder gegenwärtige, unmittelbare oder mittelbare), auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben.
2. Unternehmen außerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich, an denen österreichische Unternehmen nach Satz 1 zu irgendeinem Zeitpunkt unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent finanziell beteiligt waren oder sind.
3. a. Ein „Unternehmen“ oder eine „Gesellschaft“ bedeutet eine Rechtsperson, sowohl unter öffentlichem oder privatem Recht als Aktiengesellschaft, Personengesellschaft, Einzelunternehmer, Vereinigung von Wirtschaftskörpern, Verein, Gemeinschaft, Genossenschaft, gemeinnützige Organisation oder auf andere Weise organisiert, wie auch jede Gemeinde, private oder andere Körperschaft öffentlichen Rechts. Von jedem nach österreichischem Recht eingetragenen oder anders organisierten Unternehmen (in obigem Sinne) wird für alle Zwecke dieser Definition angenom-

men, dass es seinen Sitz in Österreich hat. Ein Unternehmen (in obigem Sinne) umfasst seine Rechtsnachfolger, Rechtsvorgänger, frühere Muttergesellschaften, Einzelrechtsnachfolger/Zessionar, Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder, Angestellten, Rechtsvertreter, Erben, Exekutoren, Verwalter, persönlichen Vertreter und gegenwärtigen und früheren Aktionäre. Jede Zweigniederlassung, Ort der Geschäftstätigkeit, Einrichtung oder Arbeitsplatz einer nicht-österreichischen Gesellschaft oder eines Unternehmens (in obigem Sinne) innerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich wird als Gesellschaft oder Unternehmen (in obigem Sinne) betrachtet, das seinen Sitz in Österreich hat oder hatte, und jede derartige nicht-österreichische Gesellschaft oder jedes Unternehmen (in obigem Sinne) wird hinsichtlich der Handlungen oder Unterlassungen einer derartige Zweigniederlassungen oder Ort der Geschäftstätigkeit als Muttergesellschaft oder je nachdem als ehemalige Muttergesellschaft betrachtet.

b. Eine „Muttergesellschaft“ bedeutet jede Gesellschaft, die eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligung von mindestens 25 Prozent an einem Unternehmen innehat oder innehatte, das seinen Sitz in der heutigen Republik Österreich hat oder hatte.

Die Definition von „österreichischen Gesellschaften“ umfasst nicht ausländische Muttergesellschaften mit Sitz außerhalb des gegenwärtigen Territoriums der Republik Österreich, bei denen der einzige angebliche Anspruch aus nationalsozialistischem Unrecht oder dem Zweiten Weltkrieg in keinem Zusammenhang mit der österreichischen Tochtergesellschaft und der Verwicklung der letzteren in nationalsozialistisches Unrecht steht, es sei denn ein Ersuchen des(der) Kläger(s) auf Offenlegung ist anhängig, das die Vereinigten Staaten vom Beklagten mit Kopie an den(die) Kläger erhalten, in welchem die Offenlegung von oder betreffend nationalsozialistische Handlungen oder Handlungen im Zweiten Weltkrieg der österreichischen Tochtergesellschaft begehrt wird.

Artikel 2

Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes

Das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, BGBl. Nr. 189/1955, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 5/2001, wird wie folgt geändert:

- 1. Im § 502 Abs. 6 wird der Ausdruck „im Kalenderjahr 1938 und früher das 6. Lebensjahr vollendet hat“ durch den Ausdruck „spätestens am 12. März 1938 geboren wurde“ ersetzt.*
- 2. nach § 592 wird folgender § 593 angefügt:*

Schlussbestimmungen zu Art. 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/2001

§ 593. (1) § 502 Abs. 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/2001 tritt mit dem Monatsersten in Kraft, der auf den von der Bundesregie-

nung gemäß § 44 Entschädigungsfondsgesetz, BGBl. I Nr. 12/2001, kundgemachten Tag folgt.

(2) (**Verfassungsbestimmung**) Für Personen, die erst auf Grund des § 502 Abs. 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/2001 Beiträge für die Zeit der Auswanderung nachentrichten können, ist § 502 Abs. 4 mit der Maßgabe anzuwenden, dass auch für die Zeit nach dem 31. März 1959 Beiträge für insgesamt höchstens 180 Versicherungsmonate nachentrichtet werden können.

(3) Personen, die erst auf Grund des § 502 Abs. 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/2001 Anspruch auf eine Leistung aus der Pensionsversicherung nach diesem Bundesgesetz erhalten, gebührt diese Leistung ab dem Monat des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes, wenn der Antrag innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gestellt wird, sonst ab dem auf die Antragstellung folgenden Monatsersten. Befindet sich der Antragsteller im Zeitpunkt der Antragstellung in Auswirkung einer aus den Gründen des § 500 Abs. 1 erfolgten Auswanderung noch im Ausland, ist das Zutreffen der Voraussetzungen für den Leistungsanspruch abweichend von § 223 Abs. 2 zum Zeitpunkt des Eintrittes des Versicherungsfalles zu prüfen.

Artikel 3 **Änderung des Opferfürsorgegesetzes**

Das Opferfürsorgegesetz, BGBl. Nr. 183/1947, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 16/1999, wird wie folgt geändert:

1. *§ 1 Abs. 1 lit. e lautet:*

„e) nachweisbar aus politischen Gründen mindestens ein Jahr, sofern die Haft mit besonders schweren körperlichen oder seelischen Leiden verbunden war, mindestens sechs Monate, in Haft waren oder eine Freiheitsbeschränkung im Sinne des § 1 Abs. 2 lit. i von mindestens einem Jahr erlitten haben.“

2. *Im § 1 Abs. 2 lit. f entfällt der Ausdruck „nach Vollendung des 6. Lebensjahres“.*

3. *§ 4 Abs. 6 entfällt.*

4. *§ 5 a Abs. 2 erster Satz lautet:*

„Personen im Sinne der Z 1 bis 6 des § 3 Abs. 1 BPGG, die in der im § 500 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes (ASVG), BGBl. Nr. 189/1955, angeführten Zeit und aus den dort angeführten Gründen ausgewandert, haben auf Antrag und unter den sonstigen Voraussetzungen des BPGG Anspruch auf eine monatliche Leistung in der jeweiligen Höhe eines Pflegegeldes der Stufen 1 bis 7, wenn sich ihr gewöhnlicher Aufenthalt auf Grund dieser Auswanderung im Ausland befindet.“

5. *§ 11 Abs. 14 lautet:*

„(14) Der Anspruch auf Rentenfürsorge besteht auch dann, wenn ein Anspruch auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung ausschließlich wegen Fehlens der österreichischen Staatsbürgerschaft nach dem 27. April 1945 nicht gegeben ist oder war.“

6. *§ 18 Abs. 8 lautet:*

„(8) Opferausweise, die im Wege der Nachsicht zuerkannt wurden, weil das Opfer im Zeitpunkt der erzwungenen Emigration das 6. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, gelten ab Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes als im Wege des Rechtsanspruches gemäß § 1 Abs. 2 lit. f zuerkannt.“

7. *§ 18 Abs. 9 lautet:*

„(9) Amtsbescheinigungen gemäß § 4 Abs. 6 gelten ab Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes als Amtsbescheinigungen gemäß § 1 Abs. 1 lit. e oder § 4 Abs. 5.“

8. *§ 18 Abs. 10 lautet:*

„(10) Werden Anträge auf Zuerkennung von Leistungen gemäß § 5 a Abs. 2 und § 11 Abs. 14 innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes eingebracht, ist die Leistung vom Zeitpunkt des Zutreffens der Voraussetzungen, frühestens jedoch vom Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes zuzuerkennen. Für den Zeitraum vor Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes gemäß § 5 a Abs. 2 zuerkannte Leistungen bleiben gewahrt.“

9. *Der bisherige Abs. 8 des § 18 erhält die Absatzbezeichnung „(11)“.*

10. *Dem § 19 wird folgender Abs. 7 angefügt:*

„(7) Die §§ 1 Abs. 1 lit. e, Abs. 2 lit. f, 5 a Abs. 2 erster Satz, 11 Abs. 14 und 18 Abs. 8 bis 11 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 12/2001 sowie die Aufhebung des § 4 Abs. 6 treten an dem von der Bundesregierung gemäß § 44 Entschädigungsfondsgesetz, BGBl. I Nr. 12/2001, kundgemachten Tag in Kraft.“

Bericht und Antrag des Verfassungsausschusses betreffend den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes

„Im Zuge der Beratungen über den Antrag (350/A) der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Ing. Peter Westenthaler, Dr. Andreas Khol, Mag. Terezija Stoisits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus geändert wird, hat der Verfassungsausschuss über Antrag der Abgeordneten Dr. Peter Kostelka, Dr. Michael Krüger, Dr. Ulrike Baumgartner-Gabitzer und Mag. Terezija Stoisits einstimmig beschlossen, dem Nationalrat gemäß § 27 Abs. 1 des Geschäftsordnungsgesetzes einen Selbständigen Antrag vorzulegen, der ein Bundesgesetz über die Einrichtung eines Allgemeinen Entschädigungsfonds für Opfer des Nationalsozialismus und über Restitutionsmaßnahmen (Entschädigungsfondsgesetz) sowie zur Änderung des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Opferfürsorgegesetzes zum Inhalt hat.

Dieser Antrag war wie folgt begründet:

„Im Zuge der Verhandlungen über freiwillige Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter, die zur Annahme des Versöhnungsfondsgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 74/2000, führten, wurde von den Opfervertretern im zunehmenden Maße auch darauf gedrängt, noch offene Fragen der Restitution von bzw. Entschädigung für Vermögen, das während der nationalsozialistischen Herrschaft arisiert oder sonst enteignet oder geraubt wurde, ebenfalls anzugehen und einer dem internationalen Standard entsprechenden umfassenden und abschliessenden Lösung zuzuführen. Anlässlich der Wiener Versöhnungskonferenz im Mai 2000 wurde daher von Österreich zugesagt, die Verhandlungen über die Restitution sogleich nach Abschluss der Zwangsarbeiterverhandlungen aufzunehmen.

Zu diesem Zweck hat Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel am 18. Mai 2000 den Direktor der diplomatischen Akademie Wien, Botschafter Dr. Ernst Sucharipa, als Sonderbotschafter für Restitutionsfragen mit der Führung von Gesprächen mit Interessensvertretungen von Opfern des Nationalsozialismus beauftragt, um gemeinsam mit diesen Lösungsansätze für eine solche umfassende Regelung noch offener Fragen im Zusammenhang mit der Restitution oder Entschädigung für entzogenes Vermögen, einschließlich der Anregung möglicher gesetzlicher Bestimmungen, zu erarbeiten.

Nach zahlreichen intensiven Gesprächen und drei vorbereitenden Verhandlungsrunden über Restitutionsfragen zwischen Sonderbotschafter Dr. Ernst Sucharipa und Vertretern jüdischer Opferorganisationen und Klagsanwälten, die auf Einladung des als Vermittler fungierenden amerikanischen Vizefinanzministers Stuart Eizenstat in Washington, D. C., stattfanden, konnte am 5. Oktober 2000 in Wien zwischen Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schäussel und Vizefinanzminister Stuart Eizenstat eine Rahmenvereinbarung für die weiteren Restitutionsverhandlungen („Framework Concerning Austrian Negotiations Regarding Austrian Nazi Era Property/Aryanization Issues“) als erstes Zwischenergebnis erzielt werden. In dieser Rahmenvereinbarung wurde ua. ausdrücklich festgehalten, dass sämtliche in der Vergangenheit von der Republik Österreich durchgeführte Restitutions- und Entschädigungsmaßnahmen in vollem Umfange Berücksichtigung finden werden.

In der Rahmenvereinbarung ist weiters vorgesehen, einen Betrag von 150 Millionen US-Dollar an noch lebende Opfer des Holocaust, die aus Österreich stammen, im Wege des Nationalfonds der Republik Österreich beschleunigt zur Verteilung zu bringen. Damit sollen Ansprüche aus dem Entzug von (1) Bestandrechten an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten, (2) Hausrat und (3) persönlichen Effekten (sofern nicht eine Veräußerung im Wege des Dorotheums erfolgte) endgültig abgegolten werden. Eine entsprechende gemeinsame Gesetzesinitiative aller vier Parlamentsparteien zur Novellierung des Nationalfondsgesetzes, die eine rasche Auszahlung an die betagten überlebenden Opfer sicherstellen soll, wird derzeit im österreichischen Parlament beraten und soll noch Ende Jänner 2001 vom Nationalrat auf Grund eines bereits eingebrachten Initiativantrages aller vier im Nationalrat vertretenen Parteien verabschiedet werden. Damit soll auch den Erwartungen der Regierung der Vereinigten Staaten, dass die Novelle des Nationalfondsgesetzes noch Ende Jänner in Kraft tritt, die anlässlich der Inkraftsetzung des Versöhnungsfondsabkommens in einem Brief von Vizefinanzminister Eizenstat zum Ausdruck gebracht wurde, entsprochen werden.

Mit der Umsetzung dieses Teiles der Rahmenvereinbarung soll eine Lücke der österreichischen Restitutions- und Entschädigungsgesetzgebung möglichst rasch und unbürokratisch geschlossen werden. Gemäß § 30 Z 2 des Bundesgesetzes vom 6. Februar 1947 über die Nichtigkeit von Vermögensentziehungen (Drittes Rückstellungsgesetz), BGBl. Nr. 54/1947, waren nämlich Ansprüche der Mieter (Pächter) von Wohn- und Geschäftsräumen einer bis dato nie beschlossenen, besonderen gesetzlichen Regelung vorbehalten geblieben.

In der Rahmenvereinbarung war hinsichtlich anderer noch offener Ansprüche die Einrichtung eines „Allgemeinen Entschädigungsfonds“ („General Settlement Fund“) vorgesehen. Gegenstand der am 24. Oktober 2000 in Wien begonnenen Restitutionsverhandlungen war daher die Ermittlung

von Anspruchskategorien, in denen Lücken oder Unzulänglichkeiten in der bisherigen österreichischen Restitutionsgesetzgebung und Verwaltungspraxis bestanden.

Nach schwierigen Verhandlungen konnte bei der letzten von insgesamt acht Verhandlungsrunden am 16./17. Jänner 2001 in Washington eine umfassende Einigung über die abschließende Regelung sämtlicher noch offener Restitutionsfragen mit der amerikanischen Regierung, den Opferverbänden und den Klagsanwälten erzielt werden. Der Inhalt dieser Einigung wurde in einer am 17. Jänner 2001 unterzeichneten ‚Gemeinsamen Erklärung‘ der Verhandlungsteilnehmer, dh. Vertreter der österreichischen und amerikanischen Regierungen, der Opferorganisationen (Claims Conference und Israelitische Kultusgemeinde) sowie der Opferanwälte festgehalten. In dieser Gemeinsamen Erklärung, die eine hohe politisch-moralische, aber keine unmittelbar verbindliche rechtliche Verpflichtungswirkung hat, ist das allgemeine Einverständnis mit dem Inhalt der im völkerrechtlich verbindlichen Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika samt Anhängen A bis C festgelegten Verpflichtungen sowie die weitere Vorgangsweise niedergelegt.

Der Notenwechsel zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika samt Anhängen A bis C, in denen die substantiellen Verpflichtungen (Anhang A), die Definition des Begriffes ‚österreichische Unternehmen‘ (Anhang B) sowie die Liste der anhängigen Klagen (Anhang C) enthalten sind, stellt ein Regierungsübereinkommen dar. Dieser Notenwechsel wurde am 23. Jänner 2001 durchgeführt. Das vorliegende Bundesgesetz wird die innerstaatliche gesetzliche Grundlage für den Abschluss dieses Übereinkommens auf Verordnungsstufe in Umsetzung der übernommenen Verpflichtungen bieten. Das Inkrafttreten des Notenwechsels wird daher bis zum Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes aufgeschoben.

Annex A zum Notenwechsel, der die substantiellen Verpflichtungen enthält und auf den auch in der Gemeinsamen Erklärung, an die alle Verhandlungsteilnehmer gebunden sind, Bezug genommen wird, umfasst zusätzlich zu den bereits am 5. Oktober 2000 zwischen Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizefinanzminister Stuart Eizenstat vereinbarten 150 Millionen US-Dollar (siehe oben), die als Zahlung an noch lebende Opfer des nationalsozialistischen Regimes für Bestandrechte an Wohnungen und gewerblichen Geschäftsräumlichkeiten/Hausrat/persönliche Wertgegenstände umgehend zur Auszahlung gelangen sollen, eine Reihe weiterer wichtiger Maßnahmen, die im Folgenden zusammenfassend dargestellt werden:

Der ‚Allgemeine Entschädigungsfonds‘ enthält eine Dotierung von 210 Millionen US-Dollar, die zusammen mit den nach Ablauf von 30 Tagen nach Zurückziehung aller am 30. Juni 2001 anhängigen Klagen bis zur voll-

ständigen Auszahlung gemäß Drei-Monats-EURIBOR auflaufenden Zinsen je zur Hälfte in ein Forderungsverfahren und ein Billigkeitsverfahren fließen wird. Bei nicht fristgerechter Einzahlung der Geldmittel fallen ab dem Stichtag die dem Drei-Monats-EURIBOR entsprechenden Zinsen an. Die im Zusammenhang mit dem Abschluss des Übereinkommens aufgelaufenen Anwaltskosten werden vom Fonds getragen. Die Personal-, Sach- und Verwaltungskosten werden im größtmöglichen Ausmaß vom Nationalfonds getragen.

Mit der vollständigen Erfüllung seiner Aufgabe, die eine abschließende Regelung in diesem Bereich bringen wird, gilt der Fonds als aufgelöst. Die nach Erfüllung der Aufgaben des Fonds verbleibenden Mittel fallen dem Nationalfonds zu und sind für Programme zugunsten von Opfern des Nationalsozialismus zu verwenden. Die im Bundesgesetz erfolgte Nennung von Angehörigen der Roma ist nicht abschließend.

Die Entscheidung über Anträge in beiden Verfahrenstypen erfolgt durch ein Antragskomitee, das sich aus drei Personen zusammensetzen wird, wobei je eine von der Regierung der Vereinigten Staaten und der Österreichischen Bundesregierung nominiert wird. Der oder die Vorsitzende wird von den beiden anderen Mitgliedern bestimmt. Falls dies zu keiner Einigung führen sollte, sind Regierungskonsultationen vorgesehen.

Im Sinne einer effizienten und kostengünstigen Verwaltung des Fondsvermögens werden das Kuratorium und der Generalsekretär des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus die Organaufgaben des Fonds wahrnehmen. Als zusätzliches Organ wird das Antragskomitee eingerichtet. Der Nationalfonds leistet diesem technische und administrative Unterstützung. Durch die Errichtung eines Fonds mit eigener Rechtspersönlichkeit ist sichergestellt, dass die Gebarung der Mittel des Fonds von den Organen des Fonds in getrennter Buchführung durchgeführt wird.

Anträge können für Vermögensverluste in folgenden Kategorien gestellt werden:

- liquidierte Betriebe; einschließlich Konzessionen und anderes Betriebsvermögen;
- Immobilien;
- Bankkonten, Aktien, Schuldverschreibungen, Hypotheken;
- bewegliches Vermögen, das nicht von den 150 Millionen US-Dollar, die oben genannt sind, abgedeckt wird;
- Versicherungspolizzen [für Versicherungsansprüche ist ein gedeckelter Betrag von 25 Millionen US-Dollar vorgesehen, der nach den Regeln der Internationalen Kommission für Versicherungsansprüche (ICHEIC)] verteilt werden soll.

Der Unterschied zwischen den beiden Verfahren liegt ua. in den Anspruchskategorien und im Ausmaß der erforderlichen Beweisführung. Im ‚Forderungsverfahren‘, das aber auch zu höheren Zuwendungen führt (begrenzt mit maximal 2 Millionen US-Dollar), müssen stärkere Beweise vorgelegt werden, als im ‚Billigkeitsverfahren‘, wo die Leistungen geringer ausfallen werden.

Beiden Verfahren ist jedoch gemeinsam, dass auf Leistungen kein Rechtsanspruch besteht. Beiden Verfahren ist weiters gemeinsam, dass bereits von österreichischen Gerichten oder Verwaltungsbehörden entschiedene Fälle grundsätzlich keine Berücksichtigung finden. Eine Ausnahme besteht nur unter außergewöhnlichen Umständen, wenn das Antragskomitee einstimmig entscheidet, dass eine extreme Ungerechtigkeit vorlag. Entscheidungen des Antragskomitees führen zur Zuerkennung von **pro rata** Geldleistungen im Rahmen der jeweils vorgesehenen Deckelbeträge.

Der Zeitraum zum Einbringen von Anträgen sowohl für das Forderungsverfahren als auch unter dem Billigkeitsverfahren beträgt zwei Jahre ab Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes.

Zusätzlich wird im Sinne des Verhandlungsergebnisses eine Schiedsinstanz für die **in rem** Restitution von ausschließlich und unmittelbar im Eigentum des Bundes oder einer unmittelbar oder mittelbar im Alleineigentum des Bundes stehenden juristischen Person öffentlichen oder privaten Rechts befindlichen Objekten vorgesehen. Die Schiedsinstanz setzt sich aus drei Personen zusammen, wobei je eine von der Regierung der Vereinigten Staaten (nach vorheriger Konsultation mit der Claims Conference und der IKG) und der Österreichischen Bundesregierung nominiert wird. Der oder die Vorsitzende wird von den beiden anderen Mitgliedern bestimmt, falls dies zu keiner Einigung führen sollte, sind Regierungskonsultationen vorgesehen. Die Auslagen der Mitglieder sowie der notwendige Personal- und Sachaufwand der Schiedsinstanz werden unter möglicher Nutzung des Geschäftsapparates des Fonds vom Bund getragen. Seitens der Vereinigten Staaten besteht die politische Zusage, sich um die Refundierung der Kosten des von ihnen bestimmten Mitglieds der Schiedsinstanz zu bemühen.

Zur Antragstellung im Forderungsverfahren vor dem Antragskomitee und vor der Schiedsinstanz berechtigt, sind sowohl Individuen als auch Vereinigungen sowie die Rechtsnachfolger aufgelöster Vereinigungen. Bei der Feststellung der Rechtsnachfolge solcher Vereinigungen durch die Schiedsinstanz werden insbesondere österreichische Rechtsvorschriften sowie die Statuten der aufgelösten Vereinigung zu berücksichtigen sein.

In diesem Zusammenhang wird die österreichische Historikerkommission in ihrer weiteren Arbeit vorrangig den Entzug und Verbleib von Liegenschaften und Gebäuden aus dem früheren Besitz von Opfern des Nationalsozialismus und von Vermögen von Vereinigungen, insbesondere jüdischer Vereine, untersuchen.

Die Schiedsinstanz ist grundsätzlich nicht berechtigt, bereits entschiedene Fälle neuerlich zu untersuchen. Eine Ausnahme besteht nur unter außergewöhnlichen Umständen, wenn die Schiedsinstanz einstimmig entscheidet, dass eine extreme Ungerechtigkeit vorliegt.

Die Schiedsinstanz kann an sie gerichtete Anträge ablehnen oder eine Empfehlung auf Naturalrestitution oder Übereignung eines vergleichbaren Vermögenswertes an den jeweils zuständigen Bundesminister richten.

Im Sinne der getroffenen Vereinbarung wird den Bundesminister keine rechtliche aber wohl eine politisch-moralische Verpflichtung treffen, den Empfehlungen nachzukommen.

Darüber hinaus wurde folgendes Sozialpaket – in einem geschätzten Gesamtumfang von 112 Millionen US-Dollar über die nächsten zehn Jahre – vereinbart, das durch das vorliegende Bundesgesetz umgesetzt wird:

- Möglichkeit auch im Ausland, bei Erfüllen der sonstigen Voraussetzungen, einen Geldbetrag in der Höhe der Pflegegeldstufen 3 bis 7 zu empfangen.
- Abschaffung des Staatsbürgerschaftserfordernisses für Pensionen gemäß § 11 Opferfürsorgegesetz.
- Weiteranwendung der bisherigen Interpretationen der Begriffe ‚Haft/Freiheitsbeschränkung‘ im Opferfürsorgegesetz, so dass auch Anhaltungen in Internierungs- oder Sammellagern darunter zu subsumieren sind.
- Ausdehnung des begünstigten Nachkaufsrechts für Leistungen der Pensionsversicherungsanstalten auf Personen, die zwischen dem 1. Jänner 1933 und dem 12. März 1938 geboren wurden (Nachkauf von 180 Monaten zum Erwerb eines Mindestpensionsanspruches ohne Veränderung des Durchrechnungszeitraumes für Personen, die schon bisher Zeiträume nachkaufen konnten), wenn die sonstigen Voraussetzungen des § 502 ASVG erfüllt sind.

Die Kunstrückgabe soll basierend auf dem bereits existenten Gesetz in beschleunigter Weise fortgeführt werden.

- Die Gemeinde Wien wird für den Sportverein Hakoah ein dem entzogenes vergleichbares Grundstück in Langzeitmiete zur Verfügung stellen. 8 Millionen US-Dollar werden für die Errichtung einer geeigneten Sportstätte zur Verfügung gestellt werden.
- Archive: Österreich wird für eine zusätzliche auch personelle Ausstattung des Staatsarchivs sorgen, um einen besseren Zugang zu den Datensätzen und Akten zu gewährleisten. Österreich wird sein Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass Anfragen um Information in einer schnellen und unbürokratischen Weise beantwortet werden.

Die mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes in Zusammenhang stehenden begleitenden Informationsmaßnahmen des Nationalfonds erfolgen im Sinne der getroffenen Vereinbarung nach Konsultation mit der Regierung der Vereinigten Staaten.

Die erzielte Vereinbarung sowie ihre Umsetzung durch Österreich werden zu einer umfassenden und abschliessenden Rechtssicherheit in folgender Weise führen: Die Verabschiedung der für die Umsetzung der in der Vereinbarung vorgesehenen Maßnahmen notwendigen Gesetze sowie entsprechende Fortschritte bei der Umsetzung der übrigen Maßnahmen wird zu einer freiwilligen Zurückziehung der Klagen durch die Anwälte führen, die die gemeinsame Erklärung unterschrieben haben oder sich auch noch nachträglich zu den Grundsätzen der erzielten Lösung bekennen wollen. In den Fällen, in denen Anwälte ihre Klagen nicht zurückziehen sowie in künftigen Fällen von Klageeinbringungen verpflichtet sich die US-Regierung zur Abgabe einer Erklärung, dass eine Weiterverfolgung der betreffenden Klage vor den Gerichten der Vereinigten Staaten außenpolitischen Interessen der Vereinigten Staaten zuwiderlaufen und die österreichische Souveränität beeinträchtigen würde (sogenanntes ‚Statement of Interest‘). Nicht umfasst von der Rechtssicherheit im Hinblick auf Ansprüche auf **in rem** Restitution von in deren Eigentum befindlichen Vermögen sind Gemeinden und Länder solange sie nicht entsprechende Maßnahmen, die eine Möglichkeit zur Rückgabe von derartigem Vermögen schaffen, treffen und der Bund dies der Regierung der Vereinigten Staaten notifiziert. Nicht von der Rechtssicherheit umfasst sind auch Ansprüche auf die Rückgabe von Kunstgegenständen nach dem Kunstrückgabegesetz.“

In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Mag. Terezija **Stoisits**, Dr. Peter **Kostelka**, Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, Dr. Michael **Krüger**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Heinz **Fischer** sowie der Staatssekretär im Bundeskanzleramt Franz **Morak** das Wort.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2001 01 30

Mag. Dr. Maria Theresia Fekter

Berichterstatterin

Dr. Peter Kostelka

Obmann

Dokument 19

Rede des Bundeskanzlers Dr. Wolfgang Schüssel vor dem Nationalrat, Wien, am 31. Jänner 2001:

„Herr Präsident!
Hohes Haus!

Wenn innerhalb nicht einmal eines Jahres zwei so wichtige und sensible Themen wie die Einigung über die Zwangsarbeiterfrage und die Restitution in der Nazizeit enteigneten jüdischen Vermögens in international schwierigen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden konnten, dann erlauben Sie mir, dass ich das wirklich als einen Erfolg bezeichne, nicht nur für die Leistungsbilanz dieser Bundesregierung – ich möchte auch hier sehr deutlich die Rolle und die Unterstützung durch die Frau Vizekanzlerin und durch den Herrn Finanzminister zum Ausdruck bringen –, sondern das ist ein gemeinsamer Erfolg. Ich möchte mich auch sehr dafür bedanken, dass jedenfalls am Anfang dieser Debatte von den wichtigsten Rednern diese Gemeinsamkeit auch beeindruckend festgestellt und festgehalten wurde. Das ist ein Zeichen für einen noch immer existierenden rot-weiß-roten Konsens, und dafür danke ich.

Ich verschweige Ihnen nicht, dass mich der Abschluss dieser Verhandlungen nicht ohne Emotionen, nicht unberührt lässt, denn auch ich habe natürlich einiges auch persönlich hierin investiert, Zeit und Energie aufgewandt, aber vor allem gilt mein Dank genauso wie für die Zwangsarbeiter-einigung Maria Schaumayer und ihrem Team, Botschafter Ernst Sucharipa, der mit seinem Team hier auf der Galerie sitzt und der Debatte beiwohnt.

Herzlich danken möchte ich auch dem Leiter des Völkerrechtsbüros, Herrn Botschafter Hans Winkler, der heute nicht da sein kann, was ich sehr bedauere. Herr Botschafter Winkler ist nämlich unterwegs zu einer internationalen Konferenz, zu einer Tagung in Berlin, wo – nach vielen Mühen – Österreich in eine ganz bestimmte, zu diesem Themenkomplex gehörende Arbeitsgruppe aufgenommen wird. – Auch dem Vertreter der Wirtschaft, Herrn Herbert Pichler, möchte ich nachhaltig danken.

Wenn ich ganz ehrlich sein darf: Am Anfang dieses Prozesses waren wir ja selbst nicht ganz sicher, wie das laufen wird. Wir haben zuerst überlegt: Ist es richtig, diese beiden Komplexe zu trennen, oder soll man – so wie in Deutschland – die Zwangsarbeiterfrage und die Restitutionsfrage, wo Österreich ja schon vieles gemacht hatte, zusammenführen? – In der Zwangsarbeiterfrage ging es ja um total neues Terrain.

Ich bin damals vor allem der Empfehlung von Maria Schaumayer gefolgt – und ich glaube, es war dies eine richtige Empfehlung. Wir haben dann

überlegt: Wer kann in dieser Situation am besten die Kraft, die fast die übermenschliche Kraft für diese unglaublich komplizierten Verhandlungen aufbringen?

Offen gestanden: Es machen sich ja nur ganz wenige ein Bild davon, was es bedeutet, in dieser Angelegenheit in einer „Shuttle-Diplomatie“ viele, viele Stunden, Tage und Nächte, mit sehr, sehr komplizierten Texten, mit vielen, vielen Anwälten zu verhandeln. Glauben Sie mir: Das waren manchmal – jedenfalls bei jenen Punkten, bei denen ich dabei gewesen bin – durchaus nicht unemotionale Verhandlungen. Und ich verstehe das auch.

An dieser Stelle möchte ich auch ausdrücklich dem amerikanischen Verhandlungsteam, das das sehr gut und sehr professionell gehandhabt hat, meinen Dank zollen. Der jetzt aus dem Amt geschiedene stellvertretende US-Finanzminister – davor war er ja im Außenministerium – Stuart Eizenstat, der insgesamt für alle Shoah-Opfer und Zwangsarbeiter ein Gesamtpaket von über 7 Milliarden Dollar in Verhandlungen zustande gebracht hat, war ein kluger, sehr energischer, aber zugleich auch sensibler Verhandlungspartner. Und daher möchte ich ihm von dieser Stelle aus im Namen der österreichischen Bundesregierung sehr herzlich für dieses Engagement danken!

Klar ist: Wenn es ein gemeinsamer Erfolg ist, dann gehört auch das Einbekenntnis dazu. Ich bin ja froh darüber und stolz darauf, dass es gelungen ist – gerade in einer Zeit, in der wir auch durchaus emotionale und kontroversielle Debatten geführt haben –, eine Gemeinsamkeit sichtbar zu machen. Daher mein Dank auch an die Fraktionen des Hauses, zuerst an die Opposition, an die Klubvorsitzenden Alfred Gusenbauer und Peter Kostelka. Besonders möchte ich aber auch die Rolle von Heinz Fischer, dem Nationalratspräsidenten, hier hervorheben, der uns da mit seinem Team erstklassig und sehr, sehr hilfreich assistiert hat.

Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang selbstverständlich auch die grüne Fraktion, und zwar sowohl Klubobmann Van der Bellen als auch Frau Abgeordnete Stoitsits, die ebenso vieles dazu beigetragen haben. Danken möchte ich weiters Andreas Khol und Ulrike Baumgartner für meine Fraktion, den Herren Peter Westenthaler und Michael Krüger – und miteinschließen möchte ich natürlich auch die Regierungsvertreter, ebenso die der Freiheitlichen.

Ich meine, es ist ein erstklassiges, ein schönes Stück Arbeit, das uns da gelungen ist, auf das wir zwar jetzt nicht triumphierend zurückblicken sollen, das uns aber insofern Sicherheit gibt, dass wir das Richtige getan haben. Und das festzuhalten, ist wichtig, auch in dieser Debatte.

Meine Damen und Herren! Einige Redner haben ja schon vieles sehr klar gesagt – und ich schließe mich dem an –, ich möchte aber doch noch einige „Selbstverständlichkeiten“ aus meiner Sicht hinzufügen. Es ist mir natür-

lich vollkommen schmerzlich bewusst, dass *keine* Finanzgeste eine Abgeltung für den Diebstahl von Lebenszeit, von Lebensglück, von Gesundheit und von Selbstbestimmung sein kann. Kein Geld der Welt kann ersetzen, was Menschen in der NS-Zeit gewaltsam genommen wurde. Und wie bei allen Opfern müssen wir uns hilflos dessen bewusst sein, dass es letztlich *keine* Abgeltung für erlittenes Leid und Unrecht gibt. Daher kann die heute erzielte Lösung natürlich nur eine Geste sein, aber doch eine wichtige.

Es ist auch eine Selbstverständlichkeit, hier festzuhalten, dass diese Republik in der Zeit nach 1945 so manches getan hat; Robert Knight stellt aber in seiner Publikation über die Ministerratsprotokolle sehr klar dar und schreibt, dass damals dem Volk täglich vor allem erklärt werden musste, warum es nicht mehr Lebensmittel und noch lange nicht genug Wohnungen gibt, warum es am Notwendigsten für viele fehlt. Und in dieser Zeit war es natürlich sehr, sehr schwierig, *die* große, befreiende Entschädigungsdebatte zu führen. Das ist wahr.

Es gehört daher zu den Selbstverständlichkeiten – und das ist ja auch Teil der Substanz dieses Gesetzeswerks –, zu sagen: Wir handeln da spät – für allzu viele Opfer *zu spät!* –, aber es ist besser, dies jetzt zu *tun!* Und es ist auch richtig gewesen, in den Verhandlungen ein *maximales Tempo* einzuschlagen, damit man eben nicht noch mehr zu spät kommt.

Eine Zahl, die mich persönlich erschüttert hat: Im vergangenen Jahr sind – für die deutsche Seite wurde dies von einem hochrangigen Sprecher zugegeben: Man kam zu spät, weil der Fonds für Versöhnung, Zukunft und Geschichte in Deutschland noch immer nicht arbeiten kann – allein im Gebiet der ehemaligen Tschechoslowakei 7.000 NS-Opfer gestorben.

Ich meine, es war daher richtig, dass wir diesen Weg gewählt, dass wir ein sehr rasches Tempo eingeschlagen und versucht haben, die Dinge umfassend zu klären.

Auch ein sehr offenes Wort zur Schuld oder zur Rolle Österreichs: Es ist völlig klar, dass es dazu bereits große und beeindruckende Reden gegeben hat. Ich stehe auch gar nicht an – wie das auch einige Redner hier getan haben –, in diesem Zusammenhang hier auf den früheren Bundeskanzler Franz Vranitzky zu verweisen, der ja nicht nur für sich gesprochen hat, sondern selbstverständlich *für Österreich*. Auch Bundespräsident Thomas Klestil gehört in diese Reihe; auch er hat *für Österreich* gesprochen, genauso wie das bei der Erklärung dieser Bundesregierung im Februar dieses Jahres oder auch bei meinen Wortmeldungen der Fall war, ebenso bei denen der Frau Vizekanzlerin dazu, in denen wir die Rolle *Österreichs* betont haben.

Es ist auch eine Selbstverständlichkeit, und es fällt uns überhaupt kein Stein aus der Krone, zu sagen: Es tut uns Leid, dass wir spät, aber hoffentlich nicht *zu spät*, mit Ihrer Hilfe für die noch lebenden Opfer handeln können.

Wir wollen uns auch in keiner Weise von einem unangenehmen Problem befreien. Sie haben Recht, Frau Abgeordnete Stoitsits: Einen Schlusstrich in Gedanken, einen Schlusstrich unter die Geschichte kann und soll es dabei niemals geben, was aber erwartet werden muss – und das ist ja sozusagen der Kern dieses heutigen Vertragswerks –, ist, dass wir dieses eins zu eins umsetzen, möglichst punktgenau. Es muss *Rechtssicherheit* geben. Einem österreichischen Unternehmer wird man schwer erklären können – auch nicht der Gemeinde Wien oder dem Bund –, dass unter einem ganz besonderen Rechtstitel zwar eine sehr beträchtliche Geldzahlung eingesetzt, aber dann dafür nicht eine möglichst große und umfassende Rechtssicherheit gegeben wird.

Das heisst, dieser Vertrag ist nicht der moralische Schlusstrich unter alles, was geschehen ist, ist aber doch ein Versuch, eine möglichst große Rechtssicherheit für die Zukunft für alle Betroffenen in Österreich klarzustellen. Und *das* eint uns, meine Damen und Herren hier im Hohen Hause! *Das* ist die Basis dieses Vertrags, den Sie heute sozusagen in ein Gesetz umwandeln!

Ein Wort zu jenen Punkten, die hier zum Teil auch kritisch erwähnt wurden. Und erlauben Sie, dass ich dazu vielleicht auch sehr kritische Anmerkungen anbringe. Zuvor hat hier ein Abgeordneter etwas gesagt, was mich persönlich ins Herz getroffen hat – und dazu kann ich nicht schweigen, darf es eigentlich auch als österreichischer Bundeskanzler nicht. In diesem Debattenbeitrag wurde gesagt, es gebe *drei Nachfolgestaaten* NS-Deutschlands: die Bundesrepublik Deutschland, die DDR und Österreich. – Meine Damen und Herren! Das ist einfach nicht richtig!

Dieses Österreich ist *kein* NS-Nachfolgestaat! Wir dürfen diesen Versuch der Umschreibung der Geschichte *nicht* hinnehmen! Ich sage das ganz, ganz deutlich, denn in diesem Vertragswerk, das Sie heute beschließen werden – mit den Regierungsstatements, die ja Teil dessen sind –, ist etwa die *Moskauer Deklaration* ausdrücklich erwähnt. Das habe ich persönlich, mit Hilfe von Botschafter Sucharipa mit Stuart Eizenstat ausgehandelt. Das ist ein Dokument, das ja nicht von Österreich kommt, sondern von den Alliierten, in welchem übrigens nicht nur die *Opferrolle* Österreichs, sondern auch die *Verantwortung* der Österreicher, vor der wir uns nicht drücken können, beschrieben wird.

Aber wir dürfen da auch keine Drehung weitermachen und sagen, Österreich sei quasi ein Nachfolgestaat Nazi-Deutschlands! Meine Damen und Herren! Das ist nicht wahr, und das ist auch der Grund, warum Österreich im Jahre 1945 – die Dramatik dieses Unterschiedes ist vielleicht gar nicht allen hier bewusst – eine gesamtösterreichische Bundesregierung bekommen hat. Und das ist auch der Grund, warum Österreich 1955 einen *Staatsvertrag* und nicht einen *Friedensvertrag* bekommen hat!

Und das ist weiters auch der Grund, warum in den Protokollen der Nürnberger Prozesse, in der Urteilsbegründung, klar der Unterschied zwischen

der Aggression der militärischen Besetzung Österreichs und der Besetzung anderer Länder festgehalten wurde. Das sind – das weiß ich schon – für den unvoreingenommenen Beobachter nur Nuancen, jedoch Nuancen, die ebenso Teil unserer Geschichte sind und nicht weggeblendet werden dürfen – und auch gar nicht weggeblendet werden sollen, meine Damen und Herren des Hohen Hauses.

Ein weiterer Punkt: Da hier Sensibilität eingemahnt wurde, bitte auch ich um Fairness, denn ich, denn wir haben den Insolvenzfonds nicht „geplündert“. Darf ich erklären, worum es dabei geht. Wir haben vorgehabt – das ist Teil des Regierungsprogramms –, die Arbeitgeberbeiträge zu senken, denn die Wirtschaft zahlt ja in den Insolvenzfonds ein, in einen Fonds, der beträchtliche Überschüsse hat, und zwar durch die gute Konjunkturlage und so weiter. Es war also Teil des Regierungsübereinkommens, dass die Arbeitgeberbeiträge gesenkt werden. Und ich sage auch offen dazu, dass wir diese Beitragssenkung aufgeschoben haben, um den Beitrag der Wirtschaft dazu deutlicher sichtbar zu machen. – Das geschah nicht zur Freude der Wirtschaft.

Meinen Respekt und meine Anerkennung aber, dass diese *notwendige Geste* – das sage ich jetzt so – letztlich auch von der Wirtschaft verstanden wurde. – Werfen daher Sie mir hier bitte jetzt nicht eine „*Plünderung*“ des Insolvenzfonds vor! Ich meine, es ist wichtig, dass wir in dieser Zeit jetzt nicht lange herumstreiten, monatelange und quälende Streitereien wie in Deutschland haben, wie dieser notwendige Fonds gefüllt werden soll.

Wir speisen das Geld ein und schaffen damit Rechtssicherheit, und wir geben damit auch den US-Gerichten die Möglichkeit, Massenklagen von vornherein abzuweisen, nachdem das „*statement of interest*“ der Vereinigten Staaten jetzt auch vorliegt. – *Das ist der wahre Grund – und keine Böswilligkeit, die Sie mir da zu unterstellen versucht haben.*

Ich danke sehr für diese heutige Entschließung des Nationalrates, mit der Klarstellungen getroffen werden, die, wie ich meine, für alle selbstverständlich sein sollten. Und auch in der *restitutio in rem*, also in der Rückgabe eines Hauses, einer Immobilie, aber auch etwa von Kunst- und Kultgegenständen an die Kultusgemeinde, wird Klartext gesprochen. Das heißt, wir werden uns genau daran halten. Meine Verpflichtung namens der Bundesregierung gebe ich hiemit gerne ab, dass wir uns an diese gemeinsam beschlossene Entschließung des Nationalrates gerne halten werden, weil das für mich einfach selbstverständlich ist.

Ich sage aber auch dazu – Frau Abgeordnete Stoitsits, das ist jetzt, bitte, auch keine Marotte, sondern eine Frage der Klugheit –: Bitte bleiben wir bei jenem Text, der in mühsamen Verhandlungen mit den Opferverbänden sowie mit der amerikanischen Regierung präzise ausgehandelt wurde! Von Abänderungen würde ich in der jetzigen Situation wirklich abraten. Ich selbst habe mich bemüht, die Zustimmung der amerikanischen Seite dazu

zu bekommen. Wir haben zwei sehr wichtige schriftliche Dokumente in der Hand: erstens die Zusicherung von Stuart Eizenstat, dass alle Opferverbände das unterschrieben und paraphiert haben und dieser Vertrag damit *gilt*. Und daran kann und darf es keine Zweifel geben! Das sage ich gerade in dieser Stunde, knapp vor der Verabschiedung dieses Gesetzeswerkes sehr deutlich.

Zweitens haben wir die Zusicherung, die Zusage der amerikanischen Regierung in der Hand, dass dieser Text, der Ihnen heute zur Beschlussfassung vorliegt, dem entspricht, was wir gemeinsam ausverhandelt haben. Daher bitte: Bleiben wir bei diesem Text! – Was in zwei, drei Jahren sein wird, wenn auch die Historikerkommission einmal Fakten auf den Tisch legt, was noch zusätzlich in der In-rem-Restitutionsfrage zu tun wäre, werden wir ja dann sehen. Dann kann man sicherlich weiterreden, aber heute brauchen wir klare Rechtssicherheit und ein Stehen zu dem, was wir gemeinsam ausgehandelt haben.

Der Vertrag enthält eine Reihe von sozialrechtlichen Verbesserungen, gerade für betagte Opfer. Er enthält aber auch eine klare Verpflichtung zur Rückgabe von Kunst- und Kultgegenständen. An dieser Stelle darf ich jetzt einbringen, dass wir in den letzten Monaten 1.200 Kunstgegenstände, Gegenstände von beträchtlichem Wert – Mobiliar, Porzellan, Münzsammlungen, Bilder et cetera – zurückgegeben haben.

Wir haben auch die Zusage wichtiger Sammlungen in Ländern beziehungsweise Städten, dass diese eins zu eins dem Bundesbeispiel folgen werden. Weiters haben wir die Zusage wichtiger Städte, dass diese bereit sind, die Pflege jüdischer Friedhöfe zu übernehmen und damit gleichfalls einen Beitrag zum Gedenken, zu einer würdigen Lösung von Problemen in diesem Bereich zu leisten.

Wir haben noch, was die Frage der Entschädigung an die Kultusgemeinde betrifft, als Teil dieses Vertrages das Problem im Zusammenhang mit *HAKOAH*. Dabei geht es immerhin auch um einen Gesamtbetrag in Höhe von 120 Millionen Schilling, der für die Errichtung einer Sportanlage eingebracht werden soll. – Und wir haben uns auch die Umsetzung einer Reihe immaterieller Punkte vorgenommen.

Meine Damen und Herren! Abschließend möchte ich Ihnen sehr dafür danken, dass Sie heute hier mit einer einstimmigen Beschlussfassung, wie ich hoffe, eine „*wichtige Geste*“ setzen; Stuart Eizenstat konnte es gar nicht besser ausdrücken. Niemand von uns hätte es gewagt – auch mit diesem guten Pathos nicht –, damit die Rolle ganz Österreichs und seiner Bevölkerung zu beschreiben.

Ich verstehe die Ungeduld der Verhandler und habe großes Verständnis für den Zweifel und die Skepsis von Opferverbänden und wirklich Betroffenen, und ich kann auch den Zorn verstehen, der da manchmal durch-

schwingt – und der bis zur Stunde gerade auch in heutigen Erklärungen herauszuhören ist. Dennoch meine ich, dass wir das Gemeinsame und auch die Größe dieses Augenblicks nicht vergessen sollten. Wir *entschulden* uns nicht, und in dem Sinn können wir uns auch gar nicht *entschuldigen*, sagen aber, was ist. Und wir sprechen nicht nur große Worte, sondern setzen endlich auch die notwendigen Taten.

Was ich fordere – und was ich mir auch vornehme –, ist, jene Sensibilität, die bei der Lösung dieser Frage mitschwingt, mitzunehmen für andere große Fragen: ob es dabei um Fragen des internationalen Kriegsverbrechertribunal oder um solche der Wachsamkeit in der internationalen Politik und natürlich auch um die Wachsamkeit nach innen geht. – Ich danke Ihnen jedenfalls für diese Stunden.“

B. Entschädigung von Zwangsarbeitern

Dokument 20

Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz)

„Der Nationalrat hat beschlossen:

§ 1. (1) Mit diesem Bundesgesetz wird ein Fonds zur Erbringung von Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich eingerichtet. Er trägt die Bezeichnung „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“. Der Fonds hat seinen Sitz in Wien.

(2) Der Fonds hat zum Ziel, durch eine freiwillige Geste der Republik Österreich gegenüber natürlichen Personen, die durch das nationalsozialistische Regime zu Sklaven- oder Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gezwungen wurden, einen Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit zu leisten.

(3) Der Fonds ist eine Einrichtung der Republik Österreich, unterliegt österreichischem Recht, besitzt eigene Rechtspersönlichkeit und dient ausschließlich gemeinnützigen Zwecken.

§ 2. (1) Der Fonds erbringt einmalige Geldleistungen an natürliche Personen, die vom nationalsozialistischen Regime

1. zwangsweise oder unter Vortäuschung falscher Tatsachen zur Arbeit in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden oder nach freiwilligem Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich an einer Heimkehr gehindert wurden, hier zur Arbeit gezwungen wurden, besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren und entweder
 - a) haftmäßig untergebracht oder sonst einer wesentlichen Freiheitsbeschränkung unterworfen waren oder
 - b) in ihren persönlichen Rechten eingeschränkt oder besonders strengen Disziplinarmaßnahmen unterworfen waren (Zwangsarbeiter bzw. Zwangsarbeit); oder
2. während einer Inhaftierung in einem auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gelegenen Konzentrationslager oder in einer einem solchen Lager gleichzuhaltenden Haftstätte unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden (Sklavenarbeiter bzw. Sklavenarbeit); oder

(BGBl. I Nr. 74/2000)

3. unter den im Einleitungssatz der Z 1 genannten Voraussetzungen durch die Arbeit eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben (besondere Härtefälle); oder
4. als Kinder oder Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres zusammen mit einem oder beiden Elternteilen (Z 1 bis Z 3) in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht oder während des Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter hier geboren wurden.

(2) Der Fonds erbringt weiters einmalige Geldleistungen an natürliche Personen, die vom nationalsozialistischen Regime ohne die Bedingung des Einleitungssatzes des Abs. 1 Z 1 zu erfüllen, aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der so genannten Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich unter Bedingungen arbeiten mussten, die jenen des Abs. 1 Z 1 lit. a oder b gleichkamen.

(3) An ehemalige Kriegsgefangene werden Leistungen nicht erbracht.

§ 3. (1) Die Höhe der Leistungen beträgt:

1. 105 000 S bei Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 (Sklavenarbeiter).
2. 35 000 S bei Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 (Zwangsarbeiter), die Zwangsarbeit in Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei Reichsbahn oder Reichspost leisten mussten.
3. 20 000 S bei Personen gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 (Zwangsarbeiter), die Zwangsarbeit ausschließlich in der Land- und Forstwirtschaft oder in Form persönlicher Dienstleistungen (Haushalt, Hotels uä.) leisten mussten.
4. Kinder und Minderjährige gemäß § 2 Abs. 1 Z 4 erhalten den Betrag, der dem Elternteil zusteht oder zustehen würde. Bei Deportation mit beiden Elternteilen, die unterschiedliche Beträge erhalten oder erhalten würden, gilt der jeweils höhere Betrag.
5. An Frauen, die während der Zeit ihres Einsatzes als Zwangsarbeiterinnen Kinder in Ostarbeiterinnen Entbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden, kann eine zusätzliche Leistung von 5 000 S erbracht werden.

(2) Die im § 2 Abs. 1 Z 3 angesprochenen Härtefälle können Leistungen bis zum Höchstbetrag der ihrem Einsatz entsprechenden Kategorie (Abs. 1 Z 2 oder 3) erhalten.

(3) Personen, die die Voraussetzungen für mehrere Kategorien erfüllen, erhalten den jeweils höchsten Betrag.

§ 4. (1) Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl.

Nr. 152/1955, werden durch dieses Bundesgesetz nicht berührt, ein Rechtsanspruch auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz besteht daher nicht.

(2) Leistungen nach diesem Bundesgesetz sind höchstpersönlich und als solche zu beantragen. Sie sind weder pfändbar noch verpfändbar. Sie können nur gewährt werden, wenn der Antragsteller das Vorliegen der Voraussetzungen durch Urkunden oder auf andere Weise glaubhaft macht. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach dem jeweiligen nationalen Recht.

(3) Es können nur Anträge berücksichtigt werden, die innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes bei der zuständigen Partnerorganisation oder, sofern es sich um Personen handelt, die von keiner Partnerorganisation erfasst werden, unmittelbar beim Fonds einlangen. Das Kuratorium kann eine Verlängerung der Antragsfrist um höchstens ein Jahr zulassen. Anträge, die unmittelbar beim Fonds einzubringen sind, können auch gesammelt durch Organisationen erfolgen, die, ohne eine der in § 7 Abs. 4 genannten Partnerorganisationen zu sein, die Interessen von Personen gemäß § 2 vertreten. Die Leistungen werden in diesen Fällen vom Fonds direkt an die Leistungsberechtigten erbracht.

(4) Anbringen an den Fonds sind von allen bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit.

(5) Personen, die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 eine Leistung aus der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, sind von Leistungen nach diesem Bundesgesetz ausgeschlossen. Personen, im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 1 können Leistung nach diesem Bundesgesetz nur dann erhalten, wenn ihr Zwangsarbeitseinsatz zum überwiegenden Teil auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich stattfand. Der Fonds hat die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, damit Anträge, für deren Behandlung er nicht zuständig ist, direkt an die Abwicklungsstelle der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland weitergeleitet werden bzw. Anträge, die der Stiftung zukamen, entgegengenommen werden können. Andererseits ist sicherzustellen, dass es bei Leistungen an Zwangsarbeiter zu keinen Doppelzahlungen seitens der Stiftung bzw. des Fonds kommt.

§ 5. (1) Die Auszahlung der Leistung hat zur Voraussetzung, dass der Leistungsempfänger eine Erklärung abgibt, mit Erhalt einer Leistung nach diesem Bundesgesetz auf die Geltendmachung von Forderungen für Sklaven- und Zwangsarbeit gegen die Republik Österreich oder österreichische Unternehmen unwiderruflich zu verzichten. Der Fonds hat sicherzustellen, dass Sklaven- und Zwangsarbeiter, die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 oder Z 1 Leistung aus der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten, auch den unwiderruflichen Verzicht auf die Geltendmachung von Forderungen für Sklaven- und Zwangsarbeit gegenüber der Republik Österreich und österreichischen

Unternehmen abgeben. Umgekehrt haben die Sklaven- und Zwangsarbeiter, die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z 2 oder Z 1 Leistung auf Grund dieses Bundesgesetzes erhalten, in ihrer Erklärung gegenüber dem Fonds auch auf die Geltendmachung von Forderungen für Sklaven- und Zwangsarbeit gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen unwiderruflich zu verzichten.

(2) Österreichische Unternehmen im Sinne dieses Gesetzes sind alle Unternehmen, die ihren Sitz auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hatten oder haben, sowie deren Muttergesellschaften, auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben. Österreichische Unternehmen sind weiters außerhalb des Gebietes der heutigen Republik Österreich gelegene Unternehmen, an denen österreichische Unternehmen gemäß Satz 1 unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 vH beteiligt waren oder sind.

§ 6. (1) Zur Durchführung seiner Aufgaben verfügt der Fonds über Mittel im Betrag von 6 Milliarden Schilling. Diese stammen aus:

1. Zuwendungen des Bundes nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes,
2. Zuwendungen anderer Gebietskörperschaften,
3. Zuwendungen aus allen Bereichen der Wirtschaft und
4. sonstigen Zuwendungen.

(2) Der Fonds ist mit dem in Abs. 1 genannten Gesamtbetrag abschließend dotiert. Eine Nachschusspflicht besteht nicht.

(3) Zuwendungen an den Fonds unterliegen nicht der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder ähnlichen finanziellen Belastungen mit gleichem Ziel oder gleicher Wirkung.

§ 7. (1) Die Erbringung einer Leistung gemäß § 3 an die in § 2 Abs. 1 und 2 genannten Personen erfolgt entweder durch die in Abs. 4 genannten Partnerorganisationen, mit deren Staaten hierüber bilaterale Abkommen bestehen, oder direkt durch den Fonds, soweit die Personen nicht von den in Abs. 4 genannten Partnerorganisationen erfasst sind.

(2) Die Leistungen des Fonds erfolgen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung.

(3) In Österreich unterliegen Zuwendungen des Fonds oder der Partnerorganisationen weder der Erbschafts- und Schenkungssteuer noch beim Empfänger der Zuwendung einer Steuer vom Einkommen und Ertrag.

(4) Partnerorganisationen sind die Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ in der Republik Belarus, die Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“ in der Republik Polen, die Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ in der Russischen Föderation, der „Tschechische Rat für die NS-Opfer“ in der Tschechischen Republik, die Nationale Stiftung „Verständigung und Aussöhnung“ in der Ukraine, die Stiftung „Jüdisches Erbe in Ungarn“ in der Republik Ungarn.

(5) Der Fonds sorgt in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes für eine angemessene weltweite Bekanntmachung der nach diesem Bundesgesetz möglichen Leistungen. Diese beinhaltet insbesondere Informationen über den Fonds und die Partnerorganisationen, die Leistungsvoraussetzungen, Anmeldefristen und über in diesem Zusammenhang notwendige Datenüberprüfungen.

(6) Nähere Vorschriften über die Erbringung der Leistungen werden in den Richtlinien des Fonds erlassen und sind in die zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen zu schließenden Verträge (§ 8 Abs. 2) aufzunehmen.

§ 8. (1) Mittel des Fonds werden den Partnerorganisationen je nach tatsächlichem Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist auf Grund der von diesen übermittelten und vom zuständigen Organ des Fonds stichprobenartig überprüften Listen von Personen gemäß § 2 Abs. 1, die am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in den in den bilateralen Abkommen gemäß § 7 Abs. 1 genannten Ländern hatten, sowie zur Deckung der bei den Partnerorganisationen entstehenden Personal- und Sachkosten einschließlich der Kosten für die Bekanntmachung gemäß § 7 Abs. 5, in angemessener Höhe zugewiesen. Dabei ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit in den betreffenden Staaten entsprechend betont werden.

(2) In Abkommen mit den in § 12 Abs. 1 Z 8 genannten Staaten ist vorzusehen, dass die betreffenden Staaten weitere Forderungen gegen die Republik Österreich oder österreichische Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- oder Zwangsarbeit weder geltend machen noch vertreten oder unterstützen. Die Modalitäten der Zuwendung von Leistungen werden in Abkommen mit den in § 7 genannten Staaten sowie in Verträgen zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen geregelt. Soweit in Staaten Partnerorganisationen gemäß § 7 Abs. 4 eingerichtet sind, ist in Abkommen darüber hinaus vorzusehen, dass

1. die Glaubhaftmachung der Leistungsberechtigung durch Unterlagen oder auf sonstige geeignete Weise erfolgt,
2. Personen, deren vollständige und geprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Partnerorganisationen befinden, nicht verpflichtet sind, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen,
3. Vertreter des Fonds oder von diesen beauftragte Personen in die Tätigkeiten der Partnerorganisationen, soweit sie mit der Durchführung dieses Bundesgesetzes zusammenhängen, Einsicht nehmen oder auf andere Weise mitwirken können,
4. die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben sind und insbesondere nicht zur Minderung von Einkünften aus dem System der sozialen Sicherheit und dem Gesundheitswesen führen dürfen,

5. Leistungen nur gegen Abgabe der Erklärung gemäß § 5 Abs. 1 gewährt und diese Erklärungen an den Fonds weitergeleitet werden.

(3) Im Interesse größtmöglicher Transparenz ist auch eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung bei den Partnerorganisationen vorzusehen, deren Kosten vom Fonds getragen werden und deren Auswahl im Einvernehmen zwischen der jeweiligen Partnerorganisation und dem Fonds zu treffen ist. Die internationale Wirtschaftsprüfung für den Fonds wird durch das Kuratorium beschlossen.

§ 9. (1) Der Fonds und die Partnerorganisationen sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung darf nur unterbleiben, wenn besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen des Fonds oder der Partnerorganisationen überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Bundesgesetz, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur im Rahmen der Erbringung der Leistungen verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist nur zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

§ 10. (1) Organe des Fonds sind das Kuratorium (§ 11), das Komitee (§ 13) und der Generalsekretär (§ 14).

(2) Der Fonds wird nach außen vom Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

§ 11. (1) Das Kuratorium ist das oberste Organ des Fonds. Ihm obliegen insbesondere:

1. Die Erlassung und Veröffentlichung der Geschäftsordnung des Fonds.
2. Die Erlassung der Richtlinien des Fonds über die Erbringung von Leistungen.
3. Die Bestellung der Mitglieder des Komitees.
4. Die Beschlussfassung über die Finanzordnung.
5. Die Festlegung jener Leistungen, die durch das Komitee zu entscheiden sind.
6. Die Feststellung von Leistungen, soweit dies nicht dem Komitee übertragen wird.
7. Die Beschlussfassung über die Veranlagung des Fondsvermögens.
8. Die Kontrolle über die widmungsgemäße Verwendung des Fondsvermögens.
9. Die Beauftragung und Durchführung einer regelmäßigen internationalen Wirtschaftsprüfung.
10. Die Genehmigung des Rechnungsabschlusses.
11. Der Beschluss über den halbjährlichen Bericht an die Bundesregierung.

(2) Die Bundesregierung hat dem Hauptausschuss des Nationalrates den Bericht gemäß Abs. 1 Z 11 unverzüglich vorzulegen und für eine Veröffentlichung zu sorgen.

§ 12. (Verfassungsbestimmung) (1) Dem Kuratorium gehören an:

1. der Bundeskanzler, der Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten, der Bundesminister für Finanzen, der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit oder von diesen entsandte Vertreter aus dem jeweiligen Ressort,
2. je ein von den im Nationalrat vertretenen Parteien zu entsendendes Mitglied,
3. ein Mitglied, welches von der Landeshauptleutekonferenz zu entsenden ist,
4. drei Wirtschaftsvertreter, die von der Arbeitsgemeinschaft „Plattform Humanitäre Aktion“ entsendet werden,
5. ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs,
6. der Leiter des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes oder ein von ihm zu entsendender Vertreter,
7. der Obmann des Kulturvereins österreichischer Roma oder ein von ihm zu entsendender Vertreter,
8. je ein Vertreter der Regierungen der Republik Belarus, der Republik Polen, der Russischen Föderation, der Tschechischen Republik, der Ukraine, der Republik Ungarn und der Vereinigten Staaten von Amerika, sofern diese einen solchen entsenden, und
9. ein von der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika zu entsendender Rechtsanwalt.

(2) Vorsitzender des Kuratoriums ist der Bundeskanzler. Das Kuratorium wählt auf Vorschlag des Vorsitzenden einen Stellvertreter des Vorsitzenden, der seinerseits durch das an Jahren älteste sonstige Mitglied gemäß Abs. 1 Z 1 vertreten wird. Das Kuratorium fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden oder des Mitglieds, das ihn vertritt.

(3) Das Kuratorium kann beschließen, zu einzelnen Tagesordnungspunkten Vertreter von Personen gemäß § 2 Abs. 1 und 2 oder andere Auskunftspersonen zu hören.

(4) Die Funktionen im Kuratorium werden ehrenamtlich ausgeübt; notwendige Auslagen werden vom Fonds ersetzt.

§ 13. (1) Dem Komitee gehören der Vorsitzende des Kuratoriums oder ein von ihm bestellter Vertreter als Vorsitzender, ein weiteres vom Kuratorium bestelltes Mitglied als Stellvertreter des Vorsitzenden sowie drei weitere vom Kuratorium bestellte Mitglieder an.

(2) Das Komitee entscheidet im Umfang seiner Ermächtigung (§ 11 Z 5) über die Erbringung von Leistungen.

(3) Das Komitee entscheidet über die stichprobenartige Kontrolle der von den Partnerorganisationen übermittelten Listen von Personen gemäß § 2 Abs. 1 und über geeignete Maßnahmen auf Grund der Ergebnisse.

(4) Der Vorsitzende des Komitees (oder sein Stellvertreter) hat dem Kuratorium in jeder Kuratoriumssitzung über die in der Zwischenzeit vom Komitee getroffenen Entscheidungen zu berichten.

§ 14. (1) Der Generalsekretär dient der Unterstützung des Vorsitzenden des Kuratoriums bei der Verwaltung des Fonds und bereitet die Feststellungen und Entscheidungen des Kuratoriums und des Komitees vor.

(2) Der Generalsekretär wird auf Vorschlag des Vorsitzenden vom Kuratorium bestellt.

§ 15. (1) Erträge des Fondsvermögens und sonstige Einnahmen sind nur im Sinne des Fondszwecks zu verwenden. Dies schließt Personal- und Sachkosten ein.

(2) Der Fonds wird auf drei Jahre befristet eingerichtet. Nach Zeitablauf wird das restliche Vermögen des Fonds durch Entscheidung des Kuratoriums für Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah, verwendet werden, wobei vor allem auch Erben jener Sklaven- und Zwangsarbeiter, die vor dem Stichtag (§ 4 Abs. 2) verstorben sind, Berücksichtigung finden sollen.

§ 16. Die in diesem Bundesgesetz verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen, soweit dies inhaltlich in Betracht kommt, Frauen und Männer gleichermaßen.

§ 17. (Verfassungsbestimmung) Dieses Bundesgesetz tritt in Kraft, sobald sichergestellt ist, dass die in § 6 erwähnten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stehen und die Abkommen mit den Staaten, in denen Partnerorganisationen gemäß § 7 Abs. 4 eingerichtet sind, sowie mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet sind. Die Bundesregierung gibt den Tag des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes im Bundesgesetzblatt I bekannt.

§ 18. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes sind betraut:

1. hinsichtlich § 4 Abs. 4, § 6 Abs. 3 und § 7 Abs. 3 der Bundesminister für Finanzen;
2. hinsichtlich des § 12 jeweils der dort genannte, in seinem Wirkungsbereich berührte Bundesminister;
3. hinsichtlich der übrigen Bestimmungen die Bundesregierung.

Klestil

Schüssel“

Englische Übersetzung:

Federal Law

Concerning the Fund for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave Laborers and Forced Laborers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund Law)

Section 1.

(1) This federal law establishes a Fund for providing payments to former slave laborers and forced laborers of the Nazi regime on the territory of present day Austria. It bears the name "Fund for Reconciliation, Peace, and Cooperation (Reconciliation Fund)." The Fund has its headquarters in Vienna.

(2) The goal of the Fund is to make a contribution toward reconciliation, peace, and cooperation through a voluntary gesture of the Republic of Austria to natural persons who were coerced into slave labor or forced labor by the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria.

(3) The Fund is an organ of the Republic of Austria, is subject to Austrian law, has the character of a legal person, and serves public or charitable purposes only.

Section 2.

(1) The Fund makes one-time payments to natural persons who under the Nazi regime

1. were transported by force or by deception into work on the territory of the present day Republic of Austria, or who after a voluntary stay on the territory of present day Republic of Austria were prevented from returning home, were forced to work here, were subjected to particularly bad living conditions and either
 - a) were subject to confinement or some other significant limitation of freedom, or
 - b) were deprived of their personal rights or subjected to particularly severe disciplinary measures (forced laborers or forced labor, as the case may be); or
2. were forced while under detention to do slave labor in a concentration camp or in a similar place of confinement under inhumane conditions on the present day territory of the Republic of Austria (slave laborers or slave labor, as the case may be); or
3. *suffered demonstrably severe and lasting physical or psychological damage due to work they had to do under conditions cited in the introductory sentence of Number 1 (special hardship cases); or*
4. were transported as children or as minors under the age of 12 with one or both parents (as described in Numbers 1 through 3 of this Section)

into the territory of the present day Republic of Austria or who were born here during the mother's period of forced labor.

(2) In addition, the Fund will make one-time financial payments to natural persons who without fulfilling the conditions of the introductory sentence of Section 1, Number 1 but because of political motives, reasons of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, physical or mental handicap, accusation of supposed anti-social behavior or in connection with medical experiments were coerced by the National Socialist regime to work on the territory of present day Austria under conditions equivalent to those cited in Paragraph 1, Numbers 1 a) or b).

(3) Payments are not to be made to former prisoners of war.

Section 3.

(1) The amounts to be paid are as follows:

1. 105,000 Austrian shillings to persons described in Section 2, Paragraph 1, Number 2 (slave laborers).
2. 35,000 Austrian shillings to persons described in Section 2, Paragraph 1 and Paragraph 2 (forced laborers) who had to perform forced labor in industry, business, construction, power companies and other commercial enterprises, public institutions, rail transportation or postal service.
3. 20,000 Austrian shillings to persons described in Section 2, Paragraph 1, Number 1 and Paragraph 2 (forced laborers) who had to do forced labor exclusively in agriculture or forestry or in the form of personal services (housekeeping, hotel work, etc.).
4. Children and minors as described in Section 2, Paragraph 1, Number 4 are to receive the amount to which the parent is entitled or would be entitled. In the case of a deportation with both parents each of whom is or would be entitled to a different amount, the larger amount is applicable in each case.
5. A supplementary payment of 5000 Austrian shillings may be made to women who during their time as forced laborers gave birth to children in maternity facilities for eastern workers or who were forced to undergo abortions.

(2) The hardship cases mentioned in Section 2, Paragraph 1, Number 3 may receive payments up to the amount applicable to their categories (Paragraph 1, Number 2 or 3).

(3) Persons who meet the conditions for several categories are to receive the highest amount applicable.

Section 4.

(1) Articles 21 and 26 of the State Treaty restoring an independent and democratic Austria, Federal Legislative Record No. 152/1955, are not

affected by this federal law; this federal law does not confer a legal right to payment.

(2) Payments under this federal law are strictly personal and must be applied for as such. They are not to be given or taken as security for a loan. They can be allowed only if the petitioner through documentation or otherwise makes a credible claim to fulfillment of the conditions. If the eligible person has died on or after February 15, 2000, then the heirs according to the national law of the person in question shall succeed.

(3) The only applications that can be considered are those received within two years from the effective date of this federal law by the responsible partner organizations or, in the case of persons for whom there is no partner organization, directly by the Fund. The Board of Trustees is permitted to extend the deadline by a maximum of one year. Applications that are to be submitted directly to the Fund can also be brought together and processed by organizations that while not listed among the partner organizations cited in Section 7, Paragraph 4 do represent the interests of persons cited in Section 2. In such cases the payments will be made by the Fund directly to the eligible persons.

(4) Contributions to the Fund are to be free of all federally-imposed deductions.

(5) Persons who could receive payments under Section 2, Paragraph 1, Number 2 from the foundation “Remembrance, Responsibility, and Future” of the Federal Republic of Germany are ineligible for payments under this federal legislation. Persons described in Section 2, Paragraph 1, Number 1 may receive payments under this law only if the majority of their forced labor took place on the territory of present day Austria. The Austrian Fund, therefore, is to take the necessary steps so that applications received by the Fund for whose processing it is not responsible can be accepted and transmitted directly to the processing center of the foundation “Remembrance, Responsibility, and Future.” On the other hand, it must be assured that in the case of payments to forced laborers there not be duplicate payments from the Foundation and the Fund.

Section 5.

(1) Payment of an award is made under the condition that the recipient make a declaration that with the receipt of an award under this federal law he renounces irrevocably any claim for slave labor or forced labor against the Republic of Austria or against Austrian business. The Fund is to assure that slave laborers and forced laborers covered under Section 2, Paragraph 1, Numbers 2 or 1 who receive payments from the “Remembrance, Responsibility and Future” Foundation of the Federal Republic of Germany also make an irrevocable renunciation of any claims for slave

labor and forced labor against the Republic of Austria and Austrian business enterprises. Likewise, slave laborers and forced laborers who receive payments under Section 2, Paragraph 1, Number 2 or 1 of this federal law must in their declaration to the Fund also renounce irrevocably any claims for slave labor or forced labor against the Federal Republic of Germany and German business enterprises.

(2) Austrian business enterprises for the purposes of this legislation are defined as all business enterprises that had or now have their headquarters on the territory of the present day Republic of Austria, as well as their parent companies even if they had or now have their headquarters in another country. In addition, Austrian business enterprises are those business enterprises located outside the territory of the present day Republic of Austria in which Austrian business enterprises as defined in Sentence 1 had or now have either directly or indirectly an ownership share of at least 25 per cent.

Section 6.

(1) The Fund shall have moneys in the amount of 6 billion Austrian shillings to carry out its tasks. This amount will consist of:

1. contributions of the federal government according to the federal financial legislation applicable at that time,
2. contributions of other regional bodies,
3. contributions from all areas of business and industry, and
4. other contributions.

(2) With the overall total cited in Paragraph 1, the Fund is fully capitalized. There is no obligation to make a supplementary payment.

(3) Contributions to the Fund are not subject to the inheritance tax nor the gift tax nor to any similar financial impositions having the same purpose or effect.

Section 7.

(1) The awarding of a payment under Section 3 to persons named in Section 2, Paragraphs 1 and 2 is to be made either through the partner organizations named in Paragraph 4 with whose governments pertinent bilateral agreements exist or directly by the Fund in cases where persons are not covered by the partner organizations named in Paragraph 4.

(2) Payments by the Fund are to be made according to administrative principles governing private enterprise.

(3) In Austria, payments to the Fund or the partner organizations are not subject to inheritance tax nor gift tax, and the recipient of a payment is not subject to income tax nor capital gains tax.

(4) The partner organizations are:

- the foundation “Understanding and Reconciliation” in the Republic of Belarus;
- the foundation “German-Polish Reconciliation” in the Republic of Poland;
- the foundation “Understanding and Reconciliation” in the Russian Federation;
- the “Czech Council for the Victims of National Socialism” in the Czech Republic;
- the National Foundation “Understanding and Reconciliation” in Ukraine;
- the foundation “Jewish Legacy in Hungary” in the Republic of Hungary.

(5) Within two months after this federal law comes into effect, the Fund in cooperation with the partner organizations is to give appropriate worldwide publicity to the payments made possible under this federal law. Specifically, this publicity is to contain information about the Fund and the partner organizations, the conditions that need to be fulfilled for awards, application deadlines, and information about the data verification that will be needed in this regard.

(6) Additional provisions for the award of payments will be laid out in the guidelines of the Fund and are to be addressed in the contracts to be concluded between the Fund and the partner organizations (Section 8, Paragraph 2).

Section 8.

(1) Moneys of the Fund will be transferred in the shortest possible time to the partner organizations according to actual need on the basis of lists, which are submitted by each partner organization and spot checked by the responsible organ of the Fund, of persons who according to Section 2, Paragraph 1 were permanent residents on February 15, 2000, of countries named in the bilateral agreements according to Section 7, Paragraph 1, and will also be given to cover appropriate personnel and material expenses of the partner organizations, including the cost of publicity stipulated in Section 7, Paragraph 5. Care must be taken in this respect that the Austrian origin of the money and its purpose be emphasized appropriately to the eligible recipients and to the public in the countries affected.

(2) It is intended that agreements be reached with the governments of countries named in Section 12, Paragraph 1, Number 8 stating that these countries will not assert nor advocate or support further claims against the Republic of Austria or against Austrian business enterprises in the category of past slave labor or forced labor. The modalities for making payments will

be established through agreements with the countries named in Section 7 as well as through contracts between the Fund and the partner organizations. In so far as partner organizations according to Article 7, Paragraph 4, are established in particular countries, then bilateral agreements should provide that:

1. eligibility for financial awards is to be established through appropriate documentation or other appropriate means,
2. persons whose complete and already examined files concerning the slave labor or forced labor done by them are already in the possession of the partner organization do not have to submit new applications for payment,
3. representatives of the Fund or persons commissioned by the Fund are to be permitted to exercise oversight or otherwise cooperate with regard to work of the partner organizations in so far as this would be related to the implementation of this federal legislation, and
4. financial payments are to be made without any deductions and, in particular, they are not to lead to any reduction of payments made under the social security and health insurance systems.
5. financial payments are to be made only upon submission of the declaration stipulated in Section 5, Paragraph 1 and that this declaration is to be forwarded to the Fund.

(3) In the interest of greatest possible transparency, a periodic international business audit is to be conducted at each of the partner organizations, the cost of which is to be paid by the Fund; the selection of the auditing organization is to be made by agreement between each partner organization and the Fund. The decision on the international business audit of the Fund will be made by the Board of Trustees.

Section 9.

(1) The Fund and the partner organizations are authorized to receive information necessary for carrying out its work from government agencies and other public institutions. Information may be withheld only when its transmission would be contrary to specific legal regulations or if the protection of individual privacy outweighs the legitimate desire of the Fund to have the information.

(2) The information received may be used only for carrying out the purposes of this federal law and the personal data of a claimant may be used only for the determination of payments. The use of these data for other purposes is only permitted if the claimant gives explicit permission.

Section 10.

(1) The organs of the Fund are the Board of Trustees (Section 11), the Committee (Section 13) and the Secretary General (Section 14).

(2) The public representative of the Fund is to be the chairperson of the Board of Trustees.

Section 11.

(1) The Board of Trustees is the highest organ of the Fund. It has particular responsibility for the following:

1. Release and publication of the Fund's standard operating procedures.
2. Release of Fund guidelines for making monetary awards.
3. Appointment of the members of the Committee.
4. Decision making on financial procedures.
5. The determination of which awards are to be decided upon by the Committee.
6. The determination of awards that are not transferred to the responsibility of the Committee.
7. Decision-making on the disposition of the Fund's capital assets.
8. Control over the purposeful expenditure of the Fund's capital assets.
9. Commissioning and implementing a periodical international business audit.
10. Approval of account balance statements.
11. Decision-making for the semi-annual report to the Federal Government.

(2) The Federal Government is to present promptly the report stipulated in Paragraph 1, Number 11 to the Principal Committee of the National Council and see to it that it is published.

Section 12. (Constitutional Provision)

(1) The Board of Trustees consists of the following:

1. the Federal Chancellor, the Federal Minister of Foreign Affairs, the Federal Minister of Finance, the Federal Minister for Business and Labor, or a representative of one or more of these offices,
2. a member to be sent by each of the parties represented in the National Council,
3. a member to be sent by the Conference of State Governors,
4. three business representatives to be sent by the working group called "Humanitarian Action Platform,"
5. a representative of the Austrian Working Group of Concentration Camp Associations and Resistance Fighters,
6. the Head of the Documentation Center of the Alliance of Jewish Victims of Persecution or his representative,
7. the Head of the Cultural Association of Austrian Roma Peoples or his representative,
8. One representative each of the governments of the Republic of Belarus, the Polish Republic, the Russian Federation, the Czech Republic,

Ukraine, the Republic of Hungary, and the United States of America to the extent that these countries choose to send representatives.

9. an attorney to be sent by the government of the United States of America.

(2) The chairperson of the Board of Trustees is the Federal Chancellor. On the recommendation of the chairperson, the Board of Trustees will elect a deputy chairperson, whose deputy in turn will be the person among the remaining members named in Paragraph 1, Line 1 above who is the oldest. The Board of Trustees will make its decisions on the basis of simple majority, provided that a quorum of at least half the members is present. In case of a tie, the vote will be decided by the chairperson or by the person who is serving in his place.

(3) The Board of Trustees may decide for individual agenda items to hear testimony of representatives of persons designated in Section 2, Paragraph 1 and 2, or of other persons having information.

(4) Work on the Board of Trustees will be carried out on a “pro bono” basis; necessary expenses will be reimbursed by the Fund.

Section 13.

(1) Members of the Committee are the chairperson of the Board of Trustees or a substitute named by him as chairperson, an additional member named by the Board of Trustees as deputy chairperson, as well as three additional members named by the Board of Trustees.

(2) The Committee decides according to its competencies under Section 11, Number 5 on the awarding of payments.

(3) The Committee makes decisions about the spot checking of the lists of persons submitted by the partner organizations in keeping with Section 2, Paragraph 1 and about appropriate measures to be based on this spot checking.

(4) The chairperson of the Committee or his deputy is to report to each meeting of the Board of Trustees on decisions made by the Committee since its previous meeting.

Section 14.

(1) The Secretary General supports the chairperson of the Board of Trustees in the administration of the Fund and prepares the factual documents and the decision documents of the Board of Trustees and of the Committee.

(2) The Secretary General is to be appointed by the Board of Trustees on the recommendation of the chairperson.

Section 15.

(1) Earnings on the capital fund and other income are to be used only in support of the goals of the Fund. This includes personnel and material expenditures.

(2) The Fund is to be established for a period of three years. At the end of that time, the Board of Trustees may decide to spend the remaining capital of the Fund for payments in connection with wrongs that had taken place on the territory of the present day Republic of Austria during the time of the National Socialist regime whereby particular consideration is to be given to the heirs of those slave laborers and forced laborers who died before the deadline (Section 3, Paragraph 2).

Section 16.

In so far as is relevant, any expressions in this federal law pertaining to persons pertain equally to women and to men.

Section 17. (Constitutional Provision)

This federal law will take effect as soon as it has been confirmed that all of the funds referred to in Section 6 are available and that the agreements with countries in which partner organizations according to Section 7, Paragraph 4 have been established and the agreement with the United States have been signed. The federal government will publish the effective date of this federal law in Volume I of the Federal Legislative Record.

Section 18.

The following are charged with the implementation of this federal law: the Federal Minister of Finance with regard to Section 4, Paragraph 4; Section 6, Paragraph 3; and Section 7, Paragraph 3;

2. the relevant federal minister for any matters covered in Section 12 that touch on his responsibilities;
3. the Federal Government for all remaining provisions.

Dokument 21

Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 180/A der Abgeordneten Dr. Josef Cap, Dr. Andreas Khol, Ing. Peter Westenthaler, Mag. Terezija Stoitsits und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz)

„Die Abgeordneten Dr. Josef Cap, Dr. Andreas Khol, Ing. Peter Westenthaler, Mag. Terezija Stoitsits und Genossen haben am 6. Juni 2000 den gegenständlichen Antrag im Nationalrat eingebracht.

Der Verfassungsausschuss hat den Initiativantrag in seiner Sitzung am 30. Juni 2000 in Verhandlung genommen.

In der Debatte ergriffen außer der Berichterstatterin, Abgeordnete Mag. Dr. Maria Theresia **Fekter**, die Abgeordneten Dr. Andreas **Khol**, Dr. Michael **Krüger**, Dr. Heinz **Fischer**, Mag. Terezija **Stoitsits**, Dr. Josef **Cap**, MMag. Dr. Madeleine **Petrovic** und Mag. Walter **Posch** sowie der Bundeskanzler Dr. Wolfgang **Schüssel** und die Regierungsbeauftragte zur Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter Dr. Maria **Schaumayer** das Wort.

Die Abgeordneten Dr. Josef **Cap**, Dr. Ulrike **Baumgartner-Gabitzer**, Dr. Michael **Krüger** und Mag. Terezija **Stoitsits** brachten einen umfassenden Abänderungsantrag ein.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der Fassung des oben erwähnten Abänderungsantrages einstimmig angenommen.

Ferner traf der Ausschuss einstimmig folgende Feststellungen:

Allgemeiner Teil

Das nationalsozialistische Regime hat in seiner unvorstellbar menschenverachtenden Ausformung unendlich viel Leid über Millionen von Menschen gebracht. Österreich, das am 13. März 1938 von Hitler-Deutschland besetzt wurde, hat in den Kriegsjahren als Staat nicht existiert. Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass unter den größten Verbrechern des nationalsozialistischen Regimes auch Österreicher waren.

Holocaust, aber auch Sklaven- und Zwangsarbeit waren Ausdruck einer grausamen Missachtung der Menschenrechte und bedeutete Deportation von Menschen aller Altersgruppen, ihre Entrechtung, Versklavung, Misshandlung, Verletzung ihrer Menschenwürde und in vielen Fällen ihre Vernichtung durch Arbeit. Viele der Betroffenen haben sich in ihrem späteren Leben vom Trauma der Verschleppung nie mehr befreien können.

Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky betonte am 8. Juli 1991 im Nationalrat die Mitverantwortung Österreichs, indem er ein Bekenntnis zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen, ablegte.

Bundespräsident Dr. Thomas Klestil verwies auf die moralische Mitverantwortung Österreichs, in dem er anlässlich seiner Rede in Jerusalem am 15. November 1994 ausführte: ‚Heute wissen wir Österreicher, dass das Eingeständnis der vollen Wahrheit zu lange auf sich warten ließ: Wir wissen, dass wir oft nur davon gesprochen haben, dass Österreich als erster Staat seine Freiheit und Unabhängigkeit an den Nationalsozialismus verlor – aber viel zu selten auch darüber, dass manche der ärgsten Schergen der NS-Diktatur Österreicher waren. Kein Wort der Entschuldigung könnte je den Schmerz über den Holocaust aus dem Gedächtnis löschen – namens der Republik Österreich verbeuge ich mich vor den Opfern von damals.‘

Aus Anlass des 50. Jahrestages der Wiedererrichtung der Republik Österreich wurde der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus eingerichtet, um an das unermessliche Leid zu erinnern, das der Nationalsozialismus über Millionen von Menschen gebracht hat, und der Tatsache zu gedenken, dass auch Österreicher an diesen Verbrechen beteiligt waren. Dieser Fonds erbringt Leistungen als Geste der Anerkennung erlittenen Unrechts an österreichische Opfer des Nationalsozialismus.

Nach der Einrichtung des Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus im Jahr 1995 hat die Österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Viktor Klima und Vizekanzler Dr. Wolfgang Schüssel den Weg der Aufarbeitung der österreichischen Vergangenheit durch die Einsetzung der Historikerkommission der Republik Österreich 1998 konsequent fortgesetzt.

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Wolfgang Schüssel betonte in seiner Regierungserklärung am 9. Februar 2000: ‚Wenn wir über die Zukunft der Jugend reden, dann müssen wir ihr auch etwas ganz Wesentliches mit auf den Weg geben: das Wissen um die Geschichte dieses Landes. Österreichs NS-Vergangenheit erfordert eine besonders wache und kritische Auseinandersetzung und die notwendige Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems. Dieses Wissen und die Sensibilität müssen wir künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergeben. Einige wichtige Schritte wurden in den letzten Jahren bereits gesetzt.‘

Jetzt geht es darum, dass die Bundesregierung im Lichte des Zwischenberichtes der Österreichischen Historikerkommission die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffene-

nen Unternehmen rasch entschädigt. Die neue Bundesregierung wird darauf drängen, dass die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter so schnell wie möglich zu ihrem Recht kommen.“

Am 15. Februar 2000 hat die Österreichische Bundesregierung unter Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel und Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer mittels Ministerratsbeschlusses die frühere Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank, Dr. Maria Schaumayer, als Regierungsbeauftragte mit der Führung der Verhandlungen über österreichische Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich beauftragt. Ziel der Verhandlungen war es, durch freiwillige Leistungen Österreichs auf der Grundlage einer eigenständigen österreichischen Fondslösung einerseits einer moralischen Verpflichtung Österreichs gegenüber den Opfern der so genannten Sklavenarbeit und der Zwangsarbeit nachzukommen, die sich aus der Arbeitsleistung der Betroffenen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich ergibt, und andererseits den Rechtsfrieden für die österreichische Wirtschaft auf den mittel- und osteuropäischen Märkten und dem amerikanischen Markt sicherzustellen. Dieser Lösungsansatz, der mit dem vorliegenden Gesetz verwirklicht werden soll, sieht ein Abwicklungsmodell für die österreichischen Leistungen vor, die den hochbetagten Opfern rasch und möglichst ungeschmälert zukommen sollen.

Die Leistungen nach diesem Bundesgesetz werden von der Republik Österreich auf freiwilliger Basis erbracht und setzen sich aus Beiträgen des Bundesbudgets, der Gebietskörperschaften, der österreichischen Wirtschaft und sonstigen Beiträgen zusammen. Auf Grund der Bestimmungen der Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955, bestehen keine Rechtsansprüche.

Die Regierungsbeauftragte Dr. Maria Schaumayer hat in intensiven Verhandlungen mit allen beteiligten Partnern und zuletzt bei der Versöhnungsfondskonferenz in der Wiener Hofburg am 16. und 17. Mai 2000, die unter dem Ko-Vorsitz des amerikanischen Vizefinanzministers Stuart Eizenstat stattfand, und an der Regierungsdelegationen aus der Republik Belarus, der Polnischen Republik, der Russischen Föderation, der Tschechischen Republik, der Ukraine und der Ungarischen Republik teilnahmen, grundsätzliche Zustimmung zu den wesentlichen Punkten der geplanten österreichischen Fondslösung für diese Leistungen erhalten.

Es ist beabsichtigt, mit den Regierungen der obgenannten mittel- und osteuropäischen Staaten und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage des vorliegenden Versöhnungsfonds-Gesetzes Regierungsübereinkommen abzuschließen, in denen sowohl die Rechtssicherheit für die österreichische Wirtschaft gesichert wird, als auch Vorkehrungen für die Abwicklung der Leistungen des geplanten österreichischen Versöh-

nungsfonds im Wege der in den mittel- und osteuropäischen Ländern bestehenden Versöhnungstiftungen getroffen werden sollen.

Die Österreichische Bundesregierung und der Österreichische Nationalrat sind sich der Tatsache bewusst, dass die Leiden und Demütigungen der Opfer der Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, zu denen vor allem auch die Häftlinge in Konzentrationslagern, die zur Arbeit gezwungen wurden (so genannte Sklavenarbeiter), und der zivilen Arbeitskräfte, die auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert oder hier gegen ihren Willen festgehalten und zur Arbeit gezwungen wurden (Zwangsarbeiter), gehörten, mit Geldleistungen nicht gut zu machen sind.

Österreich anerkennt mit den auf der Basis des vorliegenden Gesetzes zu erbringenden, freiwilligen Leistungen das Leiden der Opfer der Sklaven- und Zwangsarbeit, die ausgenutzt wurden, um einen Beitrag zur damaligen Wirtschaft zu leisten, der in einigen Fällen noch heute nachvollziehbar ist. Für die Opfer war der Ort ihres Einsatzes Österreich, auch wenn es damals nicht existierte.

Die Leistungen aus diesem Gesetz richten sich vorwiegend an diejenigen ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, die auf Grund der zynischen ‚NS-Hierarchie der Nationalitäten‘ in der Zeit des NS-Regimes ein überdurchschnittlich schweres Schicksal und eine besondere Diskriminierung erlitten haben, wobei der Fonds allen Personen offen steht, deren Behandlung durch das NS-Regime den oben erwähnten unmenschlichen Behandlungen gleichkam. Eine Voraussetzung für die Leistung ist die territoriale Zuordnung zum Staatsgebiet der heutigen Republik Österreich.

Das österreichische Versöhnungsfondsgesetz wird Leistungen an Zwangsarbeiter in Industrie und Landwirtschaft erbringen und sieht dafür die Elemente der Deportation bzw. der Verweigerung der Rückkehr in das Heimatland, die schlechten Lebensbedingungen, im Falle der Zwangsarbeiter in der Industrie die haftmäßige Unterbringung oder ähnliche Freiheitsbeschränkungen, im Falle der Zwangsarbeit in der Landwirtschaft die Einschränkung der persönlichen Rechte oder die besonders strengen Disziplinarmaßnahmen als leistungsbegründend an. Diese Elemente treffen insbesondere auf die Angehörigen der früheren Sowjetunion (Ostarbeiter), Polen, Slowenen, Serben, Balten und Tschechen zu.

Darüber hinaus sollen auch Personen leistungsberechtigt sein, die dauernde schwere psychische oder physische Schäden als Resultat ihrer Sklaven- oder Zwangsarbeit davongetragen haben.

Desgleichen anerkennt Österreich auch seine Verantwortung für die Sklavenarbeiter, die auf seinem heutigen Staatsgebiet zur Arbeit gezwungen wurden und berücksichtigt dementsprechend österreichische Sklavenarbeiter und Opfer, die in KZ-ähnlichen Lagern zur Sklavenarbeit gezwun-

gen wurden und von der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ der Bundesrepublik Deutschland nicht umfasst sind. Zu diesem Personenkreis gehören insbesondere auch ungarische Juden, die in den Jahren 1944 und 1945 von Ungarn in KZ-ähnliche Lager in der Umgebung von Wien deportiert wurden und im Großraum Wien zum Arbeitseinsatz kamen, und jene, die zum Bau des ‚Südostwalls‘ auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden, und in der oe. deutschen Stiftung keine Berücksichtigung finden würden.

Als besondere Opfergruppen bedenkt das Gesetz Kinder und Minderjährige, die ohne zur Arbeit gezwungen worden zu sein, mit einem oder beiden Elternteilen mitdeportiert wurden, sowie Zwangsarbeiterinnen, die Kinder in Ostarbeiterinnen-Entbindungsheimen zur Welt bringen mussten, wo Kinder oft unmittelbar danach zu Tode gebracht wurden, oder die zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden.

Die Einbeziehung der in den mittel- und osteuropäischen Staaten (§ 7 Abs. 4) bestehenden Versöhnungstiftungen dient der Effizienz und Sparsamkeit des Abwicklungsprozesses, wobei auf diese Weise auch vermieden wird, dass bereits registrierte, betagte Opfer erneut einen Antragstellungsprozess über sich ergehen lassen müssen, sofern ihre Unterlagen bereits in den Datenbanken der Stiftungen zur Verfügung stehen. Anträge aus allen anderen Ländern, wie auch Anträge nach § 2 Abs. 1 Z 3 (Härfälle) werden direkt an den Fonds zu richten sein.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat ihre Bereitschaft bekundet, an der Erreichung des Rechtsfriedens in den Vereinigten Staaten mitzuarbeiten, der eine der Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Gesetzes ist. Die österreichische Wirtschaft hat in vielfachen Erklärungen ihre Absicht bekundet, nach Erreichung des Rechtsfriedens in den Vereinigten Staaten ihren Beitrag zur Dotierung des Versöhnungsfonds zu leisten.

Besonderer Teil

Zu § 1:

Der auf die Dauer von drei Jahren eingerichtete Fonds ist in Relation zur zu erwartenden Zahl von bis zu 150 000 potentiellen Leistungsanträgen mit gesamthaft 6 Milliarden Schilling ausreichend dotiert. Ein Restvermögen wird durch Entscheidung des Kuratoriums für Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah, verwendet werden, wobei vor allem auch Erben jener Sklaven- und Zwangsarbeiter, die vor dem Stichtag des 15. Februar 2000 verstorben sind, Berücksichtigung finden sollen.

Bei der Ausarbeitung des Gesetzes wurden neben der Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Regierungen und deren Opferverbänden und

Stiftungen sowie der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika, auch die Anregungen der österreichischen Opferverbände und der Israelitischen Kultusgemeinde, jene der anwaltlichen Vertreter von Opfern und jene von beklagten Firmen berücksichtigt. Die Erfahrungen und die Anliegen einer großen Zahl ehemaliger Sklaven- und Zwangsarbeiter sind im Wege einer umfangreichen Korrespondenz der Regierungsbeauftragten ebenso in diesen Prozess eingeflossen.

§ 1 Abs. 1 legt den Zweck des Fonds, seinen Namen und seinen Sitz fest. Die Kurzform des Namens, ‚Versöhnungsfonds‘, ist der Öffentlichkeit durch die Berichterstattungen im Zusammenhang mit den Verhandlungen bereits bekannt.

Die Begriffe ‚Sklavenarbeit‘ und ‚Zwangsarbeit‘ sind in dieser Bestimmung (ebenso wie in § 5 Abs. 1, § 8 Abs. 2, § 8 Abs. 2 Z 2) nicht in der engeren Bedeutung von § 2 Abs. 1 Z 1 und Z 2 zu verstehen, sondern als sämtliche Tatbestände umfassend, auf Grund derer Leistungen nach diesem Bundesgesetz erbracht werden können.

§ 1 Abs. 2 definiert das Ziel des Fonds, wobei der Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit im Vordergrund steht und auch im Zusammenhang mit der geplanten Erweiterung der Europäischen Union und der europäische Integration zu sehen ist.

§ 1 Abs. 3 verleiht dem Fonds als Einrichtung der Republik eigene Rechtspersönlichkeit. Seine Tätigkeit übt der Fonds im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung aus (vgl. § 7 Abs. 2).

Zu § 2:

§ 2 regelt die Kriterien für eine Leistungserbringung.

§ 2 Abs. 1 und 2 legen die verschiedenen Kategorien von natürlichen Personen fest, die zum Empfang einer einmaligen Geldleistung auf der Grundlage des Gesetzes berechtigt sind. Mit Ausnahme der mitdeportierten Kinder (Abs. 1 Z 4) ist allen Leistungsberechtigten gemein, dass sie zur Arbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gezwungen wurden bzw. unter diskriminierenden Bedingungen arbeiten mussten (Abs. 2). Abs. 1 richtet sich an Personen, die ihren Wohnsitz nicht auf dem Gebiet des heutigen Österreich gehabt haben, Abs. 2 an Personen, die während der Zeit des Zweiten Weltkriegs ihren gewöhnlichen Wohnsitz auf dem Gebiet des heutigen Österreich hatten.

Die Kategorien der Abs. 1 und 2 stellen auf objektive Kriterien der Diskriminierung ab und begründen eine Leistung unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation. Gleiches Leid und gleich schwere Diskriminierung sollen unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit mit gleicher Leistung bedacht werden.

Der Einleitungssatz des § 2 Abs. 1 Z 1 umschreibt die drei Möglichkeiten, die das Kriterium der Deportation erfüllen, nämlich zwangsweise Deportation, Verbringung, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen (etwa über die Arbeits- oder Einkommensverhältnisse oder die Möglichkeit, jederzeit in das Heimatland zurückzukehren) und Hinderung an der Heimkehr nach freiwilliger Anreise zur Arbeit. Das Kriterium der besonders schlechten Lebensbedingungen soll eine Abgrenzung gegenüber ausländischen Zivilarbeitern ermöglichen, die den deutschen Arbeitern gleich- oder ähnlichgestellt waren.

Die unter § 2 Abs. 1 Z 1 lit. a und b genannten Bedingungen, welche für eine Leistung jeweils kumulativ mit den Bedingungen des Einleitungssatzes vorliegen müssen, stellen auf die Einsatzmöglichkeiten der Zwangsarbeiter ab, und zwar in der Wirtschaft (lit. a; vgl. § 3 Z 2) bzw. der Landwirtschaft und in der Form persönlicher Dienstleistungen (lit. b; vgl. § 3 Z 3).

In den Fällen des Zwangsarbeitereinsatzes in der Wirtschaft wurden die Betroffenen in der Regel entweder in Barackenlagern untergebracht oder zumindest in ihrer Bewegungsfreiheit massiv eingeschränkt (Bewachung, Ausgangskontrolle usw., aber auch durch das Tragen der obligatorischen Abzeichen ‚P‘ für Polen und ‚Ost‘ für Ostarbeiter aus der damaligen Sowjetunion).

In der Landwirtschaft waren diese Einschränkungen der Freizügigkeit zwar geringer, jedoch waren die Betroffenen in diesem Fall anderen Beschränkungen unterworfen (die zumeist auch für Industriearbeiter zutrafen), wie zB das Verbot der Fraternisierung, das Verbot der Benützung öffentlicher Einrichtungen und Verkehrsmittel, Beschränkungen der Religionsfreiheit, wobei Zwangsarbeiter bei Verstößen gegen die in den diversen Erlässen geregelten Sondernormen mit schwersten Disziplinarmaßnahmen bis hin zur Einweisung in Konzentrationslager oder den Tod durch den Strang zu rechnen hatten.

§ 2 Abs. 1 Z 2 betrifft die so genannten Sklavenarbeiter, das sind Zwangsarbeiter, die Häftlinge in Konzentrationslagern oder KZ-ähnlichen Lagern waren und unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden.

Dabei werden Sklavenarbeiter, die gemäß § 11 Abs. 1 Z 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ der Bundesrepublik Deutschland in einem Konzentrationslager im Sinne des § 42 Abs. 2 Bundesentschädigungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland zur Arbeit gezwungen wurden, vom Leistungsbereich der deutschen Stiftung umfasst (vgl. auch § 4 Abs. 5). Dazu gehören die Konzentrationslager Mauthausen und seine Nebenlager sowie die Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau, die sich auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich befanden.

Die Bestimmung des § 2 Abs. 1 Z 2 ist als komplementäre Bestimmung zu der oben zitierten Bestimmung des deutschen Stiftungsgesetzes zu sehen. Eine Liste der Lager, die als KZ-ähnlich anzusehen sind, ist diesen erläuternden Bemerkungen als Annex angeschlossen. In jedem Fall zählen dazu jene Lager, in denen die in den Jahren 1944 und 1945 aus Ungarn nach Österreich deportierten ungarischen Juden inhaftiert waren, die von dort aus im Großraum Wien und beim ‚Südostwallbau‘ zum Einsatz kamen.

Weiters gehören zu den KZ-ähnlichen Lagern die auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich vom nationalsozialistischen Regime eingerichteten Anhaltelager für Roma und Sinti, von denen aus Deportationen in Konzentrationslager erfolgten. Eine Einweisung in ein Arbeiterziehungslager ist im Regelfall gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 zu bewerten. Die konkreten Umstände können aber auch eine Einstufung gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 rechtfertigen.

Die Sklavenarbeit soll als solche unabhängig davon anerkannt werden, ob der Betroffene vom Konzentrationslager aus zur Arbeit in Fabriken oder an andere Arbeitsplätze (zB Baustellen) verbracht wurde, oder ob die Arbeit im Konzentrationslager erfolgte.

§ 2 Abs. 1 Z 3 ist als Härteklauselel konzipiert. Unabhängig davon, ob die Bedingungen des Abs. 1 Z 1 lit. a und b erfüllt sind, sollen jedenfalls jene Personen – wiederum unabhängig von ihrer Nationalität – leistungsberechtigt sein, die durch Zwangsarbeit eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben (Langzeitfolgen). Auch in diesem Punkt genügt eine Glaubhaftmachung, um eine Leistung zu begründen.

§ 2 Abs. 1 Z 4 betrifft Kinder und Minderjährige, die vor Vollendung des 12. Lebensjahres mit einem oder beiden Elternteilen, der (die) Sklaven- oder Zwangsarbeiter gemäß Z 1 bis Z 3 war(en), mitdeportiert oder während des Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter auf dem Gebiet des heutigen Österreich geboren wurden. Wie aus Firmenarchiven hervorgeht, hatten Betriebe, die Zwangsarbeiter beschäftigten, teilweise Kinderverwahrungsorte eingerichtet. Jedenfalls erlitt diese Personengruppe bei der Deportation ein den Erwachsenen mindestens vergleichbares Trauma. Die Altersgrenze erklärt sich durch den Umstand, dass Kinder und Minderjährige unter zwölf Jahren normalerweise nicht zum Arbeitseinsatz kamen. Dies trifft jedoch nicht auf KZ-Häftlinge zu.

Sollte ein Kind oder Minderjähriger unter 12 Jahren zur Arbeit gezwungen worden sein, steht eine eigenständige Leistung nach Z 1 bis 3 zu.

§ 2 Abs. 2 regelt die Leistungen an Personen, die während des nationalsozialistischen Regimes ihren gewöhnlichen Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hatten und aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientie-

rung, auf Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der so genannten Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten unter Bedingungen arbeiten mussten, die jenen des Abs. 1 Z 1 lit. a oder b gleichkamen.

Österreichische Sklavenarbeiter sind durch Abs. 1 Z 2 erfasst. Der Tatbestand des Abs. 2 erfasst heutige Österreicher und damals in Österreich wohnhafte Personen, die aus den genannten Gründen in Lagern oder unter vergleichbaren Bedingungen oder unter besonderer Diskriminierung arbeiten mussten. Eine Liste dieser Lager findet sich im Annex zu diesem Ausschussbericht. Zu ihnen zählen Lager für so genannte ‚Mischlinge‘ oder für Personen aus ‚geschützten Ehen‘, aber auch die Zwangsarbeit bei kommunalen Einrichtungen, wie Müllsammelstellen, oder bei der Bombenräumung und dergleichen.

Eine Verpflichtung zur Arbeit im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten liegt vor, wenn zB Personen, die im Rahmen von Euthanasieprogrammen (zB am Spiegelgrund) in Anstalten eingewiesen wurden, an diesem Ort auch eine Arbeitsleistung zu erbringen hatten. Dabei sollen in diesem Falle auch Opfer berücksichtigt werden, die nur deshalb keine Arbeitsleistung zu erbringen hatten, weil dies ihr gesundheitlicher Zustand nicht zuließ.

§ 2 Abs. 3 stellt fest, dass Kriegsgefangene keine Leistungen erhalten werden. Dabei ist es unerheblich, ob Kriegsgefangene als solche bezeichnet wurden oder – wie im Falle der italienischen Militärinternierten – aus völkerrechtswidrigen Gründen nicht als solche bezeichnet wurden. Ebenso wenig ist die Entscheidung des nationalsozialistischen Regimes von Bedeutung, Kriegsgefangene nicht freizulassen, sondern ihren Status in den eines Zivilarbeiters umzuwandeln.

Zu § 3:

Die österreichischen Beträge für die einzelnen Kategorien (ausgenommen Härtefälle) sind Fixbeträge, was dem Prinzip der individuellen Leistungsberechtigung entspricht (vgl. auch die Stichtagsregelung im § 4 Abs. 2).

Die Beträge werden in österreichischen Schilling (nach dem 1. Jänner 2002 in Euro) ausbezahlt werden. Die Beträge (zB 105000 S für Sklavenarbeiter) erklären sich aus den Beträgen der deutschen Stiftung (siehe oben), die für die beiden Kategorien Sklavenarbeiter und Zwangsarbeiter in gewerblichen Unternehmen oder bei öffentlichen Einrichtungen bis zu 15000 DM bzw. bis zu 5000 DM vorsehen. Aus Gründen der Gleichbehandlung orientieren sich die Beträge des Gesetzes an den deutschen Beträgen.

Im Falle von Zwangsarbeit in der Landwirtschaft und im Bereich der persönlichen Dienstleistungen sieht die deutsche Stiftungslösung keine ausdrückliche Leistung vor (eine Leistung kann dennoch durch eine Öff-

nungsklausel durch die mit der Abwicklung betrauten Stiftungen erfolgen).

§ 3 Abs. 1 Z 1 sieht eine Leistung von 105000 S für Sklavenarbeiter vor (vgl. die Erläuterungen zu § 2 Abs. 1 Z 2).

§ 3 Abs. 1 Z 2 setzt die Leistung für Zwangsarbeiter in der Industrie, im Gewerbe, der Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei der Reichsbahn und der Reichspost mit 35000 S fest. Die höhere Leistung als jene für landwirtschaftliche Zwangsarbeiter (Z 3, siehe unten) erklärt sich aus den im Regelfall härteren Arbeitsbedingungen in der Industrie bzw. im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen.

Dazu kam eine, vor allem in den letzten beiden Kriegsjahren nicht zu unterschätzende Gefährdung durch die alliierten Bombardements. Es war den Zwangsarbeitern in der Industrie nicht erlaubt, bei Bombenangriffen die Luftschutzkeller aufzusuchen. Eine beträchtliche Anzahl von Zwangsarbeitern starb bei den Bombardements der für die Alliierten strategisch wichtigen industriellen Kriegsziele.

Nach Angaben der mit diesen Fragen befassten Historiker ist davon auszugehen, dass nahezu jeder gewerbliche Betrieb und die meisten öffentlichen Einrichtungen Zwangsarbeiter einsetzten. Da bei der Leistungserbringung insbesondere das Kriterium der Deportation und des damit verbundenen Traumas eine wesentliche Rolle spielt, wurde von einer differenzierten Zuweisung nach Dauer des Zwangsarbeitereinsatzes Abstand genommen. Ebenso wird in Fällen, in denen es eine Fluktuation zwischen Industrie und Landwirtschaft gegeben hat (zB Ernteeinsatz von Industriearbeitern) der höhere Betrag der Industriekategorie geleistet werden, sodass die Leistung von 20000 S des § 3 Abs. 1 Z 3 nur an jene Personen zur Auszahlung gelangen wird, die ausschließlich in der Landwirtschaft oder ausschließlich im Bereich der persönlichen Dienstleistungen gearbeitet haben.

Daneben wird es Leistungen nach § 3 Abs. 1 Z 3 auch für Zwangsarbeit im Bereich der persönlichen Dienstleistungen (Haushalt, Hotels usw.) geben, da auch diese Arbeiten im Normalfall unter wesentlich besseren Bedingungen erfolgten als im Bereich der Industrie und der öffentlichen Dienstleistungen.

Kinder und Minderjährige unter zwölf Jahren (vgl. § 2 Abs. 1 Z 4) werden gemäß § 3 Abs. 1 Z 4 den Betrag des Elternteils, mit dem sie mitdeportiert wurden, bzw., im Falle der auf dem Gebiet des heutigen Österreich geborenen Kinder, jenen der Mutter erhalten. Im Falle der Mitdeportation mit beiden Elternteilen, denen ein unterschiedlicher Betrag zusteht, gilt der höhere Betrag.

§ 3 Abs. 1 Z 5 regelt eine zusätzliche Leistung (zusätzlich zur Leistung für die Sklaven- oder Zwangsarbeit), welche für Mütter vorgesehen ist, die

ihre Kinder während der Sklaven- oder Zwangsarbeit in speziellen Geburtenheimen (Ostarbeiterinnen-Entbindungsheime) zur Welt bringen mussten (was im Normalfall den Tod des Kindes zur Folge hatte) oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden.

§ 3 Abs. 2 gibt den Organen des Fonds eine Flexibilität bei der Bemessung von Leistungen gemäß § 2 Abs. 1 Z 3 (Härfälle), indem für Leistungen an die Betroffenen nur die Höchstgrenzen der jeweils zutreffenden Kategorien festgelegt sind. Da die von den Partnerorganisationen (siehe unten) vertretenen Opfer bei Erfüllung der Kriterien des § 2 Abs. 1 in jedem Falle als Leistungsberechtigte angesehen werden, kommt eine Leistungszumessung nach § 2 Abs. 1 Z 3 nur beim Fonds in Betracht.

§ 3 Abs. 3 stellt eine Kollisionsnorm dar und bestimmt, dass Personen, die die Voraussetzungen nach mehreren Kategorien erfüllen, den jeweils höchsten Betrag erhalten.

Zu § 4:

§ 4 erläutert nähere Details der Leistungen.

§ 4 Abs. 1 hält fest, dass es auf Grund der Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich, BGBl. Nr. 152/1955, keinen Rechtsanspruch auf Leistungen nach diesem Bundesgesetz geben kann.

Artikel 21 des Staatsvertrages besagt: ‚Von Österreich werden keine Reparationen verlangt, die sich aus dem Bestehen eines Kriegszustandes in Europa nach dem 1. September 1939 ergeben‘. Schon auf der Potsdamer Konferenz (siehe Verhandlungsprotokoll der Konferenz, 2. August 1945) und anlässlich der 6. Session des Rates der Außenminister in Paris (siehe Communiqué der 6. Session, 20. Juni 1949) hatten die Alliierten in einer fast gleich lautenden Bestimmung vereinbart, von Österreich keine Reparationen zu verlangen. Nach dem Verständnis des damaligen Völkerrechts umfasste der Begriff der Reparationen zum einen alle mit einem Krieg in Zusammenhang stehenden Handlungen und erstreckte sich somit auch auf Ansprüche, die aus Zwangsarbeit abgeleitet werden könnten. Er umfasste ferner auch individuelle Ansprüche aus kriegsbedingten oder mit dem Krieg in Zusammenhang stehenden Tatsachen. Daraus folgt, dass die Alliierten Mächte bereits durch die Vereinbarungen von Potsdam und Paris, die in Artikel 21 des Staatsvertrages vertraglich bestätigt wurden, auf Geltendmachung aller Entschädigungsansprüche wegen geleisteter Zwangsarbeit verzichtet haben.

Artikel 26 des Staatsvertrages regelt völkerrechtlich verbindlich und in abschließender Weise die Verpflichtung Österreichs zur Rückgabe von Vermögen, das im Gebiet der Republik seit dem 13. März 1938 Personen wegen ihrer rassischen Abstammung oder Religion unrechtmäßig entzo-

gen wurde, oder – wenn eine solche Rückgabe nicht mehr möglich ist – zur Entschädigung. Durch Notenwechsel mit den drei Westalliierten aus dem Jahre 1959 haben diese angesichts der bis dahin erlassenen Rückstellungsgesetzgebung und der in diesen Notenwechseln vorgesehenen Maßnahmen verzichtet, weitere auf diese Bestimmung gestützte Forderungen im diplomatischen Wege vorzubringen oder zu unterstützen.

§ 4 Abs. 2 wiederholt den individuellen Charakter der Leistungen, die als Geste für das persönlich erlittene Unrecht verstanden werden will, weshalb diese Leistungen weder pfändbar, noch verpfändbar sind. Die Leistungen sollen nach Erfüllung eines minimalen Beweiserfordernisses erbracht werden. Urkunden können, müssen aber nicht vorgelegt werden. Wegen des langen Zeitablaufes seit den Geschehnissen genügt eine Glaubhaftmachung, die auch auf andere Weise als durch Urkunden zB Zeugenaussagen erfolgen kann.

Der Stichtag 15. Februar 2000, mit dem eine Vererblichkeit des Anspruches eintritt (ein langer Zeitablauf nach Beginn der Erarbeitung einer Regelung für die Leistungen soll nicht zu Lasten der Opfer gehen), wurde mit dem Tag der Bestellung der Regierungsbeauftragten Dr. Maria Schaumayer durch den Ministerrat festgesetzt. Für die Erbfolge im Falle des Ablebens eines Opfers am oder nach dem Stichtag gilt das jeweilige nationale Erbrecht des Leistungsberechtigten (testamentarisches oder gesetzliches Erbrecht).

§ 4 Abs. 3 regelt die Antragsfrist (Einlangen der Anträge bis zwei Jahre ab Inkrafttreten des Bundesgesetzes; Ausschlussfrist), die im Vergleich zu ähnlichen Regelungen (das oe. deutsche Stiftungsgesetz setzt die Antragsfrist mit acht Monaten ab Inkrafttreten des Gesetzes fest) großzügig bemessen ist. Zusätzlich kann das Kuratorium (§ 11) eine Verlängerung der Antragsfrist um höchstens ein Jahr beschließen. Anträge können bei den Partnerorganisationen (§ 7 Abs. 4) oder direkt beim Fonds eingebracht werden.

Es ist vorgesehen, dass Organisationen, die Opfer in Ländern außerhalb der Länder der Partnerorganisationen vertreten („Rest der Welt“), Sammelübermittlungen von Anträgen durchführen können. Die Leistungsbechtigung der in den Sammelanträgen enthaltenen Personen werden vom Fonds individuell geprüft und Leistungen auf Grund der Sammelanträge direkt an die Leistungsberechtigten erbracht werden.

§ 4 Abs. 4 legt fest, dass Anträge an den Fonds von allen bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit sind.

§ 4 Abs. 5 regelt Abgrenzungen gegenüber der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland.

Personen, die von dieser Stiftung eine Leistung auf Grund von Sklavennarbeite gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 Z 1 des Gesetzes zur Errichtung einer Stif-

tung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ (nicht auf Grund von Vermögensansprüchen) erhalten können (vgl. erläuternde Bemerkungen zu § 2 Abs. 1 Z 2), sind von Leistungen nach diesem Bundesgesetz ausgeschlossen.

Zwangsarbeiter gemäß § 2 Abs. 1 Z 1 sollen nach dem zweiten Satz des § 4 Abs. 5 je nach der überwiegenden Dauer ihres Einsatzes nur eine Leistung, und zwar entweder aus der Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘ oder nach diesem Bundesgesetz erhalten können, wobei eine Leistung vom Fonds nur bei einem überwiegenden Teil des Zwangsarbeiter-einsatzes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich erbracht wird.

Den Organen des Fonds wird weiters aufgetragen, Anträge, für die nicht der Fonds, sondern die deutsche Stiftung zuständig ist, nicht zurückzuweisen, sondern zur Vermeidung eines Zeitverlustes und im Sinne einer unbürokratischen Erledigung direkt an die Abwicklungsstelle der Stiftung weiterzuleiten bzw. solche im umgekehrten Falle auch direkt von der Stiftung entgegenzunehmen.

Der letzte Satz des § 4 Abs. 5 trägt dem Fonds auf, die Abgrenzungsregelung der überwiegenden Dauer gegenüber der deutschen Stiftung auch in den Verträgen mit den Partnerorganisationen zu berücksichtigen und bei den Partnerorganisationen auf die Vermeidung von Doppelzahlungen zu achten.

Zu § 5:

§ 5 Abs. 1 verpflichtet die Leistungsempfänger zum Anspruchsverzicht auf weitere Leistungen auf Grund von Sklaven- und Zwangsarbeit gegenüber der Republik Österreich und österreichischen Unternehmen. Diese Erklärung hat der Leistungsempfänger beim Empfang der Leistung Zug um Zug zu unterfertigen. Die Erklärungen sind entweder durch die Partnerorganisationen vorzubereiten und nach Unterfertigung an den Fonds weiterzuleiten (§ 8 Abs. 2 Z 5) oder den Leistungsberechtigten vom Fonds vor Auszahlung zur Unterschrift vorzulegen.

Die Begriffe ‚Sklavenarbeit‘ und ‚Zwangsarbeit‘ sind in dieser Bestimmung wie in § 1 Abs. 1 zu verstehen.

Satz 2 und 3 des § 5 Abs. 1 trägt dem Umstand Rechnung, dass die deutsche Stiftung und der österreichische Fonds bei ihren Leistungen für Sklaven- und Zwangsarbeiter (nicht jedoch in den Fällen des § 2 Abs. 1 Z 4) gleichzeitig befreiend für Deutschland und Österreich und die Unternehmer beider Staaten leisten, weshalb auch die Verzichtserklärung den unwiderrufflichen Verzicht auf die Geltendmachung von Forderungen gegen beide Staaten und die Unternehmen beider Staaten beinhalten muss. Da die Verzichtserklärung im Falle der deutschen Stiftung auch Vermögensschäden umfasst, wird mit der deutschen Stiftung, die ebenfalls eine Verzichtserklä-

zung für beide Staaten und Unternehmen beider Staaten vorsieht, eine Zweiteilung der von der deutschen Stiftung von Leistungsempfängern verlangten Erklärung zwischen Leistungen für Vermögensschäden und Leistungen für Sklaven- und Zwangsarbeit zu vereinbaren sein.

§ 5 Abs. 2 definiert den im vorhergehenden Absatz verwendeten Begriff des österreichischen Unternehmens. Die Definition entspricht spiegelbildlich der deutschen Regelung im § 12 Abs. 2 des Gesetzes zur Errichtung einer Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung und Zukunft‘.

Zu § 6:

Der Fonds verfügt über einen Gesamtbetrag von 6 Milliarden Schilling (Abs. 1), welcher aus vier potentiellen Quellen gespeist wird:

- Z 1: Vom Bund nach Maßgabe des jeweils geltenden Bundesfinanzgesetzes,
- Z 2: von anderen Gebietskörperschaften,
- Z 3: aus allen Bereichen der Wirtschaft und
- Z 4: durch sonstige Zuwendungen.

Eine Aufteilung des Gesamtbudgets auf die Beitragenden ist nicht im Gesetz vorgesehen, jedoch tritt das Gesetz erst in Kraft, wenn die erwähnten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung stehen (§ 17), dh. dem Fonds rechtsverbindlich zugesagt sind.

Eine Nachschusspflicht für den Fonds über seinen Gesamtbetrag hinaus besteht nicht (Abs. 2). Fondsbeiträge sind von allen Steuern und Abgaben befreit (Abs. 3).

Zu § 7:

Die Abwicklung der Leistung kann grundsätzlich auf zwei Arten erfolgen. Einerseits wird die Abwicklung im Wege über die in Abs. 4 genannten Partnerorganisationen erfolgen, das sind die zwischen Deutschland und Polen, Russland, Weißrussland und der Ukraine 1991 bzw. 1993 ins Leben gerufenen Versöhnungstiftungen sowie die seitens der Regierung der Tschechischen Republik jüngst gegründete tschechische Stiftung und die Stiftung ‚Jüdisches Erbe in Ungarn‘. Für die Details der Abwicklung, wie Steuer- und Abgabenfreiheit, Kontrolle usw. wird in bilateralen Abkommen mit den jeweiligen Staaten vorgesorgt werden (vgl. § 8 Abs. 2).

Andererseits können die Leistungswerber ihre Anträge auch direkt beim Fonds stellen (§ 7 Abs. 1). Dies trifft sowohl für Antragsteller aus den Ländern der Partnerorganisationen zu, sofern sie nicht von den Partnerorganisationen erfasst sind (dh. nicht in den Datenbanken der Partnerorganisationen enthalten sind), als auch für jene Personen, die ihren Antrag aus anderen Ländern als jenen der Partnerorganisationen stellen. Eine Ver-

meidung der Doppelleistung wird durch die zwischen dem Fonds und den Stiftungen abzuschließenden Verträge (§ 8 Abs. 2) sicherzustellen sein.

Im Fall von Anträgen an den Fonds erfolgt die Leistung, wie auch im Falle der Vorlage von Sammelanträgen an den Fonds, direkt an den Antragsteller.

§ 7 Abs. 2 stellt fest, dass der Fonds die Leistungen im Rahmen der Privatwirtschaftsverwaltung erbringt und es sich um keine hoheitsrechtliche Aufgabe handelt.

§ 7 Abs. 3 regelt die Steuerfreiheit von Leistungen des Fonds und der Partnerorganisationen.

Bei den Partnerorganisationen des § 7 Abs. 4 handelt es sich durchwegs um Regierungsstiftungen, die durch die bilateralen Abkommen mit den Regierungen der jeweiligen Länder als Abwicklungsorganisationen festgelegt werden und für ihre Tätigkeit einen Ersatz der Verwaltungskosten erhalten (vgl. § 8 Abs. 1).

Die weltweite Bekanntmachung der Leistungen nach diesem Bundesgesetz (§ 7 Abs. 5) soll im Hinblick auf den betroffenen Personenkreis nicht primär durch Zeitungsinserate, sondern durch Interviews der Fondsorgane mit internationalen Print- und elektronischen Medien, im Wege des Netzes der österreichischen Vertretungsbehörden bzw. österreichischer Dienststellen im Ausland und durch die Partnerorganisationen erfolgen, deren Aufwand im Rahmen der Verwaltungskosten (vgl. § 8 Abs. 1) ersetzt wird.

Die Richtlinien des Fonds (§ 7 Abs. 6) werden vom Kuratorium erlassen (§ 11 Abs. 1 Z 2) und sollen den Fondsorganen Leitlinien für die Leistungsentscheidungen, insbesondere in den im § 3 Abs. 2 genannten Härtefällen, geben.

Zu § 8:

§ 8 regelt die Kooperation mit den Partnerorganisationen.

Der tatsächliche Bedarf der an die Partnerorganisationen zuzuweisenden Mittel ergibt sich aus dem Ergebnis der stichprobenartigen Prüfung der von den Partnerorganisationen vorgelegten Listen (§ 8 Abs. 1). Dabei wird in den Verträgen zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen (§ 8 Abs. 2) festzulegen sein, in welchen Tranchen die Listen (etwa Listen zu 1000 oder 1500 Personen) den Fondsorganen vorgelegt werden.

Die kürzest mögliche Frist für die Zuweisung der Mittel ergibt sich aus der Notwendigkeit der Durchführung einer seriösen, stichprobenartigen Kontrolle, die in den Stichprobenfällen jedenfalls eine Überprüfung der in Österreich zur Verfügung stehenden Akten (Firmenarchive, Meldebehörden, Sozialversicherungsakten usw.) und im jeweiligen Herkunftsland zumindest eine Überprüfung des Überlebens des Antragstellers im Wege der

lokalen Behörden bzw. durch die österreichischen Vertretungsbehörden umfassen soll.

Im Falle ungeklärter Ansprüche bei der stichprobenartigen Kontrolle ist vor der Übernahme einer weiteren Liste jedenfalls eine Klärung aller Problemfälle herbeizuführen. Die Listen sollen den Vor- und Nachnamen, Geburtsdatum und Geburtsort, die Nationalität zum Zeitpunkt der Deportation, den Ort der Deportation und Zeitraum, Ort und Arbeitgeber der Zwangsarbeit beinhalten.

Die Wohnsitzregelung nach den jeweiligen bilateralen Abkommen bezieht sich auf die Tatsache, dass einige Stiftungen auch über Unterlagen von Personen in ihren Datenbanken verfügen, die am 15. Februar 2000 ihren Wohnsitz in anderen als den Ländern der Partnerorganisationen hatten. Dies rührt von dem Umstand her, dass die im Jahre 1993 in den ehemaligen Teilrepubliken der Sowjetunion eingerichteten Stiftungen die Verteilung von deutschen Leistungen auch in den baltischen Staaten und in Moldau übernahmen und daher auch möglicherweise nach diesem Bundesgesetz anspruchsberechtigte Opfer in den Datenbanken der Stiftungen datenmäßig erfasst sind.

Als Verwaltungskostenersatz, der alle mit den Leistungen nach diesem Bundesgesetz zusammenhängenden Personal- und Sachkosten einschließlich der für die Bekanntmachung nach § 7 Abs. 5 erforderlichen Kosten abdecken soll, können die den Stiftungen vom Schweizerischen Kriegsopfersfonds zur Verfügung gestellten 5,5% der Gesamtsumme als Obergrenze angesehen werden. Die Überweisung der Verwaltungskosten soll anteilmäßig mit der Approbierung der jeweiligen Listen erfolgen.

Die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck, die von der Partnerorganisation gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit in den betreffenden Staaten entsprechend betont werden sollen, kann zB mittels Kundmachung in den Medien und in Begleitbriefen zu den Zahlungsanweisungen (die mit der zu unterfertigenden Erklärung gemäß § 5 Abs. 1 übermittelt werden sollten) bekannt gegeben werden. Des weiteren ist in den Partnerorganisationen auch eine organisatorische Eigenständigkeit der die österreichischen Leistungen betreffenden Datei- und Verwaltungsabläufe sicherzustellen.

§ 8 Abs. 2 regelt den Verzicht der Regierungen der im § 12 Abs. 1 Z 8 genannten Staaten auf die Geltendmachung des diplomatischen Schutzrechtes im Zusammenhang mit Sklaven- und Zwangsarbeit. Dieser Verzicht, der die Verzichtserklärung von Leistungsempfängern gemäß § 5 Abs. 1 ergänzt, ist in den jeweiligen bilateralen Abkommen vorzusehen. Er soll dem Anliegen der österreichischen Wirtschaft Rechnung tragen, umfassenden und dauerhaften Rechtsfrieden innerhalb und außerhalb Österreichs zu erlangen. Damit wird auch der abschließende Charakter der österreichischen Leistungen an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozia-

listischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich dokumentiert.

Die Begriffe ‚Sklavenarbeit‘ und ‚Zwangsarbeit‘ sind in § 8 Abs. 2 und § 8 Abs. 2 Z 2 wie in § 1 Abs. 1 zu verstehen.

Die Details der Leistungserbringung werden in den bilateralen Abkommen mit den im § 7 genannten Staaten und in Verträgen zwischen dem Fonds und den Partnerorganisationen festgelegt (vgl. auch § 7 Abs. 6).

§ 8 Abs. 2 Z 1 bis 5 regelt den Mindestinhalt der bilateralen Abkommen.

Z 1 entspricht der Regelung im § 8 Abs. 2.

Z 2 nimmt auf das hohe Alter der Antragsteller Rücksicht und soll verhindern, dass in den Datenbanken der Partnerorganisationen vollständig dokumentierte Personen, die im Zuge früherer Leistungen registriert wurden, erneut Anträge einbringen müssen.

Z 3 soll die Kontrollmöglichkeit der Tätigkeit der Partnerorganisationen durch Vertreter des Fonds eröffnen.

Z 4 stellt sicher, dass Leistungen auf Grund dieses Bundesgesetzes von Ländern mit Partnerorganisationen nicht zum Anlass genommen werden können, andere, den Leistungsempfängern in irgendeinem Bereich zustehende Einkünfte zu mindern.

Z 5 verpflichtet die Partnerorganisationen zur Leistungsauszahlung gegen Erklärung nach § 5 Abs. 1 und zur Vorlage der Erklärung an den Fonds. Die Modalitäten der Übermittlung der Erklärung sind in den Verträgen zwischen Fonds und Partnerorganisationen (§ 8 Abs. 2) zu regeln.

Abs. 3 legt fest, dass es sowohl bei den Partnerorganisationen, als auch beim Fonds eine internationale Wirtschaftsprüfung geben muss, deren Kosten vom Fonds zu tragen sind. Die Auswahl der Wirtschaftsprüfung bei den Partnerorganisationen erfolgt im Einvernehmen zwischen der jeweiligen Partnerorganisation und dem Fonds. Die Mitsprache der Partnerorganisationen bei der Auswahl der Wirtschaftsprüfung durch den Fonds ist durch die Vertretung der Länder mit Partnerorganisationen im Kuratorium gesichert.

Zu § 9:

Die Abs. 1 und 2 behandeln Datenschutzfragen, die sich bei der Tätigkeit des Fonds und der Partnerorganisationen stellen.

Abs. 1 betrifft das Recht von Fonds und Partnerorganisationen Auskünfte im eigenen und im jeweils anderen Staat einzuholen, sofern sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Interessensabwägung bei der Auskunft über personenbezogene Daten hat zu erfolgen.

Die Auskunftspflicht umfasst auch Auskünfte nach dem Bundesarchivgesetz in seiner Fassung vom 17. August 1999 (BGBl. I Nr. 162/1999). Die österreichischen Unternehmen werden gebeten, ihre Archive für Nachweise hinsichtlich der geleisteten Sklaven- und Zwangsarbeit zu öffnen.

Abs. 2 verbietet die Verwendung der Daten für andere als die Zwecke dieses Bundesgesetzes. Eine Weitergabe der Daten kann nur mit Zustimmung des Berechtigten erfolgen.

Zu §§ 10 bis 14:

Die Organe des Fonds werden im § 10 Abs. 1 abschließend aufgezählt. Der Fonds wird gemäß § 10 Abs. 2 nach außen nur vom Vorsitzenden des Kuratoriums vertreten.

Die Aufgaben des Kuratoriums sind im § 11 Abs. 1 demonstrativ aufgezählt. Das Kuratorium hat diese Aufgaben jedenfalls wahrzunehmen. Im Falle von Entscheidungen über Härtefälle gemäß § 3 Abs. 2, die vom Kuratorium oder gemäß Z 5 auch vom Komitee entschieden werden können, ist eine Feststellung sowohl hinsichtlich der Art als auch hinsichtlich der Höhe der Leistung zu treffen.

§ 12 regelt die Zusammensetzung des Kuratoriums, welches im Hinblick auf den Kreis der betroffenen Opfer eine breite internationale Mitgliedschaft aufweist. Von den 23 Mitgliedern sind neben dem Vorsitzenden elf Mitglieder der öffentlichen Hand und Wirtschaftsseite zuzurechnen, elf Mitglieder vertreten Opferinteressen. Der Vorsitzende verfügt über das Dirimierungsrecht. Der § 12 ist eine Verfassungsbestimmung, weil das Kuratorium ein Organ darstellt, welches sich sowohl aus Vertretern der Verwaltung als auch aus Vertretern der Gesetzgebung zusammensetzt.

Den gemäß § 12 Abs. 1 Z 8 entsendungsberechtigten Staaten steht es frei, Opfervertreter oder Vertreter der Partnerorganisationen in das Kuratorium zu entsenden. Die internationalen Vertreter sind vollberechtigte Mitglieder des Kuratoriums.

§ 12 Abs. 3 ermöglicht die Beiziehung von Opfervertretern, Historikern oder anderen Experten für einzelne Tagesordnungspunkte, nicht jedoch für die Dauer der gesamten Sitzung des Kuratoriums.

§ 12 Abs. 4 stellt fest, dass die Mitgliedschaft im Kuratorium ehrenamtlich ist. Notwendige Auslagen werden vom Fonds ersetzt.

Das Komitee (§ 13) ist als Entscheidungsorgan für jene Angelegenheiten des Fonds gedacht, die ihm vom Kuratorium aus Gründen der Arbeitsvereinfachung und der Verwaltungsökonomie übertragen werden. Es muss in Intervallen zusammentreten, die es erlauben, die unter den Bedingungen des § 8 Abs. 1 geforderte Mittelzuweisung in kürzest möglicher Frist an die Partnerorganisationen zu bewerkstelligen.

Der Generalsekretär des Versöhnungsfonds ist gemäß § 14 das Exekutivorgan des Fonds.

Zu § 15:

Abs. 1 lässt eine Verwendung der Erträge des Fondsvermögens und sonstige Einnahmen nur im Sinne des Fondszwecks (§ 1) zu. Vom Fondszweck umfasst sind auch die Personal- und Sachkosten.

Der Versöhnungsfonds wird laut Abs. 2 nach drei Jahren aufgelöst, sein etwaiges Restvermögen durch Entscheidung des Kuratoriums für Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah, verwendet, wobei vor allem auch Erben jener Sklaven- und Zwangsarbeiter, die vor dem Stichtag des 15. Februar 2000 verstorben sind, Berücksichtigung finden sollen.

Zu § 16:

Enthält die Feststellung, dass in diesem Bundesgesetz vorkommende Ausdrücke geschlechtsneutral zu interpretieren sind.

Zu § 17:

Die Inkrafttretensklausel dieses Bundesgesetzes enthält eine doppelte Konditionalität: die in § 6 erwähnten Mittel müssen in vollem Umfang zur Verfügung stehen, dh. dem Fonds verbindlich zugesagt sein, und die Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Vereinigten Staaten (§ 8 Abs. 2; mit denen der Rechtsfriede in diesen Ländern gewährleistet wird) müssen unterzeichnet sein.

Anlage

Liste der Lager, deren Inhaftierte als Leistungsberechtigte des Versöhnungsfondsgesetzes in Frage kommen

I. Konzentrationslager oder einem solchen Lager gleichzuhaltende Haftstätten:

- Häftlinge der Konzentrationslager Mauthausen und Nebenlager sowie die auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich gelegenen Nebenlager des Konzentrationslagers Dachau sind von der deutschen Stiftung ‚Erinnerung, Verantwortung, Zukunft‘ umfasst
- Lager für ungarische Juden in Wien, Niederösterreich, Burgenland und Steiermark (Strasshof, Laxenburg und ähnliche)
- Lager für ungarische Juden beim Südostwallbau
- Anhaltelager für Roma und Sinti (Lackenbach, Maxglan und ähnliche)

2. Lager für Zwangsarbeiter (Polen, Ostarbeiter ua.):

- Lager für Industrie-Zwangsarbeiter (bei den verschiedenen Industrie- und Gewerbeunternehmen)
- Arbeitserziehungslager (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf und ähnliche):

Eine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager ist im Regelfall als Zwangsarbeit nach § 2 Abs. 1 Z 1 zu bewerten. Die konkreten Umstände können aber auch eine Einstufung gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 (KZ oder KZ-ähnlich) rechtfertigen.

3. Lager für Zwangsarbeiter auf Grund politischer Gründe, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf Grund körperlicher und geistiger Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten:

- Lager für Industrie-Zwangsarbeiter (bei den verschiedenen Industrie- und Gewerbeunternehmen)
- Arbeitserziehungslager (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf und ähnliche):

Eine Einweisung in ein Arbeitserziehungslager ist im Regelfall als Zwangsarbeit nach § 2 Abs. 1 Z 1 zu bewerten. Die konkreten Umstände können aber auch eine Einstufung gemäß § 2 Abs. 1 Z 2 (KZ oder KZ-ähnlich) rechtfertigen.

- Arbeitslager für österreichische, staatenlose oder ausländische Juden, die sich nach 1938 und vor 1943 auf österreichischem Gebiet befanden, ‚Mischlinge‘, Personen aus geschützten Ehen usw. (Doppl, Eisenerz, Marchegg, Mitterweißenbach und ähnliche)
- Einsatz im kommunalen Bereich (Müllsammelstellen, Bombenräumung und Ähnliches)
- Justizhäftlinge: Nachweis des politischen Deliktes wird im Einzelfall zu prüfen sein
- allfällige Arbeitseinsätze im Zusammenhang mit der zwangsweisen Einweisung in Kliniken (Euthanasiefälle) (Spiegelgrund und ähnliche)“

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Verfassungsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle dem **angeschlossenen Gesetzentwurf** die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, 2000 06 30

Mag. Dr. Maria Theresia Fekter

Berichterstatlerin

Dr. Peter Kostelka

Obmann

Englische Übersetzung:

**Committee Report
concerning petition 180/A of Representatives Cap, Khol, Westenthaler,
Stoisits, and colleagues on the subject of a federal law for the Fund
for Voluntary Payments by the Republic of Austria to Former Slave
Laborers and Forced Laborers of the National Socialist Regime
(Reconciliation Fund Law).**

General Commentary

In its unbelievably inhuman ways, the National Socialist regime caused infinitely great suffering to millions of people. Austria, which was occupied on March 13, 1938, by Hitler Germany, did not exist as a state during the war years. It must not be denied, however, that Austrians were also involved in the biggest crimes of the National Socialist regime Holocaust, but also slave labor and forced labor were expressions of a horrible disrespect for human rights and involved deportation of people of all age groups, deprivation of their rights, enslavement, mistreatment, abuse of their human dignity, and, in many cases, extermination through work. Many of those affected could never in their later lives free themselves from the trauma of deportation.

On July 8, 1991, before the National Council, Federal Chancellor Dr. Vranitzky emphasized the shared responsibility of Austria in that he expressed acknowledgement “of all the facts of our history and the deeds of all parts of our population, the good as well as the bad.”

Federal President Klestil referred to the shared moral responsibility of Austria in his speech in Jerusalem on November 15, 1994: “Today, we Austrians recognize that an acknowledgement of the full truth was long overdue. We know full well that all too often we have spoken of Austria as the first state to have lost its freedom and independence to National Socialism and far too seldom of the fact that many of the worst henchmen in the Nazi dictatorship were Austrians. And no word of apology can ever expunge the agony of the Holocaust. In the name of the Republic of Austria, I bow my head before the victims of that time.”

On the occasion of the 50th anniversary of the restoration of the Republic of Austria, the National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism was created in order to call to mind the incalculable pain that National Socialism inflicted on millions of persons and to reflect on the fact that Austrians also shared in these crimes. This Fund provides payments to Austrian victims of National Socialism as a gesture of recognition of the injustice suffered.

After the creation of National Fund of the Republic of Austria for Victims of National Socialism in 1995, the Austrian Federal Government under

Chancellor Dr. Klima and Vice-Chancellor Dr. Schüssel took a further step toward coming to terms with the Austrian past through the establishment of the Historians' Commission of the Republic of Austria in 1998.

In his inaugural government declaration of February 9, 2000, Federal Chancellor Dr. Wolfgang Schüssel emphasized: "If we are to speak about the future of young people, then we must give them something significant to take along with them, knowledge about the history of this country. Austria's Nazi past requires a particularly alert and critical discussion and a necessary sensitivity to the structures and mechanisms of the National Socialist criminal system. We must pass on to the next generations this knowledge and sensitivity as a caution for the future. Certain important steps have already been taken in recent years.

In the light of the interim report of the Austrian Historians' Commission and taking into account the responsibilities of the business enterprises involved, the Federal Government now has to quickly compensate former forced laborers of the Nazi regime. The new Federal Government is going to insist that former NS forced laborers receive their due as soon as possible."

On February 15, 2000, the Austrian Federal Government under Chancellor Dr. Schüssel and Vice Chancellor Dr. Riess-Passer made a cabinet decision to appoint the former President of the Austrian National Bank, Dr. Maria Schaumayer, as Special Representative for the conduct of negotiations about Austrian payments to former slave and forced laborers of the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria. The goal of the negotiations was to make voluntary payments through an independent Austrian Fund that would on the one hand satisfy a moral obligation of Austria toward the victims of what is called slave labor and forced labor that was carried out on the territory of the present day Republic of Austria and on the other hand to assure legal peace for Austrian business on the markets of Central and Eastern Europe and the United States. This proposed solution, which the law at hand is intended to achieve, foresees a plan for Austrian payments that would reach the very elderly victims quickly and possibly without any reductions.

The payments provided by this law are funded by the Republic of Austria on a voluntary basis and consist of contributions from the federal budget, regional bodies, Austrian business enterprises, and others. In keeping with the provisions of Articles 21 and 26 of the State Treaty for the Re-establishment of an Independent and Democratic Austria, Federal Law Code No. 152/1955, it confers no legal rights.

By means of intensive negotiations with all of the partners involved and finally at the Reconciliation Fund Conference at the Vienna Hofburg on May 16 and 17, 2000, which took place under the co-chairmanship of the

American Deputy Secretary of the Treasury Stuart Eizenstat and in which government delegations from the Republic of Belarus, the Polish Republic, the Russian Federation, the Czech Republic, Ukraine, and the Hungarian Republic took part, Special Representative Dr. Maria Schaumayer received agreement in principle with the essential points of the planned Austrian Fund for these payments.

Formal agreements with the governments of the above-named Central and East European states and with the United States of America on the basis of this Reconciliation Fund Law shall be concluded, in which legal protection is assured to Austrian business, and in which steps will be taken for payments by the planned Austrian Reconciliation Fund to the existing reconciliation foundations in the Central and East European states.

The Austrian Federal Government and the Austrian National Council are conscious of the fact that the suffering and degradation of the victims of the crimes of the National Socialist regime, which include above all the prisoners in concentration camps who were coerced to work (so-called slave laborers) and the civilian workers who were deported onto the territory of the present day Republic of Austria or who were detained here against their will and forced to work (forced laborers), cannot be made up for with money.

Through the voluntary payments to be made under this law, Austria acknowledges the suffering of the victims of slave labor and forced labor who were exploited to contribute to the economy of that time, the effects of this contribution still being felt today in some cases. For the victims, the place where this happened was Austria, even though it did not exist at the time.

Payments under this law are intended above all for those former slave and forced laborers of the National Socialist regime who because of the cynical "Nazi Hierarchy of Nationalities" at the time of the Nazi regime suffered a more severe fate than average and who were subject to particular discrimination, while at the same time the Fund is receptive to all persons whose treatment at the hands of the Nazi regime was equivalent to the inhuman treatment mentioned above. A pre-condition for payments is the geographic connection to the national territory of the present day Republic of Austria.

The Austrian Reconciliation Fund will make payments to forced laborers in industry and agriculture and considers factors such as deportation or refusal to allow return to one's homeland, bad living conditions (in the case of forced laborers in industry, prison-like housing and similar abridgements of freedom; in the case of forced labor in agriculture, the abridgement of personal rights or particularly severe disciplinary measures) as justification. These factors apply in particular to citizens of the former Soviet Union (Eastern workers), Poles, Slovenians, Serbians, Balts, and Czechs.

In addition, persons who suffer chronic and severe psychological or physical damage from slave labor or forced labor should also be entitled to payments.

Likewise, Austria acknowledges its responsibility for slave laborers who were forced to work on its present day territory and in the same manner takes account of those Austrian slave laborers and victims who were forced to do slave labor in places similar to concentration camps and who are not covered by the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation of the Federal Republic of Germany. Included among these are, in particular, Hungarian Jews who were deported in the years 1944 and 1945 from Hungary into places similar to concentration camps on the outskirts of Vienna and were used for work in metropolitan Vienna and those who were brought in for the construction of the “Southeast Rampart” on the territory of present day Austria and who would not be covered by the German Foundation mentioned above.

The law considers as a special victim group those children and minors who without being forced to work were deported with one or both parents, as well as female forced laborers who had to give birth to children in maternity homes for Eastern workers, where children were often killed right after birth, and those who were forced to undergo abortions.

The inclusion of the reconciliation foundations existing in the Central and East European states (Section 7, Paragraph 4) serves the purpose of efficiency and economy in the application process, whereby it also avoids the situation where elderly victims who are already registered would have to go through a new application process, as long as their documents are already available in the databases of the foundations.

Applications from all other countries as well as applications under Section 2, Paragraph 1, Number 3 (hardship cases) will have to be sent directly to the Fund.

The Government of the United States of America has declared its readiness to work together to achieve legal peace in the United States, which is one of the pre-conditions for this law coming into force. In numerous statements, Austrian industry has stated its intention to make its contribution to the capital of the Reconciliation Fund after the achievement of legal peace in the United States.

Commentary on Specifics

On Section 1:

Created for a period of three years, the Fund is adequately financed with a total capital of 6 billion Austrian shillings for as many as 150,000 potential claims applications that can be expected. Any remaining capital will be expended through a decision by the Board of Trustees on payments related

to wrongs that took place during the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria, whereby the heirs of those slave and forced laborers who died before the deadline of February 15, 2000, are to be given special consideration.

In drafting this law, suggestions were taken into consideration from the Central and East European governments and their victim associations and foundations, as well as the government of the United States of America, and also from Austrian victim associations, the Jewish Community, plaintiffs' attorneys and lawyers of the businesses against which lawsuits have been filed. In the course of an extensive correspondence by the Special Representative, the experiences and interests of a great number of former slave and forced laborers have likewise gone into this process.

Section 1, Paragraph 1 establishes the purpose of the Fund, its name and location. The short form of the name, "Reconciliation Fund," is already known to the public through news reports having to do with the negotiations.

The expressions "slave labor" and forced labor" in this provision (as well as in Section 5, Paragraph 1, in Section 8, Paragraph 2, and in Section 8, Paragraph 2, Number 2 are not to be taken in the narrower meaning of Section 2, Paragraph 1, Numbers 1 and 2, but rather as including all of the facts on which a payment could be made under this law.

Section 1, Paragraph 2 defines the purpose of the Fund, in which the contribution to reconciliation, peace, and cooperation is foremost and is also to be seen in relation to the planned enlargement of the European Union and to European integration.

Section 1, Paragraph 3 grants to the Fund the status of a legal person as an organ of the Republic. The Fund is to carry out its responsibilities according to the administrative practices of a private organization (See Section 7, Paragraph 2.).

On Section 2:

Section 2 establishes the criteria for granting a payment.

Section 2, Paragraphs 1 and 2 establish the various categories of natural persons who are entitled to receive one-time monetary payments according to this law. With the exception of children deported with their parents (Paragraph 1, Number 4), it is a pre-condition for all entitled persons that they were forced to work on the territory of the present day Republic of Austria, or had to work under conditions of discrimination (Paragraph 2). Paragraph 1 is directed at persons whose residence was not on the territory of present day Austria, paragraph 2 at persons who during the time of the Second World War had their normal place of residence on the territory of present day Austria.

The categories of Paragraphs 1 and 2 define objective criteria for discrimination and base payment without regard to membership in a particular national group. The same suffering and the same severe discrimination are to result in the same payment without regard to national identity.

The introductory sentence of Section 2, Paragraph 1, Number 1 describes the three possibilities that would fulfill the criterion of deportation, namely forced deportation, transportation or removal through the presentation of false information (for example, about work or income conditions or the possibility of returning to one's homeland at any time), and the prevention of someone from returning home after coming on his own for the purpose of work. The criterion of particularly bad living conditions is intended to establish a clear distinction from those foreign civilian workers who were in situations the same as or similar to those of German workers.

The provisions under Section 2, Paragraph 1, Number 1, small a and b, which together with the provisions of the introductory sentence are necessary for a payment, are based on where the forced laborer was employed, that is, in industry (small a; See Section 3, Number 2) or in agriculture or in some form of personal service (small b; See Section 3, Number 3).

In cases of forced laborers being used in industry, those people were usually housed in barracks or were at least sharply restricted in their freedom of movement (guards, exit controls, etc.; but also through the wearing of the obligatory symbol "P" for Pole and "East" for Eastern workers from the former Soviet Union).

These restrictions on freedom of movement were indeed milder in agriculture, but in this case people were subjected to other restrictions (which for the most part also applied to industrial workers), such as, for example, the ban on fraternization, the ban on the use of public institutions and public transportation, and limitations of religious freedom; forced laborers who violated these special requirements made in various pronouncements had to reckon with the harshest disciplinary measures, including being sent to a concentration camp and death by hanging.

Section 2, Paragraph 1, Number 2 refers to what are called slave laborers, that is, forced laborers who were prisoners in concentration camps or camps similar to concentration camps and were forced to work under inhuman conditions.

In that connection, slave laborers who were forced to work (as defined by Section 11, Paragraph 1, Number 1 of the Law for the Establishment of a Foundation "Remembrance, Responsibility, and Future" of the Federal Republic of Germany) in a concentration camp (as defined by Section 42, Paragraph 2 of the Federal Compensation Law of the Federal Republic of

Germany) are covered in the payment eligibility group of the German foundation (See also Section 4, Paragraph 5.). This includes the Mauthausen concentration camp and its annexes, as well as the annexes of the Dachau concentration camp, which were on the territory of the present day Republic of Austria.

The provision in Section 2, Paragraph 1, Number 2 is to be seen as complementary to the provision in the German foundation law mentioned above. A list of the camps that are to be considered as similar to concentration camps is given as an annex to these explanatory remarks. In any case, they include the camps in which Jews deported from Hungary to Austria in the years 1944 and 1945 were confined and from which they were taken for work in metropolitan Vienna and on the "Southeast Rampart Construction."

Also to be considered as camps similar to concentration camps are the transit camps for Roma and Sinti peoples organized by the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria from which deportation to concentration camps ensued. *Confinement in a Work Training Camp* is normally to be evaluated according to Section 2, Paragraph 1, Number 1. The concrete circumstances, however, could also justify a categorization according to Section 2, Paragraph 1, Number 2.

A situation of slave labor should be acknowledged without regard to whether the person was transported from the concentration camp to work in factories or at other work places (for example, construction sites) or whether the work took place in the concentration camp itself.

Section 2, Paragraph 1, Number 3 is conceived as a hardship clause. Without regard to whether the provisions of Paragraph 1, Number 1, small a and b have been fulfilled, those persons – again regardless of nationality – who have suffered demonstrably severe or chronic physical or psychological damage as a result of forced labor (long term consequences) are to be eligible. Also, in such an instance presentation of a credible case is all that is needed to receive a payment.

Section 2, Paragraph 1, Number 4 refers to children and minors who before reaching the age of 12 were deported with one or both parents who were slave laborers or forced laborers as defined in Numbers 1 to 3 or who were born while their mothers were used as forced laborers on the territory of present day Austria. As indicated in corporate archives, companies that employed forced laborers had to some extent set up child care centers. In any case, this group of persons suffered at least as much trauma in their deportation as did the adults. The age limit is explained by the fact that children and minors under age twelve were normally not put to work. This does not apply, however, to concentration camp prisoners. In cases where a child or minor under the age of 12 was forced to work, he or she is entitled to his or her own payment according to Numbers 1 to 3.

Section 2, Paragraph 2 governs payments to persons who during the National Socialist regime had their normal place of residence on the territory of the present day Republic of Austria and who for political reasons, because of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, because of a physical or mental handicap, because of an accusation of asocial character or in conjunction with medical experiments were required to work under conditions equivalent to those described in Paragraph 1, Number 1, small a or b.

Austrian slave laborers are covered in Paragraph 1, Number 2. Paragraph 2 covers people who are now Austrian and people living in Austria at that time who for the reasons or grounds mentioned in the preceding paragraph had to work in camps or under equivalent conditions or under particular discrimination. A list of these camps can be found in the annex to this committee report. Included among them are camps for so-called “mongrels” or for persons from “protected marriages,” but also for forced labor in municipal enterprises such as trash dumps or for forced labor in bomb clearing or such. Obligatory work in conjunction with medical experiments is clear when, for example, people who were sent into institutions connected with euthanasia programs (for example, at Spiegelgrund) also were required to work in that place. This category should also include victims who were not required to work only because their health made it impossible. [Translator’s note: Spiegelgrund, literally “mirror ground” or “place of mirrors,” was a so-called child-care institution during the Nazi period known for mistreatment of and medical experiments on children confined there.]

Section 2, Paragraph 3 makes it clear that prisoners of war are not entitled to any payment. It is immaterial in that regard whether prisoners of war were identified as such or, for reasons contrary to international law, – as was the case with the Italian military internees – were not identified as such. Equally immaterial is the decision of the National Socialist regime not to set prisoners of war free, but to change their status into that of civilian workers.

On Section 3:

The Austrian contributions to the individual categories (with the exception of hardship cases) are fixed amounts, as reflects the principle of individual entitlement (See also the deadline provision in Section 4, Paragraph 2.). The money will be paid in Austrian schillings (in Euros after January 1, 2002). The amounts (for example, 105,000 Austrian schillings for slave laborers) are based on the amounts of the German foundation (see above), which provides up to 15,000 German marks and up to 5000 German marks respectively for the two categories of slave and of forced laborers in business enterprises or in public institutions. For reasons of equal treatment, the payments under this law are based on the German ones.

In the case of forced labor in agriculture and in the area of personal services, the German foundation program does not provide for any specific payment (Under a catch-all clause, however, a payment can still be made by the partner organizations entrusted with implementation.).

Paragraph 3, Paragraph 1, Number 1 provides a payment of 105,000 Austrian schillings for slave laborers (See the details under Section 2, Paragraph 1, Number 2.).

Section 3, Paragraph 1, Number 2 fixes the payment for forced laborers in industry, business, construction, electric power enterprises and in other business enterprises, in public institutions, at the railroad and the postal service at 35,000 Austrian schillings. The fact that the payment is higher than that for agricultural forced laborers (Number 3, see below) is based on the fact that there were generally harsher work conditions in industry and public services.

In addition, there was the not to be underestimated risk from Allied bombing, especially in the last two years of the war. Forced laborers in industry were not permitted to go to bomb shelters during bomber attacks. A considerable number of forced laborers died during Allied bombing of strategically important industrial targets.

According to information from historians studying these matters, it can be assumed that practically every industrial enterprise and most public institutions employed forced laborers. Since the criterion of deportation and related trauma played a particularly important role, a differentiated apportionment on the basis of duration of work period was not used. Similarly, in cases where there was movement of individuals between industry and agriculture (for example, the use of industrial workers for agricultural harvest) the higher amount of the industry category is to be made so that the payment of 20,000 Austrian schillings under Section 3, Paragraph 1, Number 3 is to be made only to those persons who worked exclusively in agriculture or exclusively in the area of personal services.

At the same time, payments for forced labor in the area of personal services (households, hotels, etc.) will also be made under Section 3, Paragraph 1, Number 3 because this type of work was normally done under markedly better conditions than in the area of industry or public services. Children and minors under 12 years of age (See Section 2, Paragraph 1, Number 4) are to receive the amount of the parent with whom they were deported or, in the case of children born on the territory of present day Austria, that of the mother. In the case of deportation with both parents, both of whom are entitled to different amounts, the higher amount applies.

Section 3, Paragraph 1, Number 5 governs a supplementary payment (that is, in addition to the payment for slave labor or forced labor) for mothers

who had to give birth to their children in special maternity homes (Eastern Workers Delivery Homes) during their period of slave labor or forced labor (which was normally followed by the death of the child) or who were compelled to have abortions.

Section 3, Paragraph 2 gives the organs of the Fund flexibility in determining payments under Section 2, Paragraph 1, Number 3 (hardship cases) in that only the maximums for the applicable categories of payments for eligible persons are specified. Since the victims represented by the partner organizations are in any case considered as eligible by fulfilling the criteria of Section 2, Paragraph 1, a graduated payment under Section 2, Paragraph 1, Number 3 is conceivable only through the Fund.

Section 3, Paragraph 3 anticipates the possibility of overlap and states that persons who fulfill the provisions of several categories are to be paid the highest amount.

On Section 4:

Section 4 explains more of the details of payments.

Section 4, Paragraph 1 states explicitly that based on Articles 21 and 26 of the State Treaty for the Restoration of an Independent and Democratic Austria, Federal Law Code No. 152/1955, no legal claim for payments can be drawn from this federal law. Article 21 of the State Treaty states: "No reparations arising from the state of war in Europe after September 1, 1939, will be demanded of Austria." As early as the Potsdam Conference (See the minutes of the negotiations of the Conference, August 2, 1945.) and on the occasion of the Sixth Session of the Foreign Ministers Council in Paris (See the Communiqué of the Sixth Session, June 20, 1949), the Allies had agreed in practically identical provisions not to require any reparations from Austria. According to the interpretation of the international law of the time, the expression reparations included in the first place all offenses having to do with a war and extended also to claims that could arise from forced labor. In addition, it also included individual claims for matters caused by the war or related in some way to the war. It can be seen from this that the Allied Powers, as early as in the agreements of Potsdam and Paris, which were formally confirmed in Article 21 of the State Treaty, had decided not to pursue any compensation claims for forced labor.

Article 26 of the State Treaty governs in a binding and definitive manner under international law the obligation of Austria to return property on the territory of the republic that was illegally taken since March 13, 1939, from persons because of their ethnic background or religion or – if such restitution is no longer possible – to provide compensation. Through an exchange of diplomatic notes with the three Western Allies in 1959, these three nations in view of the restitution laws passed up to that time and the

measures provided in this exchange of diplomatic notes decided no longer to pursue diplomatically or to support any claims based on this article.

Section 4, Paragraph 2 repeats the individual nature of the payments, which are to be understood as a gesture of recognition for the injustice suffered personally, for which reason these payments may be neither given nor taken as security for a loan. The payments are to be made after fulfillment of minimal proof requirements. Documents may be presented, but are not a requirement. In view of the long time that has passed since the events, it is necessary only to make a credible case, which can be done through other means than documents, for example, the testimony of eyewitnesses.

The deadline of February 15, 2000, at which time the right to make a claim may be inherited, was set to correspond to the date of the appointment of Special Representative Dr. Maria Schaumayer by the Council of Ministers (This way a long time period for working out the payment provisions would not work to the disadvantage of the victims.). In the case of the death of a victim on or after the deadline, the appropriate national inheritance provision (whether testamentary or statutory) applying to the eligible person is to determine the order of inheritance.

Section 4, Paragraph 3 governs the application deadline (Submission of applications within two years from the effective date of the federal law; exemption/exclusion deadline) which in comparison with other such regulations is to be considered quite generous (The German Foundation law mentioned above sets the application deadline at eight months from the effective date of the law.). In addition, the Board of Trustees can decide to extend the deadline by a maximum of one year. Applications can be sent to the partner organizations (Section 7, Paragraph 4) or directly to the Fund.

It is planned that organizations that represent victims in countries outside the partner organizations (“rest of the world”) may handle applications in groups. The eligibility of persons included in the group submissions will be examined individually by the Fund and payments based on the group applications will be made directly to the eligible persons.

Section 4, Paragraph 4 specifies that applications to the Fund are to be exempt from all federally mandated deductions.

Section 4, Paragraph 5 governs the division of responsibility between the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation of the Federal Republic of Germany and the Fund.

Persons who can receive a payment from this Foundation based on slave labor (not on property claims) under Section 11, Paragraph 1, Sentence 1, Number 1 of the law for the creation of the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation, are excluded from payments under this [Austrian] federal law.

(See explanatory remarks under Section 2, Paragraph 1, Number 2.)

Forced laborers as defined in Section 2, Paragraph 1, Number 1 are to receive, according to Section 4, Paragraph 5, only one payment based on where their work was of longer duration, that is, either from the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation or under the terms of this federal law, under which a payment from the Fund may be made only when the preponderant part of someone’s forced labor was carried out on the territory of the present day Republic of Austria.

In the interest of saving time and having unbureaucratic procedures, when the organs of the Fund receive applications for which the German Foundation rather than the Fund is responsible, they are instructed not to return the applications to the senders, but to forward them directly to the processing center of the Foundation. Likewise, when the reverse happens, the Fund should accept applications forwarded from the Foundation.

The final sentence of Section 4, Paragraph 5 also instructs the Fund in its agreements with the partner organizations to take account of the differentiating provision based on preponderance time that is used with the German Foundation and to make sure that the partner organizations avoid any double payments.

On Section 5:

Section 5, Paragraph 1 obligates payment recipients to renounce the right to any further claims based on slave labor or forced labor against the Republic of Austria or Austrian business enterprises. The recipient must sign a declaration to this effect immediately upon receipt of payment. These declarations are either to be prepared by the partner organizations and forwarded to the Fund after signing (Section 8, Paragraph 2, Number 5) or presented by the Fund to the eligible recipients for signature before payment is made.

In this provision, the expressions “slave labor” and “forced labor” are to be understood as in Section 1, Paragraph 1.

Sentences 2 and 3 of Section 5, Paragraph 1 take account of the fact that the German Foundation and the Austrian Fund with their payments for slave and forced laborers (not, however, in the cases described in Section 2, Paragraph 1, Number 4) at the same time achieve liberation for Germany and Austria and the business enterprises of both nations, for which reason the declarations must contain an irrevocable renunciation of further claims against either or both governments and the business enterprises of either or both governments. Since the declaration of renunciation for the German Foundation also includes property loss, an agreement will have to be made with the German Foundation, which also plans a declaration of renunciation applicable to both governments and business enterprises, for

the declaration required by the German Foundation from the recipients to discriminate between payments for capital loss and for slave labor and forced labor.

Section 5, Paragraph 2 defines the expression “Austrian business enterprises” used in the preceding Paragraph. The definition is an exact counterpart of the German provision in Section 12, Paragraph 2 of the law for the creation of the “Remembrance, Responsibility, and Future” Foundation.

On Section 6:

The Fund is to have a total sum of 6 billion Austrian shillings (Section 1) at its disposal, which is to come from four potential sources:

- Number 1: From the Federal Government according to the applicable financial legislation,
- Number 2: from other regional bodies,
- Number 3: from the business world,
- Number 4: from other contributions.

The law does not provide for an apportionment of the total budget among the contributors. However, the law comes into effect only if the amounts mentioned are fully available (Section 17), that is, when a legally binding commitment has been made to the Fund.

There is no obligation to provide a supplementary payment to the Fund beyond its specified capital amount (Section 2). Contributions to the Fund are exempt from all taxes and deductions (Section 3).

On Section 7:

Payments can be processed in essentially two ways. On the one hand, payments can be made through the partner organizations named in Paragraph 4, which are reconciliation foundations created between Germany and Poland, Russia, Belarus and Ukraine in 1991 or 1993, as well as the recently established Czech Foundation created by the Czech Republic and the “Jewish Heritage in Hungary” Foundation.

Details about processing such as exemption from taxes and other deductions, administrative controls, etc. will be taken care of in bilateral agreements with the appropriate governments. (See Section 8, Paragraph 2.)

On the other hand, applicants can submit their claims directly to the Fund (Section 7, Paragraph 1). This applies also to applicants from the countries of the partner organizations in cases where they are not covered by the partner organization (that is, are not included in the data banks of the partner organizations), as well as to those persons who submit their applications from countries that do not have partner organizations. The

avoidance of duplicate payments will be assured through contracts to be concluded between the Fund and the foundations (Section 8, Paragraph 2).

In the case of individual applications sent directly to the Fund and also in the case of group submissions to the Fund, payments will be made directly to the applicants.

Section 7, Paragraph 2 states that the Fund makes payments according to the administrative practices of private organizations and in no way as acts of government.

Section 7, Paragraph 3 governs the tax-exempt nature of payments by the Fund and the partner organizations.

The partner organizations referred to in Section 7, Paragraph 4 are in all cases the government foundations that were created through bilateral agreements with the governments of the appropriate countries as processing organizations and that receive reimbursement of their administrative expenses. (See Section 8, Paragraph 1.)

Due to the nature of the group of people affected, worldwide publicity for the payments under this federal law (Section 7, Paragraph 5) should not be made principally through newspaper advertisements but rather through interviews by organs of the Fund with international print and electronic media, through the network of Austrian agencies and offices abroad and through the partner organizations, the cost of which is to be reimbursed as administrative expenses (See Section 8, Paragraph 1.).

The guidelines of the Fund (Section 7, Paragraph 6) are to be put out by the Board of Trustees (Section 11, Paragraph 1, Number 2) and should give guidance for the payment decisions that arise, particularly in the hardship cases mentioned in Section 3, Paragraph 2.

On Section 8:

Section 8 governs cooperation with the partner organizations.

The actual need for funds to be provided to the partner organizations flows from the result of the random examination of the lists presented by the partner organizations (Section 8, Paragraph 1). In that connection, the contracts between the Fund and the partner organizations (Section 8, Paragraph 2) will have to specify the size of the lists (perhaps up to 1000 or 1500 persons) to be presented to the Fund organs.

The minimal amount of time for the payment of funds arises from the need to conduct a serious spot check, which for the sample cases requires an examination of the files (corporate archives, registration offices, social security files, etc.) available in Austria and in the person's homeland at least the verification of the person's survival through local agencies or through official Austrian agencies represented there.

When this spot check reveals questionable claims, all problem cases must be cleared up before acceptance of another list. The lists are to contain the given name, surname, date and place of birth, nationality at the time of deportation, place of deportation and time period, name and location of the employer.

The residence provision in each bilateral agreement is based on the fact that certain foundations also have in their data banks the files of persons who on February 15, 2000, had their residences in countries other than those of the partner organizations. This arises from the fact that in 1993 the foundations created in the former constituent parts of the Soviet Union assumed responsibility for also distributing German payments in the Baltic states and in Moldova and consequently it is possible that victims eligible for claims under this federal law are also included in the data banks of those foundations.

As an indication of reimbursable administrative expenses for all personal and material costs relating to payments under this law, including the necessary costs of publicity according to Section 7, Paragraph 5, the 5.5% of the total capital given to the foundations by the Swiss War Victims Fund can be seen as the upper limit. Bank transfer of administrative costs should proceed step by step with the approval of the lists of names.

The Austrian provenance of the funds and their purpose, which is to be appropriately emphasized by the partner organizations to the eligible recipients and to the public in the countries covered can, for example, be made known in the media and in cover letters sent with the payment transfer forms (that are to be sent with the declaration to be signed according to Section 5, Paragraph 1). In addition, it must be assured that data and administrative proceedings relating to the Austrian payments will be organized separately within the partner organizations.

Section 8, Paragraph 2 governs the renunciation of the governments of the countries named in Section 12, Paragraph 1, Number 8 of any right to claim diplomatic immunity with regard to slave labor or forced labor. This renunciation, which supplements the renunciation declaration of payment recipients according to Section 5, Paragraph 1, is provided for in each of the bilateral agreements. It is intended to satisfy the desire of the Austrian business community for comprehensive and lasting legal peace, both within Austria and abroad. This will also demonstrate the finality of the Austrian payments to former slave and forced laborers of the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria.

The expressions "slave labor" and "forced labor" in Section 8, Paragraph 2 and in Section 8, Paragraph 2, Number 2 are to be understood in the same way as in Section 1, Paragraph 1.

The details of payment disbursement are set out in the bilateral agreements with the countries named in Section 7 and in contracts between the Fund and the partner organizations. (See also Section 7, Paragraph 6.)

Section 8, Paragraph 2, Numbers 1 to 5 specify what must be included as a minimum in the bilateral agreements.

Number 1 refers to the provision in Section 4, Paragraph 2.

Number 2 takes account of the advanced age of the applicants and is intended to avoid the need for people who are fully documented in the data banks of the partner organizations as a consequence of registration for earlier benefits from having to file new applications.

Number 3 is intended to allow representatives of the Fund to monitor the work of the partner organizations.

Number 4 ensures that payments based on this federal law are not taken by countries with partner organizations as a chance to reduce income to which Fund recipients are entitled in any other area.

Number 5 obligates the partner organizations to make payment upon receipt of the declaration described in Section 5, Paragraph 1 and to forward each declaration to the Fund. The manner in which the declarations are to be forwarded to the Fund is to be determined in the contracts between the Fund and the partner organizations (Section 8, Paragraph 2).

Section 3 states explicitly that there must be an international audit of the partner organizations as well as of the Fund itself, whose costs are to be covered by the Fund. The choice of auditing firm is to be made by each partner organization in consultation with the Fund. The participation of the partner organizations in the selection of the auditing firm through the Fund is assured through the representation on the Board of Trustees of countries with partner organizations.

On Section 9:

Paragraphs 1 and 2 concern matters of data protection that arise from the work of the Fund and the partner organizations.

Paragraph 1 concerns the right of the Fund and partner organizations to collect information in their own and in the respective other countries in so far as this is necessary for carrying out their tasks. In the case of personal information, the various interests must be taken into account in a balanced manner.

The duty to provide information also includes information covered by the Federal Archive Law in its wording of August 17, 1999 (Federal Legislative Code 162/1999). Austrian businesses are asked to open their archives for

information related to slave labor and forced labor that had been performed.

Paragraph 2 forbids the use of information for other than the purposes of this federal law. Passing of data to third parties may be done only with the agreement of the person affected.

On Sections 10 to 14:

The final list of Fund organs is given in Section 10, Paragraph 1. According to Section 10, Paragraph 2, the sole outside representative of Fund is to be the Chairman of the Board of Trustees.

The responsibilities of the Board of Trustees are enumerated in Section 11, Paragraph 1 in an exemplary manner. The Board of Trustees must carry out these responsibilities in all cases. In the case of hardship cases covered by Section 3, Paragraph 2, which can be decided by the Board of Trustees or, alternatively, by the Committee according to Number 5, a determination is to be made regarding the nature just as much as the amount of the payment.

Section 12 governs the composition of the Board of Trustees, which in view of the totality of affected victims reflects a broad international membership. Besides the chairman, 11 of the 23 members are from public institutions and the business community while 11 members represent the interests of victims. The chairman has the tie-breaking vote. Section 12 is a constitutional provision since the Board of Trustees is an organ that brings together representatives of the government administration as well as representatives of the legislature.

The governments entitled to send representatives according to Section 12, Paragraph 1, Number 8 have the choice of naming either victim representatives or representatives of the partner organizations to the Board of Trustees. The international representatives are full members of the Board of Trustees.

Section 12, Paragraph 3 makes it possible to bring in victim representatives, historians or other experts for individual agenda items, but not for an entire board meeting.

Section 12, Paragraph 4 makes it clear that membership in the Board of Trustees is on a "pro bono" basis. Necessary expenditures are to be reimbursed by the Fund.

The Committee (Section 13) is conceived as a decision-making organ for those matters that are delegated by the Board of Trustees for reasons of efficiency and administrative economy. It must come together often enough to effect the transfer the funds provided under the provisions of

Section 8, Paragraph 1 in the shortest possible time to the partner organizations.

The General Secretary of the Reconciliation Fund is according to Section 14 the executive organ of the Fund.

On Section 15:

Paragraph 1 permits the use of income from the Fund's capital and other income only for the purpose of the Fund (Section 1). This purpose also includes personnel and material expenses.

In accordance with Paragraph 2, the Reconciliation Fund will be dissolved in three years, with the Board of Trustees deciding how to spend any remaining moneys for payments related to injustices that took place during the time of the National Socialist regime on the territory of the present day Republic of Austria, whereby special consideration should also be given to the heirs of slave and forced laborers who died before the deadline of February 15, 2000.

On Section 16:

This contains the observation that expressions in this federal law are to be interpreted as gender neutral.

About Section 17:

The clause for the effective date of this federal law contains a double conditionality: the funds mentioned in Section 6 must be fully available, which means that there must be binding pledges to the Fund; and the agreements with the Central and East European countries and with the United States must have been signed (Section 8, Paragraph 2, referring to the instruments by which legal peace in these countries is guaranteed).

Annex to the Committee Report on the Draft of a Federal Law

Concerning the Fund for Voluntary Payments of the Republic of Austria to Former Slave Laborers and Forced Laborers of the National Socialist Regime (Reconciliation Fund Law)

List of the Camps Whose Prisoners Are Considered Eligible for Payments by the Reconciliation Fund

1. Concentration camp or an equivalent place of confinement:

- Prisoners of the Mauthausen concentration camp and annexes as well as the annexes of the Dachau concentration camp located on the territory of present day Republic of Austria are covered by the German "Remembrance, Responsibility, and Future" Foundation.

- Camps for Hungarian Jews in Vienna, Lower Austria, Burgenland, and Steiermark (Strasshof, Laxenburg and similar places)
- Camps for Hungarian Jews at the Southeast Rampart construction site
- Transit camps for Roma and Sinti peoples (Lackenbach, Maxglan and similar places)

2. Camps for forced laborers (Poles, Eastern workers, and others):

- Camps for forced laborers in industry (located at the various factories and businesses)
- Work training camps (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf and similar places):

Assignment to a work training camp is normally to be categorized as forced labor as defined in Section 2,

Paragraph 1, Number 1. However, the specific circumstances could also justify a categorization as defined in Section 2, Paragraph 1, Number 2 (concentration camp or equivalent).

3. Camps for people who were made into forced laborers for political reasons, because of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, because of a physical or mental handicap, because of an accusation of asocial character or in conjunction with medical experiments:

- Camps for forced laborers in industry (located at the various factories and businesses)
- Work training camps (Innsbruck-Reichenau, Oberlanzendorf and similar places):

Assignment to a work training camp is normally to be categorized as forced labor as defined in Section 2,

Paragraph 1, Number 1. However, the specific circumstances could also justify a categorization as defined in Section 2, Paragraph 1, Number 2 (concentration camp or equivalent).

- Work camps for Austrian, stateless or foreign Jews who were on Austrian territory after 1938 and before 1943, as well as “mongrels,” persons from protected marriages, and so forth (Doppl, Eisenerz, Marchegg, Mitterweissenbach, and similar places)
- Employment in public services (trash dumps, bomb clearing, and such)
- Political prisoners: evidence of political offenses will in certain cases have to be shown
- All sorts of work deployments related to forceful confinement in clinics (euthanasia cases) (Spiegelgrund and similar places)

Dokument 22

Kundmachung der Bundesregierung über das Inkrafttreten des Versöhnungsfonds-Gesetzes, Wien, am 27. November 2000:

„Gemäß § 17 des Bundesgesetzes über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), BGBl. I Nr. 74/2000, wird kundgemacht:

Das Bundesgesetz über den Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds-Gesetz), BGBl. I Nr. 74/2000, tritt mit 27. November 2000 in Kraft.

Schüssel Riess-Passer Ferrero-Waldner Gehrler Strasser
Böhdorfer Scheibner Molterer Haupt Forstinger Bartenstein“

Dokument 23

Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“, Wien, am 24. Oktober 2000

„Die Österreichische Bundesregierung („Österreich“)
und

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika („Die Vereinigten Staaten“),

in der Absicht, die Beziehungen zwischen ihren beiden Staaten im Geist der Freundschaft und der Zusammenarbeit zukunftsorientiert zu gestalten und aus der Vergangenheit herrührende Fragen erfolgreich zu klären,

in der Erkenntnis, dass Österreich durch die Verabschiedung von Gesetzen, die von den Alliierten Mächten genehmigt wurden oder auf internationalen Verträgen beruhen, zu deren Vertragspartnern die Vereinigten Staaten zählen, und in enger Abstimmung mit Opferverbänden und interessierten Regierungen Restitution und Entschädigung an Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung geleistet hat,

in Anbetracht dessen, dass Österreich und österreichische Unternehmen durch den Österreichischen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit („Fonds“), der dem österreichischen Recht unterliegt, eine Einrichtung der Republik Österreich ist und durch Beiträge Österreichs und österreichischer Unternehmen gespeist wird, eine Antwort auf die moralische Verantwortung geben und diese für alle Ansprüche anerkennen wollen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen,

im Verständnis, dass dieses Abkommen die Artikel 21 und 26 des Staatsvertrages aus dem Jahre 1955 über die Wiedererrichtung eines unabhängigen und demokratischen Österreich*) nicht berührt,

in der Erkenntnis, dass österreichische Unternehmen angesichts ihrer Beiträge zum Fonds weder gerichtlich noch anderweitig aufgefordert werden sollten und dass von ihnen auch nicht erwartet werden sollte, weitere Zahlungen für irgendwelche geltend gemachte Ansprüche zu leisten, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen,

(BGBl. III Nr. 221/2000)

*) Kundgemacht in BGBl. Nr. 152/1955

in Anerkennung des legitimen Bedürfnisses Österreichs und österreichischer Unternehmen nach umfassendem und andauerndem Rechtsfrieden für alle geltend gemachten Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, sowie ferner in Anerkennung der Tatsache, dass dieses Bedürfnis für die Beiträge österreichischer Unternehmen zum Fonds von grundlegender Bedeutung ist,

in der Erkenntnis, dass es im Interesse Österreichs und der Vereinigten Staaten (der „Vertragsparteien“) liegt, eine gütliche Beilegung dieser Streitfragen ohne Konfrontation und außerhalb von Rechtsstreitigkeiten zu erzielen,

in der Erkenntnis, dass beide Vertragsparteien zur Förderung ihrer außenpolitischen Interessen einen umfassenden und andauernden Rechtsfrieden für alle gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemachten Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, anstreben, in partnerschaftlicher Zusammenarbeit und in Abstimmung mit anderen interessierten Parteien und Regierungen mit dem Ziel, Österreich und österreichische Unternehmen dabei zu unterstützen, breite Zustimmung zur Gesamtsumme und den Leistungskriterien des Fonds zu erreichen und umfassenden und andauernden Rechtsfrieden für alle Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, zu schaffen,

in Anbetracht der Tatsache, dass der Fonds eine breite Berücksichtigung der Opfer und eine weitreichende Beteiligung der Unternehmen gewährleisten wird, wie sie durch Gerichtsverfahren nicht möglich wären,

in der Überzeugung, dass der Fonds einen schnellstmöglichen Mechanismus für gerechte und schnelle Zahlungen an nunmehr betagte Opfer vorsehen wird,

in Anbetracht der Tatsache, dass Österreich Abkommen mit zentral- und osteuropäischen Staaten abschließen wird, die die Mehrheit der Opfer vertreten, die Leistungen aus dem Fonds erhalten können, damit eine problemlose und effiziente Arbeit des Fonds garantiert wird,

in Anbetracht der Tatsache, dass sich Österreich mit der Bundesrepublik Deutschland und der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ abgestimmt hat, um eine weitestgehende Berücksichtigung aller Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, vorzusehen,

in dem Bewusstsein, dass der Fonds alle geltend gemachten oder künftig möglicherweise geltend gemachten Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, abdeckt und dass es im Interesse beider Vertragsparteien läge, wenn der Fonds die einzige rechtliche Möglichkeit und das ausschließliche Forum für die Regelung dieser Ansprüche wäre, in der Erkenntnis, dass Österreich zur Errichtung des Fonds ein Gesetz verabschiedet hat, welches von allen im Nationalrat vertretenen Parteien eingebracht wurde,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien vereinbaren, dass der Fonds alle geltend gemachten oder künftig möglicherweise geltend gemachten Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, abdeckt und dass es im Interesse beider Vertragsparteien läge, wenn der Fonds die einzige rechtliche Möglichkeit und das ausschließliche Forum für die Regelung dieser Ansprüche wäre.

(2) Österreich ist bereit sicherzustellen, dass der Fonds die Öffentlichkeit hinsichtlich seines Bestehens, seiner Ziele und der Verfügbarkeit von Mitteln in angemessenem Umfang unterrichtet.

(3) Die Grundsätze für die Arbeit des Fonds sind in Anlage A festgelegt. Österreich versichert, dass der Fonds unter der Rechtsaufsicht einer österreichischen Regierungsbehörde stehen wird; jede Person kann die österreichische Regierungsbehörde ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, um die Einhaltung der für den Fonds geltenden gesetzlichen Vorschriften zu gewährleisten.

(4) Österreich erklärt seine Zustimmung, mit interessierten Parteien auf der Grundlage eines mit diesen Parteien vereinbarten Rahmens aktiv und zügig Gespräche fortzusetzen, die mögliche Lücken und Unzulänglichkeiten in den Restitutions- und Entschädigungsgesetzen betreffen, die Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zur Regelung von Arisierungsfällen während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreich verabschiedet hat, mit der Absicht, in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten, entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeiten im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 und des Artikels 3 Absatz 3 dieses Abkommens zu schaffen. Die Vereinigten Staaten werden diesen Prozess erleichtern.

Artikel 2

(1) Die Vereinigten Staaten werden in allen Fällen, in welchen den Vereinigten Staaten mitgeteilt wird, dass ein Anspruch nach Artikel 1 Absatz 1 vor einem Gericht in den Vereinigten Staaten geltend gemacht wurde, ihre Gerichte durch eine Interessenerklärung (Statement of Interest) nach Anlage B und im Einklang mit dieser auf andere Weise, die sie für angemessen halten, davon unterrichten, dass es im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten läge, wenn der Fonds die einzige rechtliche Möglichkeit und das ausschließliche Forum für die Regelung von Ansprüchen wäre, die gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen – wie in Anlage C festgelegt – geltend gemacht werden, und dass die Abweisung solcher Fälle in ihrem außenpolitischen Interesse läge.

(2) Die Vereinigten Staaten werden auch in allen Fällen, in denen Österreich in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeiten für andere Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die aus der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg herrühren, schafft, eine Interessenerklärung (Statement of Interest), mutatis mutandis, wie in Artikel 2 Absatz 1 beschrieben, abgeben.

(3) Die Vereinigten Staaten werden sich in Anerkennung der Bedeutung der Ziele dieses Abkommens, einschließlich des umfassenden und andauernden Rechtsfriedens, frühzeitig und nach besten Kräften bemühen, auf eine Weise, die sie für angemessen halten, diese Ziele mit den Regierungen der Bundesstaaten und der Kommunen zu verwirklichen.

Artikel 3

(1) Mit diesem Abkommen soll die Errichtung des Fonds ergänzt und ein umfassender und andauernder Rechtsfrieden für Österreich und/oder österreichische Unternehmen für alle Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, gefördert werden.

(2) Dieses Abkommen lässt einseitige Beschlüsse sowie zwei- oder mehrseitige Vereinbarungen, welche die Folgen der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs behandelt haben, unberührt.

(3) Die Vereinigten Staaten ergreifen geeignete Maßnahmen zur Abwehr jeglicher Infragestellung der Staatenimmunität Österreichs in Bezug auf alle Ansprüche, die gegen die Republik Österreich möglicherweise geltend gemacht werden, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs und alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder

damit in Zusammenhang stehen, und für alle anderen Ansprüche aus der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs, für die nach übereinstimmender Auffassung der Vereinigten Staaten und Österreichs eine entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeit vorgesehen wurde.

Artikel 4

Die Anlagen A, B und C sind Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 5

Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, den die Vertragsparteien durch Notenwechsel vereinbaren.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Österreichische Bundesregierung:
Wolfgang Schüssel m. p.

Für die Regierung der Vereinigten Staaten:
Kathryn Hall m. p.

Anlage A

zum Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“

Grundsätze für die Arbeit des Fonds

Artikel 1 Absatz 3 des Abkommens sieht vor, dass die Grundsätze für die Arbeit des Fonds in Anlage A festgelegt werden. In dieser Anlage werden wesentliche Elemente des Fonds aufgeführt, die die Grundlage der gegenseitigen Verpflichtungen der Vertragsparteien in diesem Abkommen bilden.

Der Ausdruck „Versöhnungsfondsgesetz“ bezieht sich auf das Bundesgesetz, welches den „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“ errichtet, den Kommentar, der vom Verfassungsausschuss des Österreichischen Nationalrats angenommen wurde und die den Vereinigten Staaten zur Kenntnis gebracht wurden, und auf die Geschäftsordnung und Richtlinien, die beschlossen und die Arbeit des Versöhnungsfonds leiten werden.

1. Im Versöhnungsfondsgesetz wird ausgeführt werden, dass der Zweck des Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit („Versöhnungs-

fonds“) darin besteht, über Partnerorganisationen und, wo es keine Partnerorganisationen gibt, durch den Versöhnungsfonds selbst, Zahlungen an alle jene zu leisten, die als Sklaven- oder Zwangsarbeiter litten sowie an bestimmte andere, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreich anderes Leid erdulden mussten.

2. Das Versöhnungsfondsgesetz wird ein Kuratorium vorsehen, dessen Mitglieder zu gleichen Teilen von der österreichischen Regierung und österreichischen Unternehmen sowie von anderen Regierungen und Vertretern der Opfer benannt werden; hiervon ausgenommen ist der Vorsitzende, der der Bundeskanzler der Republik Österreich sein wird. Die gesamte Arbeitsweise des Versöhnungsfonds wird transparent sein, und die Geschäftsordnung und die Richtlinien und ähnliche Verfahren werden veröffentlicht werden. Das Kuratorium wird die Geschäftsordnung und die Richtlinien mit einfacher Mehrheit annehmen. Die Geschäftsordnung und die Richtlinien werden eine Bestimmung enthalten, die feststellen wird, dass es ein Zweck des Versöhnungsfonds ist, die Erben jener, die nicht überlebt haben, durch Projekte zu begünstigen.

3. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass der Fonds und alle Partnerorganisationen einer Wirtschaftsprüfung unterzogen werden.

4. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass jede Person, die während der Inhaftierung in einem Konzentrationslager oder einer ähnlichen Haftstätte unter unmenschlichen Bedingungen („Sklavenarbeiter“) zur Arbeit gezwungen wurde, 105 000 S erhalten wird. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass Personen, die durch Gewalt oder Täuschung zur Arbeit auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht wurden oder die, nach einem freiwilligen Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich, an ihrer Heimkehr gehindert wurden und besonders schlechten Lebensbedingungen unterworfen waren und entweder haftmäßig untergebracht oder sonst einer wesentlichen Freiheitsbeschränkung unterworfen waren oder in ihren persönlichen Rechten eingeschränkt oder besonders strengen Disziplinärmaßnahmen unterworfen waren und zur Arbeit gezwungen wurden („Zwangsarbeiter“), je 35 000 S erhalten werden, wenn sie ihre Arbeit in Industrie, Gewerbe, Bauwirtschaft, Elektrizitätswirtschaft und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft, in öffentlichen Einrichtungen, bei Reichsbahn oder Reichspost leisten mußten, und je 20 000 S, wenn sie ausschließlich in der Land- und Forstwirtschaft oder in Form persönlicher Dienstleistungen arbeiten mussten. Zusätzlich wird das Versöhnungsfondsgesetz vorsehen, dass der Fonds Zahlungen in der Höhe von 105 000 S, 35 000 S oder 20 000 S an natürliche Personen leisten wird, die ihren Aufenthalt auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich hatten und die aus politischen Gründen, aus Gründen der Abstammung, Religion, Nationalität, sexuellen Orientierung, auf

Grund einer körperlichen oder geistigen Behinderung, auf Grund des Vorwurfes der vermuteten Asozialität oder im Zusammenhang mit medizinischen Experimenten auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich unter Bedingungen arbeiten mussten, die den vorhin genannten gleichkamen. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass Personen, die als Kinder vor Vollendung des 12. Lebensjahres zusammen mit einem oder beiden Elternteilen, von denen einer oder beide Sklaven- oder Zwangsarbeit leisten mussten, in das Gebiet der heutigen Republik Österreich verbracht oder während des Sklaven- oder Zwangsarbeitseinsatzes der Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden, Zahlungen bis zum Betrag, den der Elternteil (die Eltern) erhält (erhalten) oder erhalten hätte(n) können, dh. 105 000 S, 35 000 S oder 20 000 S, erhalten. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass Personen, die durch die Arbeit, die sie während ihrer Zwangsarbeit auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich leisten mussten, eine nachweislich schwere oder nachhaltige physische oder psychische Schädigung erlitten haben, die aber keine Zahlung in einer anderen Kategorie erhalten können, eine Leistung bis zu dem Betrag ihrer Kategorie bekommen können, dh. 35 000 S oder 20 000 S („besonderer Härtefall“). Die Geschäftsordnung und die Richtlinien werden vorsehen, dass je nach den Umständen eine Zahlung von bis zu 105 000 S, 35 000 S oder 20 000 S an alle anderen Personen erfolgen wird, die einen glaubhaften Anspruch machen können, dass sie auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich unter Bedingungen zur Arbeit gezwungen wurden, die jenen vergleichbar sind, denen Sklaven- oder Zwangsarbeiter entsprechend den Definitionen des Versöhnungsfondsgesetzes ausgesetzt waren, die andernfalls nicht durch das Versöhnungsfondsgesetz abgedeckt würden. Das Versöhnungsfondsgesetz wird auch vorsehen, dass eine zusätzliche Zahlung von 5 000 S an Frauen erfolgen wird, die während ihres Einsatzes als Zwangsarbeiterinnen auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich Kinder in Ostarbeiterinnen-Entbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden.

5. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass es für Sklaven- oder Zwangsarbeiter nicht möglich sein wird, Zahlungen für denselben Anspruch, der die Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zum Inhalt hat oder damit in Zusammenhang steht, sowohl vom Versöhnungsfonds, als auch von der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zu erhalten.

6. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass der Kreis der Leistungsberechtigten für den Fonds auf Überlebende und, falls eine leistungsberechtigte Person am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben ist, auf ihre(n) Erben gemäß dem nationalen Recht der betreffenden Person beschränkt sind.

7. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass Entscheidungen über Leistungsberechtigungen auf der Grundlage der Glaubhaftmachung erfolgen.

8. Das Versöhnungsfondsgesetz wird zum Ausdruck bringen, dass der Erhalt einer Leistung aus Mitteln des Fonds allfällige Ansprüche des Empfängers auf Leistungen aus der Sozialversicherung oder andere öffentliche Leistungen nicht berühren wird. Es wird keine Anrechnung irgendwelcher früherer Entschädigungszahlungen geben.

9. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass jeder Antragsteller für eine Leistung des Fonds verpflichtet sein wird, bei Erhalt einer Leistung zu erklären, dass er oder sie auf alle behaupteten Ansprüche betreffend Sklaven- oder Zwangsarbeit aus der Zeit des Nationalsozialismus gegen die Republik Österreich und/oder österreichische Unternehmen, wie auch gegen Deutschland und alle deutschen Unternehmen, verzichtet.

10. Die bilateralen Abkommen werden vorsehen, dass jede Partnerorganisation ein internes Beschwerdeverfahren einrichten wird, und das Versöhnungsfondsgesetz wird vorsehen, dass der Fonds ein internes Beschwerdeverfahren einrichten wird.

11. Das Versöhnungsfondsgesetz wird vorschreiben, dass der Fonds die Öffentlichkeit hinsichtlich seiner Leistungen und der Antragsmodalitäten in angemessenem Umfang unterrichtet. Das Kuratorium wird die Form und den Inhalt einer solchen Bekanntmachung in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen festlegen.

12. Das Versöhnungsfondsgesetz wird Anträge an die Partnerorganisationen und den Fonds selbst bis zu zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes, mit dem der „Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“ errichtet wird, zulassen.

13. Das Versöhnungsfondsgesetz wird den Fonds und seine Partnerorganisationen ermächtigen, Auskünfte von österreichischen Bundesbehörden und anderen öffentlichen Einrichtungen zu erhalten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind, soweit dem nicht gesetzliche oder von Behörden erlassene Bestimmungen oder das legitime Interesse der betroffenen Personen entgegensteht.

14. Das Versöhnungsfondsgesetz wird österreichische Unternehmen dazu ermuntern, ihre Archive, soweit sie die Zeit des Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg betreffen, zu öffnen.

15. Das Versöhnungsfondsgesetz wird in Kraft treten, sobald die Mittel des Fonds diesem zur Verfügung gestellt worden sind und die bilateralen Abkommen zwischen Österreich und den Regierungen von Belarus, der Tschechischen Republik, Ungarns, Polens, Rußlands, der Ukraine und der Vereinigten Staaten unterzeichnet worden sind.

Anlage B
zum Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden
und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“

Elemente einer Interessenerklärung (Statement of Interest) der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika

Nach Artikel 2 Absatz 1 werden die Vereinigten Staaten in allen anhängigen und künftigen Fällen, in denen den Vereinigten Staaten mitgeteilt wird, dass Ansprüche gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemacht wurden oder werden, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder andere vom Fonds umfasste Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, rechtzeitig und unabhängig von der Zustimmung des Klägers/der Kläger zu der Abweisung eine Interessenerklärung zusammen mit der förmlichen außenpolitischen Erklärung des Außenministers und der Erklärung des stellvertretenden Finanzministers Stuart E. Eizenstat bei Gericht zu Protokoll geben.

Die Interessenerklärung wird Folgendes geltend machen:

1. Wie aus dem Briefwechsel zwischen dem Bundespräsidenten der Republik Österreich und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten hervorgeht, ist der Präsident der Vereinigten Staaten zu dem Schluss gekommen, dass es im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten läge, wenn der Fonds das ausschließliche Forum und die einzige rechtliche Möglichkeit für die Regelung aller gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemachten Ansprüche ist, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder andere vom Fonds umfasste Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen.
2. Die Vereinigten Staaten sind daher der Auffassung, dass alle im vorigen Absatz umschriebenen Ansprüche über den Fonds und nicht über Gerichte verfolgt werden sollen (oder für den Fall, dass die Mittel des Fonds erschöpft sind, hätten rechtzeitig verfolgt werden sollen).
3. Wie im oben erwähnten Briefwechsel hingewiesen wird, läge eine Abweisung von Klagen auf Grund der im Absatz 1 umschriebenen Ansprüche im außenpolitischen Interesse der Vereinigten Staaten. Die Vereinigten Staaten werden eine Abweisung aus jedem gültigen Rechtsgrund empfehlen, wobei nach dem amerikanischen Rechtssystem die Entscheidung bei den amerikanischen Gerichten liegt. Die Vereinigten Staaten werden erläutern, dass es im Zusammenhang mit dem Fonds im dauerhaften, großen

Interesse der Vereinigten Staaten liegt, Bemühungen um eine Abweisung aller Klagen gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder andere vom Fonds umfasste Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen, zu unterstützen. Die Vereinigten Staaten werden ihr außenpolitisches Interesse an einer Klagsabweisung umfassend erläutern, wie weiter unten dargelegt.

4. Zu den Interessen der Vereinigten Staaten gehört das Interesse an einer gerechten und umgehenden Regelung der mit diesen Klagen verbundenen Fragen, um den Opfern des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs zu Lebzeiten ein gewisses Maß an Gerechtigkeit zu verschaffen, das Interesse an der Förderung der engen Zusammenarbeit unseres Landes mit dem befreundeten Staat und Handelspartner Österreich, das Interesse an der Wahrung der guten Beziehungen zu Israel und zu anderen Staaten West-, Zentral- und Osteuropas, aus denen viele derjenigen kommen, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs Leid erdulden mussten, sowie das Interesse an der Erlangung von Rechtsfrieden für alle gegen Österreich und/oder österreichische Unternehmen geltend gemachten und künftig geltend gemachten Ansprüche, die die Verwendung von Sklaven- oder Zwangsarbeit während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs oder alle anderen vom Fonds umfassten Ansprüche zum Inhalt haben oder damit in Zusammenhang stehen.

5. Der Fonds ist ein wichtiger Teil der über ein halbes Jahrhundert hinweg andauernden Bemühungen um eine Vollendung der Aufgabe, den Opfern des Holocaust und den Opfern der Zeit des Nationalsozialismus Gerechtigkeit zu verschaffen. Der Fonds ergänzt frühere österreichische Entschädigungs-, Restitutions- und Pensionsprogramme für Handlungen im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus oder dem Zweiten Weltkrieg.

6. Da sich am Fonds nicht nur die österreichische Bundesregierung und Unternehmen beteiligen, die während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreichs bestanden, sondern auch Unternehmen, die während der Zeit des Nationalsozialismus nicht bestanden, wie auch die Koordinierung Österreichs mit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, ist eine umfassende Berücksichtigung der Sklaven- oder Zwangsarbeiter sowie gewisser anderer Opfer möglich.

7. Die Kläger in diesen Fällen sehen sich zahlreichen rechtlichen Hürden gegenüber, dazu gehören unter anderem ausländische Staatenimmu-

nität, Justiziabilität, Völkergewohnheitsrecht (international comity), Verjährungsfristen, Fragen der gerichtlichen Zuständigkeit, Zuständigkeitsablehnung (forum non conveniens), schwierige Beweislage, die Zulassung einer bestimmten Erbengruppe und rechtliche Präzedenzfälle, die sich gegen ihre Ansprüche richtet. Die Vereinigten Staaten nehmen hier zu den von den Klägern oder Beklagten vorgebrachten Rechtsansprüchen oder -ausführungen meritorisch nicht Stellung. Die Vereinigten Staaten vertreten nicht die Auffassung, ihre politischen Interessen betreffend den Fonds wären selbst ein eigenständiger Rechtsgrund für eine Abweisung; sie werden jedoch betonen, dass die politischen Interessen der Vereinigten Staaten für eine Abweisung aus jedem gültigen Rechtsgrund sprechen.

8. Der Fonds ist fair und gerecht angesichts:

a) des fortschreitenden Alters der Kläger, der Notwendigkeit, ihnen rasch und unbürokratisch zur Lösung zu verhelfen sowie der Tatsache, dass verfügbare Mittel besser für die Opfer als für Rechtsstreitigkeiten ausgegeben werden sollen;

b) der finanziellen Ausstattung des Fonds, der Mittelzuweisung, der Auszahlung der Mittel und der Leistungsberechtigungskriterien des Fonds;

c) der schwierigen rechtlichen Hürden, denen sich die Kläger gegenübersehen, und der Ungewissheit ihrer Prozessaussichten;

d) im Lichte der besonderen Schwierigkeiten, die sich aus den von Erben geltend gemachten Ansprüchen ergeben, und

e) der Verpflichtung der österreichischen Bundesregierung, mit interessierten Parteien auf der Grundlage eines mit diesen Parteien vereinbarten Rahmens aktiv und zügig Gespräche fortzusetzen, die mögliche Lücken und Unzulänglichkeiten in den Restitutions- und Entschädigungsgesetzen betreffen, die Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg zur Behandlung von Arisierungsfällen während der Zeit des Nationalsozialismus oder des Zweiten Weltkriegs auf dem Gebiet des heutigen Österreich verabschiedet hat, mit der Absicht, in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten, entsprechende allenfalls zur Anwendung kommende rechtliche Möglichkeiten im Sinne des Artikels 2 Absatz 2 und des Artikels 3 Absatz 3 dieses Abkommens zu schaffen.

9. Struktur und Arbeitsweise des Fonds werden rasche, unparteiische, würdige und einklagbare Zahlungen gewährleisten (oder haben sie gewährleistet); sein Bestehen, seine Ziele und die Verfügbarkeit von Mitteln sind in angemessenem Umfang bekannt gemacht worden; und die Arbeitsweise des Fonds ist offen und rechenschaftspflichtig.

Anlage C
zum Abkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung
und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika
über den Österreichischen Fonds „Versöhnung, Frieden
und Zusammenarbeit (Versöhnungsfonds)“

Bestimmung des Begriffs „österreichische Unternehmen“

Der Begriff „österreichische Unternehmen“ im Sinne dieses Regierungsübereinkommens und seiner Anlagen ist wie in Artikel 5 Absatz 2 des Gesetzes, mit dem der Fonds „Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit“ errichtet wird, wie folgt bestimmt:

1. Unternehmen, die zu irgendeinem Zeitpunkt ihren Sitz innerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich haben oder hatten, sowie deren Muttergesellschaften (frühere oder gegenwärtige, unmittelbar oder mittelbar), auch wenn diese ihren Sitz im Ausland hatten oder haben;
2. Unternehmen außerhalb der Grenzen der heutigen Republik Österreich, an denen österreichische Unternehmen nach Satz 1 zu irgendeinem Zeitpunkt unmittelbar oder mittelbar finanziell mit mindestens 25 Prozent beteiligt waren oder sind. Es ist beabsichtigt, dass die Definition des Begriffs „österreichische Unternehmen“ in diesem Regierungsübereinkommen und im Versöhnungsfondsgesetz gleichlautend ist (wie auch die Begriffe „Gesellschaft“ und „Unternehmen“) und sie auch in gleichlautender Weise interpretiert werden soll.

Der Notenwechsel gemäß Artikel 5 des Abkommens wurde am 1. Dezember 2000 durchgeführt; das Abkommen ist gemäß seinem Artikel 5 mit 1. Dezember 2000 in Kraft getreten.

Schüssel

Englischer Text:

Agreement between the Austrian Federal Government and the
Government of the United States of America concerning the Austrian
Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation” (Reconciliation Fund)

The Austrian Federal Government (“Austria”)
and

the Government of the United States of America (“United States”)

Intending to shape relations between their two States in a spirit of friendship and cooperation for the future and to successfully resolve issues stemming from the past,

Recognizing that Austria has, by adopting legislation approved by the Allied Forces or building on international agreements to which the United

States is a party, and in close cooperation with victims' associations and interested governments, provided restitution and compensation to victims of National Socialist persecution,

Noting that, by means of the Austrian Fund for Reconciliation, Peace, and Cooperation ("Fund"), formed under Austrian federal law as an instrumentality of Austria and funded by contributions from Austria and Austrian companies, Austria and Austrian companies wish to respond to and acknowledge the moral responsibility for all claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, Understanding that this Agreement does not affect Articles 21 and 26 of the 1955 State Treaty for the Re-Establishment of an Independent and Democratic Austria,

Recognizing that Austrian companies, having contributed to the Fund should not be asked or expected to contribute again, in court or elsewhere, for any claims asserted involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Recognizing as legitimate the interest Austria and Austrian companies have in all-embracing and enduring legal peace with respect to all claims asserted involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, and further recognizing that such interest is fundamental to the contribution of Austrian companies to the Fund,

Recognizing that it is in the interests of both Austria and the United States (the "parties") to have a resolution of these issues that is non-adversarial and non-confrontational, outside of litigation,

Recognizing that both parties desire all-embracing and enduring legal peace with respect to all claims asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, to advance their foreign policy interests,

Having worked as partners, in consultation with other interested parties and governments to assist Austria and Austrian companies to achieve wide support for the total amount of funds and the eligibility criteria of the Fund and for the establishment of all-embracing and enduring legal peace, with respect to all claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Noting that the Fund will assure broad coverage of victims and broad participation by companies, which could not be possible through judicial proceedings,

Believing that the Fund will provide as expeditious as possible a mechanism for making fair and speedy payments to now elderly victims,

Noting that Austria will conclude Agreements with Central and Eastern European countries representing the majority of victims eligible to receive payments from the Fund to guarantee smooth and efficient operation of the Fund,

Noting that Austria has coordinated with the Federal Republic of Germany and its Foundation “Remembrance, Responsibility and the Future” to provide as broad a coverage as possible for any claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Having in mind, that the Fund covers, and that it would be in the interests of both parties for the Fund to be the exclusive remedy and forum for the resolution of, all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund,

Recognizing that Austria has passed legislation proposed by all political parties represented in the National Council to establish the Fund,

Have agreed as follows:

Article 1

The parties agree that the Fund covers, and that it would be in their interest for the Fund to be the exclusive remedy and forum for the resolution of, all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.

Austria agrees to ensure that the Fund shall provide appropriately extensive publicity concerning its existence, its objectives, and the availability of funds.

Annex A sets forth the principles that shall govern the operation of the Fund. Austria assures that the Fund will be subject to supervision by an Austrian authority; any person may request that the Austrian authority take measures to ensure compliance with the legal requirements of the Fund.

Austria agrees to actively and expeditiously continue to pursue discussions with interested parties, based on an agreed upon framework with such parties, concerning potential gaps and deficiencies in the restitution and compensation legislation enacted by Austria after World War II to address aryanization issues during the National Socialist era or World War II on the territory of present-day Austria with a view to creating, in agreement with the United States, suitable potential remedies in the meaning of Article 2

paragraph 2 and Article 3 paragraph 3 hereof. The United States Government will facilitate this process.

Article 2

The United States shall, in all cases in which the United States is notified that a claim described in Article 1 (1) has been asserted in a court in the United States, inform its courts through a Statement of Interest, in accordance with Annex B, and consistent therewith, as it otherwise considers appropriate, that it would be in the foreign policy interest of the United States for the Fund to be the exclusive remedy and forum for resolving such claims against Austria and/or Austrian companies as defined in Annex C, and that dismissal of such cases would be in its foreign policy interest.

The United States shall also, in all cases in which Austria, in agreement with the United States, establishes a suitable potential remedy for other claims against Austria and/or Austrian companies arising out of the National Socialist era or World War II, file a Statement of Interest, *mutatis mutandis*, as described in Article 2 (1).

The United States, recognizing the importance of the objectives of this agreement, including all-embracing and enduring legal peace, shall, in a timely manner, use its best efforts, in a manner it considers appropriate, to achieve these objectives with state and local governments.

Article 3

This agreement is intended to complement the creation of the Fund and to foster all-embracing and enduring legal peace for Austria and Austrian companies with respect to any claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.

This agreement shall not affect unilateral decisions or bilateral or multilateral agreements that dealt with the consequences of the National Socialist era or World War II.

The United States shall take appropriate steps to oppose any challenge to the sovereign immunity of Austria with respect to any claim that may be asserted against the Republic of Austria involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund, and other claims arising out of the National Socialist era or World War II for which Austria and the United States agree that a suitable potential remedy has been provided.

Article 4

Annexes A, B, and C shall be an integral part of this Agreement.

Article 5

The Agreement shall enter into force on the date on which the parties agree by exchange of notes.

DONE at Vienna, the day of October, 2000, in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Austrian Federal
Government:

For the Government
of the United States of America:

Annex A of the Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation”

Principles Governing the Operation of the Fund

Article 1 (3) of the Agreement provides that the principles governing the operation of the Fund will be set forth in Annex A. This Annex reflects key elements of the Fund that form a basis for the parties’ mutual commitments in the Agreement.

The term “Reconciliation Fund legislation” refers to the Federal Law establishing the “Fund for Reconciliation, Peace and Cooperation (Reconciliation Fund),” the commentary adopted by the Constitutional Committee of the Austrian National Council which were communicated to the United States, and the by-laws to be established and governing the operation of the Fund.

The Reconciliation Fund legislation will state that the purpose of the Fund is to provide payments through partner organizations and, where no such partner organization exists, through the Fund itself, to all those who suffered as slave or forced laborers and to certain others who suffered during the National Socialist era or World War II on the territory of present-day Austria.

The Reconciliation Fund legislation will provide for a Board of Trustees that consists of an equal number of members appointed by the Austrian Government and Austrian companies and by other governments and victims’ representatives, except that the Chairman shall be the Chancellor of the Republic of Austria. All Fund operations will be transparent and by-laws and similar procedures will be made public. The Board will adopt by-laws by a simple majority vote. The by-laws will include a provision that will state that a purpose of the Fund is to benefit, through projects, the heirs of those who have not survived.

The Reconciliation Fund legislation will provide that the Fund and all partner organizations will be audited.

4. The Reconciliation Fund legislation will provide that each person who was forced to work while under detention in a concentration camp or similar place of confinement under inhumane conditions (“slave laborer”) will receive AS 105,000. The Reconciliation Fund legislation will also provide that persons who were transported by force or by deception into work on the territory of the present-day Republic of Austria, or who, after a voluntary stay on the territory of the present-day Republic of Austria, were prevented from returning home and who were subjected to particularly bad living conditions, and either were subject to confinement or some other significant limitation of freedom or were deprived of their personal rights or subjected to particularly severe disciplinary measures, and were forced to work (“forced laborers”), will each receive AS 35,000 if they had to perform forced labor in industry, business, construction, power companies and other commercial enterprises, public institutions, rail transportation or postal service, and AS 20,000 if they had to do forced labor exclusively in agriculture or forestry or exclusively performed personal services work. In addition, the Reconciliation Fund legislation will provide that the Fund will make payments of AS 105,000, AS 35,000 or AS 20,000 to natural persons who were residents of the territory of the present-day Republic of Austria and who, because of political motives, reasons of ancestry, religion, nationality, sexual orientation, physical or mental handicap, accusation of supposed anti-social behavior or in connection with medical experiments, were coerced by the National Socialist regime to work on the territory of the present-day Republic of Austria under conditions equivalent to those cited above. The Reconciliation Fund legislation will also provide that persons who were transported as children under the age of 12 with one or both parents, one or both of whom performed slave or forced labor, onto the territory of the present-day Republic of Austria, or who were born during their mother’s period of slave or forced labor on the territory of the present-day Republic of Austria, will receive payments up to the amount that their parent(s) are or would have been eligible to receive, i.e., AS 105,000, AS 35,000 or AS 20,000. The Reconciliation Fund legislation will also provide that persons who suffered demonstrably severe and lasting physical or psychological damage, due to work they had to do while performing forced labor on the territory of the present-day Republic of Austria but do not qualify to receive payments under another category, will be able to receive up to the amount applicable to their categories, i.e., AS 35,000 or AS 20,000 (“special hardship”). The by-laws will provide that a payment of up to AS 105,000, AS 35,000 or AS 20,000, depending on the circumstances, will be made to all others who can make a credible claim that they were forced to work on the territory of the present-day Republic of Austria under conditions similar to those faced by slave or forced laborers as defined in the Reconciliation Fund legislation, who are not otherwise covered by the Reconciliation Fund legislation. The Reconciliation Fund

legislation will also provide that a supplementary payment of AS 5,000 will be made to women who, during their time as forced laborers on the territory of the present-day Republic of Austria, gave birth to children in maternity facilities for eastern workers or who were forced to undergo abortions.

The Reconciliation Fund legislation will provide that slave or forced laborers will not be able to receive payments for their claims involving or related to their slave or forced labor during the National Socialist era or World War II from both the Fund and the German Foundation, “Remembrance, Responsibility and the Future.”

The Reconciliation Fund legislation will provide that the eligibility for the Fund will be limited to survivors, or, if the eligible person has died on or after February 15, 2000, then the heir(s) according to the national law of the person in question.

7. The Reconciliation Fund legislation will provide that all eligibility decisions will be based on relaxed standards of proof.

The Reconciliation Fund legislation will make clear that receipt of payment from Fund funds will not affect the recipient’s eligibility for social security or other public benefits. There will be no offsets for any prior compensation payments.

The Reconciliation Fund legislation will provide that each applicant for a Fund payment will be required to state that, upon receipt of a payment, he or she will waive any and all alleged National Socialist era or World War II claims against the Republic of Austria and/or Austrian companies, as well as against Germany and German companies, involving or related to slave or forced labor.

The bilateral agreements will provide that each partner organization will create an internal appeals procedure and the Reconciliation Fund legislation will provide that the Fund will create an internal appeals procedure.

The Reconciliation Fund legislation will require that the Fund provide appropriately extensive publicity concerning the benefits that the Fund will offer and how to apply. The Board of Trustees, in cooperation with the partner organizations, will determine the form and content of such publicity.

The Reconciliation Fund legislation will allow applications to be made to the partner organizations and to the Fund itself for up to two years after the entry into force of the Federal Law establishing the “Fund for Reconciliation, Peace and Cooperation (Reconciliation Fund).”

The Reconciliation Fund legislation will authorize the Fund and its partner organizations to receive information from Austrian Government agencies

and other public bodies that is necessary for the fulfillment of their responsibilities, in so far as this is not contrary to particular statutes or regulations or the legitimate interests of the persons concerned.

The Reconciliation Fund legislation will encourage Austrian companies to open their archives relating to the National Socialist era and World War II.

The Reconciliation Fund legislation will enter into force no later than when the funds of the Fund are made available to it and the bilateral agreements between Austria and the Governments of Belarus, the Czech Republic, Hungary, Poland, Russia, Ukraine, and the United States have been signed.

Annex B
of the Agreement between the Austrian Federal Government
and the Government of the United States of America concerning
the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation”

Pursuant to Article 2, Paragraph 1, the United States will timely file a Statement of Interest and accompanying formal foreign policy statement by the Secretary of State and Declaration of Deputy Treasury Secretary Stuart E. Eizenstat in all pending and future cases, regardless of whether the plaintiff(s) consent(s) to dismissal, in which the United States is notified that a claim has been asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to (i) the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II or (ii) any other claims covered by the Fund.

The Statement of Interest will make the following points:

1. As indicated in the correspondence between the President of the United States and the Federal President of the Republic of Austria, the President of the United States has concluded that it would be in the foreign policy interests of the United States for the Fund to be the exclusive forum and remedy for the resolution of all claims asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.
2. Accordingly, the United States believes that all claims identified in paragraph one above should be pursued (or in the event the Fund has been exhausted, should timely have been pursued) through the Fund instead of the courts.
3. As referred to in the above-mentioned correspondence, dismissal of all claims identified in paragraph one above would be in the foreign policy interests of the United States. The United States will recommend dismissal on any valid legal ground which, under the United States system of jurisprudence, will be for the United States courts to determine. The United States will explain that, in the context of the Fund, it is in the

enduring and high interest of the United States to support efforts to achieve dismissal of all claims asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund. The United States will explain fully its foreign policy interests in achieving dismissal, as set forth below.

4. The United States' interests include the interest in a fair and prompt resolution of the issues involved in these lawsuits to bring some measure of justice to the victims of the National Socialist era or World War II in their lifetimes; the interest in the furtherance of the close cooperation this country has with the friendly country and trading partner, Austria; the interest in maintaining good relations with Israel and other Western, Central, and Eastern European nations, from which many of those who suffered during the National Socialist era or World War II come; and the interest in achieving legal peace for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Fund.

5. The Fund is an important part of a half-century effort to complete the task of bringing justice to victims of the Holocaust and victims of the National Socialist era. The Fund complements prior compensation, restitution, and pension programs by Austria for acts arising out of the National Socialist era or World War II.

6. The participation in the Fund not only by the Austrian Government and companies that existed on the territory of present-day Austria during the National Socialist era or World War II, but also by companies that did not exist during the National Socialist era or World War II, as well as Austria's coordination with the Federal Republic of Germany and its Foundation "Remembrance, Responsibility and the Future," allows comprehensive coverage of the claims of slave or forced laborers and certain other victims.

7. Plaintiffs in these cases face numerous legal hurdles, including, without limitation, foreign sovereign immunity, justiciability, international comity, statutes of limitation, jurisdictional issues, *forum non conveniens*, difficulties of proof, certification of a class of heirs and legal precedent adverse to their claims. The United States takes no position here on the merits of the legal claims or arguments advanced by plaintiffs or defendants. The United States does not suggest that its policy interests concerning the Fund in themselves provide an independent legal basis for dismissal, but will reinforce the point that U. S. policy interests favor dismissal on any valid legal ground.

8. The Fund is fair and equitable, based on: (a) the advancing age of the plaintiffs, their need for a speedy, non-bureaucratic resolution, and the desirability of expending available funds on victims rather than litigation;

(b) the Fund's level of funding, allocation of its funds, payment system, and eligibility criteria; (c) the difficult legal hurdles faced by plaintiffs and the uncertainty of their litigation prospects; (d) the particular difficulties presented by the claims of heirs; and (e) the commitment of the Austrian government to actively and expeditiously continue to pursue discussions with interested parties, based on an agreed upon framework with such parties, concerning potential gaps and deficiencies in the restitution and compensation legislation enacted by Austria after World War II to address aryanization issues during the National Socialist era or World War II on the territory of present-day Austria with a view to creating, in agreement with the United States, suitable potential remedies within the meaning of Article 2 paragraph 2 and Article 3 paragraph 3 hereof.

9. The structure and operation of the Fund will assure (or has assured) swift, impartial, dignified, and enforceable payments; appropriately extensive publicity has been given concerning its existence, its objectives, and the availability of funds; and the Fund's operation is open and accountable.

Annex C
of the Agreement between the Austrian Federal Government
and the Government of the United States of America concerning
the Austrian Fund "Reconciliation, Peace and Cooperation"

Definition of "Austrian Companies"

"Austrian companies," as used in this Executive Agreement and the Annexes thereto are defined as in Section 5 (2) of the legislation establishing the Fund "Reconciliation, Peace and Cooperation," as follows:

Enterprises that, at any given time, had or have their headquarters within the borders of the present-day Republic of Austria as well as their parent companies (past or present, direct or indirect), even when the latter had or have their headquarters abroad.

Enterprises situated outside the borders of the present-day Republic of Austria in which Austrian enterprises as described in Sentence (1), at any given time, had or have a direct or indirect financial participation of at least 25 percent.

The definition of "Austrian companies" in this Executive Agreement and the Reconciliation Fund legislation are meant to be identical (as are the words "company" and "enterprise") and should be interpreted in an identical manner."

Dokument 24

Abkommen zwischen der österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei den freiwilligen Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes, Wien, am 24. Oktober 2000:

„DIE ÖSTERREICHISCHE BUNDESREGIERUNG UND DIE REGIERUNG DER REPUBLIK POLEN,

im folgenden „die Vertragsparteien“ genannt,

IN DER ERKENNTNIS, daß Diktatur und Krieg den Fremdenhass, die Unfreiheit, Rassismus, Intoleranz und Massenmord brachten und daß die Einmaligkeit und Unvergleichbarkeit des Verbrechens des Holocaust, der Völkermord an slawischen und anderen Völkern Mahnung zu ständiger Wachsamkeit gegen alle Formen von Diktatur und Totalitarismus sind,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß nur durch Gerechtigkeit und Versöhnung dauerhafte Stabilität und ein friedliches und sicheres Miteinander gewährleistet werden können sowie das Wissen und die Sensibilität für die Strukturen und Mechanismen des nationalsozialistischen Unrechtssystems den künftigen Generationen als Mahnung für die Zukunft weitergegeben werden müssen,

VON DEM WUNSCH GELEITET, Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen, um ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeitern des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiete der heutigen Republik Österreich eine freiwillige Leistung der Republik Österreich unter Berücksichtigung der Verantwortung der betroffenen Unternehmen zu geben,

IN DER ERKENNTNIS, daß durch diese freiwillige Leistung der Republik Österreich ein wesentlicher Beitrag zu Versöhnung, Frieden und Verständigung der Völker in Europa gesetzt wird,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

ARTIKEL 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) bezeichnet der Begriff „Fonds“ den durch österreichisches Bundesgesetz eingerichteten Fonds für freiwillige Leistungen der Republik Österreich an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter des nationalsozialistischen Regimes (Versöhnungsfonds).

(2) bezeichnet der Begriff „Stiftung“ die von der Republik Polen gegründete Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“.

ARTIKEL 2

Gegenstand des Abkommens

Die österreichische Bundesregierung wird den Fonds veranlassen, in einem Höchstmaß von ÖS 550 Millionen über die Stiftung einmalige finanzielle Beiträge an natürliche Personen zu leisten, die vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportiert und zur Sklaven- oder Zwangsarbeit verpflichtet wurden, im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

ARTIKEL 3

Grundsätze für den Empfang von Leistungen

Als Leistungsempfänger kommen ehemalige vom nationalsozialistischen Regime auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich deportierte Sklaven- oder Zwangsarbeiter, insofern sie keine Leistungen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ der Bundesrepublik Deutschland erhalten können, in Betracht, nämlich

Sklavenarbeiter (ÖS 105.000),

Zwangsarbeiter in der Industrie (ÖS 35.000),

Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft (ÖS 20.000),

mitdeportierte Kinder und Minderjährige vor Vollendung des 12. Lebensjahres und Kinder, die während des Zwangsarbeitseinsatzes ihrer Mutter auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geboren wurden (je nach Kategorie der Eltern) und

weibliche Zwangsarbeiter, die Kinder in Ostarbeiterinnenentbindungsheimen zur Welt brachten oder zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden (zusätzlich ÖS 5.000),

die im Zeitpunkt ihrer Deportation polnische Staatsbürger waren und am 15. Februar 2000 ihren ständigen Wohnsitz in der Republik Polen hatten.

(2) Leistungen sind höchstpersönlich und ausdrücklich zu beantragen. Personen, deren vollständige und überprüfte Unterlagen über die von ihnen geleistete Sklaven- und Zwangsarbeit sich im Besitz der Stiftung befinden, sind nicht verpflichtet, neue Anträge auf Auszahlungen einzureichen. Ist der Leistungsberechtigte am oder nach dem 15. Februar 2000 verstorben, treten an seine Stelle die Erben nach polnischem Recht. Ein Rechtsanspruch auf Leistungen gemäß diesem Abkommen besteht nicht.

(3) Der Antragsteller hat die Leistungsvoraussetzungen durch Urkunden nachzuweisen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Beim Empfang der Leistung ist eine Erklärung abzugeben, dass auf die Geltendmachung

von Forderungen gegen die Republik Österreich und österreichische Unternehmen und gegen die Bundesrepublik Deutschland und deutsche Unternehmen für Sklaven- und Zwangsarbeit gemäß diesem Abkommen unwiderruflich verzichtet wird.

Die österreichische Bundesregierung und die Regierung der Republik Polen informieren einander gesondert über die Einzelheiten der Regelung für Empfang und Umfang der Leistungen.

ARTIKEL 4

Grundsätze für die Erbringung der Leistung

(1) Die Auszahlung der vom Fonds zur Verfügung gestellten Mittel erfolgt durch die Stiftung. Mittel des Fonds werden je nach Bedarf innerhalb kürzest möglicher Frist aufgrund der von der Stiftung übermittelten und vom Fonds stichprobenartig überprüften Listen der Personen gemäß den in Artikel 3 Absatz 1 genannten Kategorien, die die Leistungsvoraussetzungen erfüllen, zugewiesen.

(2) Die Zahlungen erfolgen in konvertibler Währung (Devisen) auf das Konto der Stiftung, das die Regierung der Republik Polen der österreichischen Bundesregierung angeben wird.

(3) Die Regierung der Republik Polen verpflichtet sich, Leistungen nach diesem Abkommen von allen Abgaben, Steuern und Gebühren zu befreien, die Leistungen ohne Abzüge weiterzugeben und insbesondere keine Minderung von Einkünften der Leistungsberechtigten aus dem System der sozialen Sicherheit, dem Gesundheitswesen oder aus anderen Bereichen herbeizuführen.

(4) Die Stiftung wird dafür Sorge tragen, daß Personen, deren Anträge auf Leistungen sie abgewiesen hat, die Möglichkeit der Anrufung einer Beschwerdestelle der Stiftung eingeräumt wird.

(5) Im Interesse größtmöglicher Transparenz bei der Durchführung dieses Abkommens ist eine entsprechende regelmäßige internationale Wirtschaftsprüfung der Stiftung vorzusehen, deren Auswahl im Einvernehmen zwischen Stiftung und Fonds zu treffen ist. Die anfallenden Kosten werden vom Fonds übernommen.

(6) Bei der Gewährung der Leistung ist Vorsorge zu treffen, dass die österreichische Herkunft der Mittel und der Leistungszweck gegenüber den Leistungsberechtigten und der Öffentlichkeit entsprechend betont werden.

(7) Einzelheiten der Leistungserbringung sind in Verträgen zwischen dem Fonds und der Stiftung zu regeln. In diesen Verträgen ist auch die Übernahme der angemessenen Deckung der bei der Stiftung entstehenden Personal- und Sachkosten durch Mittel des Fonds zu regeln. Weiters ist sicher-

zustellen, daß es bei Sklaven- und Zwangsarbeit, die teilweise sowohl im Leistungsbereich der deutschen Stiftung, als auch in jenem des Fonds geleistet wurde, zu keinen Doppelzahlungen kommt.

ARTIKEL 5

Datenschutz

(1) Die Stiftung und der Fonds sind berechtigt, von Behörden und anderen öffentlichen Einrichtungen Auskünfte einzuholen, die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Eine Auskunftserteilung unterbleibt, soweit besondere gesetzliche Bestimmungen dem entgegenstehen oder die schutzwürdigen Geheimhaltungsinteressen des Betroffenen die berechtigten Informationsinteressen der Stiftung oder des Fonds überwiegen.

(2) Die eingeholten Auskünfte dürfen nur für die Erfüllung der Zwecke nach diesem Abkommen, personenbezogene Daten eines Antragstellers nur für das Verfahren zur Leistungsgewährung verwendet werden. Die Verwendung dieser Daten für andere Zwecke ist zulässig, wenn der Antragsteller ausdrücklich zustimmt.

ARTIKEL 6

Vertretung

(1) Die Regierung der Republik Polen kann einen Vertreter als Mitglied in das Kuratorium des Versöhnungsfonds entsenden.

(2) Die Regierung der Republik Polen wird dafür Sorge tragen, daß vom Fonds zu benennenden Personen gestattet wird, in die Arbeiten der Stiftung, die mit der Durchführung dieses Abkommens zusammenhängen, Einsicht zu nehmen.

ARTIKEL 7

Rechtssicherheit

Die Republik Polen wird weitere Forderungen gegenüber der Republik Österreich oder österreichischen Unternehmen aus dem Titel ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeit unter dem nationalsozialistischen Regime auf dem heutigen Gebiet der Republik Österreich nicht geltend machen und weder vertreten noch unterstützen.

ARTIKEL 8

Anträge früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger außerhalb des Abkommens

Dieses Abkommen berührt nicht die Möglichkeit früherer oder heutiger polnischer Staatsbürger, die nicht unter dieses Abkommen fallen, Anträge direkt an den Fonds zu richten.

ARTIKEL 9
Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt an dem Tage in Kraft, an dem die letzte schriftliche Mitteilung in Empfang genommen wird, mit denen die Vertragsparteien einander über die Erfüllung der innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Abkommens in Kenntnis gesetzt haben.

GESCHEHEN zu Wien, am 24. Oktober 2000, in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

**FÜR DIE ÖSTERREICHISCHE
BUNDESREGIERUNG**

Dr. Wolfgang Schüssel

**FÜR DIE REGIERUNG DER
REPUBLIK POLEN:**

Dr. Jerzy Kranz“

Dokument 25

Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the Bilateral Agreements Relating to the Austrian Reconciliation Fund, Wien, am 24. Oktober 2000

“The Governments of the Republic of Belarus, the Czech Republic, the Republic of Hungary, the Republic of Poland, and Ukraine,

The Governments of the Republic of Austria (“Austria”) and the United States of America (“United States”),

Austrian companies and,

As further participants, the undersigned attorneys,

Recognizing that dictatorship and intolerance cause xenophobia, slavery, racism, anti-Semitism, war and genocide and that the unprecedented crimes of the National Socialist era are a constant reminder to be vigilant against all forms of totalitarianism,

Affirming that knowledge of and sensitivity towards the mechanisms and structures of the crimes of the Nazi system be a warning for all future generations,

Noting that through the Reconciliation Fund, Austria and Austrian companies acknowledge moral responsibility for and recognize the suffering of all victims of slave or forced labor who worked on the territory of the present-day Republic of Austria and who were exploited to contribute to the economy of that time – the effect of this contribution still being felt today in some cases – and understand that, for the victims, the place where this happened was Austria, which had been incorporated into the German Reich,

Noting that, by means of the Austrian Fund for Reconciliation, Peace, and Cooperation (“Reconciliation Fund”) formed under Austrian federal law as an instrumentality of Austria and funded by contributions from Austria and Austrian companies, Austria and Austrian companies wish to respond to and acknowledge moral responsibility and bring a measure of justice to the victims of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Recalling the speech by President Thomas Klestil in Jerusalem on November 15, 1994 when he referred to the shared moral responsibility of Austria by declaring: “Today we Austrians recognize that an acknowledgment of the full truth was long overdue. We know full well that all too often we have spoken of Austria as the first state to have lost its freedom and independence to National Socialism – and far too seldom of the fact that many of the worst henchmen in the Nazi dictatorship were

Austrians. And no word of apology can ever expunge the agony of the Holocaust. In the name of the Republic of Austria, I bow my head before the victims of that time,”

Recognizing that Austria has, by adopting legislation approved by the Allied Forces or building on international agreements, and in close cooperation with victims’ associations and concerned governments, provided restitution and compensation to victims of National Socialist era persecution,

Acknowledging the role Austria played since World War II in accommodating refugees from the Eastern Bloc, particularly from Hungary in 1956, from the former Czechoslovakia in 1968, and from the former Yugoslavia throughout the 1990s, and in providing safe-haven to and facilitating the secure transit of more than 360,000 Russian Jews on their way to freedom between the years of 1968 and 1989, and that the Reconciliation Fund constitutes a further gesture by Austria and Austrian companies to the peoples of Central and Eastern Europe,

Understanding that insofar as the sum of AS 6 billion to be made available by Austria and Austrian companies for the Reconciliation Fund is concerned, that sum is both a ceiling and a final amount and that all payments made towards former slave or forced laborers as well as payments for any other claims covered by the Reconciliation Fund, including payments in connection with wrongs that had taken place on the territory of the present- day Republic of Austria during the time of the National Socialist regime whereby due consideration is to be given to the heirs of those slave or forced laborers who died before February 15, 2000, and all other costs incurred in connection with the Fund shall be financed from this sum, from any contributions from others, and the interest thereon,

Understanding that additional contributions by others for use by the Reconciliation Fund are welcomed,

Recognizing that the Reconciliation Fund will provide dignified payments to some 150,000 survivors who suffered during the National Socialist era or World War II on the territory of the present-day Republic of Austria,

Accepting the common objective that Austria and Austrian companies (including parents and subsidiaries as defined in Annex A) receive all-embracing and enduring legal peace for all claims involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II,

Welcoming the commitment of Austria to continue to pursue discussions with interested parties, based on an agreed upon framework with such parties, concerning potential gaps and deficiencies in the restitution and compensation legislation enacted by Austria after World War II to address

aryanization issues during the National Socialist era or World War II on the territory of the present-day Republic of Austria with a view to creating, in agreement with the United States, suitable potential remedies,

Recognizing that it would be in the participants' interest for the Reconciliation Fund to be the exclusive remedy and forum for the resolution of all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II and any other claims covered by the Reconciliation Fund,

Recognizing that the establishment of the Reconciliation Fund does not create a basis for claims against Austria, Austrian companies, or Austrian nationals,

Declare as follows:

1. All participants welcome and support the Reconciliation Fund, and declare their agreement with its elements, including the annexed distribution plan (Annex B). The interests of former slave or forced laborers of the National Socialist regime, certain other victims and heirs have been duly taken into account. Based on the circumstances, all participants consider the overall result and the distribution of the Reconciliation Fund funds to be fair to the victims and their heirs. The Reconciliation Fund opens the prospect of payment being made, even if, 55 years after the end of the war, the wrongdoer can no longer be traced or is no longer in existence.

2. Given the advanced age of the victims concerned, the primary humanitarian objective of the Reconciliation Fund is to show results as soon as possible. All participants will work together in a cooperative, fair and non-bureaucratic manner to ensure that the payments reach the victims quickly.

3. Payments are to be made to applicants on behalf of the Reconciliation Fund irrespective of their race, religion, and nationality. Insofar as the participants themselves distribute funds, they will base their decisions on the criteria of eligibility set out in the Austrian law establishing the Reconciliation Fund and will act justly in this regard.

4. The participating Governments and other participants will proceed as follows:

a) Austria and Austrian companies shall together contribute AS 6 billion to the Reconciliation Fund.

b) Austria and the United States will sign an Executive Agreement. Such agreement contains the obligation undertaken by the United States to assist in achieving all-embracing and enduring legal peace for Austria and

Austrian companies for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II.

c) Austria will conclude agreements with Central and Eastern European States representing the majority of victims eligible to receive payments from the Reconciliation Fund. The Governments of the participating Central and Eastern European States will implement the necessary specific measures within the framework of their national legal systems to achieve all-embracing and enduring legal peace for Austria and Austrian companies for all claims that have been or may be asserted against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II.

d) The AS 6 billion contribution of Austria and Austrian companies shall be due and payable to the Reconciliation Fund and distributions shall begin once the Executive Agreement between the United States and Austria enters into force and all pending claims as of October 24, 2000 against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II or any other claims covered by the Reconciliation Fund, including those in the lawsuits listed in Annex [C], have been dismissed with prejudice. Austria will make available reasonable advanced funding to provide appropriate publicity of the upcoming availability of Reconciliation Fund benefits. Funds of Austrian companies will be deposited into interest bearing account(s) no later than November 24 (thirty days after the signing of the Executive Agreement). All interest earned on funds in such account(s) will accrue to the Reconciliation Fund.

e) The undersigned counsel for plaintiffs will file motions or stipulations to dismiss with prejudice all pending claims they have filed in U. S. courts against Austria and/or Austrian companies involving or related to the use of slave or forced labor during the National Socialist era or World War II, as well as all other claims covered by the Reconciliation Fund, including those listed in Annex [C]. They will also cooperate in seeking dismissal with prejudice of all other such claims pending in U. S. courts, as of October 24, 2000, including those listed in Annex [D].

f) Austria and the United States will bring into force the Executive Agreement and the United States will thereupon file the Statement of Interest as provided therein.

g) Austria will encourage Austrian companies to open their archives relating to the National Socialist era and World War II.

For the Government of the Republic of Belarus

For the Government of the Czech Republic

For the Government of the Republic of Hungary
For the Government of the Republic of Poland.
For the Government of Ukraine
For the Government of the United States of America
For the Government of the Republic of Austria
For the Platform “Humanitarian Action”

Lawrence Kill
for Anderson, Kill & Olick, P. C.

Edward Fagan
for Fagan & Associates

Carey D’Avino. Barry Fisher
for Fleishman & Fisher

Robert Swift
for Kohn, Swift & Graf, P. C.

Morris A. Ratner
for Lief, Cabraser, Heimann & Bernstein, L. L. P.

Martin Mendelsohn
for Verner, Liipfert, Bernhard, McPherson & Hand

Deborah M. Sturman
for Milberg, Weiss, Bershad, Hynes & Lerach, L. L. P.

Myroslaw Smorodsky

Michael Witt

**Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the Bilateral
Agreements Relating to the Austrian Reconciliation Fund**

Annex A

Definition of “Austrian Companies”

“Austrian companies,” as used in this Executive Agreement and the Annexes thereto are

defined as in Section 5 (2) of the legislation establishing the Fund
“Reconciliation, Peace and

Cooperation,” as follows:

1. Enterprises that, at any given time, had or have their headquarters within the borders of the present-day Republic of Austria as well as their parent companies (past or present, direct or indirect), even when the latter had or have their headquarters abroad.

2. Enterprises situated outside the borders of the present-day Republic of Austria in which Austrian enterprises as described in Sentence (1), at any given time, had or have a direct or indirect financial participation of at least 25 percent. The definition of “Austrian companies” in the Executive Agreement between the Austrian Federal Government and the Government of the United States of America concerning the Austrian Fund “Reconciliation, Peace and Cooperation” (Reconciliation Fund) and the Reconciliation Fund legislation are meant to be identical (as are the words “company” and “enterprise”) and should be interpreted in an identical manner.

**Joint Statement on the Occasion of the Signing Ceremony of the Bilateral Agreements Relating
to the Austrian Reconciliation Fund**

Annex B

Distribution Plan

	Sub-Categories	Amounts for Sub-Categories (Mio. ATS)	National Caps (Mio. ATS)	Payments to Victims (Mio. ATS)	Other Costs	Overall Amount
Republic of Belarus			270			
Czech Republik			501			
Republic of Hungary			672			
Republic of Poland			550			
Russian Federation			725			
Ukraine			1,080			
Rest of the World						
	Slave Laborers (Roma/Sinti)	73,5				
	Claims Conference for Jewish Slave Laborers	241,5				
	Forced Laborers in Industry (80%)	763				
	Forced Laborers in Agriculture	109				
	Women and Children	35				
	catch-all clause	200				
		1,422	1,422			
Total Rest of the World				5,220		5,220
Total Payments for Victims						
Administrative Costs					388	
Publicity					86	
Programs for Heirs					300	
Sub-Total					774	774
Total Amount						5,994

